



# Magdeburger Bürgerbefragung 2010

## Ergebnisse der Befragung

### Magdeburg – sozial (Band 12)

Erarbeitet im Auftrag der Landeshauptstadt Magdeburg  
Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit,  
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung

durch

**SOWI** Forschung und Evaluation  
Autor: Dr. Johann Gerdes

**Reihe: Magdeburg – sozial**

- Band 1: Kommunale Leistungen für Familien
- Band 2: Geschäftsbericht 2004 – Dezernat, Soziales Jugend und Gesundheit
- Band 3: Forschungsprojekt „Gesundheit als Integriertes Leitziel in der Konzeption und Erprobung eines regionalen Berichtssystems nachhaltiger Entwicklung“
- Band 4: Pflegestrukturplanung 2005 bis 2008
- Band 5: Stadtteilreport
- Band 6: Reader – Magdeburger Fachkonferenz – Ideenwerkstatt Kinder- und Familienarmut 2008
- Band 7: Pflegestrukturplanung 2009 bis 2011
- Band 8: Bericht und Konzept zur Suchtbekämpfung und Suchtprävention in der Landeshauptstadt Magdeburg 2010 - 2013
- Band 9: Dokumentation der Fachkonferenz „Seniorenpolitische Leitlinien der Landeshauptstadt Magdeburg“ am 27. November 2009
- Band 10: Dokumentation der Magdeburger Fachkonferenz zur Kinder- und Familienarmut - November 2009
- Band 11: Stadtteilreport 2010
- Band 12: Magdeburger Bürgerumfrage 2010, Ergebnisse der Befragung

Erarbeitet im Auftrag der Landeshauptstadt Magdeburg  
Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit  
durch

**SOWI Forschung & Evaluation**

Institut für angewandte sozialwissenschaftliche  
Forschung und Evaluation  
Dr. Johann Gerdes  
Nordstr. 52  
04105 Leipzig  
<http://www.sowi-forschung.de>

Titelfoto: Frau Schwarz

Magdeburg 2010

Postanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg  
Der Oberbürgermeister  
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit  
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung  
39090 Magdeburg

Hausanschrift: Landeshauptstadt Magdeburg  
Der Oberbürgermeister  
Dezernat für Soziales, Jugend und Gesundheit  
Stabsstelle für Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung  
Wilhelm -Höpfner- Ring 4  
39116 Magdeburg

Telefon: (0391) 540 3142  
Fax: (0391) 540 3243

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen i. d. R. verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beiderlei Geschlecht.

Nachdruck, auch auszugsweise, ist nur mit schriftlicher Genehmigung und Quellenangabe gestattet.

## Inhalt

1	Einleitung.....	5
2	Methodische Anmerkungen .....	6
2.1	Erhebungsmethoden.....	6
2.2	Fragebogenrücklauf .....	7
2.3	Zur Repräsentativität der Ergebnisse.....	8
3	Lebenssituation .....	19
3.1	Familienstand und Haushaltstyp .....	19
3.2	Schulbildung und berufliche Qualifikation .....	23
3.3	Erwerbsstatus .....	27
3.4	Dauer der Arbeitslosigkeit.....	30
3.5	Situation der Erwerbstätigen.....	31
3.6	Befragte mit Migrationshintergrund .....	41
4	Wohnen .....	43
4.1	Haustyp.....	43
4.1.1	Ein- und Zweifamilienhäuser .....	43
4.1.2	Mehrfamilienhäuser .....	44
4.1.3	Sanierungszustand.....	46
4.1.4	Größe der Wohnung.....	49
4.2	Haushaltsgröße und Belegungsdichte .....	53
4.3	Miete und Belastung bei Wohneigentum .....	58
4.3.1	Mietkosten .....	58
4.3.2	Belastung bei Wohneigentum.....	62
4.4	Mietbelastung.....	65
4.5	Wohngeld.....	67
4.6	Zufriedenheit mit dem Wohnen in Magdeburg .....	69
4.7	Wohndauer in der Stadt, dem Stadtteil und der Wohnung.....	72
4.7.1	Wanderungsstatus .....	72
4.7.2	Umzugsmobilität innerhalb der Stadt.....	73
5	Mobilitätsverhalten.....	77
5.1	Umzugsabsichten .....	77
5.2	Umzugsgründe.....	79
6	Einschätzung der Einrichtungen des Stadtteils.....	83
6.1	Nutzung von Einrichtungen im Stadtteil .....	83
6.2	Nutzung sozialer, kultureller und sportlicher Einrichtungen .....	91
6.3	Nachbarschaftliche Beziehungen.....	100
6.4	Subjektives Sicherheitsgefühl .....	106
7	Ausstattung der Haushalte mit ausgewählten Gütern.....	111

7.1	Telefone.....	111
7.2	Personal-Computer und Internet.....	113
7.3	Führerschein und PKW.....	115
7.4	Geräte, Möbel und Kleidung.....	118
7.4.1	Geräte.....	118
7.4.2	Möbel.....	119
7.4.3	Kleidung.....	121
7.5	Soziale und materielle Absicherung.....	124
8	Freizeitaktivitäten.....	128
9	Bürgerschaftliches Engagement.....	143
10	Gesundheit.....	150
11	Ernährung.....	161
12	Einkommen.....	170
12.1	Zusammensetzung des Haushaltseinkommens.....	176
12.2	Vermögen und Sachwerte.....	180
12.3	Schulden.....	181
13	Alltagssorgen.....	185
14	Armut und Reichtum.....	190
15	Anhang.....	201
15.1	Abbildungsverzeichnis.....	201
15.2	Tabellenverzeichnis.....	209
15.3	Literaturhinweise und Quellenangaben.....	211

## 1 Einleitung

Die Landeshauptstadt Magdeburg hat das Institut „SOWI – Forschung & Evaluation“ damit beauftragt, eine repräsentative Umfrage unter erwachsenen Magdeburger Bürgern durchzuführen. Diese „Magdeburger Bürgerbefragung 2010“ fand 2009/2010 statt und war als schriftliche Befragung konzipiert, bei der eine auf Repräsentativität gerichtete Stichprobenbefragung mit einer offenen Onlinebefragung per Internet über die Internetpräsenz der Landeshauptstadt kombiniert wurde. Die Erhebung erbrachte 2.570 auswertbare Fragebögen, die stellvertretend das Meinungsbild der Magdeburger Bürger wiedergeben.

Inhaltlich ging es in der Umfrage um die Themenbereiche Wohnen, Infrastruktur im Stadtteil, Ausstattung der Privathaushalte mit ausgewählten Gütern, Gesundheit und Lebensweise, darunter insbesondere Ernährung, Freizeitaktivitäten, Bürgerschaftliches Engagement, Erwerbstätigkeit, Einkommen sowie sozialstrukturelle Grunddaten für die Interpretation der Ergebnisse.

Die Daten wurden mit statistischen Methoden ausgewertet und werden auf den folgenden Seiten in zusammengefasster Form präsentiert. Wo es möglich war, wurden Vergleichsdaten der amtlichen Statistik bzw. Ergebnisse aus anderen Untersuchungen aufgenommen. Vergleiche sind allerdings wegen fehlender oder nicht vergleichbarer Daten nicht bei allen Themen möglich.

Die Ergebnisse der einzelnen Fragen wurden i. d. R. mit Alter, Geschlecht, Qualifikation, Einkommen usw. der befragten Personen korreliert, um gruppenspezifische Unterschiede zu ermitteln. Korrelationen sind nur erwähnt, wenn jeweils deutliche Unterschiede erkennbar sind bzw. wenn diese Unterschiede einen Erklärungswert besitzen.

Insgesamt entsteht ein breit gefächertes Bild über die Lebensbedingungen der Menschen in der Stadt sowie über verbreitete Probleme und die Betroffenheit bestimmter Gruppen in spezifischen Problemlagen. Außerdem geben die Ergebnisse der Befragung einen Einblick in die Bedürfnisse und Interessen der Bürger.

## **2 Methodische Anmerkungen**

### **2.1 Erhebungsmethoden**

Bei der Befragung zum Einsatz kamen zwei Methoden quantitativer Befragungstechniken, die ohne Interviewer durchgeführt wurden und zum einen in einer schriftlichen Befragung bestanden und zum anderen in einer Onlinebefragung via Internet.

Für beide Befragungstechniken wurde ein gleichlautender Fragebogen entwickelt und gestaltet. Der Fragebogen umfasste 70 Fragen, davon 60 standardisierte und 10 offene Fragen.

Für die schriftliche Befragung wurde durch das Einwohnermeldeamt aus dem Einwohnermelderegister der Stadt eine Zufallsauswahl von 6.000 Personen gezogen, die den Fragebogen nebst Anschreiben und Rückumschlag im Rahmen einer einheitlichen Versandaktion Ende Dezember 2009 per Post erhielten. Die Zufallsauswahl bildete dabei die erste Stufe zur Herstellung der Repräsentativität des späteren Samples (jede Adresse hatte die gleiche Chance, gezogen zu werden).

Für die Onlinebefragung wurde ein Fragebogen ins Internet gestellt, auf den über Presseberichte aufmerksam gemacht wurde. Außerdem gab es einen Hinweis auf der Startseite der Magdeburger Webpräsenz. Hier konnte jeder, der sich dafür interessierte, zum entsprechenden Link gelangen und den Fragebogen ausfüllen.

Im Begleitschreiben zur schriftlichen Befragung wurde den Probanden überdies angeboten, den Fragebogen ebenfalls direkt im Internet ausfüllen zu können. Dies sollte in erster Linie Porto- und spätere Eingabekosten sparen helfen. Um eine Überschneidung mit dem offenen Fragebogen zu vermeiden, fand diese Erfassung über eine andere Internetadresse statt, so dass zwei unabhängige Onlinedatensätze entstanden.

Die mit dem Rücklauf aus der schriftlichen und den Onlinebefragungen entstandenen drei Datensätze wurden zunächst einzeln auf Verzerrungen hinsichtlich der Repräsentativität geprüft und erst unter Hinzufügung der notwendigen Ausgleichsgewichte zusammengespielt. Das Verfahren dazu sowie der Rücklauf werden im Folgenden beschrieben.

## **2.2 Fragebogenrücklauf**

### **Verschickte Fragebögen**

Verschickt wurden 5.997 Fragebögen von 6.000 gezogenen Adressen. Die Stichprobengröße betrug letztlich 5.993 Fälle, weil einige doppelte Adressen dabei waren, was sich in drei Fällen vor dem Verschicken und in vier Fällen erst beim Rücklauf herausstellte.

### **Postalischer Rücklauf der schriftlichen Fragebögen**

Zurückgeschickt wurden insgesamt 1.291 Fragebögen. Davon wurden 14 nicht verwendbare Fragebögen aussortiert. In den Datensatz aufgenommen wurden 1.277 Fragebögen, das entspricht einem Rücklauf von 21,3%.

### **Online-Rücklauf der schriftlichen Fragebögen**

Die Probanden hatten die Möglichkeit, den Fragebogen auch Online zu beantworten. Insgesamt wurde der Fragebogen von den angeschriebenen Personen der Zufallsstichprobe 365 mal aufgerufen. Davon haben

- 50 den elektronischen Fragebogen nur einmal geöffnet, aber nichts angekreuzt.
- 10 haben ihn geöffnet, sich alle Fragen angesehen und den Fragebogen am Schluss ohne Angaben abgeschickt
- 19 haben den Fragebogen teilweise ausgefüllt, aber am Schluss nicht vollständig abgeschickt. Gleichwohl wurden alle Daten der einzelnen abgeschickten Seiten gespeichert. Auf diese Weise lagen 14 zwar unvollständige, aber i.d.R. bis zu zwei Dritteln ausgefüllte Fragebögen vor, die in den Datensatz übernommen wurden, weil sie prinzipiell für eine Auswertung taugten.
- 286 Personen haben den Fragebogen vollständig ausgefüllt, von denen aber einer aussortiert wurde, weil völlig widersprüchliche Angaben gemacht wurden, die an der Ernsthaftigkeit des Probanden zweifeln ließen.

Zusammen wurden damit 299 online ausgefüllte Fragebögen in den Datensatz übernommen, der nun 1.576 Fragebögen aus der schriftlichen Befragung enthält, was die Rücklaufquote auf insgesamt 26,3% erhöht. Zusätzlich in den vorläufigen Datensatz aufgenommen wurden 56 Fragebögen aus der Verwaltung, die außerhalb der Stichprobe gewonnen wurden. Sie enthalten (mit zwei Ausnahmen) ausschließlich Erwerbstätige aus dem Kreis erwerbsfähiger Personen. Diese 56 Fragebögen beeinflussen die Gesamtergebnisse nicht in besonderer Weise.

### **Offene Onlinebefragung**

Über die gezogene Stichprobe hinaus wurden die Magdeburger Bürger über die Medien aufgefordert, sich an einer Onlinebefragung zu beteiligen, die den exakt gleichen Inhalt hatte, wie die verschickten Fragebögen. Den rein elektronischen Fragebogen haben insgesamt 1.550 Personen geöffnet.

Davon haben

- 424 ihn geöffnet, sich ihn nur kurz angesehen und wieder geschlossen,
- 119 haben ihn sich vollständig angesehen, ihn dann aber ohne Angaben leer abgeschickt,
- 156 haben ihn teilweise, aber nicht bis zum Ende ausgefüllt. Davon wurden 98 als brauchbar eingestuft (es fehlen einige Angaben aus dem letzten Drittel des Fragebogens,
- 851 Personen haben den Fragebogen bis zum Ende ausgefüllt, davon 10 allerdings nur sehr unvollständig, so dass nur 841 davon in den Datensatz übernommen wurden.

Insgesamt erbrachte die Onlinebefragung 939 Fragebögen für den Datensatz.

Zusammengenommen konnten 2.570 Fragebögen ausgewertet werden.

### **2.3 Zur Repräsentativität der Ergebnisse**

Die Stichprobenerhebung war auf Repräsentativität ausgelegt.

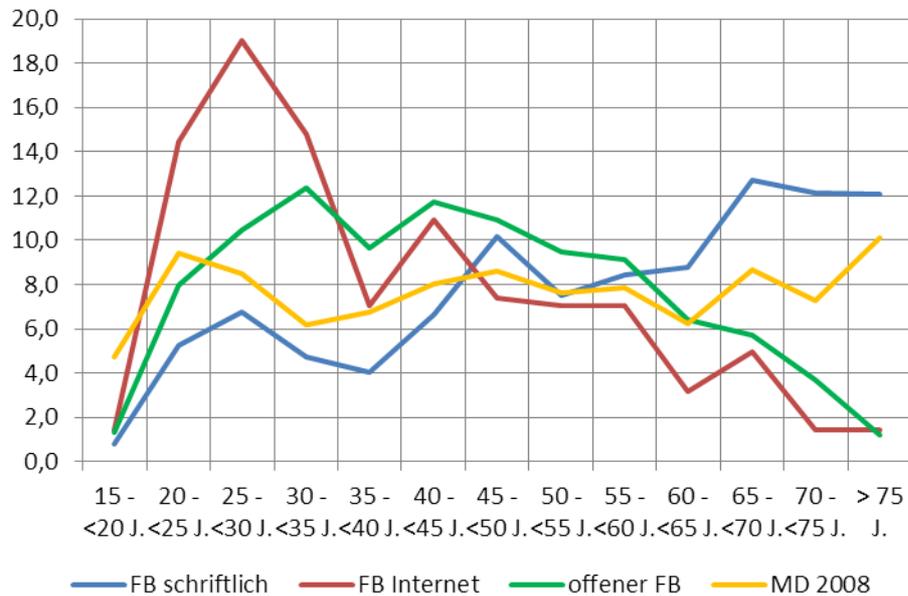
Die Kenntnis der deutschen Sprache war aufgrund des nicht umsetzbaren Aufwandes Voraussetzung zur Teilnahme an der Befragung.

In der rein schriftlich abgewickelten Befragung waren die Älteren und damit Rentner gegenüber dem Magdeburger Durchschnitt deutlich überrepräsentiert. Den schriftlichen Fragebogen online ausgefüllt haben dafür überdurchschnittlich häufig junge Menschen, vielfach Studenten. Bei der offenen Onlinebefragung schließlich dominieren die mittleren Generationen und insbesondere die Erwerbstätigen, hier haben nur wenige über 60jährige teilgenommen.

Erst wenn man alle drei Datenquellen gemeinsam betrachtet, werden die Verzerrungen hinsichtlich des Alters geringer. Die ungewichtete Altersstruktur des gesamten Datensatzes liegt nahe am Magdeburger Durchschnitt. Nur die ganz jungen Erwachsenen und die über 75jährigen sind deutlich unterrepräsentiert.

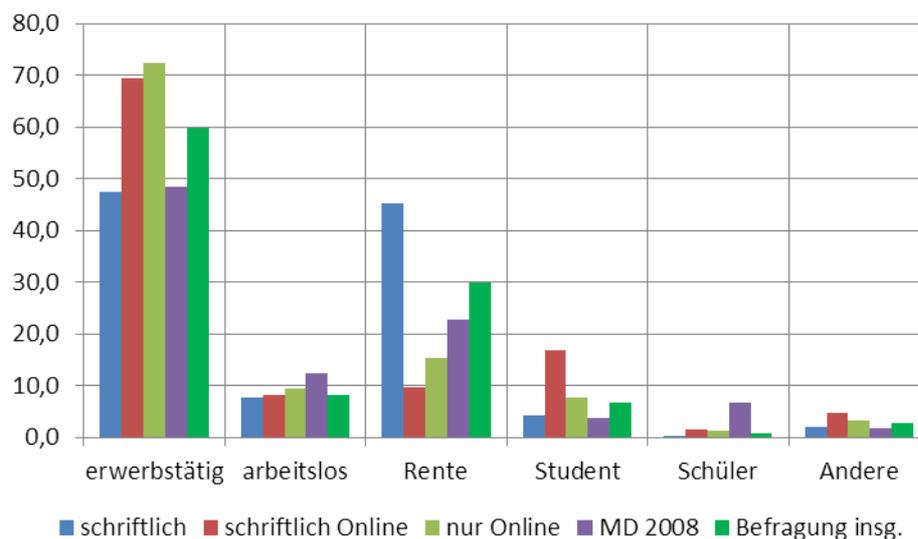
Auch wenn man den Erwerbsstatus betrachtet, sind die Abweichungen bei einer gemeinsamen Betrachtung der einzelnen Datensätze geringer als wenn sie einzeln ausgewertet werden. Dies sprach dafür, alle gewonnenen Daten in Form eines einzigen Datensatzes zu verwenden, denn die jeweiligen Verzerrungen gleichen sich weitgehend aus bzw. konnten durch eine einheitliche Gewichtung ausgeglichen werden.

**Abb. 1: Vergleich der Altersstruktur der Bezugspersonen der einzelnen Befragung mit dem Magdeburger Durchschnitt (2008) in Prozent**



Quelle: Befragung 2009 (ungewichtet)

**Abb. 2: Vergleich des Erwerbsstatus der Bezugspersonen der einzelnen Befragung mit dem (ungefähren) Magdeburger Durchschnitt (2008) in Prozent**



Anm.: Unter „erwerbstätig“ wurden Erwerbstätige zusammengefasst mit Auszubildenden und mithelfenden Familienangehörigen. Unter „arbeitslos“ wurden auch Teilnehmer einer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme subsumiert. „Andere“ sind Hausfrauen, Wehrdienstleistende und Personen im Elternurlaub.

Quelle: Befragung 2009 (gewichtet), Amt für Statistik der Stadt Magdeburg, eigene Berechnungen

Diese o.g. Vergleiche berücksichtigen nur die jeweilige Bezugsperson der Befragung, d.h. jene, an die der Fragebogen gerichtet war bzw. die ihn tatsächlich ausgefüllt haben. Dies sind oft Personen, die als Erwachsene einen eigenen Haushalt haben. Viele junge Menschen hingegen tauchen allein deshalb als Bezugsperson nicht auf, weil sie zu den Angehörigen eines Haushalts zählen. Tatsächlich haben bis auf wenige Ausnahmen in Haushalten mit Kindern über 18 Jahren immer die Eltern den Fragebogen ausgefüllt. Dabei wird nicht immer klar, ob sie auch der persönliche Adressat der Befragung waren. Weil der Fragebogen erkennbar auf die Situation im Haushalt abzielt, ist denkbar, dass die „Haushaltsvorstände“ den Fragebogen ausgefüllt haben und nicht der Sohn oder die Tochter, deren Adresse eigentlich ausgewählt worden war. Junge Leute als Bezugspersonen tauchen jedenfalls fast nur in Einpersonenhaushalten oder WGs auf. Die Unterrepräsentanz der Jüngeren erklärt sich deshalb auch aus diesem Zusammenhang.

Deutlicher am Magdeburger Durchschnitt liegen die Daten, wenn man alle von der Befragung erfassten Personen, d.h. alle Personen aus den Haushalten, für die Angaben gemacht wurden, zugrunde legt.

**Abb. 3: Vergleich der Altersstruktur aller erfassten Personen der gesamten Befragung mit dem Magdeburger Durchschnitt (2008) in Prozent**



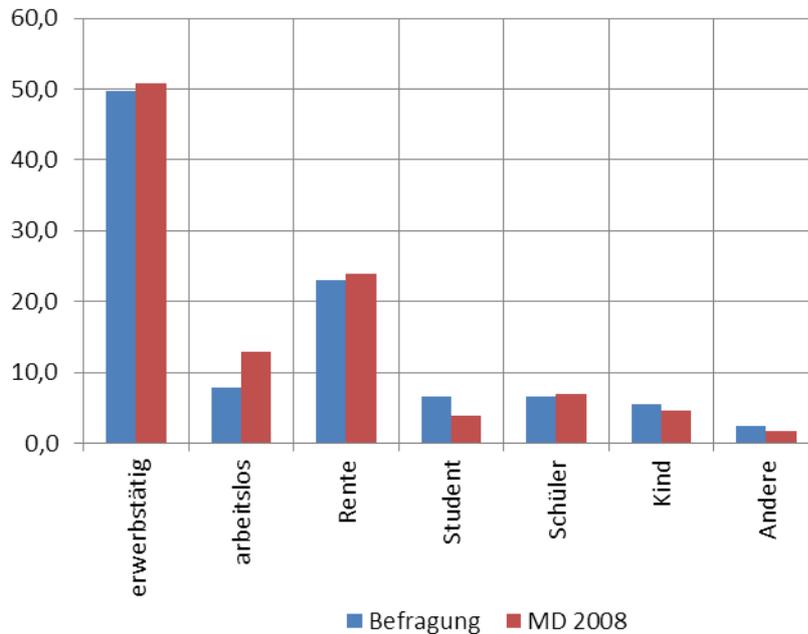
Quelle: Befragung 2009 (gewichtet), Amt für Statistik der Stadt Magdeburg, eigene Berechnungen

Hier zeigt sich, dass die Altersstruktur im Sample bis auf kleinere Abweichungen durchaus dem Magdeburger Mittel entspricht. Nur die über 75-jährigen sind deutlich unterrepräsentiert.

Vergleicht man den Erwerbsstatus, zeigt sich ebenfalls eine relativ hohe Übereinstimmung mit dem Magdeburger Durchschnitt (wobei letzterer aufgrund der aktuellen Datenlage nur in Annäherungswerten besteht, mit denen nur ungefähre Größenordnungen wiedergegeben werden können). Deutlich wird dabei der größte Mangel der Befragung, nämlich der zu geringe Anteil an Arbeitslosen im Sample. Nur 7% der Befrag-

ten kann man zur Gruppe der Arbeitslosen (einschließlich der nicht formell arbeitslos gemeldeten ALG II Leistungsempfänger) zählen.

**Abb. 4: Vergleich des Erwerbsstatus aller erfassten Personen der Befragung mit dem (ungefähren) Magdeburger Durchschnitt (2008) in Prozent**



Anm.: Unter „erwerbstätig“ wurden Erwerbstätige zusammengefasst mit Auszubildenden und mithelfenden Familienangehörigen. Unter „arbeitslos“ wurden auch Teilnehmer einer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme subsumiert. „Andere“ sind Hausfrauen, Wehrdienstleistende und Personen im Elternurlaub.  
Quelle: Befragung 2009 (gewichtet), Amt für Statistik der Stadt Magdeburg, eigene Berechnungen

Das Geschlechterverhältnis unter den Bezugspersonen und noch mehr unter den erfassten Personen ist sehr ausgeglichen und musste nicht durch eine Gewichtung berichtigt werden.

**Tab. 1: Geschlechterverhältnis im Vergleich (in Prozent)**

	Geschlecht aller erfassten Personen	
	Befragung	MD 2008
Frauen	50,6	51,7
Männer	49,4	48,3
	Geschlecht der Bezugspersonen	
	Befragung	MD 2008 (nur 18 Jahre und älter)
Frauen	51,80%	52,1
Männer	48,20%	47,9

Quelle: Befragung 2009 (gewichtet), Amt für Statistik der Stadt Magdeburg, eigene Berechnungen

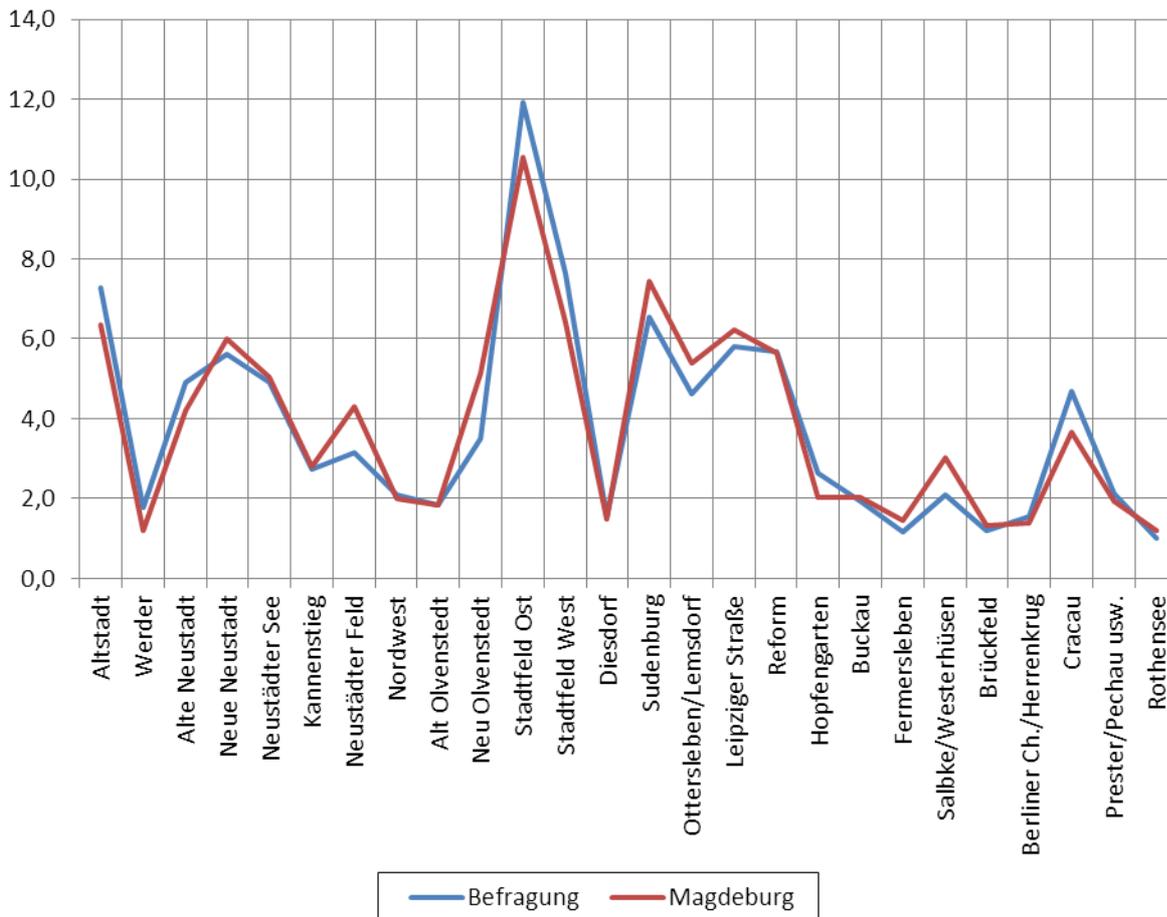
Das Sample ist, wie erwartet, leider ein fast rein deutsches Sample geworden. Nur etwa 2% der befragten Bezugspersonen gaben an, irgendwann eingewandert zu sein. Die wenigen Befragten mit Migrationshintergrund können nicht durch eine Gewichtung aufgewertet werden, da deren absolute Zahl zu klein ist.

**Tab. 2: Migrationshintergrund im Vergleich zum Ausländeranteil in der Stadt (in Prozent)**

Migrationshintergrund der Bezugsperson		
	Befragung	MD 2008 <sup>1,2</sup>
Migrationshintergrund	2,0	3,5
Deutsch	98,0	
Migrationshintergrund aller erfassten Personen		
	Befragung	MD 2008 <sup>1,3</sup>
Migrationshintergrund	2,4	3,4
Deutsch	97,6	96,4

1) für Magdeburg nur Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, im Sample auch Deutsche mit Migrationshintergrund 2) nur 18 Jahre und älter, 3) alle Einwohner  
 Quelle: Befragung 2009 (gewichtet), Amt für Statistik der Stadt Magdeburg, eigene Berechnungen

**Abb. 5: Vergleich der Verteilung nach Stadtteilen (in Prozent)**



Quelle: Befragung 2009 (gewichtet), Amt für Statistik der Stadt Magdeburg, eigene Berechnungen

Insgesamt ist das Sample der Bürgerumfrage 2009 aufgrund der verschiedenartigen Quellen der Daten sowie aufgrund der Methoden insbesondere in Hinsicht auf den Erwerbsstatus der befragten Personen etwas verzerrt.

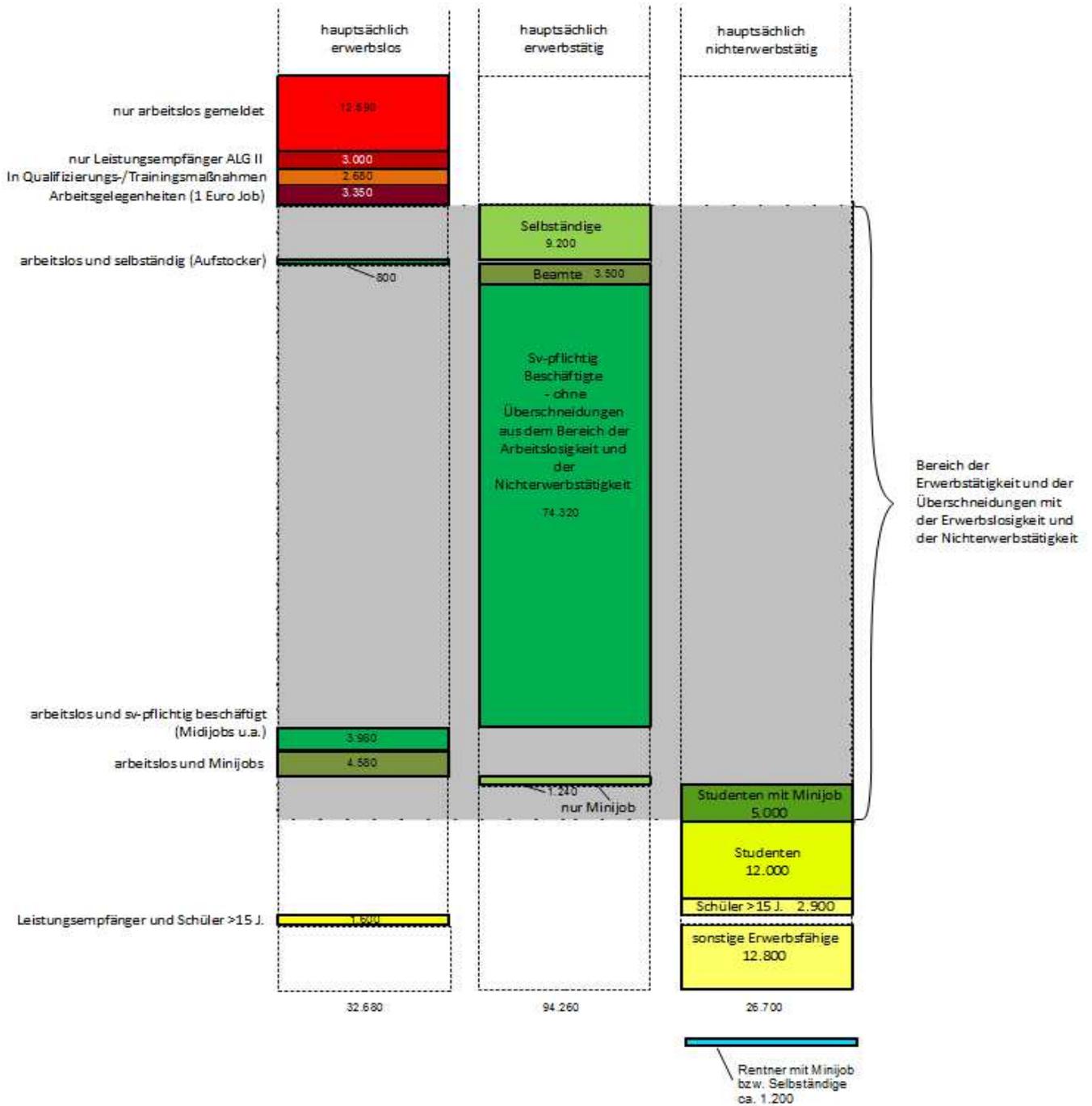
Bei der rein schriftlichen Befragung gibt es einen Überhang an älteren Probanden und entsprechend einen überdurchschnittlichen Anteil an Senioren. In den Onlinequellen hingegen ist der Anteil der Erwerbstätigen und insgesamt der Jüngeren (viele Studenten) deutlich größer. Dies gleicht zwar den Überhang der Senioren weitgehend aus, führt aber wegen des insgesamt zu geringen Anteils an Arbeitslosen im Sample zu einer anderen Verzerrung: Das Sample ist durch einen deutlichen „Wohlstandsbauch“ geprägt (= viele Erwerbstätige, überdurchschnittlich viele Bewohner von Eigenheimen bzw. Hausbesitzer usw.). „Arme“ sind hingegen stark unterrepräsentiert (nur etwa mit der Hälfte ihres tatsächlichen Anteils in der Bevölkerung). Diese Verzerrung hinsichtlich des sozialen Status führt zu einer insgesamt zu positiven Darstellung der Situation.

Abhilfe wurde durch eine Gewichtung des Samples geschaffen (gänzlich kann der insgesamt zu positive Gesamteindruck dadurch aber nicht beseitigt werden, weil Probanden vom „unteren Rand“ der Gesellschaft zu wenig erfasst werden konnten). Die Gewichtung gestaltete sich allerdings schwierig, da die dafür zur Verfügung stehenden demographischen bzw. Arbeitsmarktdaten zur Bevölkerung nicht ausreichend genug sind. Der „Wohlstandsbauch“ verschwindet auf jeden Fall nicht allein durch eine Anpassung des Samples an die Alters- und Geschlechterstruktur der Bevölkerung.

Tatsächlich erwies sich (nach verschiedenen Versuchen) nur eine Gewichtung nach den verschiedenen Erwerbsstatus der Befragten bzw. innerhalb der Bevölkerung als sinnvoll. Nur gibt es dafür keine wirklich eindeutige Datenbasis für die gesamte Bevölkerung in der Stadt. Es gibt Daten zur Erwerbstätigkeit, die allerdings nach unterschiedlichen Konzepten erhoben werden und die vor allem sehr viele Überschneidungen mit anderen Status beinhalten. Dann gibt es die Arbeitsmarktstatistik der Agentur für Arbeit, die wiederum sehr enge Auslegungen für die einzelnen Status von „Arbeitslosigkeit“ hat. Aus der Altersstruktur der Bevölkerung, der Zahl der Schüler und Studenten usw. kann man dann noch Rückschlüsse auf die Verteilung der Nichterwerbstätigen ziehen und die über 65jährigen können per se als „Rentner“ eingestuft werden.

Trotz dieser (insbesondere auf kommunaler Ebene) unbefriedigenden Datenlage wird im Folgenden versucht, die Bevölkerung der Stadt in verschiedene soziale Status einzuteilen und quantitativ zu bestimmen. Das Ergebnis der Berechnungen und Abschätzungen findet sich in der folgenden Abbildung. Dabei wird die erwerbsfähige Bevölkerung der Stadt (die 15- bis unter 65-Jährigen) in Erwerbstätige, Erwerbslose und Nichterwerbspersonen einschließlich verschiedener Unterkategorien und der verschiedenen Überschneidungen unterteilt. Bei den Überschneidungen wird ein jeweiliger „Hauptstatus“ festgelegt, d.h. Personen, die ALG II beziehen und nebenher erwerbstätig sind, zählen im Hauptstatus als „Arbeitslose“, weil sie ihre Existenz nicht allein durch Erwerbsarbeit sichern können, sondern diese eher den Charakter einer Nebentätigkeit hat (tatsächlich haben die meisten erwerbstätigen Arbeitslosen überwiegend nur einen Mini-Job). Gleiches gilt für Nichterwerbstätige, die in der Hauptsache Studenten oder andere Nichterwerbstätige sind und nur in der „Nebensache“ erwerbstätig (überwiegend im Mini-Job).

**Abb.: 5b: Einteilung der Magdeburger Erwerbsfähigen in verschiedene Erwerbs- bzw. Sozialstatus**



Die verschiedenen Quellen der Arbeitsmarktstatistik, des Mikrozensus, der Landesstatistik, der Statistik der Stadt usw. erlauben es zumindest, grob gerundete Größenordnungen anzugeben. Exakte Werte können nicht ermittelt werden, weil die verschiedenen Statistiken neben den vielen Überschneidungen auch für verschiedene Stichtage veröffentlicht werden. Etwa 80% der verschiedenen Erwerbsstatus der Erwerbsfähigen in der Stadt lassen sich jedoch auf der Grundlage der verschiedenen statistischen Quellen relativ zuverlässig abbilden.

Es bleibt allerdings eine Restgröße, die nur über Plausibilitätserwägungen bestimmt werden kann. So ist besonders die Zahl der Studenten, die tatsächlich in Magdeburg wohnen, kaum zu ermitteln, eine derartige Statistik gibt es nicht (angenommen wurde, dass etwa 17.000 der 19.000 in der Stadt wohnen). Danach ist ebenso die Zahl der Mini-Jobber bzw. Erwerbstätigen unter den Studenten sehr unsicher. Die aktuelle Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes geht für Magdeburg von einer Erwerbsquote von 54% aus, d.h. mehr als jeder zweite Student arbeitet nebenher<sup>1</sup>. Da alle Beschäftigungsverhältnisse angemeldet werden müssen (auch Minijobs), erscheint dieser Prozentsatz aber relativ hoch gegriffen, denn so viele Jobs bleiben als „Restgröße“ gar nicht übrig, wenn man die eindeutig zuzuordnenden Jobs auf die Erwerbstätigen und die Arbeitslosen und Leistungsempfänger bereits verteilt hat. Hinzu kommt, dass laut Minijobzentrale etwa 10% der Minijobs in Magdeburg von über 65-Jährigen ausgeübt werden (in der Grafik unterhalb der Erwerbsfähigen eingezeichnet, in der Gewichtung aber nicht weiter berücksichtigt). Es bleiben also gar nicht mehr so viele Mini-Jobs für Studenten übrig (was auch für die Midi-Jobs gilt). Auch bei der Zahl der Schüler gibt es Unsicherheiten (insbesondere bei älteren Schülern von Fachschulen) sowie bei der Zahl der Rentenempfänger unter 65 Jahren. Letztlich bleibt damit auch die Restgröße der „Sonstigen Nichterwerbsfähigen“ ungenau. Da die einzelnen Gruppen sich in ihrer Quantität aber nur noch in relativ geringen Größenordnungen verändern können, kann man für die Gewichtung die möglichen Veränderungen akzeptieren.

Auch bei den Erwerbstätigen und insbesondere bei den Überschneidungen zu den Arbeitslosen gibt es Ungenauigkeiten, die letztlich aber nur wenige Prozent ausmachen können. Insofern wird mit der errechneten Verteilung die Situation der Erwerbsfähigen in Magdeburg relativ wirklichkeitstreu dargestellt.

Auf der Grundlage der sich daraus ergebenden Verhältniswerte wurde dann die Gewichtung für das Sample errechnet. Dabei wurde die leichte Schiefe bei den Senioren über 65 Jahren (zu wenige über 75-jährige) durch eine zusätzliche altersbezogene Gewichtung bei dieser Gruppe ausgeglichen.

Im Ergebnis zeigen sich zwar immer noch einige leichte Verzerrungen im demographischen Bereich (die Altersstruktur passt nicht zu 100% und auch die Haushaltsgröße scheint nicht ganz übereinzustimmen - was im folgenden Bericht aber noch gewürdigt wird). Diese haben für das eigentliche Ergebnis aber keine besondere Bedeutung mehr. Dafür entsprechen die Erwerbsstatus jetzt besser der Magdeburger Realität und

---

<sup>1</sup> Vgl. Isserstedt, Wolfgang; Middendorff, Elke; Fabian, Gregor; Wolter, Andrä (2007): Die wirtschaftliche und sozialen Situation der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006 - 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes, Kurzfassung, herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin

auch andere Erscheinungen des „Wohlstandsbauches“, wie z.B. ein höherer Anteil an Hausbesitzern, liegen jetzt näher an den tatsächlichen Verhältnissen in der Stadt.

Die folgenden Ergebnisse wurden auf der Basis der genannten Gewichtung nach Erwerbsstatus (und für die Senioren nach einer Altersgewichtung) errechnet. Eine zusätzliche Gewichtung zur Beseitigung der leichten Verzerrung zwischen den Stadtteilen wurde nicht durchgeführt, weil die Abweichungen nicht allzu gravierend sind. Allerdings wurden für die Auswertung ein paar Stadtteile zusammengezogen, da die Fallzahl sonst zu gering gewesen wäre. Ein Vergleich der Altersstruktur in den Stadtteilen mit der amtlichen Statistik zeigt im Übrigen, dass trotz einzelner Abweichungen in fast allen Stadtteilen die grundlegende Altersstruktur auch im Sample zu finden ist. Dies spricht durchaus für die Richtigkeit der angewandten Gewichtung.

# Ergebnisse der Befragung



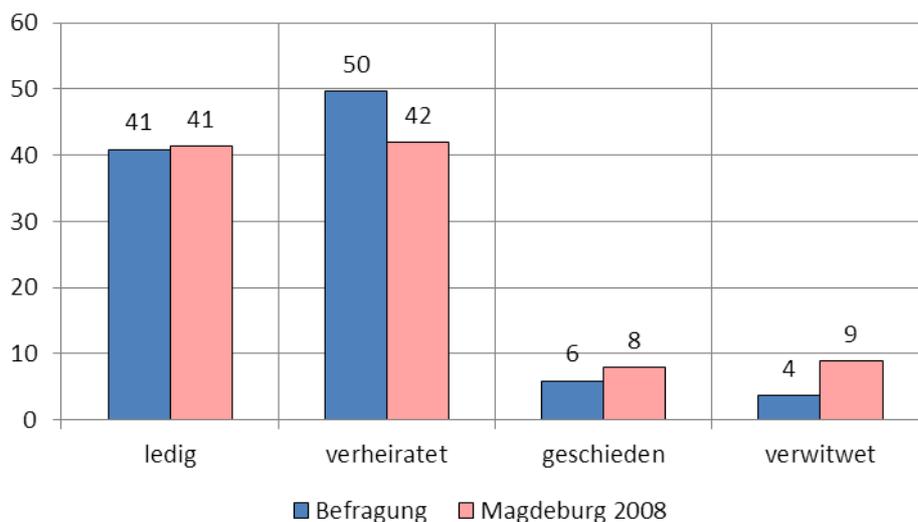
### 3 Lebenssituation

#### 3.1 Familienstand und Haushaltstyp

Auf die Altersstruktur der Befragten wurde schon in den einleitenden methodischen Hinweisen eingegangen. Die Befragung hat eine leichte Verzerrung, die durch eine Gewichtung nach dem Erwerbsstatus weitgehend ausgeglichen wurde. Die Altersstruktur konnte dadurch an die tatsächlich vorhandene angepasst werden. Eine weitere Analyse der Daten zu Altersstruktur aus der Befragung ist daher nicht erforderlich, weil die einschlägigen Strukturdaten aus den Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt hinreichend bekannt sind und entsprechend kein weiterer Erkenntnisgewinn zu erwarten ist. Der Familienstand ist zwar auch aus den amtlichen Daten der Stadt ersichtlich, in der Befragung wurde aber auch nach dem Zusammenleben in Partnerschaften gefragt und außerdem kann der formale Familienstand in Beziehung gesetzt werden zum jeweiligen Status innerhalb der Familie. Dadurch kann man auf der Basis von Haushaltsgröße, Geschlecht und Alter der Bezugsperson sowie der anderen Haushaltsmitglieder und dem Familienstand auf die Zusammensetzung der einzelnen Haushalte schließen und erkennen, ob es eine traditionelle Familie mit Kindern, eine Wohngemeinschaft oder z.B. eine Partnerschaft zweier lediger Personen ist. Daraus können dann verschiedene „Haushaltstypen“ generiert werden.

Grundlage dieser Betrachtung sind die Angaben zu allen Personen in den erfassten Haushalten. Das sind 5.459 Personen, die in 2.559 Haushalten leben (für 11 Haushalte gibt es keine genauen Angaben, die eine Rekonstruktion des Haushaltstyps erlauben könnten). Zunächst sind 41% aller mit der Befragung erfassten Personen noch ledig. Dies entspricht dem Magdeburger Durchschnitt. Jeder Zweite ist verheiratet, was allerdings über dem Magdeburger Durchschnitt liegt. Dafür ist in der Befragung der Anteil der geschiedenen und verwitweten Personen geringer.

**Abb. 6: Familienstand aller erfassten Personen im Vergleich (in Prozent)**

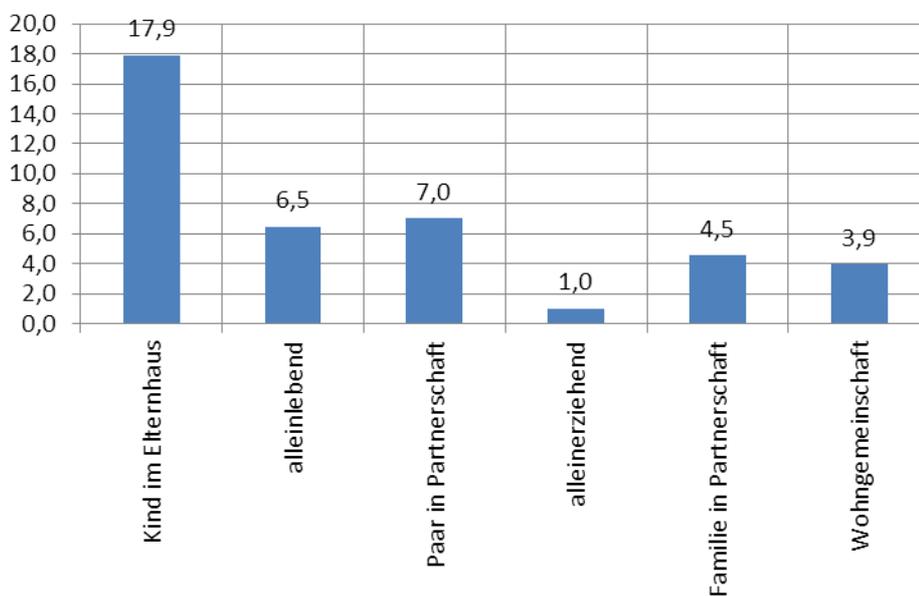


Quelle: Befragung (gewichtet) , Amt für Statistik der Stadt Magdeburg

Insgesamt sind die „intakten“ Familien innerhalb der Befragung also etwas überrepräsentiert.

Von allen Personen leben 18% noch als unverheiratetes Kind im Elternhaus. Dies sind alle unter 18-jährigen sowie die älteren Kinder, die noch im Haushalt ihrer Eltern leben. Die anderen ledigen Personen haben bereits einen eigenen Haushalt und wohnen außerhalb ihres Elternhauses. Dabei leben 6,5% der Befragten allein als ledige Singles. Weitere 7% leben als Unverheiratete zusammen mit einem (meist einem anderen ledigen) Partner in einem Paarhaushalt. Eigene Kinder haben mit unverheiratetem Familienstand 5,5% der Befragten, davon ziehen 1% die Kinder als alleinerziehende auf und 4,5% als unverheiratete Partner.

**Abb. 7: Haushaltszusammenhang der ledigen Personen (in Prozent)**



Quelle: Befragung 2009 (gewichtet)

Von den verheirateten Personen leben einige wenige (0,2% aller Befragten) getrennt vom Partner als Single allein in eigenem Haushalt. Jede dritte erfasste Person ist verheiratet und lebt mit dem Ehepartner in einem Paarhaushalt und 16,2% bilden zusammen mit dem verheirateten Partner und eigenen Kindern eine traditionelle Familie.

Von den geschiedenen Personen lebt knapp die Hälfte allein in einem Einpersonenhaushalt, 1,8% der erfassten Personen sind geschieden und leben unverheiratet mit einem neuen Partner in einem Paarhaushalt. Geschieden und alleinerziehend sind 0,7% der erfassten Personen und 0,6% leben unverheiratet mit einem Partner und Kindern zusammen.

Die Mehrzahl der verwitweten Personen lebt allein (2,3% aller erfassten Personen), 0,9% leben in einer Partnerschaft, 0,1% sind alleinerziehend und ebenso viele leben unverheiratet mit einem Partner und Kindern zusammen.

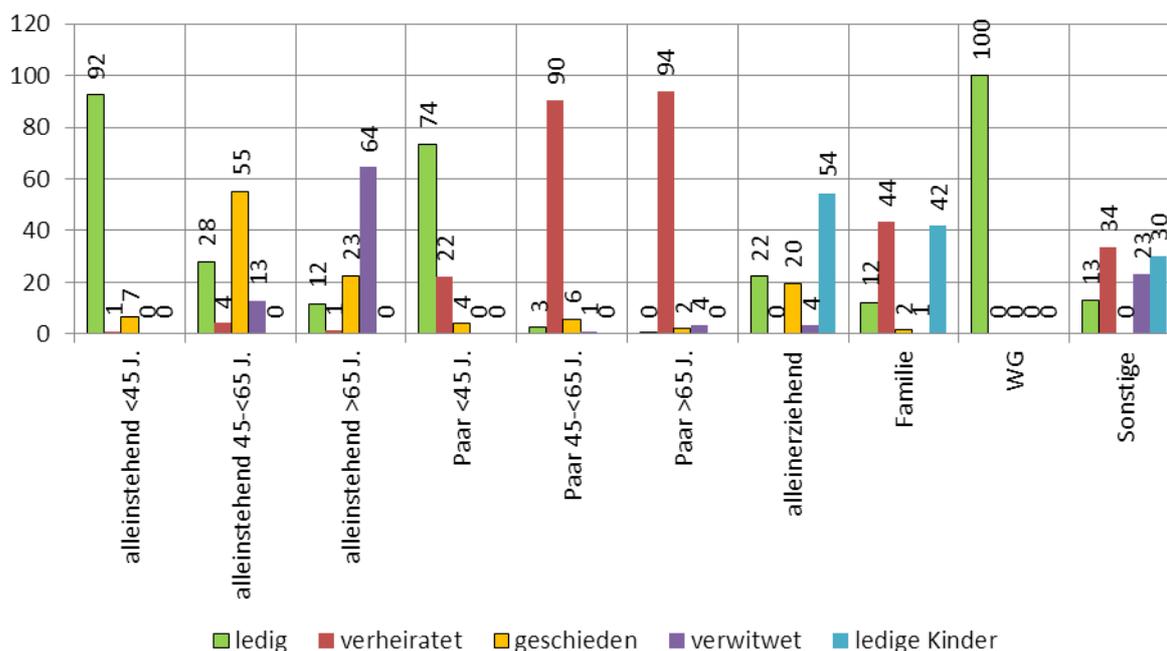
Schließlich gibt es noch einige wenige Verwitwete, die mit ihren Kindern und den Enkelkindern in einer Großfamilie leben (0,2%).

Aus dieser Verteilung der erfassten Personen nach Familienstand und Haushaltszusammenhang lassen sich die folgenden Haushaltstypen rekonstruieren:

- Alleinstehende* (25%) (die zusätzlich nach dem Alter in unter 45-jährige (12,1%), 45- bis unter 65-jährige (6,5%) und über 65-jährige (6,4%) differenziert werden),
- Paarhaushalte* (45,6%) (die zusätzlich nach dem Alter der Bezugsperson in unter 45-jährige (9,6%), 45- bis unter 65-jährige (15,7%) und über 65-jährige (20,4%) differenziert werden),
- Alleinerziehende* (3,9%)<sup>2</sup>,
- Familien* mit Kindern (22,8%),
- Wohngemeinschaften* (WG) (2,7%) und
- Sonstige* (0,1%) (Großfamilien und andere, nicht genau bestimmbar Haushaltszusammenhänge).

Dabei werden jüngere Singlehaushalte (unter 45 Jahre) überwiegend von ledigen Personen gebildet, ältere (über 65 Jahre) überwiegend von verwitweten Personen. Bei den mittleren Jahrgängen dominieren die Geschiedenen.

**Abb. 8: Familienstand aller erfassten Personen nach Haushaltstyp (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

<sup>2</sup> Dies stellt aber wahrscheinlich eine leichte Untererfassung dar, denn in Leipzig bspw. sind allein 4,4% aller Haushalte Alleinerziehende *mit Kindern unter 18 Jahren*. Da in der Befragung auch Alleinerziehende mit älteren Kindern vertreten sind, dürfte der Wert für alle Alleinerziehenden in Magdeburg wahrscheinlich eher bei 5% bis 6% liegen. Vgl. Gerdes, J. et al (2009), Leipziger Lebenslagenreport 2009, Leipzig, S. 45. (Herausgegeben von der Stadt Leipzig)

Jüngere Paarhaushalte werden hauptsächlich aus der Partnerschaft zweier lediger Personen gebildet, verheiratet ist nur jedes fünfte Paar unter 45 Jahren. Bei den älteren Paaren (über 45 Jahren) handelt es sich in überwiegender Mehrzahl um Ehepaare.

Alleinerziehende sind zu knapp der Hälfte ledig, zu 43% geschieden und zu 8% verwitwet. Etwas mehr als die Hälfte der Haushaltsmitglieder sind Kinder.

Bei den Familien sind drei Viertel der Eltern verheiratet, 21% sind ledige Partner und 4% leben als geschiedene oder verwitwete Partner unverheiratet zusammen.

**Tab. 3: Haushaltstypen nach Stadtteilen (in Prozent)**

	alleinstehend			Paar			alleinerziehend	Familie	WG
	<45 J.	45-<65 J.	>65 J.	<45 J.	45-<65 J.	>65 J.			
Altstadt	18,5	5,8	8,7	14,4	8,8	22,7	3,6	9,1	8,4
Werder	6,2	1,6	2,5	12,7	20,4	23,2	7,9	21,7	3,7
Alte Neustadt	22,1	2,3	2,5	17,5	8,8	19,9	3,4	18,4	5,1
Neue Neustadt	12,9	7,3	10,1	13,6	14,9	17,3	4,2	18,6	1,2
Neustädter See	14,3	5,3	12,6	3,1	14,3	31,9	1,4	17,2	0,0
Kannenstieg	8,7	5,1	14,1	2,3	20,5	25,3	8,8	15,4	0,0
Neustädter Feld	6,7	8,3	5,1	6,1	17,1	20,9	4,6	30,2	0,0
Nordwest	3,4	3,0	5,3	4,2	29,2	21,6	1,5	31,8	0,0
Alt Olvenstedt	7,2	3,4	6,6	0,0	21,6	15,9	0,0	45,2	0,0
Neu Olvenstedt	14,0	13,5	7,6	7,1	18,8	20,4	4,0	11,6	3,1
Stadtfeld Ost	14,8	4,2	4,1	13,3	11,2	16,5	4,1	25,2	6,6
Stadtfeld West	11,0	7,8	6,1	5,3	20,6	26,7	1,7	19,4	1,4
Diesdorf	6,7	6,5	4,6	5,0	15,2	12,6	2,0	47,3	0,0
Sudenburg	10,3	8,8	4,1	7,3	12,2	20,3	8,0	24,3	4,5
Ottersleben/Lemsdorf	8,2	3,0	4,4	5,8	23,7	14,1	2,4	36,9	0,7
Leipziger Straße	13,4	8,1	9,2	14,2	12,6	19,3	4,4	17,1	1,8
Reform	3,7	9,3	8,0	6,5	19,4	28,9	4,1	20,0	0,0
Hopfengarten	11,6	9,2	1,5	6,2	19,0	14,1	4,6	33,8	0,0
Buckau	23,2	1,7	2,0	19,0	8,9	13,0	6,8	25,3	0,0
Fermersleben	5,2	11,3	3,8	11,2	8,1	35,4	0,0	19,4	5,6
Salbke/Westerhüsen	11,3	13,2	7,9	15,5	13,8	14,7	1,9	21,8	0,0
Brückfeld	23,5	2,6	3,3	11,8	0,0	18,3	9,0	28,9	2,7
Berliner Ch./Herrenkrig.	2,5	4,1	7,3	4,1	19,4	27,5	0,0	27,7	6,5
Cracau	16,2	6,8	6,5	9,7	19,3	14,1	4,7	22,1	0,0
Prester/Pechau usw. <sup>1</sup>	3,6	7,5	5,2	5,6	20,9	11,8	0,7	44,8	0,0
Rothensee	10,1	3,1	0,0	16,4	26,5	16,5	6,3	18,1	3,1
	12,1	6,5	6,4	9,6	15,7	20,4	3,9	22,8	2,7

1) Anm.: In der Kategorie „Prester/Pechau usw.“ wurden die Stadtteile Prester, Pechau, Beyendorfer Grund, Industriehafen, Barleber See, Zipkeleben, Randau-Calenberge und Beyendorf-Sohlen zusammengefasst.

Quelle: Befragung (gewichtet)

Die Wohngemeinschaften werden in der Befragung vollständig von Ledigen gebildet und bei der kleinen Gruppe der Sonstigen ist die Mehrzahl der Eltern verheiratet.

Unverheiratete Partnerschaften bilden 16% der Haushalte, wobei knapp zwei Drittel davon Paare ohne Kinder (64%) sind und ein Drittel Partnerschaften mit Kindern.

In 53% der Haushalte leben verheiratete Ehepaare, wobei ebenfalls zwei Drittel Ehepaare ohne Kinder (67%) und ein Drittel Ehepaare mit Kindern sind.

Die meisten Singlehaushalte gibt es in Neu Olvenstedt, Altstadt, Neustädter See und Salbke/Westerhüsen (32% und mehr). Mit Ausnahme der Altstadt dominieren hier aber eher die über 45-jährigen Singles. Die relativ meisten unter 45-jährigen Singles leben in Alte Neustadt, Buckau und Brückfeld. Die meisten Familien findet man relativ in Diesdorf, Alt Olvenstedt und in den Randgebieten Prester/Pechau usw.

Die Verteilung der Haushaltstypen über die Stadt folgt zum einen der Altersverteilung, die wiederum vom Baualter der Gebiete bzw. besonders in den zentrumsnahen Stadtteilen auch vom Sanierungsprozess der letzten 20 Jahre abhängt. So gab es eine städtebauliche Reurbanisierung vor allem in den Gründerzeitvierteln mit einhergehender (teilweiser) sozialer Gentrifizierung durch Bevölkerungsaustausch, was i.d.R. zur Verjüngung der Bevölkerung beiträgt und außerdem durch Single- und unverheiratete Paarhaushalte dominiert wird. In den Neubaugebieten der 60er bis 80er Jahren hatte die stetige Abwanderung vor allem jüngerer Einwohner eine Überalterung der Gebiete zur Folge (wachsender Anteil älterer Singles und Paare). In den Neubaugebieten der letzten 20 Jahre hingegen fand eine Verjüngung statt, hier dominieren traditionelle Familien.

### **3.2 Schulbildung und berufliche Qualifikation**

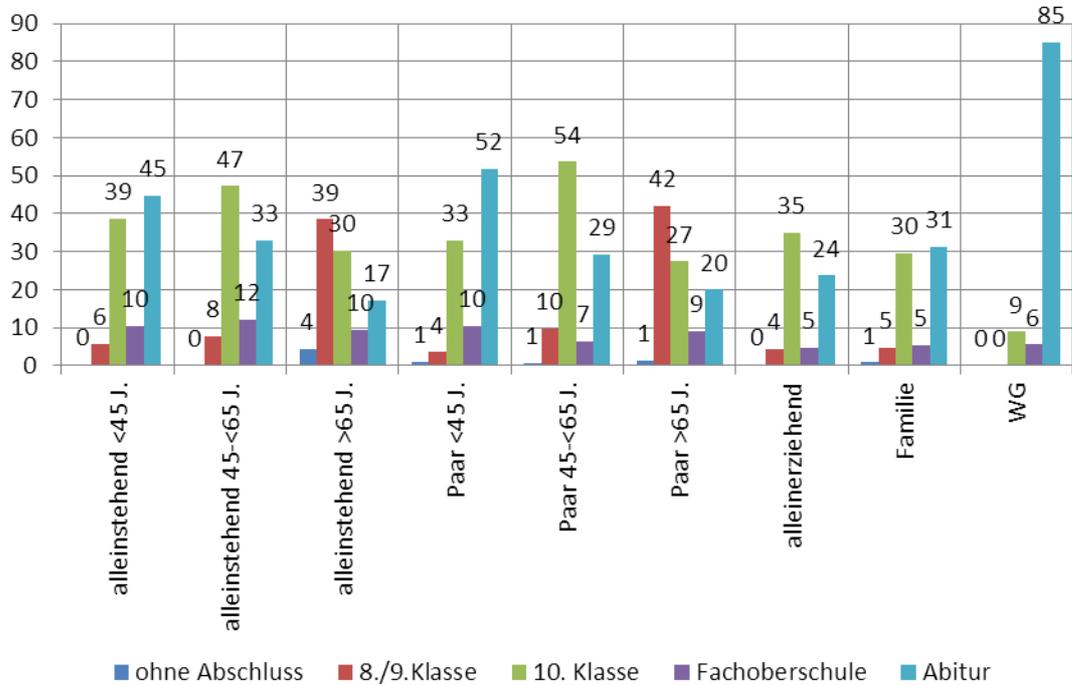
Von allen mit der Befragung erfassten Personen sind 12,1% noch nicht schulpflichtige Kinder bzw. Schüler. Die anderen 87,9% haben ihre schulische Ausbildung bereits beendet. Insgesamt verfügen 33,4% über einen Abschluss der 10. Klasse (POS oder Realschule) und 13,5% über den Abschluss der 8./9. Klasse. Das Abitur haben 32,8% und 7,3% verfügen über einen Fachoberschulabschluss. Keine abgeschlossene Schulausbildung haben nur 0,9% der Befragten.

Allerdings muss bei der Interpretation beachtet werden, dass schriftliche Befragungen häufiger von Personen mit etwas höherer Bildung bzw. jenen, die den Umgang mit schriftlichen Informationen gewohnt sind, beantwortet werden.

Die Verteilung ist zwischen den Stadtteilen unterschiedlich, hat jedoch vielfach mit der Verteilung der Altersstruktur zu tun, d.h. der 8./9. Klasse- Abschluss ist in jenen Stadtteilen überdurchschnittlich vertreten, in denen mehr ältere Personen leben. Der Abschluss der 10. Klasse bzw. der Realschulabschluss findet sich hingegen überdurchschnittlich in Stadtteilen mit einer jüngeren Bevölkerung. Entsprechend der Entwicklung des DDR-Schulsystems war es vor allem für die heute unter 60jährigen selbst-

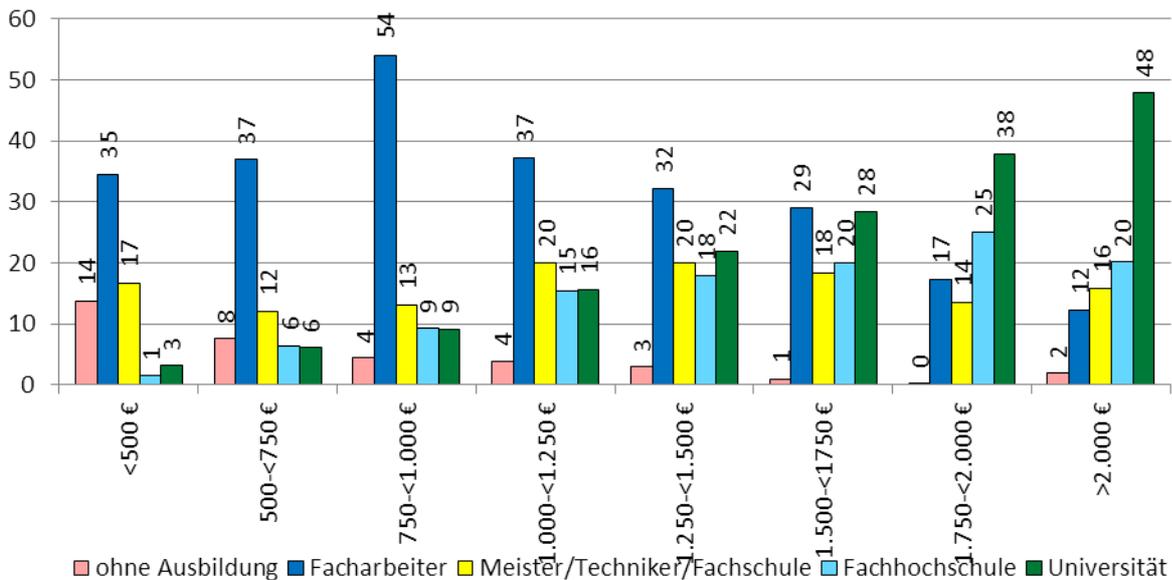
verständlicher, die 10. Klasse zu absolvieren als dies für Ältere galt, die meist noch vor bzw. in der Frühzeit der DDR-Zeit ihre Schulausbildung abgeschlossen hatten.

**Abb. 9: Schulabschlüsse der erfassten Personen nach Haushaltstyp (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 10: Berufliche Qualifikation der erfassten Personen nach Einkommen (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Tatsächlich haben über 65-jährige Alleinlebende zu 39% einen 8./9. Klasse-Abschluss und in älteren Paarhaushalten 42% der Haushaltsmitglieder. In den Haushaltstypen mit überwiegend jüngeren Haushaltsmitgliedern liegt der Anteil hingegen unter 10%. Der Abschluss der 10. Klasse POS ist entsprechend bei den mittleren Generationen überdurchschnittlich und bei der jüngeren Generation, die erst nach 1990 ihren Schulabschluss gemacht hat, verlagert sich das Schwergewicht auf das Abitur.

Höhere Anteile von Abiturabschlüssen findet man eher dort, wo schon zu DDR- Zeiten ein bevorzugter Wohnstandort für Privilegierte, die sog. „Intelligenz“ sowie die sog. „technische Intelligenz“ war. Außerdem kann ein höherer Anteil auch als ein Indiz für eine zunehmende soziale „Aufwertung“ einzelner Stadtteile interpretiert werden. Insbesondere besser gebildete Mittelschichten ziehen in die als besonders attraktiv geltenden Stadtteile.

**Tab. 4: Schulabschluss der erfassten Personen nach Stadtteil (in Prozent)**

	noch Kind/ Schüler	ohne Ab- schluss	8./9. Klasse	10. Klasse	Fach- ober- schule	Abitur
Altstadt	7,3	1,8	13,4	26,4	8,7	42,3
Werder	12,2	0,0	5,4	21,3	4,4	56,7
Alte Neustadt	9,0	0,0	13,9	28,6	9,0	39,5
Neue Neustadt	14,2	1,9	15,5	38,0	7,9	22,4
Neustädter See	7,7	0,8	25,8	42,4	5,8	17,5
Kannenstieg	10,0	0,6	19,8	44,2	7,5	17,9
Neustädter Feld	11,7	1,0	14,2	33,6	8,7	30,8
Nordwest	15,6	2,1	7,6	34,4	9,8	30,5
Alt Olvenstedt	15,6	1,0	12,5	35,2	3,6	32,2
Neu Olvenstedt	7,3	3,7	12,7	44,0	8,0	24,3
Stadtfeld Ost	13,0	0,8	10,1	23,8	6,9	45,4
Stadtfeld West	9,3	0,9	12,8	37,3	9,5	30,3
Diesdorf	24,7	0,3	13,2	30,5	7,4	23,8
Sudenburg	15,9	1,0	13,7	28,2	7,7	33,4
Ottersleben/Lemsdorf	9,9	0,9	12,2	38,8	9,4	28,8
Leipziger Straße	13,3	0,9	17,0	31,0	4,3	33,4
Reform	11,1	0,4	20,5	34,2	6,1	27,6
Hopfengarten	15,7	0,0	5,9	34,8	6,6	36,9
Buckau	16,0	0,0	11,1	23,9	6,5	42,5
Fermersleben	12,9	1,5	26,9	34,1	5,4	19,2
Salbke/Westerhüsen	9,5	0,0	14,3	50,9	7,8	17,5
Brückfeld	22,2	0,0	13,4	32,5	7,2	24,7
Berliner Ch./Herrenkrug	10,8	0,0	15,1	42,6	7,0	24,5
Cracau	12,8	0,8	3,0	39,0	5,2	39,3
Prester/Pechau usw.	15,5	1,7	9,3	31,0	6,3	36,3
Rothensee	2,9	0,0	21,3	47,0	9,7	19,1
insgesamt	12,1	0,9	13,5	33,4	7,3	32,8

Quelle: Befragung (gewichtet)

Bei der beruflichen Qualifikation zeigt sich ein ähnliches Bild, wie bei der Schulbildung. Zunächst sind 12,2% derjenigen, die ihre Schulausbildung abgeschlossen haben, noch in einer Ausbildung (davon sind 60% Studenten und 40% absolvieren eine Berufsausbildung. In Einzelfällen sind auch Fachschüler darunter). Der Anteil der Facharbeiter liegt bei 36,5% und eine Meister- oder Technikerqualifikation haben 4,9%. Eine Fachschule haben 11,4% absolviert und die Fachhochschule 13,1%. Einen Hochschulabschluss haben 17,8%. Die Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind dabei nur minimal.

**Tab. 5: Berufliche Qualifikation der erfassten Personen nach Stadtteil  
(in Prozent der Personen mit Schulabschluss)**

	noch in Ausbildung	ohne Ausbildung	Facharbeiter	Meister / Techniker/ Fachschule	Fachschule	Fachhochschule	Universität
Altstadt	21,6	4,8	28,1	2,6	11,5	13,8	17,5
Werder	11,2	3,6	18,8	1,8	10,6	22,0	32,0
Alte Neustadt	24,2	3,2	32,0	3,9	12,3	8,0	16,4
Neue Neustadt	13,4	4,5	41,3	4,9	16,4	9,1	10,4
Neustädter See	5,6	7,5	45,0	5,1	11,9	15,6	9,3
Kannenstieg	8,2	5,6	46,1	5,0	12,2	10,1	12,8
Neustädter Feld	10,1	3,5	43,8	5,4	7,2	13,1	16,9
Nordwest	2,3	5,7	31,5	3,6	16,6	18,1	22,2
Alt Olvenstedt	8,2	4,2	37,3	7,0	15,0	10,9	17,4
Neu Olvenstedt	13,8	5,0	46,7	5,5	11,1	6,1	11,8
Stadtfeld Ost	17,2	5,0	26,5	2,9	10,8	14,5	23,0
Stadtfeld West	9,1	4,6	35,9	5,8	9,6	15,4	19,6
Diesdorf	10,5	2,5	43,1	8,6	8,5	7,3	19,5
Sudenburg	19,3	1,4	36,4	4,2	10,7	11,9	16,1
Ottersleben/Lemsdorf	7,4	4,7	37,7	4,9	11,7	15,2	18,5
Leipziger Straße	9,2	5,7	42,2	5,1	8,2	9,7	19,9
Reform	5,5	4,3	40,6	7,5	10,9	14,0	17,2
Hopfengarten	6,3	3,1	33,4	7,9	10,4	13,1	25,9
Buckau	12,2	3,5	31,2	0,0	12,5	12,3	28,3
Fermersleben	11,4	1,8	60,8	3,3	7,0	14,3	1,5
Salbke/Westerhüsen	4,0	4,3	51,4	10,1	6,5	12,8	11,0
Brückfeld	13,4	3,5	37,2	3,8	15,9	11,4	14,9
Berliner Ch./Herrenkrug	5,4	3,6	41,2	11,5	11,8	10,7	15,8
Cracau	10,5	0,4	31,1	3,0	15,9	21,4	17,8
Prester/Pechau usw.	9,6	4,3	29,3	8,1	10,9	11,0	26,8
Rothensee	11,4	4,7	53,8	5,0	8,3	13,5	3,3
insgesamt	12,2	4,2	36,5	4,9	11,4	13,1	17,8

Quelle: Befragung (gewichtet)

Die berufliche Ausbildung steht in engem Zusammenhang mit dem Äquivalenzeinkommen der Haushalte. Je höher das berufliche Ausbildungsniveau, umso höher ist auch das Einkommen.

In der Befragung sind Höherqualifizierte mit Hochschulabschluss in Werder, Buckau, Hopfengarten und den Randgebieten Prester/Pechau usw. besonders überdurchschnittlich vertreten. Hingegen ist ihr Anteil in Fermersleben, Rothensee, Neustädter See, Neue Neustadt, Salbke/Westerhüsen und Neu Olvenstedt besonders unterdurchschnittlich.

### 3.3 Erwerbsstatus

Der Erwerbsstatus der erfassten Personen ist in einigen Fällen schwierig darzustellen, da es zum einen relativ viele Überschneidungen der einzelnen Status gibt und zum anderen nicht alle Angaben zu den anderen Haushaltsmitglieder vorliegen. Die Darstellung bezieht sich deshalb auf die Feststellung des jeweiligen Hauptstatus. Das heißt, ein Student, der nebenher erwerbstätig ist, erhält als Hauptstatus den eines nichterwerbstätigen Studenten. Ebenso wird bei Rentnern verfahren, bei denen eine Erwerbsarbeit lediglich als Nebenerwerb gewertet wird. Bei Arbeitslosen, die außerdem erwerbstätig sind, wird die Arbeitslosigkeit als Hauptstatus gewertet, weil sie trotz Erwerbseinkommen auf eine zusätzliche Grundsicherung angewiesen sind. Vor dem Hintergrund dieser Festlegungen können zunächst 51% der erfassten Personen zu den Erwerbspersonen gezählt werden.

Um allerdings die Werte mit den amtlichen Zahlen vergleichen zu können, muss zunächst die Zählmethode des Mikrozensus zugrunde gelegt werden. Dabei werden im Mikrozensus auch Rentner, Studenten und Erwerbslose mit Nebenerwerb zu den Erwerbspersonen gezählt und zwar unabhängig von der Arbeitszeit. Im Sinne des Mikrozensus ist bspw. ein Rentner, der Zeitungen austrägt, eine Erwerbsperson. Auf diese Weise gezählt waren nach Angaben des Mikrozensus 2008 in Magdeburg 54% der Bevölkerung Erwerbspersonen und 46% Nichterwerbspersonen. Nach der gleichen Methodik gezählt ist das Verhältnis in der Befragung das gleiche.

Die Erwerbspersonen können weiter differenziert werden in Erwerbstätige und Erwerbslose.<sup>3</sup> In der Befragung sind nach der Zählmethode des Mikrozensus 46% der erfassten Personen erwerbstätig und 8% erwerbslos, was weitgehend den Ergebnissen des Mikrozensus für Magdeburg von 2008 entspricht. Wendet man allerdings die Methode des „Hauptstatus“ an, dann sind nur 40% Erwerbstätige, die sich ihren Lebensunterhalt allein durch Erwerbsarbeit sichern können und 11,3% sind Erwerbslose, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Bei den Erwerbstätigen kann dann noch einmal differenziert werden nach Selbständigen (5,5%) und abhängig Beschäftigten (34,3%). Die abhängig Beschäftigten wiederum lassen sich in Beamte (1,4%) und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (32,9%) unterscheiden und letztere wiederum in die Gruppen der Vollzeitbeschäftigten

---

<sup>3</sup> Wobei der Status „erwerbslos“ unabhängig gebraucht wird von der amtlichen Definition in SGB III § 16. Er umfasst vielmehr alle Personen, die Leistungen erhalten, auch wenn sie nicht formal arbeitslos gemeldet sind. In der Befragung gilt dies außerdem einschließlich aller in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eingebundenen Personen. Dies entspricht weitgehend der Quote, die sich aus den Zahlen der Agentur für Arbeit unter dem Begriff „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“ für Magdeburg berechnen lässt (ca. 10%) (Quelle: Agentur für Arbeit (Hrsg.) (2010): Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und nach regionaler Gliederung – Magdeburg April 2010, Reihe: Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsmarktstatistik, Nürnberg.

(28,9%), der Teilzeitbeschäftigten (3,2%), der ausschließlich in Midi-Jobs Beschäftigten (0,5%) und der ausschließlich in Mini-Jobs Beschäftigten (0,3%).

Nach dem Konzept des Mikrozensus müsste man auch noch die 6,2% derjenigen zu den Erwerbstätigen zählen, die sich (überwiegend in Mini-Jobs) zur Rente, zum Studium oder zum Arbeitslosengeld etwas hinzuverdienen.

Die Erwerbslosen können einmal differenziert werden in jene, die ausschließlich die entsprechenden Leistungen erhalten (einschließlich Unterhaltsgeld bei Fortbildung und Umschulung) (7,9%) und jene, die ihr Arbeitslosengeld durch Mini-, Midi- oder sogar Vollzeitjobs aufstocken (3,4%) bzw. die Geld im Rahmen einer sog. „Arbeitsgelegenheit“ (AGH) oder Kommunal-Kombi verdienen (beides Nachfolgeformen der früheren, unter dem Kürzel ABM bekannten, „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“).

**Tab. 6: Erwerbsstatus aller mit der Befragung erfassten Personen im Vergleich (in Prozent)**

		Methode Hauptstatus		Methode Mikrozensus	
		Befragung		Magdeburg 2008	
<b>Erwerbspersonen</b>		<b>51,2</b>	<b>54,0</b>	<b>54,1</b>	
davon:	Erwerbstätige	39,8	46,1	49,9	
	davon:				
	selbständig	5,5	5,5		
	Beamter	1,4	1,4		
	abhängig Vollzeit	28,9	28,9		
	abhängig Teilzeit	3,2	3,2		
	nur Midi-Job(s)	0,5	0,5		
	nur Mini-Job(s)	0,3	0,3		
	Nichterwerbstätige mit Nebenjob		6,2		
	Erwerbslose	11,3	7,9	7,2	
	davon:				
	nur arbeitslos	7,9	7,9		7,2
	arbeitslos und Erwerbseinkommen	3,4			
	davon: AGH/Kommunal-Kombi	0,5			
<b>Nichterwerbspersonen</b>		<b>48,8</b>	<b>46,0</b>	<b>45,9</b>	
davon:	Rentner/Pensionäre	26,7	26,2		
	davon:				
	nur Rente/Pension	25,7	26,2		
	Rente und Erwerbseinkommen	0,5			
	Rente und Grundsicherung	0,5			
	Studenten	8,7			
	davon:				
	Student	6,5	6,5		
	Student und Erwerbseinkommen	2,3			
	Schüler	6,2	6,2		
	nicht schulpflichtiges Kind	5,7	5,7		
	Sonstige Nichterwerbstätige	1,4	1,4		
insgesamt		100,0	100,0	100,0	

Quelle: Befragung (gewichtet), Amt für Statistik der Stadt Magdeburg, eigene Berechnungen

Zum anderen können sie unterschieden werden in Empfänger von ALG I (2,4%) und von ALG II (7,3%) sowie Empfänger von Unterhaltsgeld im Rahmen einer Fortbildung oder Umschulung (0,8%). Außerdem müssen jene hinzugezählt werden, die arbeitslos sind, aber keinen Anspruch auf Leistungen haben, weil der Partner zu viel verdient oder weil das Ersparte bis auf den zugebilligten Selbstbehalt aufgebraucht werden muss (1%).

**Tab. 7: Verteilung der Erwerbsstatus aller erfassten Personen auf die Stadtteile (in Prozent)**

	Erwerbstätige	Erwerbslose	Rentner	Studenten	Kinder
Altstadt	31,8	10,2	30,7	18,6	7,1
Werder	50,7	5,1	23,6	7,5	11,4
Alte Neustadt	37,9	7,2	23,3	21,4	8,7
Neue Neustadt	34,2	18,2	25,0	8,3	13,7
Neustädter See	21,8	19,0	46,3	3,8	7,7
Kannenstieg	25,1	18,6	41,0	3,9	9,4
Neustädter Feld	45,7	8,7	25,6	8,1	10,9
Nordwest	48,0	2,5	31,2	0,7	15,6
Alt Olvenstedt	53,2	10,0	16,8	4,3	14,3
Neu Olvenstedt	34,5	16,3	29,0	12,7	6,5
Stadtfeld Ost	45,3	8,8	18,6	12,8	12,9
Stadtfeld West	38,7	11,0	33,6	6,0	9,2
Diesdorf	40,1	14,6	12,1	5,5	25,3
Sudenburg	32,7	12,0	24,2	12,7	16,6
Ottersleben/Lemsdorf	53,7	8,5	21,5	4,9	9,9
Leipziger Straße	29,0	21,1	28,4	7,6	12,6
Reform	31,8	9,6	44,1	2,3	11,2
Hopfengarten	50,7	10,7	17,6	4,2	16,3
Buckau	44,3	13,8	13,7	9,5	16,8
Fermersleben	35,9	4,2	35,7	8,4	13,3
Salbke/Westerhüsen	49,6	10,0	26,3	3,8	9,6
Brückfeld	30,2	9,8	20,8	10,6	22,5
Berliner Ch./Herrenkrug	48,9	3,8	29,4	5,8	10,3
Cracau	49,1	9,6	22,3	5,7	12,9
Prester/Pechau usw.	55,4	8,9	15,8	3,0	15,7
Rothensee	56,7	10,6	25,5	4,3	2,9

Quelle: Befragung (gewichtet)

Die größte Gruppe unter den *Nichterwerbspersonen* sind die Rentner und Pensionäre, die 26,7% der erfassten Personen ausmachen (bzw. 26,2% nach dem Mikrozensuskonzept, wenn man die wenigen unberücksichtigt lässt, die einen Nebenerwerb haben). Zur Gruppe der Rentner zählen außerdem jene 0,5%, die Grundsicherung vom Sozialamt erhalten. Die zweitgrößte Gruppe sind die Kinder (11,9%), die sich in Schüler (6,2%) und noch nicht schulpflichtige Kinder (5,7%) unterteilen. Die dritte Gruppe sind die Studenten (8,7%), von denen sich ein Teil ausschließlich dem Studium widmet (6,5%), während ein anderer Teil eine Nebenbeschäftigung hat (2,3%). Als Rest-

größe bleibt die Gruppe der „sonstigen Nichterwerbstätigen“, die hauptsächlich Zivil- und Wehrdienstpflichtige und Eltern im Erziehungsjahr umfasst.

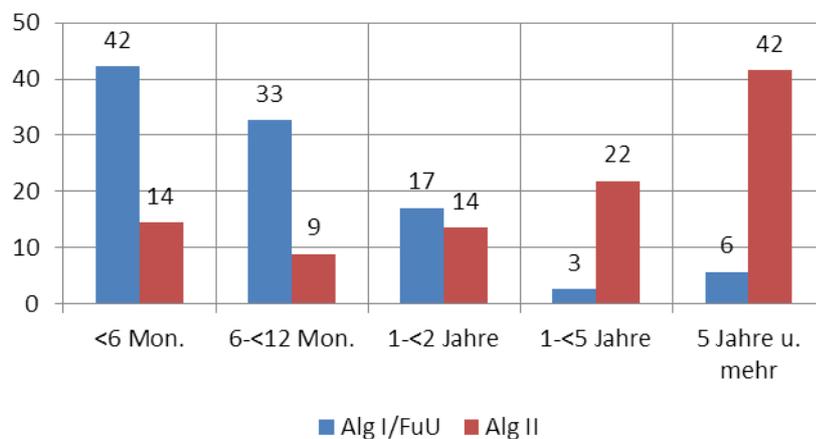
Zwischen den Stadtteilen ist die Verteilung nach den differenzierten Erwerbsstatus sehr unterschiedlich. Allerdings werden die Fallzahlen für die einzelnen Stadtteile sehr klein, so dass keine gesicherten Aussagen möglich sind. Teilweise folgt die Verteilung der Altersstruktur der Stadtgebiete, aber der Zusammenhang ist nicht immer gegeben.

Im folgenden Bericht wird für die Korrelationen nur noch der Erwerbsstatus der befragten Bezugsperson verwendet, weil die meisten Fragen sich an eine Person richten und weniger mit dem Haushalt zu tun haben. Von den Bezugspersonen sind 42,5% Erwerbstätig, 15,2% erwerbslos, 31,6% Rentner, 9,5% Studenten und 1,1% Sonstige.

### 3.4 Dauer der Arbeitslosigkeit

Zur Dauer der Arbeitslosigkeit konnten nur die Bezugspersonen der Befragung Auskunft geben. Die befragten Arbeitslosen sind im Durchschnitt seit 52 Monaten arbeitslos, wobei hier arbeitsmarktpolitische Maßnahmen nicht als Unterbrechung gezählt werden und ein Vergleich mit den amtlichen Angaben daher nicht möglich ist. Die Empfänger von ALG I sind dabei im Schnitt 13,4 Monate arbeitslos und die Empfänger von ALG II 65,6 Monate.

**Abb. 11: Dauer der Arbeitslosigkeit der Bezugsperson nach Art der Leistung (in Prozent)**



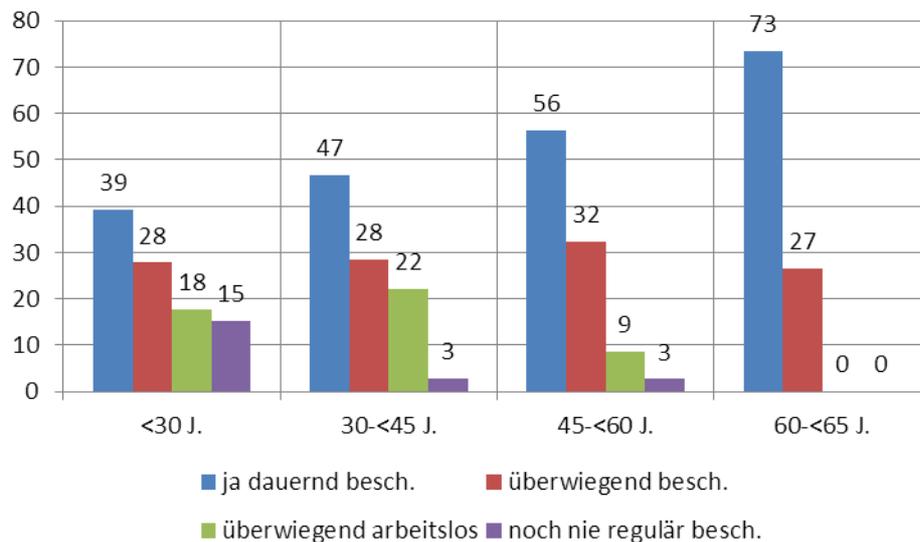
Quelle: Befragung (gewichtet)

Dabei sind Frauen (60 Monate) im Mittel länger arbeitslos als Männer (45 Monate) und hinsichtlich der Qualifikation sind geringer Qualifizierte (58 Monate) länger arbeitslos als Fachhochschul- und Universitätsabsolventen (ca. 35 Monate).

Jeder zweite Arbeitslose ist vor seiner Arbeitslosmeldung dauerhaft beschäftigt gewesen, 30% geben an, dass sie in den Zeit davor überwiegend beschäftigt waren und 14% waren vorher bereits überwiegend arbeitslos. Noch nie einen regulären Arbeitsplatz hatten 5% der Arbeitslosen. Letzteres betrifft vor allem die unter 30-jährigen, die zu 15% noch nie regulär gearbeitet haben. Demgegenüber sind die über 45-jährigen in der Mehrzahl aus bestehenden festen Arbeitsverhältnissen in die Arbeitslosigkeit

entlassen worden. Unter den unter 45-jährigen hingegen finden sich im Vorfeld der aktuellen Arbeitslosigkeit bereits häufiger sog. perforierte Berufsverläufe.

**Abb. 12: Dauer der Arbeitslosigkeit der Bezugsperson nach Alter (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

### 3.5 Situation der Erwerbstätigen

Die an der Befragung teilnehmenden Erwerbstätigen wurden nach einigen Aspekten ihrer Erwerbstätigkeit gefragt. Hier konnten nur Angaben zur Bezugsperson gemacht werden und nicht zu den anderen Haushaltsmitgliedern.

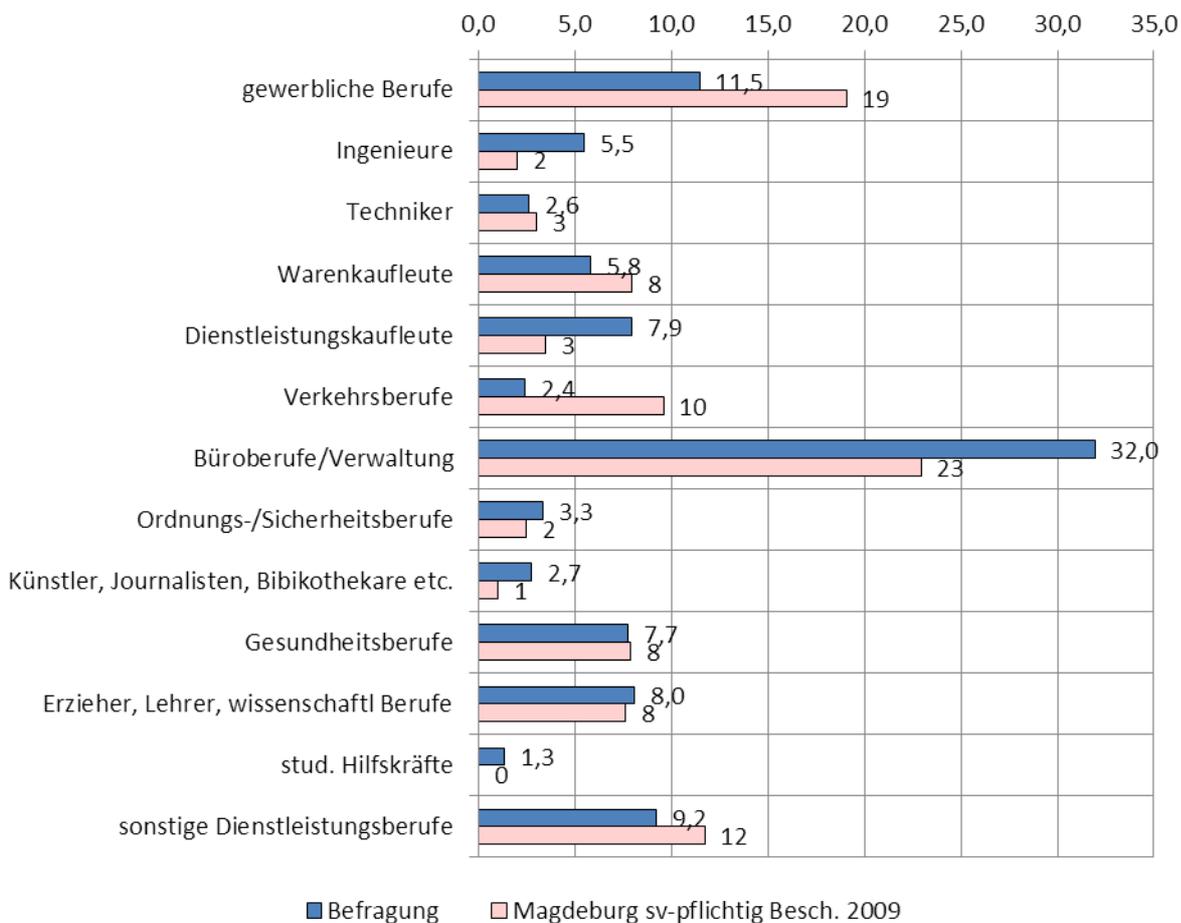
Zunächst sollten die befragten Erwerbstätigen ihren Beruf angeben bzw. in Stichworten aufschreiben, welche Tätigkeit sie gegenwärtig ausüben. Die Mehrzahl der in der offen gestellten Frage notierten Begriffe ließ sich anhand der „Klassifizierung der Berufe“ der Agentur für Arbeit in Kategorien zusammenfassen. Einige sehr allgemeine Angaben mussten allerdings den eher groben Kategorien „gewerbliche Berufe“ sowie hauptsächlich den „Büro-/Verwaltungsberufen“ zugeordnet werden. Genannt wurden insgesamt 1.118 Tätigkeitsbezeichnungen. Dabei dominieren die Dienstleistungsberufe einschließlich der Berufe für Techniker und Ingenieure mit 88%.

Vergleichsdaten existieren nur für den Bereich der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (aktuell vom September 2009, einschließlich der geringfügig Beschäftigten). Hier zeigt sich, dass gewerbliche Berufe deutlich untererfasst und vor allen Büro- und Verwaltungsberufe übererfasst sind. Allerdings muss man berücksichtigen, dass in der Befragung auch Selbständige befragt wurden sowie Beamte. Letztere werden in der Systematik der Berufe fast alle in den Bereich der Verwaltungsberufe einsortiert. Auch viele Selbständige sind hier einzuordnen. Dies relativiert die Verzerrung etwas, hebt sie aber nicht völlig auf. Andererseits ist die Bandbreite der genannten Berufe sehr hoch und es zeigt sich die typische geschlechtsspezifische Verteilung, indem die Fertigungsberufe von Männern dominiert sind und die Dienstleistungsberufe überwiegend von Frauen ausgeübt werden.

Analog zur Verteilung der Berufe arbeitet die Mehrzahl der Erwerbstätigen in Betrieben des Handels- und Dienstleistungsbereichs (45%) und weitere 37% im öffentlichen Dienst. Nur 11% arbeiten in der Industrie und 7% im Handwerk. Im landwirtschaftlichen Bereich sind nur 1% beschäftigt.

In Industriebetrieben arbeiten im Verhältnis die jüngeren Beschäftigten etwas häufiger, während im öffentlichen Dienst die Altersgruppe der 45- unter 60-jährigen etwas stärker vertreten ist. Auch im Handwerk deutet sich eine leichte Überalterung der Belegschaften an.

**Abb. 13: Berufe der Erwerbspersonen im Vergleich (in Prozent)**



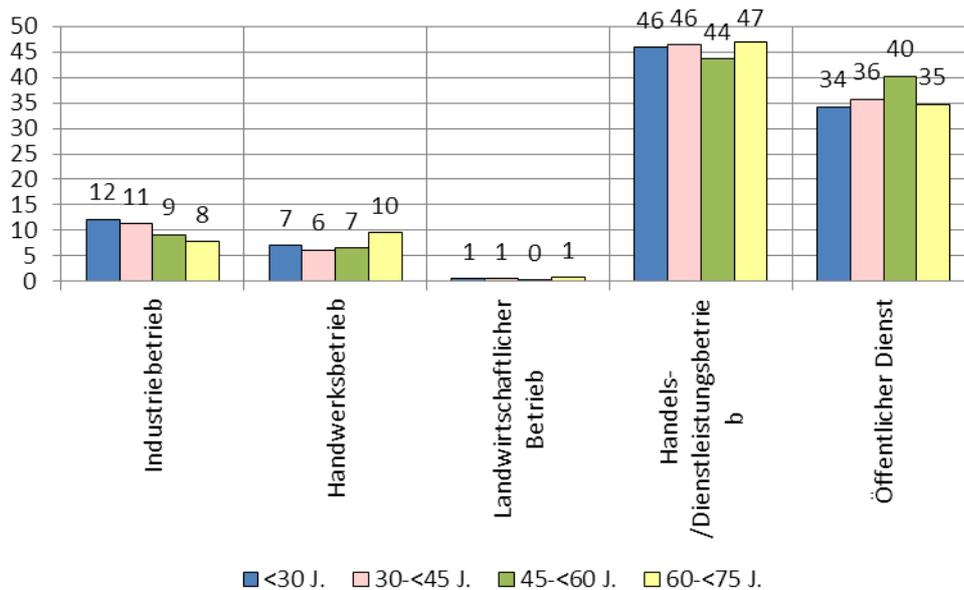
Quelle: Befragung (gewichtet), Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2009): Arbeitsmarkt in Zahlen, Sozialversicherungspflichtig (SvB) und geringfügig entlohnte Beschäftigte (geB), Nürnberg, Stichtag 30.09.2009

Die Erwerbstätigen wurden danach gefragt, wie zufrieden sie mit verschiedenen Arbeitsbedingungen sind. Hinsichtlich der Verdienstmöglichkeiten zeigt sich gut jeder Zehnte „sehr zufrieden“ (10,7%) und 37% sind „zufrieden“. Nur mäßig zufrieden sind 27%, während 13% „unzufrieden“ und 12% sogar „sehr unzufrieden“ sind.

Frauen sind geringfügig zufriedener als Männer und nach Altersgruppen betrachtet sind besonders die unter 30-jährigen „sehr zufrieden“ und die Älteren im Schnitt etwas weniger zufrieden.

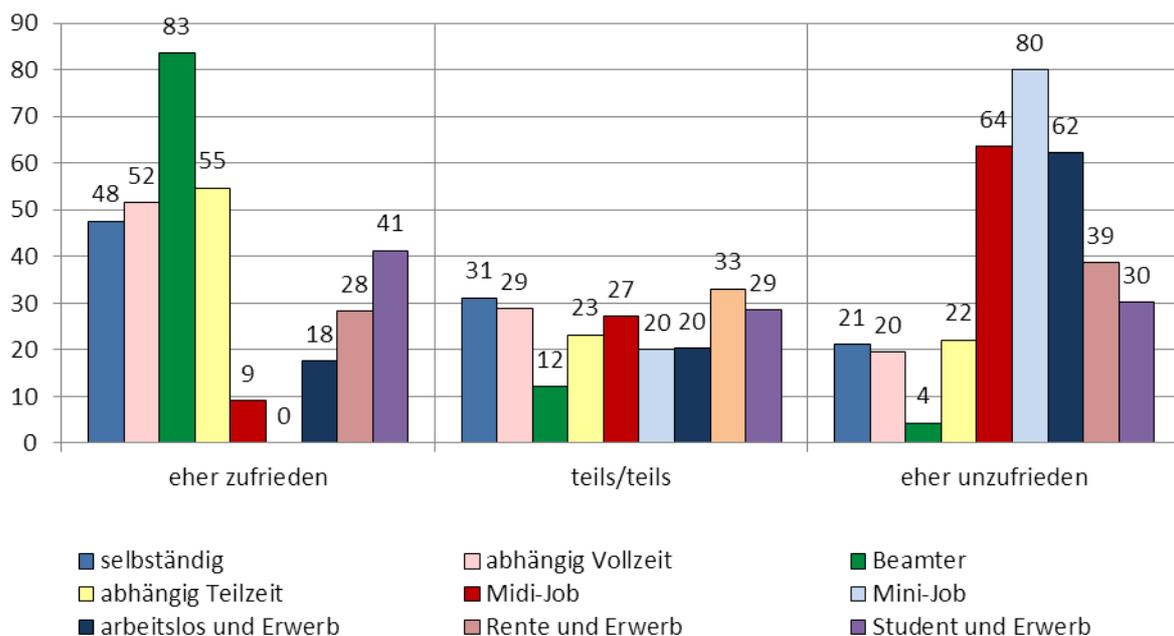
Besonders zufrieden mit dem Einkommen sind Beamte (83% eher zufrieden), mit Abstand gefolgt von den Teilzeitbeschäftigten (die zu 42% im öffentlichen Dienst arbeiten) (55%) und den sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (52%). Auch die Selbständigen sind noch relativ zufrieden mit ihrem Einkommen (48%) sowie ebenso ein Teil der Studenten, die mit den Einkommen aus den Nebenjobs relativ zufrieden ist (41%).

**Abb. 14: Art des Betriebes der Erwerbstätigen nach Alter (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 15: Zufriedenheit mit den Verdienstmöglichkeiten nach Erwerbstatus und Art der Beschäftigung (in Prozent)**



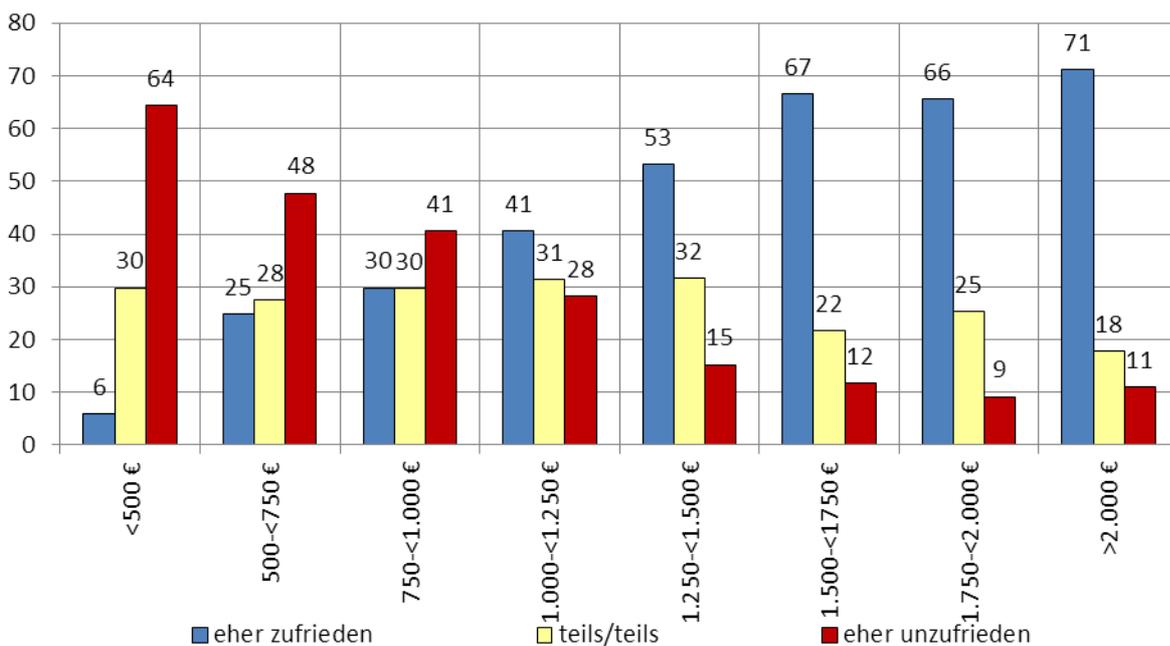
Quelle: Befragung (gewichtet)

Die größte Unzufriedenheit mit den Verdienstmöglichkeiten herrscht bei der (sehr kleinen) Gruppe der (ausschließlichen) Mini- und Midi-Jobber, die zu etwa zwei Dritteln „eher unzufrieden“ sind. Insgesamt werden die Verdienstmöglichkeiten von Nebenjobs relativ schlecht beurteilt (mit Ausnahme der typisch studentischen Nebenjobs), denn auch Rentner mit einer geringfügigen Nebenbeschäftigung sowie insbesondere Arbeitslose, die oft nur in Mini-Jobs arbeiten, sind sehr unzufrieden mit den Verdienstmöglichkeiten.

Die besondere Zufriedenheit der Beamten korrespondiert im Übrigen mit der allgemein hohen Zufriedenheit mit den Verdienstmöglichkeiten im Öffentlichen Dienst. Wer dort beschäftigt ist, äußert zu 63% Zufriedenheit und nur 12% sind explizit unzufrieden. Mit Abstand folgen dann Industriebetriebe und landwirtschaftliche Betriebe, wo immer noch jeder Zweite eher zufrieden mit den Verdienstmöglichkeiten ist. Am wenigsten zufrieden ist man in Handel- und Dienstleistungsbetrieben sowie in Handwerksbetrieben.

Wenig überraschend ist, dass die Zufriedenheit mit den Verdienstmöglichkeiten mit steigendem Einkommen zunimmt und sich umgekehrt die Unzufriedenheit reduziert.

**Abb. 16: Zufriedenheit mit den Verdienstmöglichkeiten nach Einkommen (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

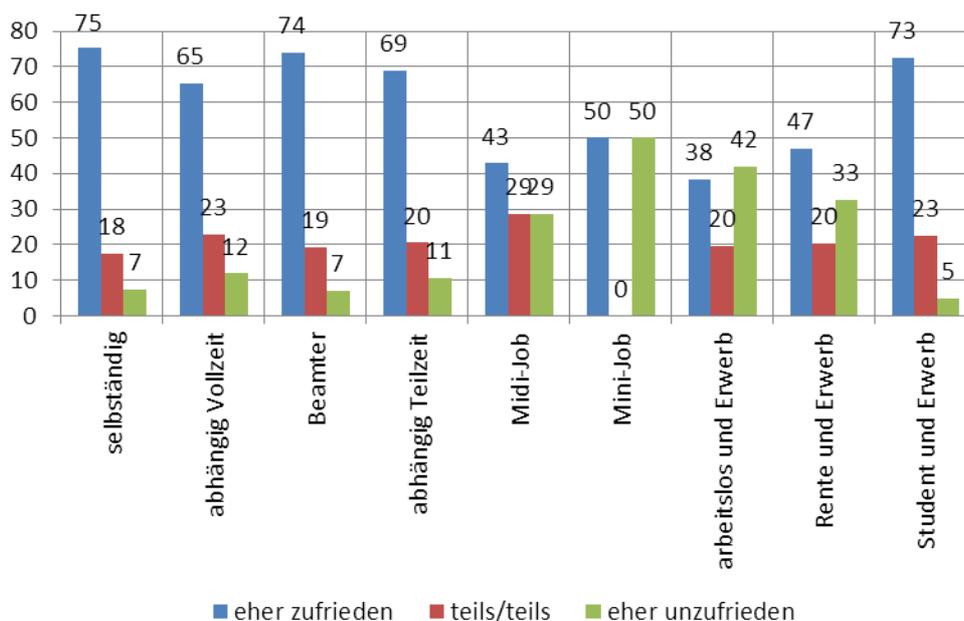
Mit den Arbeitsbedingungen ist jeder Fünfte „sehr zufrieden“ und 44% sind „zufrieden“. Teilweise kritisch urteilen 22% und 13% sind explizit „unzufrieden“, davon 3% sogar „sehr unzufrieden“.

Während drei Viertel der Selbständigen, Beamten und Studenten mit Nebenjob eher zufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen sind, ist nur noch jeder zweite Mini- oder Midi-

Jobber damit zufrieden und zwar egal, ob dies als Haupt- oder als Nebenerwerbsquelle dient.

Im öffentlichen Dienst ist mit 70% die Zufriedenheit am größten, in den anderen Betriebsformen liegt sie eher bei 62%. Wiederum steigt die Zufriedenheit mit wachsendem Einkommen stetig an.

**Abb. 17: Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen nach Erwerbstatus und Art der Beschäftigung (in Prozent)**



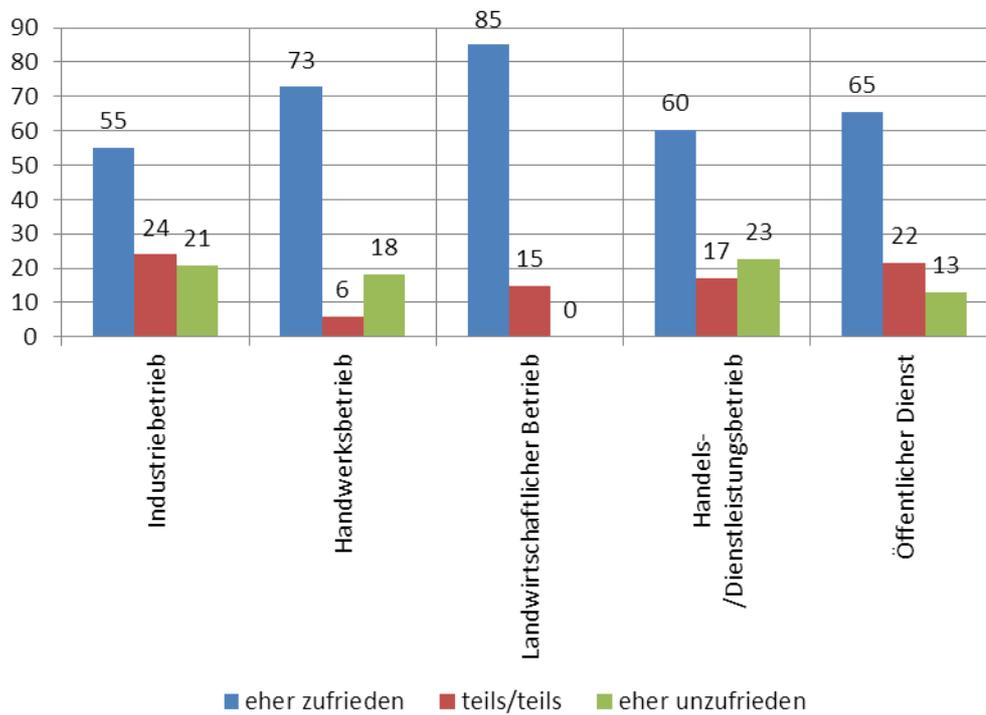
Quelle: Befragung (gewichtet)

Die Beschäftigung der Befragten wird von ihnen überwiegend als relativ abwechslungsreich beurteilt. 28% sind „sehr zufrieden“ mit der „Abwechslung bei der Arbeit“ und 43% sind „zufrieden“ damit. Explizit unzufrieden sind nur 11% der Erwerbstätigen.

Selbständige, die sich ihre Arbeit i.d.R. selbst einteilen können, sind am häufigsten zufrieden mit der Abwechslung bei der Arbeit und auch die anderen Vollzeit- und regulär Teilzeitbeschäftigten sind weitgehend damit zufrieden. Die Unzufriedenheit ist wieder bei den Mini- und Midi-Jobs am größten, wo nur jeder Zweite zufrieden ist und entsprechen spielt das Einkommen die gleiche Rolle, wie in den vorgenannten Kategorien. Dabei hängt die Zufriedenheit mit dem Abwechslungsreichtum der Arbeit hauptsächlich von der Tätigkeit selbst und nicht von der Art des Betriebes, der Branche oder anderen Faktoren ab.

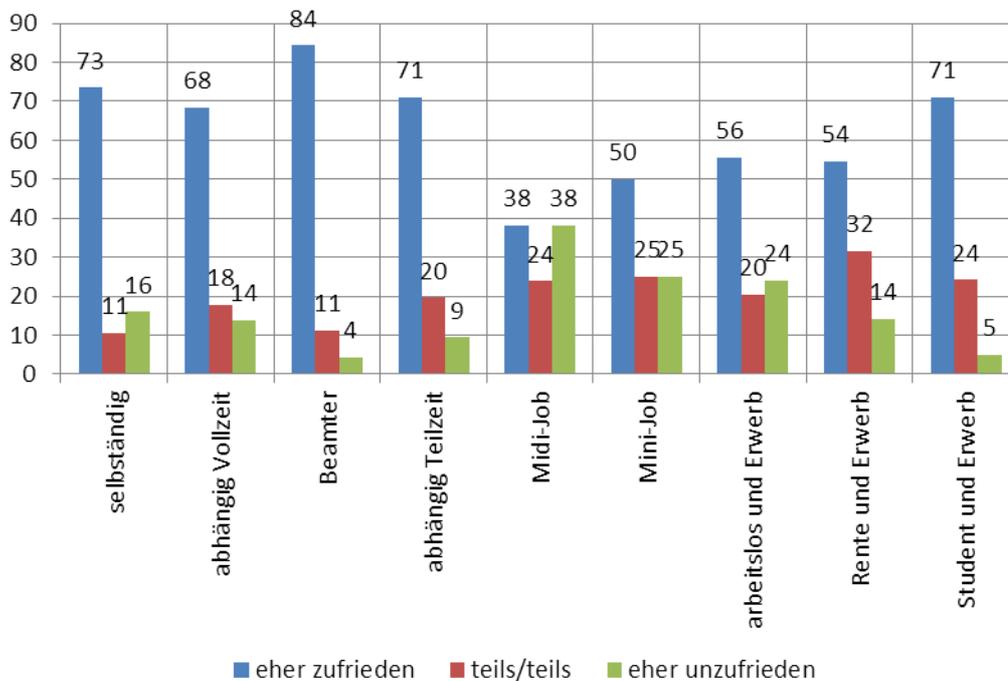
Ähnlich hoch, wie die Einschätzung des Abwechslungsreichtums, fällt auch die Beurteilung der Möglichkeiten zur selbständigen Gestaltung und Einteilung der Arbeit aus. Jeder Vierte ist damit „sehr zufrieden“, 38% sind „zufrieden“ und nur 19% sind eher „unzufrieden“, davon 8% „sehr unzufrieden“. Hier sind Männer geringfügig zufriedener und steigt die Zufriedenheit mit zunehmendem Alter leicht an.

**Abb. 18: Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur selbständigen Gestaltung und Einteilung der Arbeit nach Betriebsart (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 19: Zufriedenheit mit der Arbeitszeitregelung nach Erwerbsstatus und Art der Beschäftigung (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Noch stärker als beim Abwechslungsreichtum zeigt der Faktor der selbständigen Gestaltung, wie sehr es Selbständige schätzen, ihr „eigener Herr“ zu sein (92% „eher zufrieden“). In den anderen Gruppen liegt die Zustimmung bei knapp zwei Dritteln, wobei die Mini- und Midi-Jobs erkennbar geringere Gestaltungsspielräume aufweisen. Hier bieten Betriebe, wie im Handwerk (73% eher zufrieden) und in der Landwirtschaft (85%), in denen die Arbeit weniger normiert ist als anderswo, erkennbar größere Spielräume. Die geringsten Möglichkeiten zur selbständigen Gestaltung bieten die Industriebetriebe (55%).

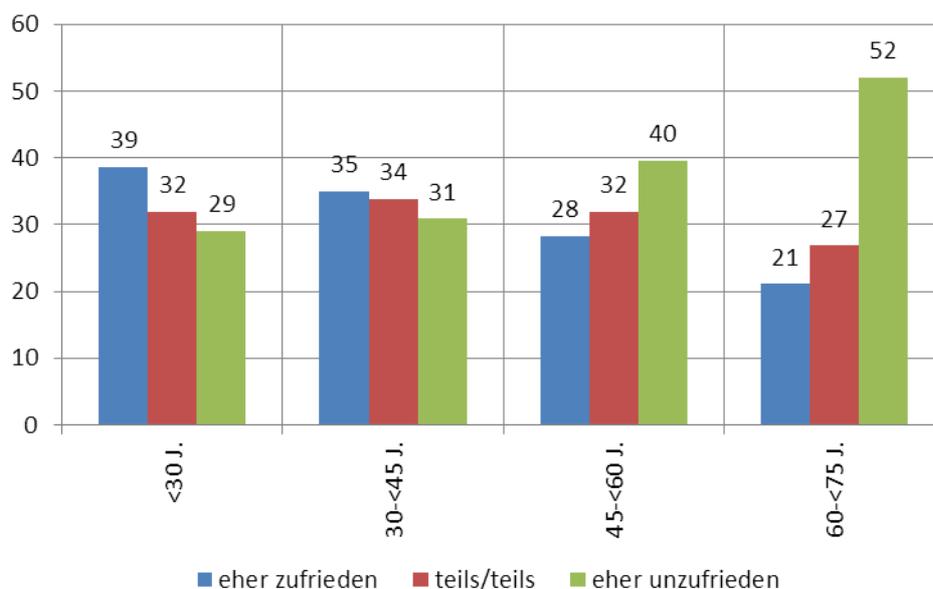
Mit der Arbeitszeitregelung in ihrem Betrieb sind zwei Drittel der Befragten eher zufrieden, davon 31% sogar „sehr zufrieden“, nur 14% sind eher unzufrieden, davon 6% „sehr unzufrieden“.

Auch mit diesem Faktor sind wieder jene, die ein Normalarbeitsverhältnis haben sowie die jobbenden Studenten besonders zufrieden (am meisten die Beamten), während die Nebentätigkeiten häufiger ein Anlass für Unzufriedenheit sind.

Die Aufstiegschancen werden insgesamt weniger gut bewertet. Jeweils ein Drittel ist eher zufrieden, eher unzufrieden oder urteilt mit „teils/teils“. Die Einschätzung hängt vom Alter ab, Jüngere sind hier optimistischer bzw. zeigen sich etwas zufriedener, während mit zunehmendem Alter die Unzufriedenheit wächst. Viele Ältere haben das Ende ihrer möglichen Karriereleiter bereits erreicht und sehen entsprechend keine weiteren Chancen mehr. Sie sind möglicherweise auch unzufrieden mit dem Erreichten und geben deshalb häufig eine eher negative Bewertung ab.

Während sich aus Normalarbeitsverhältnissen noch gewisse Aufstiegschancen ergeben, sind diese bei Nebenjobs kaum vorhanden und entsprechend ist dort die Unzufriedenheit am größten.

**Abb. 20: Zufriedenheit mit den Aufstiegschancen nach Alter (in Prozent)**



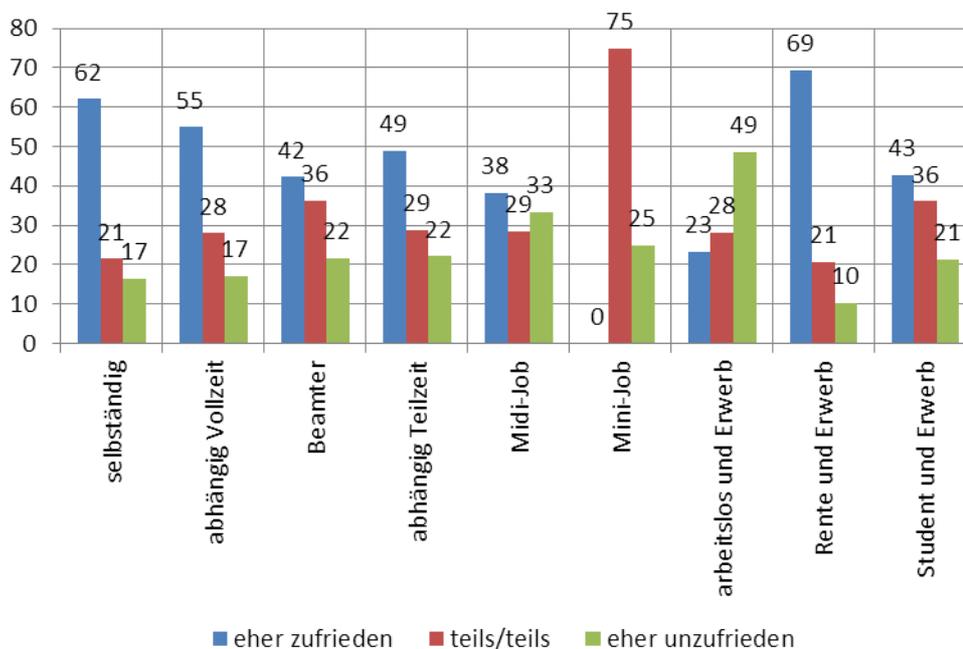
Quelle: Befragung (gewichtet)

Mit steigendem Einkommen nimmt die Zufriedenheit zu, wahrscheinlich weil dabei auch die bereits erreichte Stufe der Karriereleiter eine Rolle spielt. Auch die berufliche Qualifikation spielt eine Rolle, mit zunehmender Qualifikation wachsen die Möglichkeiten für einen Aufstieg in Leitungspositionen und entsprechend ist bei Höherqualifizierten auch die Zufriedenheit größer.

Die positivste Bewertung erfährt das Verhältnis zu den Kollegen, hier sind 82% eher zufrieden, davon 34% „sehr zufrieden“. Nur 4% haben Probleme mit dem Arbeitsklima, davon sind 1% sogar „sehr unzufrieden“.

Die Zufriedenheit gilt für fast alle Beschäftigungsformen, nur die Midi-Jobber und die Arbeitslosen mit Nebenerwerb sind weniger zufrieden (etwa 60%). Dabei ist man in den Handwerks- und landwirtschaftlichen Betrieben etwas weniger zufrieden mit dem Verhältnis zu den Kollegen (etwa zwei Drittel sind eher zufrieden).

**Abb. 21: Zufriedenheit mit dem Ansehen der Tätigkeit in der Öffentlichkeit nach Erwerbsstatus und Art der Beschäftigung (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Mit dem „Ansehen der eigenen Arbeit in der Öffentlichkeit“ ist etwa jeder Zweite eher zufrieden, davon 14% „sehr zufrieden“. Nur mäßig zufrieden sind 28% und jeder Fünfte (21%) in eher unzufrieden, davon 8% „sehr unzufrieden“.

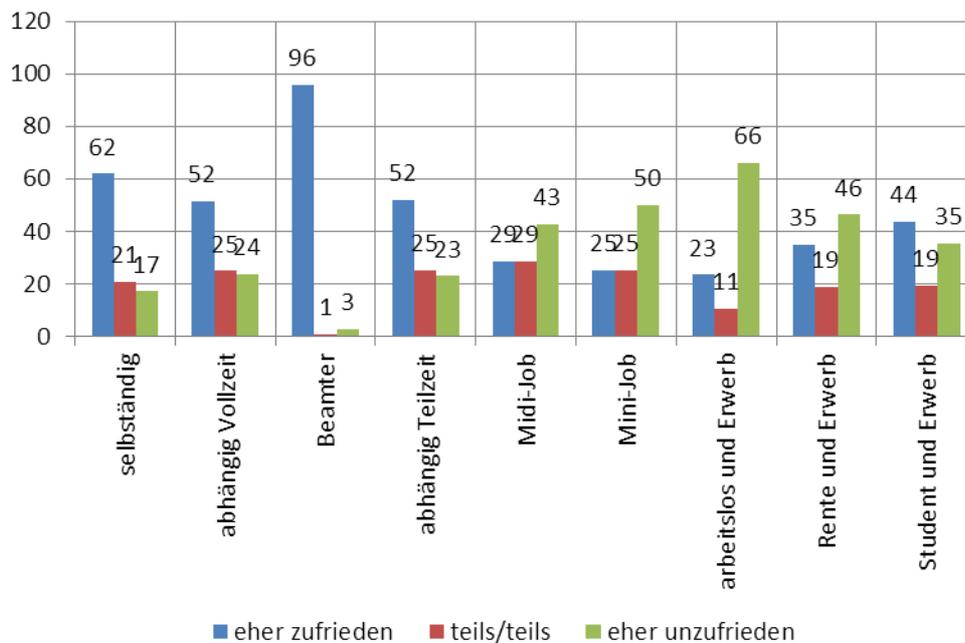
Die größte Unzufriedenheit herrscht bei jenen, die erwerbstätig sind und zugleich Arbeitslosengeld oder eine vergleichbare Leistung beziehen bzw. in einer AGH o.Ä. beschäftigt sind. Hier spielt möglicherweise nicht nur das Ansehen der Tätigkeit, sondern auch das Ansehen von Arbeitslosen in der Öffentlichkeit eine Rolle. Außer bei den Rentnern im Mini-Job sind die anderen Formen der Nebenbeschäftigung weniger zufriedenstellend. Deutlich weniger zufrieden sind auch die Beamten, die im Alltag oft mit allerlei Vorurteilen gegenüber dem Beamtentum konfrontiert sind. Entsprechend ist

man im öffentlichen Dienst etwas weniger zufrieden mit dem Ansehen in der Öffentlichkeit als im Handwerk oder in der Industrie.

Hinsichtlich der „Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes“ ist jeder Zweite sehr optimistisch, indem 51% eher zufrieden mit der Sicherheit vor Entlassung sind. Knapp jeder Vierte ist hingegen eher skeptisch und ebenfalls jeder Vierte hält seinen Arbeitsplatz nicht für sicher.

Hier sind sich die auf Lebenszeit berufenen Beamten natürlich sehr sicher (96%) und wahrscheinlich nur die Beamten auf Zeit oder die Beamtenanwärter haben sich hier unzufrieden geäußert. Mit Abstand haben dann die Selbständigen die geringste Angst, ihre Selbständigkeit aufgeben zu müssen. Die anderen Beschäftigten in den Normalarbeitsverhältnissen sind gut zur Hälfte zufrieden und die größten Befürchtungen haben die Mini- und Midi-Jobber, die i.d.R. nicht nur wenige Stunden in der Woche arbeiten, sondern meist auch nur befristet angestellt sind.

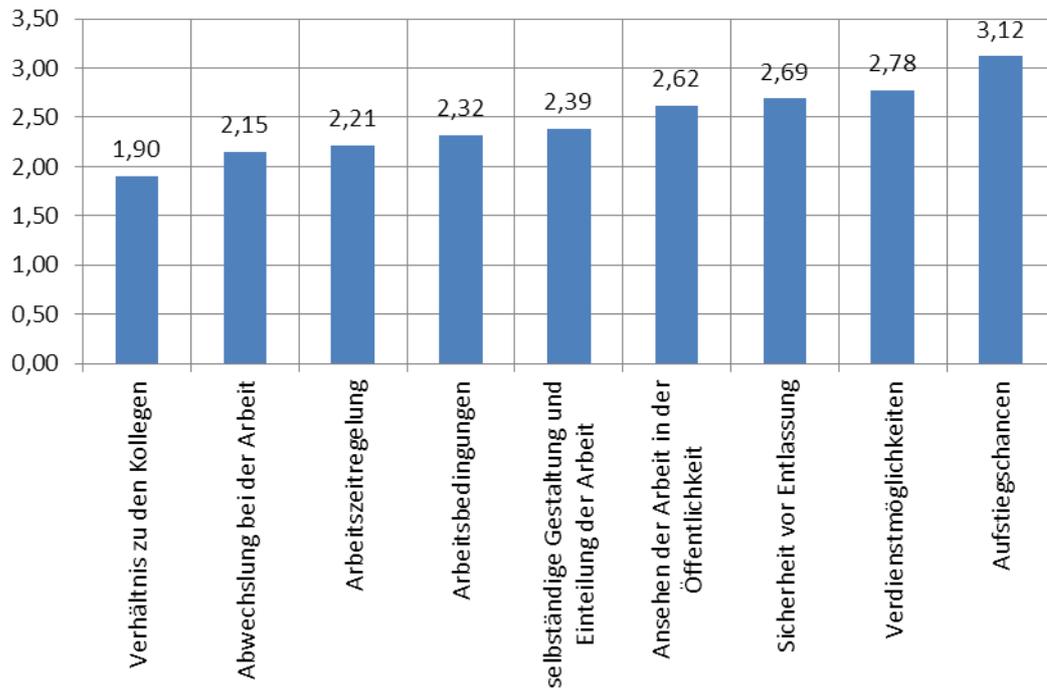
**Abb. 22: Zufriedenheit mit der Sicherheit vor Entlassung nach Erwerbsstatus und Art der Beschäftigung (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

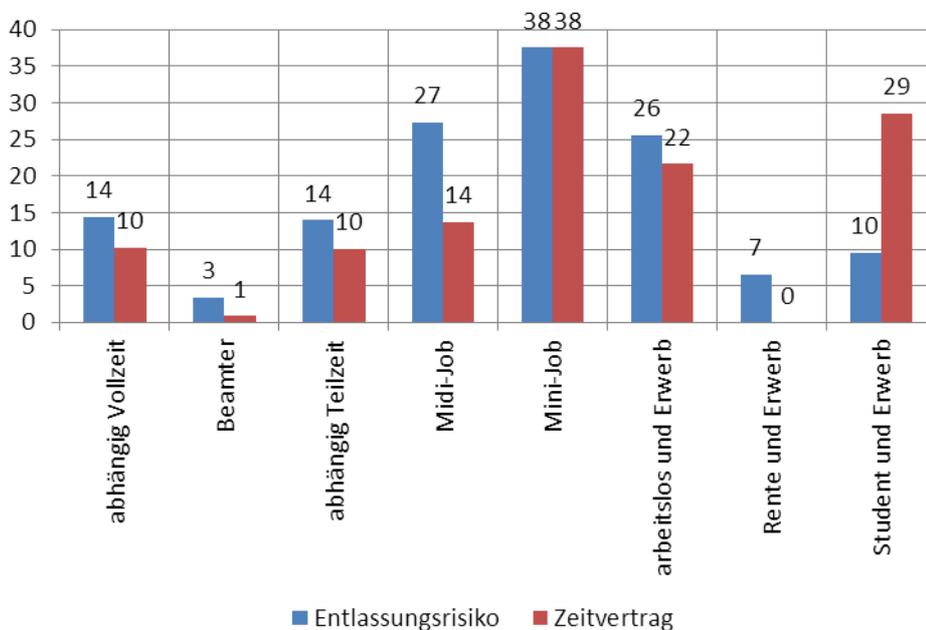
Im Vergleich der einzelnen Faktoren steht das „Verhältnis zu den Kollegen“ an der Spitze der Zufriedenheitsskala (mit einem Notendurchschnitt von 1,90). Mit etwas Abstand folgen die „Abwechslung bei der Arbeit“, die „Arbeitszeitregelung“ und die „Arbeitsbedingungen“. Am Ende der Rangfolge stehen die „Aufstiegschancen“ (3,12) und die „Verdienstmöglichkeiten“ (2,78).

**Abb. 23: Zufriedenheit mit verschiedenen Faktoren der Beschäftigung (Mittelwerte der Noten von 1 bis 5))**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 24: Befürchtung des Arbeitsplatzverlustes und Zeitverträge nach Beschäftigungsart (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Der Faktor „Sicherheit vor Entlassung“ sollte durch eine weitere Frage vertieft werden, mit der nach den konkreten Erwartungen, die Stelle zu verlieren bzw. den Arbeitsplatz wechseln zu müssen, gefragt wurde.

Im Ergebnis haben 60% nicht die Erwartung, in naher Zukunft arbeitslos zu werden oder die Stelle wechseln zu müssen. Die Befürchtung, arbeitslos zu werden, haben 8% der Erwerbstätigen, weitere jeweils 7% befürchten, die Stelle wechseln zu müssen oder sie haben einen Zeitvertrag, der aber eine Anschlussperspektive enthält. Einen Zeitvertrag ohne Anschlussperspektive haben 5%. 14% glauben, das Risiko des Arbeitsplatzverlustes nicht einschätzen zu können.

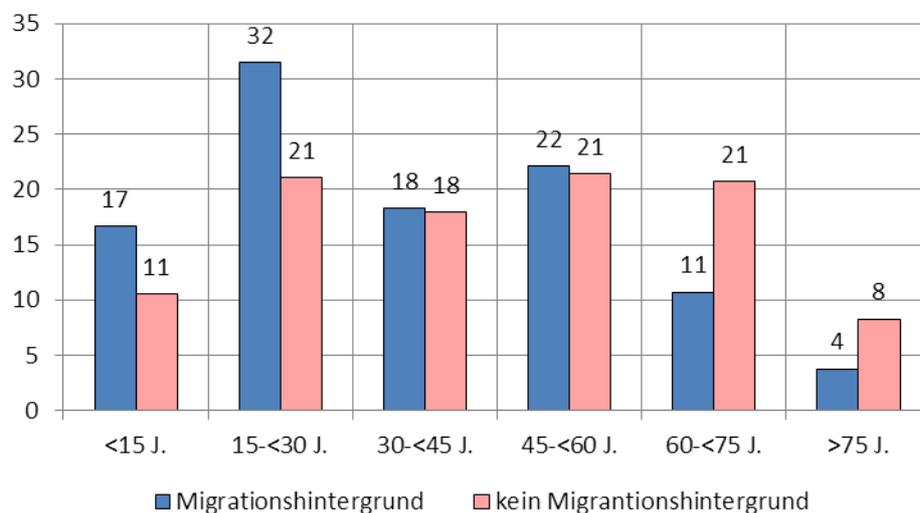
Hinsichtlich der konkreten Erwartung ist der Anteil derjenigen, die keine Befürchtung haben, noch etwas größer, als der Anteil der „Zufriedenen“ aus der vorangegangenen Frage. Ansonsten ist die Verteilung ähnlich. Überdurchschnittliche Angst vor einem möglichen Arbeitsplatzverlust herrscht bei den Mini- und Midi-Jobs, die zudem häufig nur eine begrenzte Vertragslaufzeit haben.

Entlassungsrisiken werden vor allem in der Industrie und im Handwerk als relativ hoch eingeschätzt, während im Dienstleistungsbereich bzw. im öffentlichen Dienst eher Zeitverträge die Beschäftigungssicherheit beeinträchtigen.

### 3.6 Befragte mit Migrationshintergrund

Von allen mit der Befragung erfassten Personen gaben 3,4% an, nach Deutschland eingewandert zu sein. Dabei sind Personen mit Migrationshintergrund im Schnitt etwas jünger als Personen ohne Migrationshintergrund.

**Abb. 25: Altersstruktur der Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Hinsichtlich ihrer Herkunft können nur über die im Haushalt am häufigsten gesprochene Sprache Rückschlüsse gezogen werden. Als häufigste im Haushalt genutzte Sprache wurde deutsch genannt, nur in 22% der Migrantenhaushalte wurden andere Sprachen als Hauptsprache gesprochen, darunter überwiegend osteuropäische Sprachen

sowie spanisch, englisch, chinesisch, arabisch und kurdisch.<sup>4</sup> Als zweithäufigste Sprache wurde deutsch (30%), russisch (25%) und englisch (15%) genannt, sowie weitere neun Sprachen.

Auf die Frage, in welchen Bereichen die Befragten Probleme bei der Integration aufgrund der Einwanderung sehen würden, antworteten 43% mit „keine Probleme“. Von jenen, die Probleme nannten, wird der Arbeitsmarkt als Hauptproblem benannt (35%). Des Weiteren sieht jeder Vierte Behörden als Problemfaktor an und jeweils jeder Fünfte empfindet die Sprache oder das soziale Umfeld als Hinderungsgrund für eine Integration. Für 16% gibt es im Bereich Schule Probleme und jeder Zehnte beklagt Probleme mit der Nachbarschaft.

Weitere Differenzierungen sind aufgrund der geringen Fallzahl wenig sinnvoll.

---

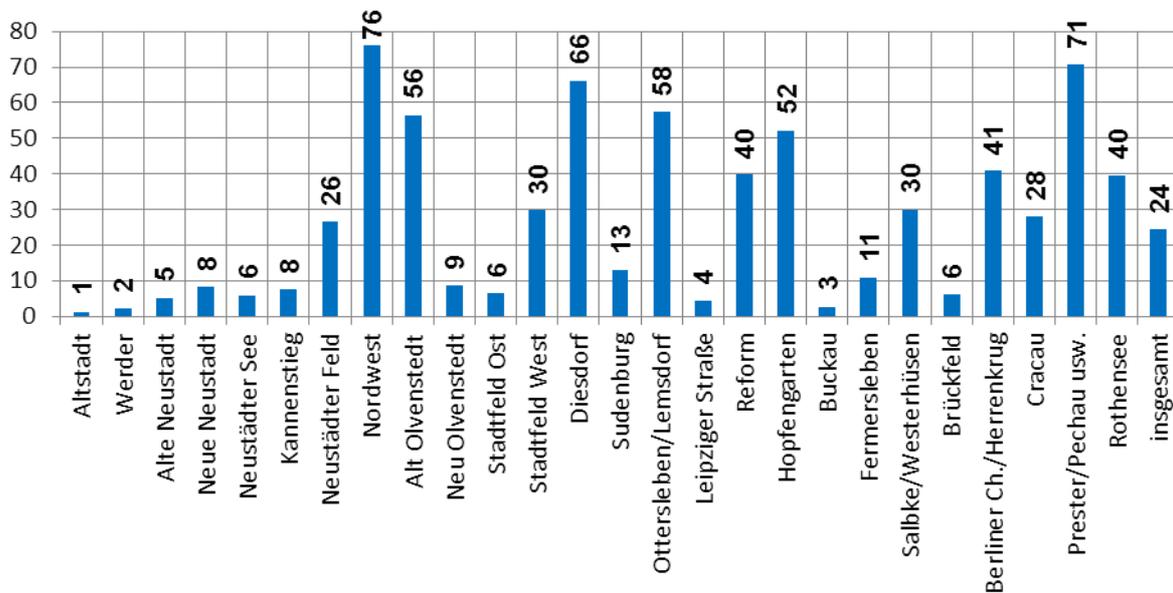
<sup>4</sup> Die Frage nach der Sprache im Haushalt haben im Übrigen auch viele Deutsche beantwortet, indem sie angaben, „Englisch“ zu können oder eine andere Sprache.

## 4 Wohnen

### 4.1 Haustyp

Die Mehrzahl der Befragten wohnt in einem Mehrfamilienhaus (79,4%) und jeder Fünfte lebt in einem Ein- oder Zweifamilienhaus. Dieser Anteil liegt nur wenig über den amtlichen Angaben, nach denen 18,5% aller bewohnten<sup>5</sup> Wohnungen in Magdeburg in Ein- bzw. Zweifamilienhäusern liegen. Entsprechend der städtebaulichen Struktur der einzelnen Stadtteile Magdeburgs dominieren insbesondere in den Randgebieten der Stadt die Ein- und Zweifamilienhäuser, während in den zentrumsnahen Gebieten und in den Großwohnsiedlungen die Mehrfamilienhäuser das Bild bestimmen.

**Abb. 26: Anteil der Befragten in Ein-/Zweifamilienhäusern nach Stadtteilen (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

#### 4.1.1 Ein- und Zweifamilienhäuser

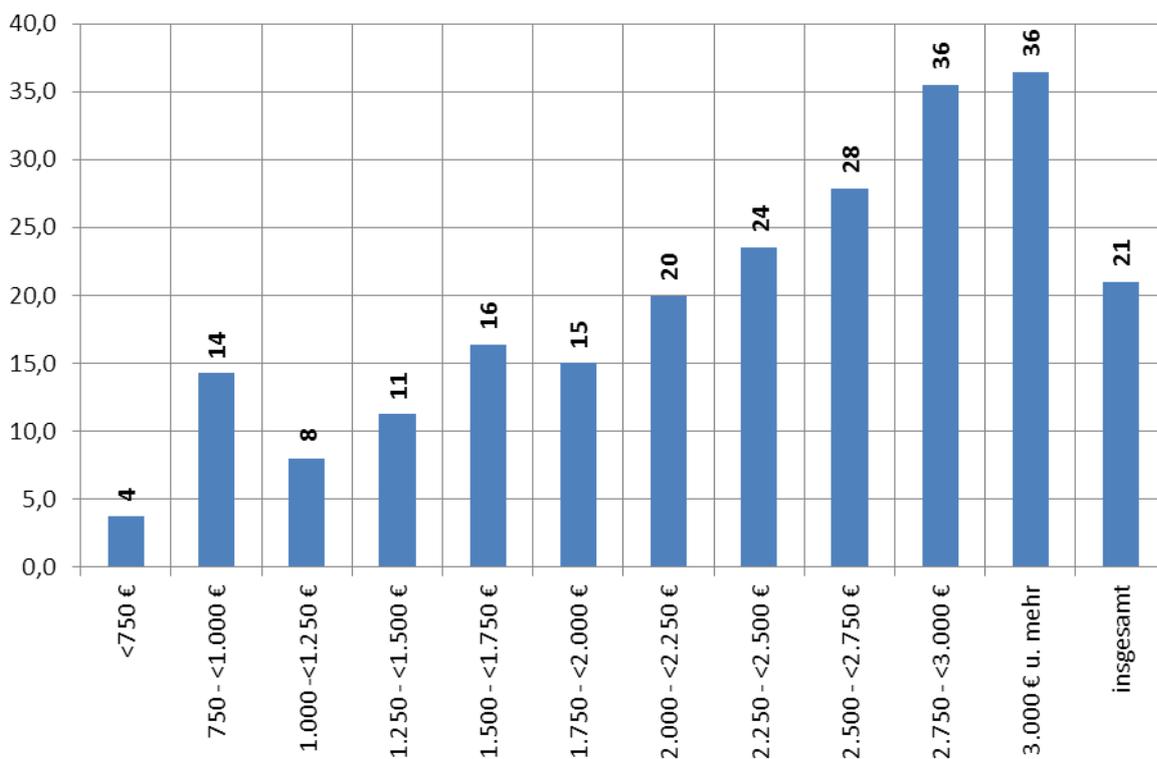
Die Befragten aus den Ein- und Zweifamilienhäusern sind überwiegend älter als 40 Jahre. Soweit unter 30-jährige angaben, in einem Ein- oder Zweifamilienhaus zu wohnen, handelt es sich um meistens um Bezugspersonen, die noch in ihrem Elternhaus wohnen. Hinsichtlich des Familientyps wohnen hauptsächlich Familien mit Kindern in Ein- und Zweifamilienhäusern (35% der befragten Familien). Auch mehr als ein Viertel der Paare über 45 Jahren wohnt in diesem Haustyp. Jüngere Alleinstehende (6,7%) und jüngere Paare (8,8%) sowie Alleinerziehende (7,8%) wohnen hingegen fast ausschließlich in Mehrfamilienhäusern.

<sup>5</sup> Hier wurden nur die Wohnungen in der Stadt gezählt, die bewohnt sind, also alle Wohnungen abzüglich des Leerstandes, da in der Befragung auch nur bewohnte Wohnungen gezählt werden können.

Nach Erwerbsstatus unterschieden, wohnen vor allem Erwerbstätige (26%) und Rentner (23%) in Ein- und Zweifamilienhäusern. Von den Erwerbslosen wohnt nur jeder neunte in einem Ein- oder Zweifamilienhaus (11%) und Studenten wohnen überwiegend zusammen mit ihren Eltern in diesem Haustyp.

Hinsichtlich des Einkommens sind Haushalte mit einem Äquivalenzeinkommen ab 1.250 Euro etwas überrepräsentiert. Weil beim Äquivalenzeinkommen die Zahl der Kinder eine Rolle spielt und weil Familien bei den Bewohnern von Ein- und Zweifamilienhäusern dominieren, ist das Haushaltseinkommen ein besserer Indikator. Nach Haushaltseinkommen unterschieden wächst jedenfalls deutlich der Anteil der Haushalte, die ein Ein- oder Zweifamilienhaus bewohnen, mit zunehmendem Einkommen.

**Abb. 27: Anteil der Befragten, die in einem Ein- oder Zweifamilienhaus wohnen nach Haushaltseinkommen (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

In einem Ein- oder Zweifamilienhaus zu wohnen, ist allerdings nicht gleichbedeutend mit *Wohneigentum*. Zwar wohnen 75% der Befragten aus Ein- und Zweifamilienhäusern tatsächlich in ihrem Eigenheim, jeder Vierte jedoch wohnt nur zur Miete in einem solchen Haustyp. Der Anteil der Mieter in Ein- oder Zweifamilienhäusern ist bei den Erwerbslosen mit 40% überdurchschnittlich hoch.

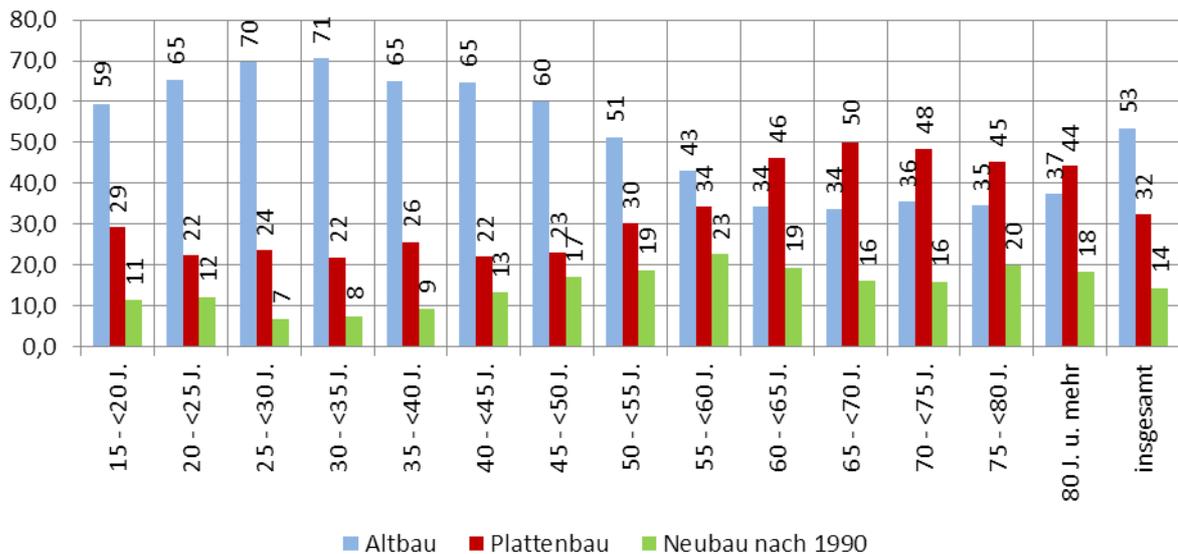
#### 4.1.2 Mehrfamilienhäuser

Die Mehrzahl der Befragten lebt in Mehrfamilienhäusern. Dabei können grob der Bautyp sowie der Sanierungszustand unterschieden werden. Mehr als die Hälfte der Bewohner von Mehrfamilienhäusern (53%) wohnt in einem Altbau, d.h. in einem vor 1990 bzw. vor 1970 nicht in Plattenbauweise errichteten Haus. Jeder Dritte wohnt in

einem vor 1990 in Plattenbauweise errichteten Haus und 14% wohnen in einer nach 1990 errichteten Wohnung. Dies entspricht in etwa den amtlichen Daten aus dem Statistischen Jahrbuch der Stadt.

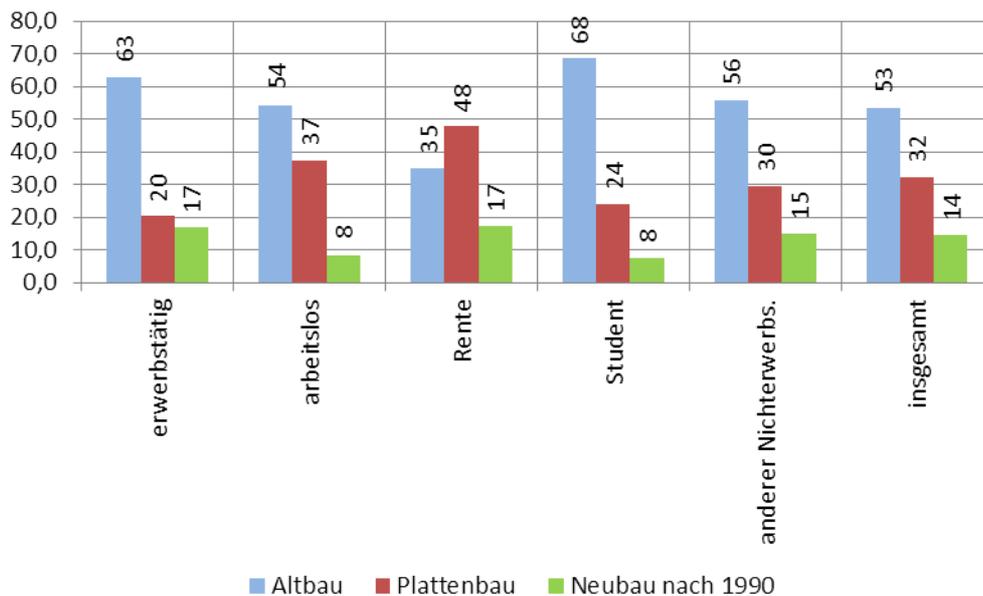
Spiegelbildlich zur Struktur der Bewohner in Ein- und Zweifamilienhäusern wohnen jüngere Alleinstehende, jüngere Paare sowie Alleinerziehende hauptsächlich in Mehrfamilienhäusern. Von den Familien mit Kindern leben knapp zwei Drittel in Mehrfamilienhäusern. Hinsichtlich des Einkommens sinkt mit zunehmendem Einkommen der Anteil der Bewohner von Mehrfamilienhäusern.

**Abb. 28: Bautyp der Mehrfamilienhäuser nach Altersgruppe (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 29: Bautyp der Mehrfamilienhäuser nach Erwerbsstatus (in Prozent)**



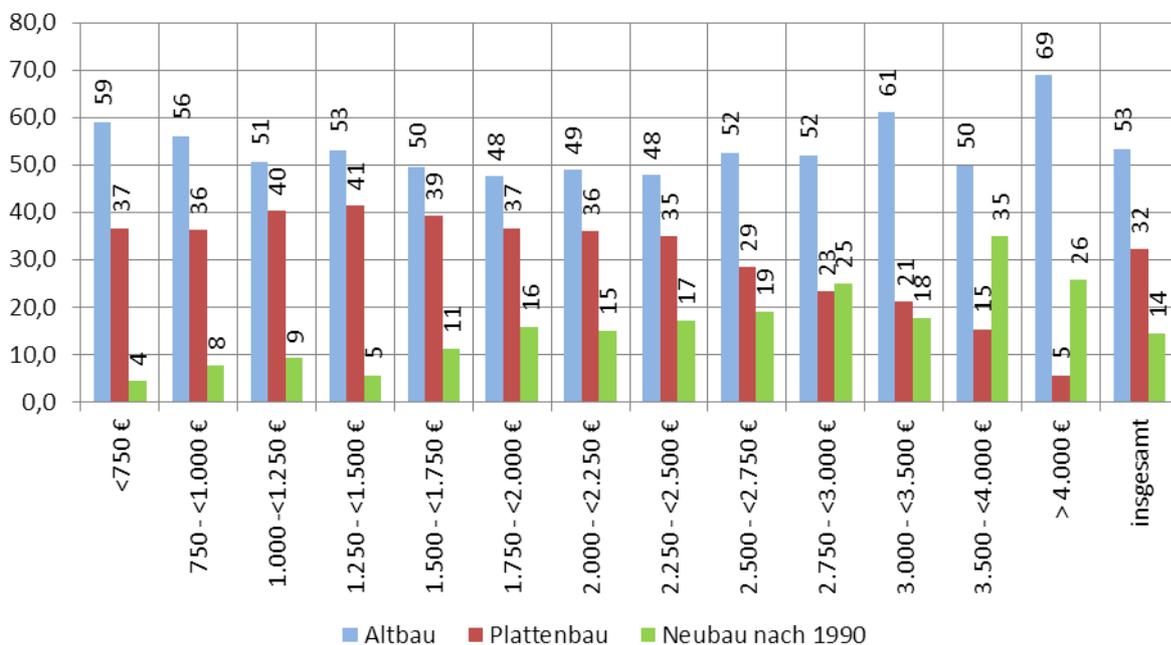
Quelle: Befragung (gewichtet)

Die Altersgruppen der unter 50-jährigen wohnen überdurchschnittlich häufig in einem Altbau, die über 55-jährigen hingegen häufiger in einem Plattenbau. In einem Neubau sind die mittleren und älteren Generationen ab 45 Jahren etwas stärker vertreten.

Entsprechend der Altersverteilung wohnen Rentner häufiger als andere in einem Plattenbau und Studenten bevorzugen eher den Altbau. Auch Erwerbstätige wohnen überdurchschnittlich häufig im Altbau, während Erwerbslose etwas häufiger in einem Plattenbau wohnen und dafür deutlich seltener in einem Neubau.

Das Haushaltseinkommen hat hauptsächlich Einfluss auf das Wohnen im Bautyp „Plattenbau“ und „Neubau nach 1990“. Mit steigendem Haushaltseinkommen wächst der Anteil der in Neubauten wohnenden Befragten und sinkt der Anteil der Bewohner von Plattenbauten.

**Abb. 30: Bautyp der Mehrfamilienhäuser nach Erwerbsstatus (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Der Bautyp der Gebäude korreliert weitgehend mit der Entstehung der einzelnen Stadtteile, wenngleich auch nicht in jedem Stadtteil eine völlige Übereinstimmung der Befragung mit den amtlichen Daten gegeben ist.

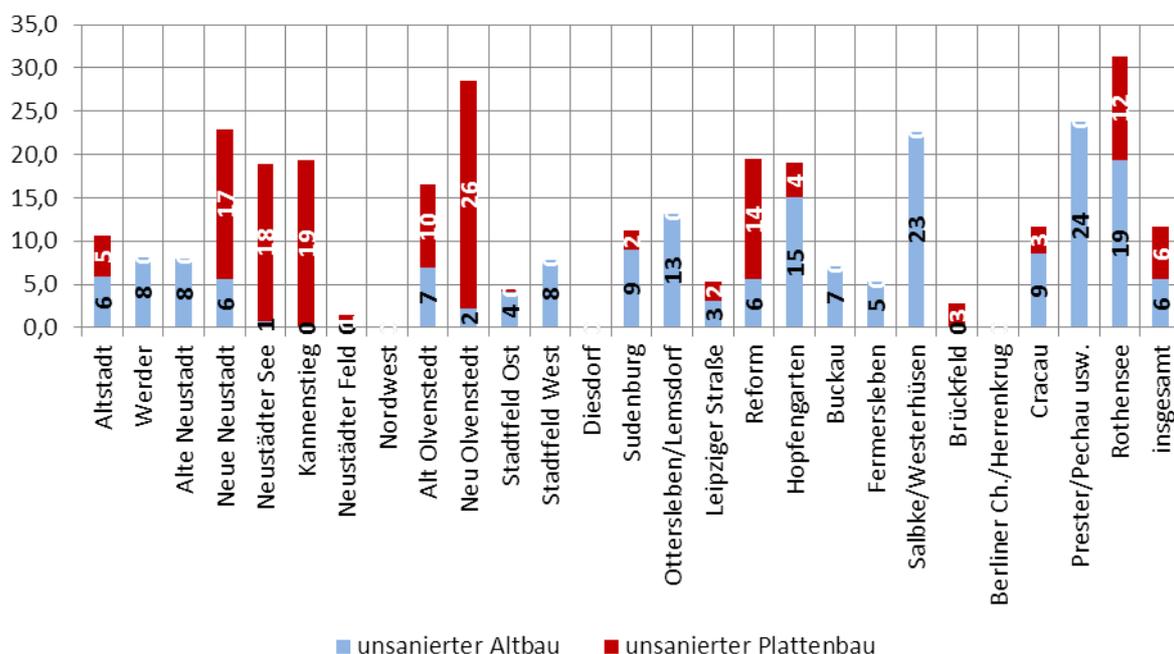
Nicht alle Bewohner von Mehrfamilienhäusern sind Mieter, denn 7,1% wohnen in einer Eigentumswohnung. Dabei gibt es in den Plattenbauten mit 3,6% die wenigsten Befragten mit Wohneigentum und in den Altbauten verfügen 5,7% über Wohneigentum. Bei den nach 1990 errichteten Mehrfamilienhäusern liegt der Anteil des Wohneigentums in Form von Eigentumswohnungen hingegen bei 21,8%.

#### 4.1.3 Sanierungszustand

Nach subjektiver Einschätzung der Befragten aus den vor 1990 errichteten Mehrfamilienhäusern wurden bisher 88% der Gebäude saniert. Nur 12 % der Befragten aus diesen Mehrfamilienhäusern wohnen in noch unsanierten Häusern. Dabei gaben 9%

der Befragten aus Altbauten an, ihr Haus sei noch unsaniert, während dies aus Plattenbauten 16% angaben. Der höhere Anteil an unsanierten Häusern bei den Plattenbauten ist durchaus plausibel, weil nach 1989 fast alle Altbauten einen erheblichen Sanierungsbedarf hatten, der dann in der letzten 20 Jahren gedeckt worden ist. Demgegenüber mussten die erst in den 80er Jahren errichteten Plattenbauten überwiegend noch nicht saniert werden (wobei es durchaus Teilmodernisierungen gegeben hat). Der Wohnungsbestand in der Stadt ist damit in den letzten 20 Jahren bis auf einen Restbestand von noch nicht sanierungsbedürftigen Häusern sowie einigen sanierungsbedürftigen, aber bis heute unsaniert gebliebenen und zugleich bewohnten Gebäuden fast vollständig modernisiert worden.<sup>6</sup> Die Wohnverhältnisse in der Stadt haben sich damit erheblich verbessert.

**Abb. 31: Anteil unsanierter vor 1990 errichteter Mehrfamilienhäuser nach Stadtteilen (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Bei den nach 1990 errichteten Häusern besteht noch kein Sanierungsbedarf und bei den Ein- und Zweifamilienhäusern ist davon auszugehen, dass hier in Eigenregie der ihr Eigentum nutzenden Hausbesitzer immer eine laufende Modernisierung stattgefunden hat. Für beide Haustypen entfällt deshalb die Frage nach dem Sanierungszustand.

Aus der subjektiven Sicht der Bewohner gibt es in Rothensee die meisten unsanierten Häuser. Offensichtlich sind die in den 80er Jahren errichteten Plattenbauten nur zum Teil saniert worden und gibt es auch in der in Rothensee gelegenen Wohnsiedlung aus den 30er Jahren noch deutlichen Sanierungsbedarf. Einen hohen Anteil an nicht sanierten Gebäuden gibt es vor allen in Neu Olvenstedt, einem relativ „jungen“ Stadt-

<sup>6</sup> Zu beachten ist, dass es dennoch mehr als die hier genannten unsanierten Häuser in der Stadt gibt. Diese stehen aber überwiegend leer und können somit nicht von Bewohnern bewertet werden.

teil, in dem zunächst wenig saniert wurde, sowie in Neue Neustadt, Neustädter See, Kannenstieg, Reform und Alt Olvenstedt. Hier gibt es noch relativ viele unsanierte Plattenbauten.

Den höchsten Anteil an unsanierten Altbauten sehen die Befragten in Prester, Pechau, Salbke und Westerhüsen, sowie auch in Ottersleben und Lemsdorf. In den anderen Stadtteilen ist der Bedarf eher durchschnittlich oder unterdurchschnittlich. Insgesamt sind die (bewohnten) Häuser in den Gründerzeitvierteln zu mehr als 90% saniert und in den Plattenbaugebieten überwiegend zu mindestens 75%. Im Altbaubestand gibt es anscheinend einen erhöhten Sanierungsbedarf besonders in den Siedlungen der 20er bis 50er Jahre.

Nach Strukturmerkmalen unterschieden wohnen etwas häufiger als andere die 45- bis unter 60-jährigen in unsanierten Häusern. Dabei ist der Anteil vor allem bei den Alleinstehenden in dieser Altersgruppe sowie bei Paaren über 45 Jahren etwas überdurchschnittlich. Auch unter den Wohngemeinschaften liegt der Anteil unsanierter Gebäude etwas über dem Mittelwert. Der deutlichste Zusammenhang zwischen Sanierungszustand des Hauses und persönlichen Merkmalen zeigt sich jedoch beim Erwerbsstatus, indem fast jeder vierte Erwerbslose in einem unsanierten Haus wohnt, während das nur für etwa jeden neunten Studenten oder Rentner gilt und nur für jeden dreizehnten Erwerbstätigen.

**Tab. 8: Anteil unsanierter vor 1990 errichteter Mehrfamilienhäuser nach Alter, Familientyp und Erwerbsstatus (in Prozent)**

Nach Alter	
<30 J.	10,9
30-<45 J.	10,0
45-<60 J.	15,9
>60 J.	10,5
Nach Familientyp	
alleinstehend <45 J.	12,2
alleinstehend 45-<65 J.	19,8
alleinstehend >65 J.	10,1
Paar <45 J.	9,0
Paar 45-<65 J.	14,0
Paar >65 J.	9,8
alleinerziehend	9,4
Familie	10,2
WG	15,3
Nach Erwerbsstatus	
erwerbstätig	7,2
arbeitslos	23,7
Rente	11,1
Student	10,8
insgesamt	11,6

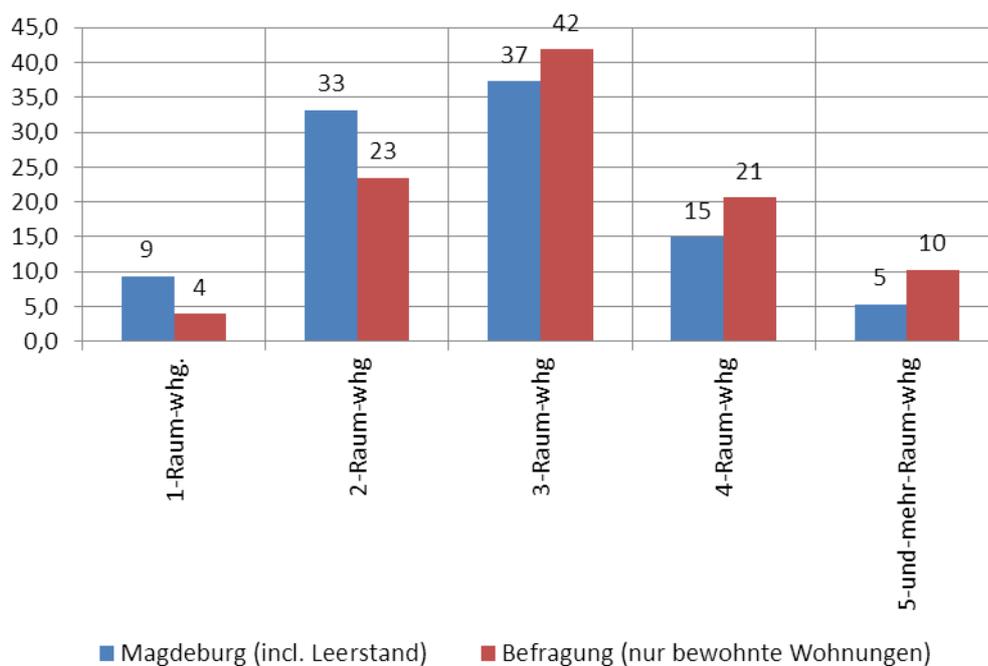
Quelle: Befragung 2009 (gewichtet)

Wohneigentum gibt es sowohl im sanierten (5,7%) als auch im unsanierten (4,9%) Altbaubestand. Bei den Plattenbauten gibt es nur im sanierten Bestand Eigentumswohnungen.

#### 4.1.4 Größe der Wohnung

In Magdeburg gibt es ungefähr 145.000 Wohnungen, davon sind allerdings etwa 20% unbewohnt.<sup>7</sup> Hinsichtlich der Größenstruktur dominieren Dreiraumwohnungen<sup>8</sup>, gefolgt von Zweiraumwohnungen. Dies ist auch in der Befragung so, jedoch überwiegen in der Befragung die Dreiraumwohnungen (wie insgesamt die großen Wohnungen) deutlich stärker als in der amtlichen Statistik. In dieser Hinsicht ist eine deutliche Verzerrung hin zu größeren Wohnungen zu konstatieren.

**Abb. 32: Wohnungsgröße im Vergleich**



Quelle: Befragung (gewichtet), Amt für Statistik

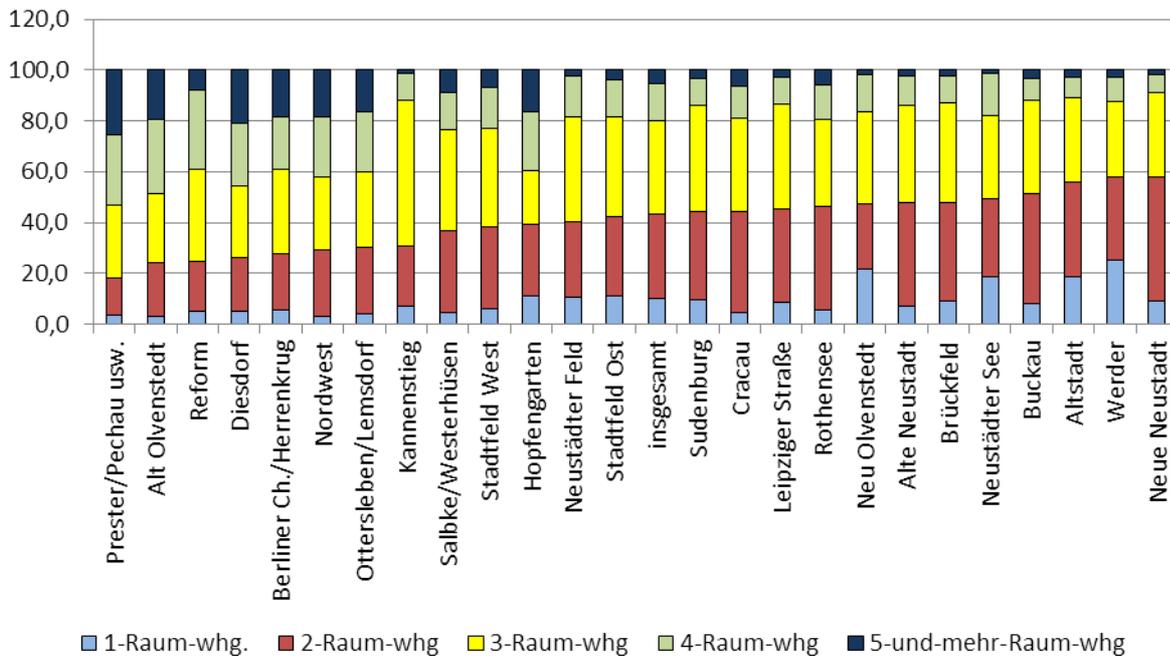
Die höchsten Anteile an Einraumwohnungen gibt es in Werder, Neu Olvenstedt, Neustädter See und der Altstadt (zwischen 25,3% und 18,4%). Zweiraumwohnungen dominieren in Fermersleben, Neue Neustadt, Buckau, Rothensee und Alte Neustadt (57,5% bis 40,5%). Dreiraumwohnungen gibt es besonders überdurchschnittlich in

<sup>7</sup> Quelle: Landeshauptstadt Magdeburg, Stadtplanungsamt (hrsg.): Leerstandsentwicklung im Geschosswohnungsbau Stand: 31.12.2008, Quelle: [http://www.magdeburg.de/media/custom/37\\_3836\\_1.PDF?Load Document&ObjSvrID=37&ObjID=3836&ObjLa=1&Ext=PDF&\\_ts=1259570274](http://www.magdeburg.de/media/custom/37_3836_1.PDF?Load Document&ObjSvrID=37&ObjID=3836&ObjLa=1&Ext=PDF&_ts=1259570274)

<sup>8</sup> Anders als nach den Richtlinien der amtlichen Statistik werden Küchen hier nicht mitgezählt. In der amtlichen Statistik versteht man unter einer Vierraumwohnung eine Wohnung mit drei Wohnräumen und einer Küche. Im allgemeinen Sprachgebrauch hingegen gelten drei Wohnräume als eine Dreiraumwohnung, egal ob mit oder ohne Küche. Im Text am allgemeinen Sprachgebrauch festgehalten.

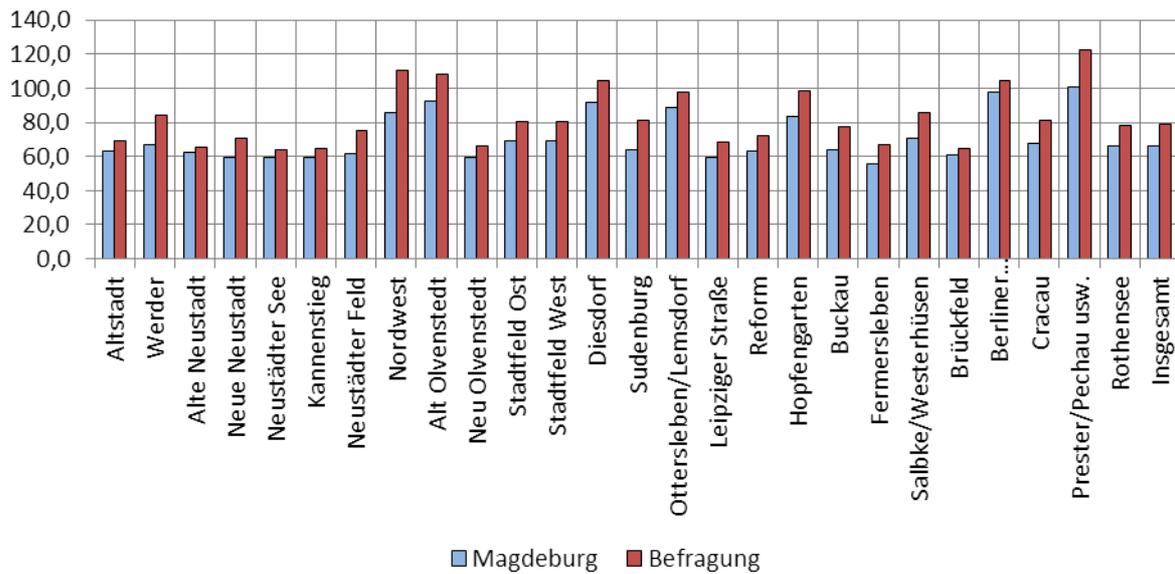
Kannenstiege, Sudenburg, Neustädter Feld und Leipziger Straße (57,8% bis 41.1%). Die höchsten Anteile an Vierraumwohnungen gibt es in Reform, Alt Olvenstedt und in Prester, Pechau und anderen Randgebieten. Der Anteil an noch größeren Wohnungen mit fünf oder mehr Zimmern liegt in vielen Stadtteilen unter 5% und in der Mehrzahl unter 9%. Nur in Alt Olvenstedt, Diesdorf und Prester, Pechau und anderen Randsiedlungen liegt der Anteil um die 20%.

**Abb. 33: Verteilung der Wohnungsgrößen in den Stadtteilen (in Prozent)**



Quelle: Landeshauptstadt Magdeburg, Amt für Statistik (Hrsg.) (2009): Statistisches Jahrbuch - Das Jahr 2008 in Zahlen, Magdeburg und eigene Berechnungen

Die Größe der Wohnungen reicht in der Befragung von den Extremen 12 qm bis zu 340 qm Fläche. Im Durchschnitt liegt die Wohnungsgröße bei 79 qm, was deutlich über dem tatsächlichen Durchschnitt in der Stadt von 66,2 qm liegt. Es haben insgesamt überproportional mehr Befragte aus Eigenheimen geantwortet, was durch die Gewichtung nach Erwerbsstatus zwar hinsichtlich der demographischen und sozialen Merkmale ausgeglichen werden kann, aber nicht für die Merkmale der Wohnung selbst. Allerdings muss auch bedacht werden, dass die amtliche Statistik den Leerstand einbezieht. Dieser findet sich fast ausschließlich im Geschosswohnungsbau und umfasst damit eher die kleineren und mittleren Wohnungsgrößen. Der Anteil der großen Wohnungen in den Ein- und Zweifamilienhäusern scheint kleiner zu sein.

**Abb. 34: Durchschnittliche Wohnungsgrößen pro Stadtteil im Vergleich (in qm)**

Quelle: Befragung (gewichtet), Amt für Statistik

Vergleicht man außerdem die Daten auf Stadtteilebene, so fällt auf, dass in allen Stadtteilen gleichermaßen die durchschnittliche Wohnungsgröße in der Befragung größer ist als nach der amtlichen Statistik. Die Verteilung der Wohnungsgrößen zwischen den Stadtteilen ist dabei in beiden Fällen aber annähernd gleich. Dies spricht weniger für eine systematische Verzerrung des Samples als vielmehr für zwei unterschiedliche und nicht ganz kompatible Arten der Erfassung der Wohnungsgröße.

Die Einraumwohnungen sind laut Befragung im Durchschnitt 33,8 qm groß, die Zweiraumwohnungen 54 qm, die Dreiraumwohnungen 72 qm und die größeren Wohnungen 113 qm. Die Wohnfläche der einzelnen Wohnungsgrößen variiert zwischen den Stadtteilen deutlich, was aber auf den jeweiligen Anteil an Eigenheimen (und z.T. auch Villen oder Lofts) zurückgeht.

Einraumwohnungen werden häufig von alleinstehenden jungen Menschen mit geringem Einkommen bewohnt (oft Studenten). Dies gilt auch für Zweiraumwohnungen, die aber auch von jungen Paaren und alleinstehenden Senioren bevorzugt werden. Größere Wohnungen ab 4 Zimmern sind eher für Familien, ältere Paare und Wohngemeinschaften interessant. Bei den größeren Wohnungen zeigt sich zudem ein Zusammenhang mit dem Einkommen, indem mit wachsenden Äquivalenzeinkommen auch der Anteil der größeren Wohnungen zunimmt. Auch bei der durchschnittlichen Wohnungsgröße nach Quadratmetern zeigt sich dieser Zusammenhang. Erwerbstätige haben im Schnitt die größten Wohnungen und Erwerbslose die kleinsten. Dass sogar Studenten in noch etwas größeren Wohnungen leben, liegt an den studentischen Wohngemeinschaften im Sample, bei denen die gesamte Wohnung und nicht nur das genutzte Zimmer der Bezugsperson in die Berechnung eingehen. Insgesamt wohnen die Wohngemeinschaften in relativ großen Wohnungen, welche wahrscheinlich erst durch die Verteilung der Mietkosten auf mehrere Personen erschwinglich werden.

**Tab. 9: Wohnungsgrößen nach Altersgruppen, Erwerbsstatus, Familientyp und Einkommen (in Prozent) und durchschnittliche Wohnungsgröße in Quadratmetern**

	1- Raum- whg.	2- Raum- whg	3- Raum- whg	4- Raum- whg	5-und- mehr- Raum- whg	insge- samt	Durchschnitt- liche Wohnungs- größe in qm
Altersgruppen							
<30 J.	13,4	32,6	34,0	16,0	4,0	100,0	64,8
30-<45 J.	2,7	21,0	31,6	27,5	17,1	100,0	88,4
45-<60 J.	1,3	17,1	41,8	25,6	14,2	100,0	88,1
60-<75 J.	0,4	21,2	54,7	16,2	7,4	100,0	76,9
>75 J.	2,6	31,5	50,0	12,4	3,6	100,0	69,1
Erwerbsstatus							
erwerbstätig	2,4	18,8	37,5	25,4	15,8	100,0	89,3
arbeitslos	7,2	33,0	32,1	22,5	5,2	100,0	68,1
Rente	1,2	25,2	54,0	13,8	5,9	100,0	73,2
Student	14,6	26,7	34,0	18,0	6,6	100,0	68,5
anderer Nichterwerbs.	1,5	11,2	54,9	20,7	11,7	100,0	82,8
Familientyp							
alleinstehend <45 J.	23,0	55,7	15,0	4,0	2,3	100,0	53,4
alleinstehend 45-<65 J.	5,5	52,6	31,5	6,0	4,3	100,0	62,6
alleinstehend >65 J.	4,9	51,6	36,0	6,2	1,4	100,0	60,2
Paar <45 J.	3,1	34,9	45,3	12,9	3,8	100,0	72,3
Paar 45-<65 J.	0,2	9,8	53,9	25,4	10,7	100,0	86,1
Paar >65 J.	0,0	19,1	59,2	15,1	6,6	100,0	76,2
alleinerziehend	0,8	11,2	55,6	29,3	3,1	100,0	72,4
Familie	0,5	2,5	32,3	39,7	25,0	100,0	103,7
WG	0,0	10,6	48,6	30,4	10,3	100,0	83,2
Äquivalenzeinkommen							
<500 €	14,7	15,2	32,9	29,0	8,2	100,0	71,8
500-<750 €	9,0	31,9	36,2	19,6	3,3	100,0	64,1
750-<1.000 €	4,0	25,4	42,1	18,3	10,2	100,0	75,2
1.000-<1.250 €	1,3	21,8	51,5	18,3	7,0	100,0	76,6
1.250-<1.500 €	1,3	22,2	44,9	20,9	10,7	100,0	81,8
1.500-<1750 €	1,7	20,0	38,6	26,4	13,4	100,0	88,5
1.750-<2.000 €	0,9	18,3	34,7	27,0	19,1	100,0	100,6
>2.000 €	1,4	19,7	34,3	17,6	27,0	100,0	103,4
insgesamt	4,0	23,4	41,8	20,6	10,2	100,0	79,2

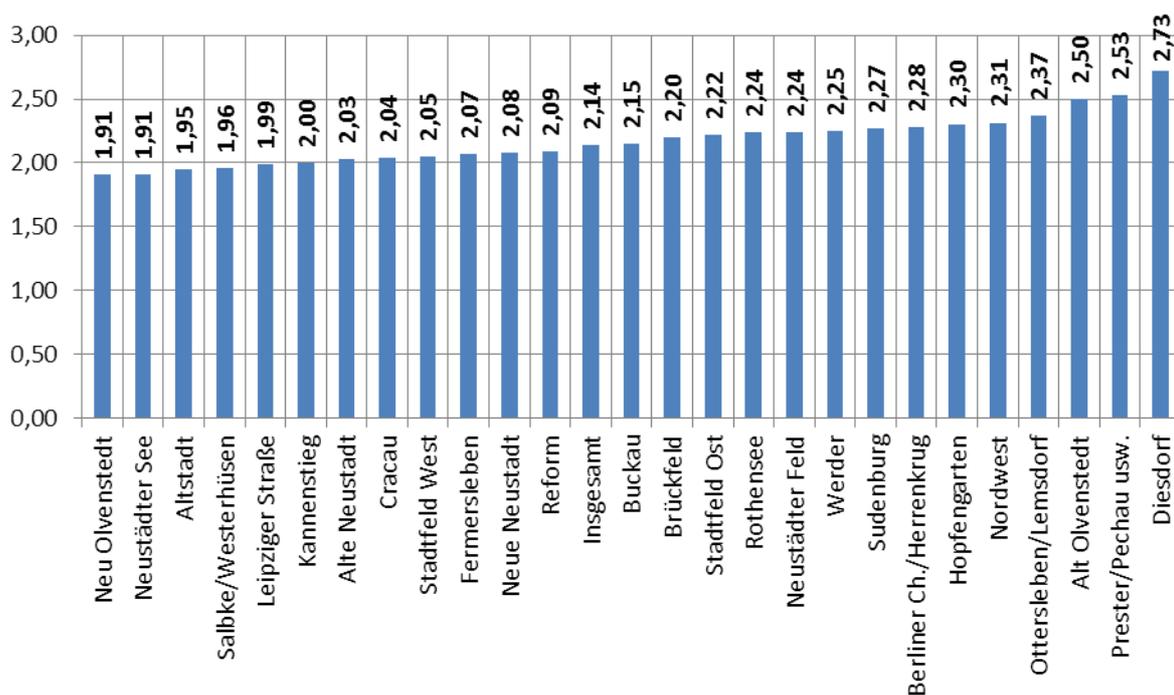
Quelle: Befragung 2009 (gewichtet)

## 4.2 Haushaltsgröße und Belegungsdichte

Die Haushaltsgröße im Sample variiert zwischen ein und sieben Personen pro Haushalt. Im Durchschnitt leben 2,14 Personen in einem Haushalt. Dieser Wert liegt erheblich über dem des Mikrozensus für die Landeshauptstadt Magdeburg, der für 2008 nur 1,74 Personen pro Haushalt ausweist.

Der Unterschied ist allerdings erklärlich, denn während in der Befragung alle Personen, die einer Wohnung leben, zu einem „Haushalt“ zusammengefasst werden (was aufgrund der Datenlage nicht anders möglich ist), differenziert der Mikrozensus nach dem Kriterium des „gemeinsamen Wirtschaftens“. Danach wird ein Haushalt durch Personen gebildet, die gemeinsam wohnen und wirtschaften, d.h. insbesondere ihren Lebensunterhalt gemeinsam bestreiten (erst daraus ergibt sich ein Mehrpersonenhaushalt). Wer allein wirtschaftet, bildet einen Einpersonenhaushalt und zwar auch dann, wenn er mit anderen in einer gemeinsamen Wohnung lebt. Dies wäre z.B. bei Untermietern der Fall sowie in einer Wohngemeinschaft oder in Mehrgenerationenhaushalten, wo die verheirateten Kinder und die Eltern statistisch jeweils einen eigenständigen Haushalt bilden. Vielfach werden auch unverheiratete Paare als Wohngemeinschaft und damit als zwei Einpersonenhaushalte gezählt. Insgesamt überschätzt der Mikrozensus auf diese Weise die Zahl der tatsächlichen Einpersonenhaushalte (= allein leben und allein wohnen) erheblich. Da es aufgrund dieser Zählweise in einer Wohnung mehrere Haushalte geben kann, können die bewohnten Wohnungen nicht mit der Zahl der Haushalte gleichgesetzt werden. Weil die Haushalte in der Befragung anders definiert werden (hier ist eine Wohngemeinschaft mit vier Personen ein Vierpersonenhaushalt, im Mikrozensus wären es vier Einpersonenhaushalte), liegt die Haushaltsgröße über den amtlichen Angaben im Statistischen Jahrbuch der Stadt.

**Abb. 35: Durchschnittliche Haushaltsgröße nach Stadtteilen (in Personen pro Haushalt)**

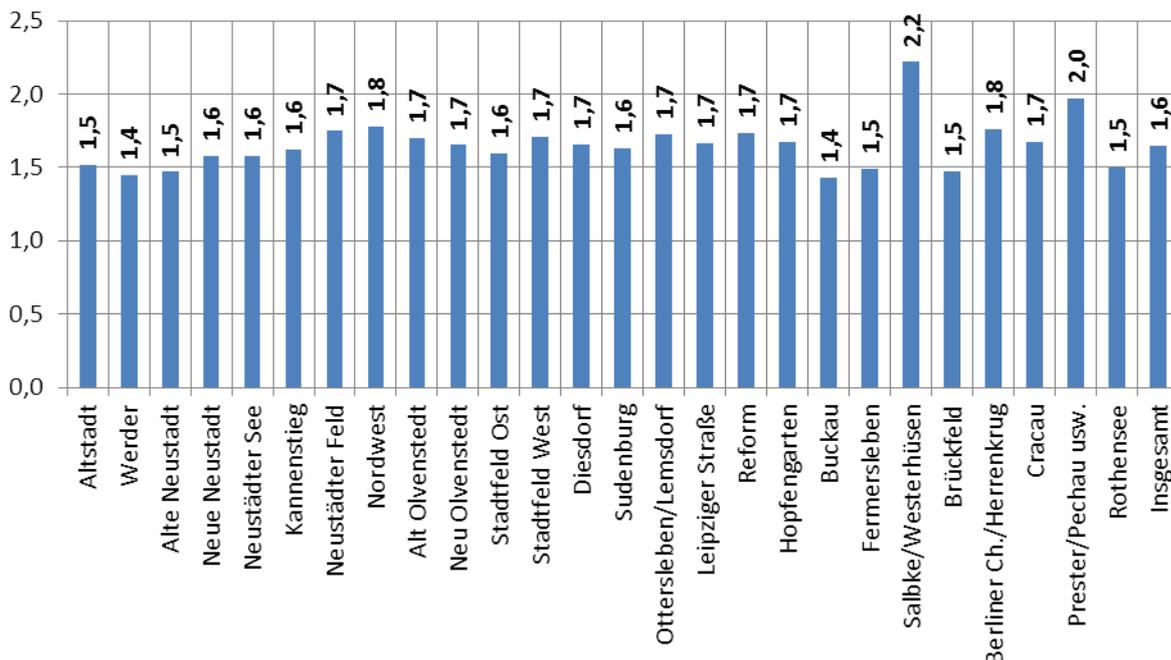


Quelle: Befragung (gewichtet)

Die größten Haushalte finden sich in den Vorortsiedlungen der Stadt, insbesondere dort, wo in den letzten Jahren Eigenheimsiedlungen entstanden sind und wo Familien das Erscheinungsbild prägen. Die kleinsten Haushalte gibt es hingegen in den Plattenbausiedlungen als Folge der demographischen Entwicklung. Hier sind zum einen viele Familien weggezogen und zum anderen hat die Kindergeneration die Wohnviertel verlassen, so dass die verbleibenden „Restfamilien“ nur noch aus der Elterngeneration bestehen. Es gibt in diesen Wohnvierteln zu wenig „nachwachsende“ Familien bzw. fehlt der Zuzug an Familien. In der Altstadt und anderen zentrumsnahen Gebieten sind die Haushalte ebenfalls eher klein. Letzteres ist weniger demographisch bedingt, sondern hat mehr mit der Wohnungsgrößenstruktur in diesen Gebieten zu tun, sowie mit der besonderen Attraktivität der Stadtviertel für Singles und junge Paare (urbane Quartiere). Auch der überdurchschnittliche Anteil Lediger über 18 Jahren in den zentrumsnahen Vierteln spricht für diesen Zusammenhang. Einige Innenstadtviertel, wie Buckau, Stadtfeld Ost und Alte Neustadt dienen eher als „Familiengründungs-viertel“.

Die durchschnittlich pro Person zur Verfügung stehende Zahl der Zimmer, die Wohnraumversorgung, beträgt in der Befragung 1,64 Zimmer pro Person. Wie überall in den neuen Bundesländern ist wahrscheinlich auch in Magdeburg dieser Wert immer weiter gewachsen. Der gegenwärtige Magdeburger Wert entspricht dem in der Rostocker Befragung von 2007 ermittelten.<sup>9</sup>

**Abb. 36: Zahl der Zimmer pro Person nach Stadtteilen**



Quelle: Befragung (gewichtet)

<sup>9</sup> Vgl. Gerdes, Johann (2007): „Wohngebiete - Image und Wirklichkeit“ - Rostocker Wohnbefindlichkeitsstudie 2007, Ms, Rostock (Quelle: [http://www.sowi-forschung.de/mieter\\_2007.pdf](http://www.sowi-forschung.de/mieter_2007.pdf))

Die Wohnraumversorgung schwankt nur leicht zwischen den Stadtteilen. Die Ursache ergibt sich aus den unterschiedlichen Alters- bzw. demographischen Strukturen der Stadtteile.

**Tab. 10: Wohnungsgrößen nach Haushaltsgrößen (Wohnraumversorgung) (in Prozent)**

	1 Person	2 Personen	3 Personen	4 Personen	5 und mehr Personen	insgesamt
1 Zimmer	91,3	8,7	0,0	0,0	0,0	100,0
2 Zimmer	56,9	40,7	2,2	0,2	0,0	100,0
3 Zimmer	14,4	64,3	18,6	2,3	0,4	100,0
4 Zimmer	6,1	42,2	29,4	18,5	3,8	100,0
5 und mehr Zimmer	6,3	33,6	23,3	26,0	10,8	100,0

Quelle: Befragung 2009 (gewichtet)

**Tab. 11: Unter- und Überbelegung der Wohnungen (in Prozent)**

	Überbelegung	Normalbelegung	Unterbelegung	insgesamt
Insgesamt	2,9	25,2	71,8	100,0
<b>Erwerbsstatus</b>				
Erwerbstätig	2,7	26,1	71,2	100,0
Arbeitslos	8,5	28,7	62,8	100,0
Rente	0,1	16,0	83,9	100,0
Student	3,6	47,7	48,7	100,0
<b>Haushaltstyp</b>				
alleinstehend	0,0	13,9	86,1	100,0
Paar <45 J.	3,1	34,9	62,0	100,0
Paar 45-<65 J.	0,2	9,8	90,0	100,0
Paar >65 J.	0,0	19,1	80,9	100,0
Alleinerziehend	5,6	20,4	74,0	100,0
Familie	9,9	45,9	44,2	100,0
WG	5,1	65,0	29,9	100,0
<b>Äquivalenzeinkommen</b>				
<500 €	14,6	67,2	18,2	100,0
500-<750 €	6,3	40,0	53,7	100,0
750-<1.000 €	1,9	28,0	70,1	100,0
1.000-<1.250 €	2,7	25,5	71,8	100,0
1.250-<1.500 €	1,4	19,7	78,9	100,0
1.500-<1750 €	0,0	10,4	89,6	100,0
1.750-<2.000 €	1,7	9,5	88,7	100,0
>2.000 €	1,4	9,2	89,4	100,0
<b>Migrationshintergrund</b>				
keine Migranten	2,5	24,7	72,8	100,0
Migrationshintergrund	13,3	44,0	42,7	100,0

**Fortsetzung Tab. 11: Unter- und Überbelegung der Wohnungen (in Prozent)**

	Überbelegung	Normalbelegung	Unterbelegung	insgesamt
<b>Stadtteil</b>				
Altstadt	6,0	31,1	62,9	100,0
Werder	0,0	35,5	64,5	100,0
Alte Neustadt	4,7	38,9	56,4	100,0
Neue Neustadt	5,9	23,8	70,2	100,0
Neustädter See	2,0	32,4	65,6	100,0
Kannenstieg	5,8	18,9	75,3	100,0
Neustädter Feld	2,7	20,8	76,5	100,0
Nordwest	0,0	18,0	82,0	100,0
Alt Olvenstedt	1,8	23,8	74,4	100,0
Neu Olvenstedt	3,5	22,8	73,7	100,0
Stadtfeld Ost	1,4	23,8	74,8	100,0
Stadtfeld West	1,1	25,9	73,0	100,0
Diesdorf	9,7	22,3	68,0	100,0
Sudenburg	2,0	32,9	65,1	100,0
Ottersleben/Lemsdorf	2,2	19,8	77,9	100,0
Leipziger Straße	3,1	24,3	72,6	100,0
Reform	0,9	18,2	80,9	100,0
Hopfengarten	3,7	19,2	77,1	100,0
Buckau	7,4	33,9	58,7	100,0
Fermersleben	0,0	44,1	55,9	100,0
Salbke/Westerhüsen	0,0	16,7	83,3	100,0
Brückfeld	11,8	18,6	69,5	100,0
Berliner Ch./Herrenkrug	0,0	19,8	80,2	100,0
Cracau	2,5	20,3	77,2	100,0
Prester/Pechau usw.	1,5	14,3	84,1	100,0
Rothensee	3,2	25,6	71,2	100,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

Wie nicht anders zu erwarten, beherbergen die Einraumwohnungen fast nur Einpersonenhaushalte. Nur in ein paar Einzelfällen gaben jüngere Paare an, nur eine Einraumwohnung zur Verfügung zu haben. Insgesamt hält sich die Zahl der als überbelegt zu bezeichnenden Wohnungen in engen Grenzen, indem nur in 2,9% der Wohnungen mehr Personen leben als Zimmer vorhanden sind. Zum Vergleich: Auch in der Rostocker Befragung von 2007 lag der Wert nur bei 2%.<sup>10</sup>

Jede vierte Wohnung ist normal belegt, d.h. für jeden Bewohner steht ein Zimmer zur Verfügung. Fast drei Viertel der Wohnungen (71,8%) sind in diesem Sinne unterbelegt, d.h. jedem Bewohner steht mehr als ein Raum zur Verfügung.

Die Wohnraumversorgung ist aber nicht zwischen allen sozialen Gruppen gleichmäßig verteilt. Mit 8,5% ist die Überbelegung bei den Erwerbslosen überdurchschnittlich

<sup>10</sup> Vgl. Gerdes 2007, a.a.O.

hoch. Nach Haushaltstyp leben vor allem Familien (9,9%), Alleinerziehende (5,6%) und Wohngemeinschaften (5,1%) in überbelegten Wohnungen.

Die Unterbelegung ist bei den Rentnern am höchsten (84%), gefolgt von den Erwerbstätigen. Nach Haushaltstyp findet sich eine Unterbelegung vor allen bei den Paaren zwischen 45 und 60 Jahren (90%). Ein deutlicher Zusammenhang zeigt sich beim Einkommen: Mit steigenden Äquivalenzeinkommen nimmt der Anteil der überbelegten Wohnungen ab und steigt der Grad der Unterbelegung. Auch der Migrationshintergrund spielt eine Rolle, wobei im Sample Migrationshintergrund und große Familien ein gemeinsames Merkmal bilden.

**Tab. 12: Wohnfläche pro Person in qm (Mittelwert)**

	Wohnfläche pro Person (qm)		Wohnfläche pro Person (qm)
<b>Insgesamt</b>	<b>37,1</b>	<b>Stadtteil</b>	
<b>Altersgruppen</b>		Altstadt	35,6
<30 J.	31,1	Werder	37,5
30-<45 J.	33,9	Alte Neustadt	32,7
45-<60 J.	39,9	Neue Neustadt	34,2
60-<75 J.	41,9	Neustädter See	34,2
>75 J.	40,3	Kannenstieg	32,4
Erwerbsstatus		Neustädter Feld	33,9
Erwerbsstatus 1.P	37,5	Nordwest	46,8
erwerbstätig	31,6	Alt Olvenstedt	42,0
Arbeitslose	40,7	Neu Olvenstedt	34,7
Rente	31,1	Stadtfeld Ost	36,3
Student	28,4	Stadtfeld West	39,3
<b>Haushaltstyp</b>		Diesdorf	38,4
alleinstehend <45 J.	53,4	Sudenburg	35,8
alleinstehend 45-<65 J.	62,6	Ottersleben/Lemsdorf	41,5
alleinstehend >65 J.	60,2	Leipziger Straße	34,9
Paar <45 J.	36,2	Reform	34,5
Paar 45-<65 J.	43,1	Hopfengarten	42,6
Paar >65 J.	38,1	Buckau	37,6
alleinerziehend	29,1	Fermersleben	32,1
Familie	29,9	Salbke/Westerhüsen	44,0
WG	26,3	Brückfeld	29,4
<b>Äquivalenzeinkommen</b>		Berliner Ch./Herrenkrug	45,8
<500 €	24,1	Cracau	39,1
500-<750 €	28,9	Prester/Pechau usw.	47,8
750-<1.000 €	35,0	Rothensee	36,5
1.000-<1.250 €	34,9		
1.250-<1.500 €	38,4		
1.500-<1750 €	45,4		
1.750-<2.000 €	45,6		
>2.000 €	52,3		

Quelle: Befragung (gewichtet)

Bei der Unter- und Überbelegung der Wohnungen zeigen sich auch zwischen den Stadtteilen Unterschiede. Diese gehen z. T. auf demographische und soziale Unterschiede zurück (z.B. relativ große Familien in den Vorortsiedlungen oder höhere Arbeitslosigkeit in einigen Wohngebieten).

Hinsichtlich der Wohnflächenversorgung ergibt die pauschale Division der gesamten Wohnfläche aller Wohnungen durch die Gesamtzahl aller Hausmitglieder eine Wohnfläche von 37,1 qm pro Person. Auf die gleiche Weise berechnet stehen auf der Basis der amtlichen Statistik jedem Einwohner der Stadt (mit Hauptwohnsitz) 41,6 qm pro Person zur Verfügung. Allerdings gehört ein Teil der amtlich registrierten Wohnfläche zu den leerstehenden Wohnungen in der Stadt, so dass die gesamte Wohnfläche der *bewohnten* Wohnungen geringer ist und sich im Mittel für Magdeburg höchstens eine Wohnfläche von etwa 35 qm pro Person ergibt.

Die pro Person zur Verfügung stehende Wohnfläche variiert. So haben Alleinstehende über 45 Jahren die meiste Wohnfläche pro Person zur Verfügung. Die nutzbare Fläche wächst mit zunehmendem Einkommen. Den geringsten Platz haben die Familienmitglieder aus Mehrpersonenhaushalten, d.h. in Haushalten mit Kindern (Familien und Alleinerziehende) sowie in Wohngemeinschaften.

Entsprechend der Verteilung nach Anzahl der Zimmer pro Person variiert auch die Quadratmeterzahl pro Person in den Stadtteilen zwischen 29,4 qm/Person in Brückfeld und 47,8 qm/Person in den Vorortsiedlungen Prester, Pechau usw.

### **4.3 Miete und Belastung bei Wohneigentum**

#### **4.3.1 Mietkosten**

Wie oft der Fall bei schriftlichen Befragungen sind die Angaben zur Miethöhe nicht immer besonders zuverlässig. Viele Befragte haben die Differenzierungen zwischen Kalt- und Warmmiete sowie Betriebskosten und Stromkosten nicht oder nur sehr ungenau angegeben, insgesamt liegen nur für knapp 80% der Fälle plausible Angaben zur Miete und den Nebenkosten vor. Oft wurde entweder nur im Feld „Kaltmiete“ oder nur im Feld „Gesamtmieta“ ein einziger Wert eingetragen. Ob es sich dabei tatsächlich um jeweils die Kalt- oder Warmmiete handelt, ist angesichts sehr unterschiedlicher Quadratmetermieten sehr fraglich. Einige der ungenauen Angaben konnten bereinigt werden, viele jedoch nicht, so dass Angaben zur Miethöhe nur als ungefähre Richtgrößen angesehen werden müssen. Am zuverlässigsten ist der Wert der Warmmiete.

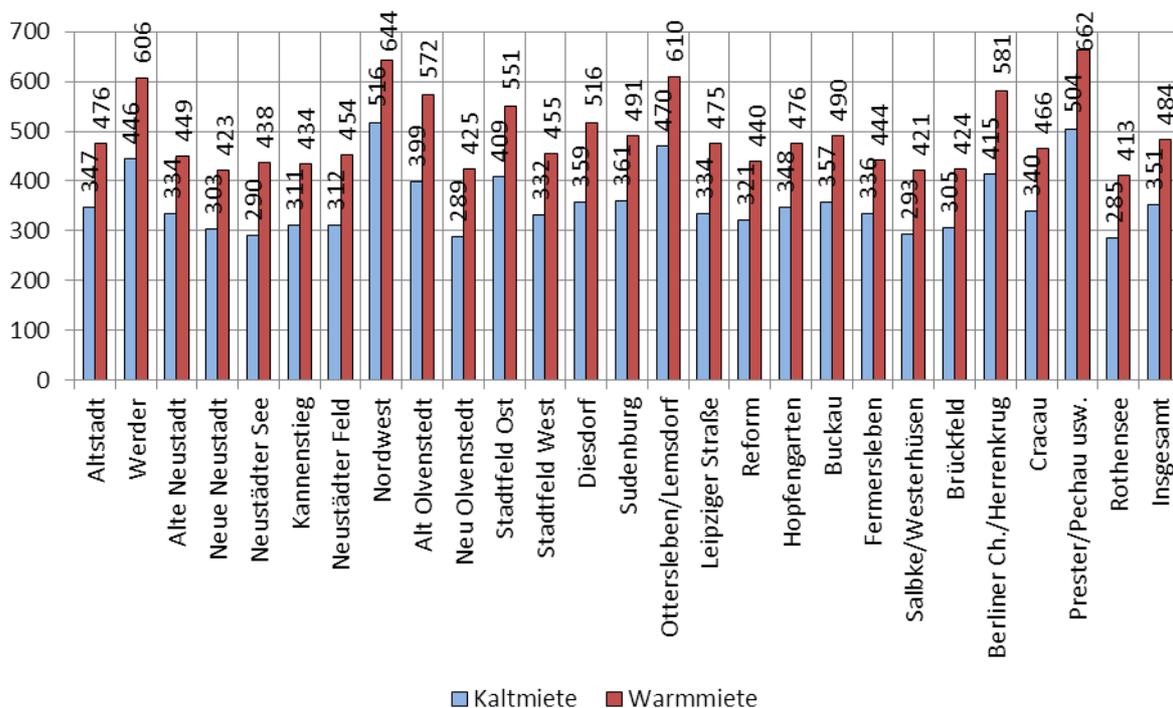
Bei aller Vorsicht angesichts der methodischen Probleme ergibt sich, dass die Kaltmiete (ohne Heizung, Betriebskosten und Strom/Gas) im Mittelwert bei 351 € liegt. Die durchschnittliche Warmmiete mit Heizung und Betriebskosten liegt bei 484 € und die Gesamtmietkostenbelastung inkl. Strom/Gas liegt im Mittel bei 529 €.

Für 70,1% der befragten Mieter liegt die Kaltmiete unter 400 €. Die Warmmiete liegt allerdings nur für 36% unter 400 €. Für 74% der Mieterhaushalte liegt die Warmmiete zwischen 300 € und 600 €. Die höchsten Warmmieten werden in den attraktiven Neubaugebieten am Stadtrand gezahlt. Die unterschiedlichen Durchschnittswerte zwischen den Stadtteilen hängen allerdings auch von der Wohnungsgröße bzw. der Anzahl der Zimmer und der Art der Heizung bei der Warmmiete ab. Dies sind Werte, die entsprechend der unterschiedlichen Baustruktur zwischen den verschiedenen Stadt-

teilen differieren. So erklären sich die höheren Durchschnittsmieten in den Stadtteilen z. T. dadurch, dass hier einige besonders große Wohnungen bzw. Haushalte mit der Befragung erfasst wurden.

Deutlicher werden die Unterschiede erst, wenn man die gezahlten Mieten nach Quadratmetern betrachtet, denn nur so lassen sich wegen der unterschiedlichen Wohnungsgrößen die tatsächlichen Kosten vergleichen. Insgesamt liegt in der Befragung die durchschnittliche Kaltmiete pro Quadratmeter bei 5,02 € und die Warmmiete (ohne Strom) bei 6,94 €. Dies entspricht den Werten, die auch in verschiedenen Internet-Datenbanken genannt werden. Der *ImmobilienScout24* nennt in einem relativ aktuellen Artikel von 2009 für Magdeburg einen Durchschnittswert von 4,97 € Kaltmiete pro Quadratmeter Wohnfläche.<sup>11</sup> Vor diesem Hintergrund spielt die Befragung offensichtlich hinreichend genau die realen Verhältnisse wider.

**Abb. 37: Durchschnittliche Mieten nach Stadtteilen**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Nach Wohnungsgröße betrachtet sind kleine Wohnungen teurer als große, der Unterschied ist allerdings bei den Kaltmieten nur gering, während es bei den Warmmieten eine etwas größere Differenz gibt.

Die niedrigsten Mieten bieten in Magdeburg unsanierte Plattenbauten und die höchsten Mieten müssen für Wohnungen in nach 1990 errichteten Neubauten entrichtet werden. Geringfügig über dem Durchschnitt liegen auch die Mieten in Eigenheimen und in

<sup>11</sup> Böhm, Andreas (2009): Magdeburg und Umgebung im ImmobilienScout24-Mietpreisvergleich, Quelle: <http://news.immobilienscout24.de/aktuelle-marktdaten/10898.html>

sanierten Altbauten. Insgesamt ein relativ typisches Bild, wie es auch in Leipzig oder Rostock zu finden ist.

**Tab. 13: Durchschnittliche Kalt- und Warmmiete nach Wohnungsgröße (in Euro)**

	Kaltmiete pro qm	Warmmiete pro qm
1-Raum-whg.	5,46	7,36
3-Raum-whg	5,12	7,19
2-Raum-whg	4,96	6,90
4-Raum-whg	4,89	6,60
5-und-mehr-Raum-whg	5,05	6,54
insgesamt	5,02	6,94

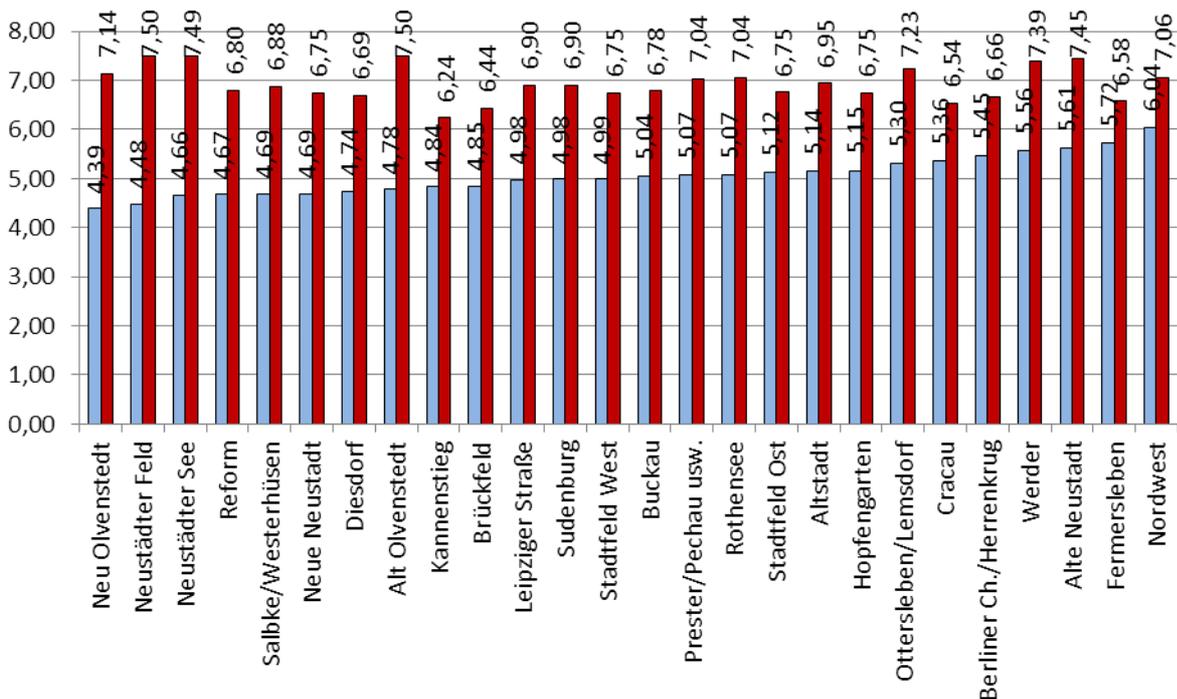
Quelle: Befragung (gewichtet)

**Tab. 14: Durchschnittliche Kalt- und Warmmiete nach Haustyp (in Euro)**

	Kaltmiete pro qm	Warmmiete pro qm
Ein-/Zweifamilienhaus	5,07	6,46
Mehrfamilienhaus unsanierter Altbau	4,58	6,24
Mehrfamilienhaus sanierter Altbau	5,08	6,97
Mehrfamilienhaus unsanierte Platte	4,00	6,16
Mehrfamilienhaus sanierte Platte	4,73	6,87
Mehrfamilienhaus Neubau	5,81	7,90
Insgesamt	5,02	6,94

Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 38: Kalt- und Warmmiete pro Quadratmeter nach Stadtteilen (in Euro)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Beim Vergleich der einzelnen Stadtteile zeigt sich, dass die Unterschiede in der Miete pro Quadratmeter weniger groß sind als beim Vergleich der Gesamtmieten. Die höchsten Kaltmieten werden in Nordwest und Fermersleben verlangt, während in Neu Olvenstedt und Neustädter Feld die Mieten unterdurchschnittlich sind.

**Tab. 15: Kalt- und Warmmiete, Heizkosten und Strom pro Quadratmeter nach Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Euro)**

	Kaltmiete pro qm	Warmmiete pro qm	Heizkosten pro qm	Strom pro qm
Insgesamt	5,02	6,94	1,97	0,74
Erwerbsstatus				
erwerbstätig	5,10	6,94	1,90	0,69
arbeitslos	4,68	6,80	2,13	0,86
Rente	5,07	7,01	2,04	0,74
Student	5,13	7,03	1,83	0,72
anderer Nichterwerbs.	4,69	6,70	2,02	0,63
Haushaltstyp				
alleinstehend <45 J.	5,11	7,02	1,90	0,77
alleinstehend 45-<65	4,85	6,99	2,14	0,70
alleinstehend >65 J.	4,91	7,04	2,19	0,62
Paar <45 J.	4,99	6,87	1,94	0,72
Paar 45-<65 J.	5,05	6,98	2,05	0,78
Paar >65 J.	5,15	7,06	2,00	0,77
alleinerziehend	4,76	6,95	2,03	0,70
Familie	4,95	6,79	1,93	0,77
WG	5,07	6,49	1,46	0,58
Äquivalenzeinkommen				
<500 €	5,13	7,24	2,36	0,86
500-<750 €	4,78	6,87	2,02	0,78
750-<1.000 €	4,88	6,78	1,94	0,77
1.000-<1.250 €	5,13	6,96	1,97	0,75
1.250-<1.500 €	5,06	7,05	2,00	0,68
1.500-<1750 €	5,10	6,99	2,00	0,67
1.750-<2.000 €	5,26	7,24	2,02	0,62
>2.000 €	5,47	7,22	1,88	0,56
Haushaltsgröße				
1 Person	5,00	7,02	2,03	0,71
2 Personen	5,06	6,98	2,00	0,76
3 Personen	4,96	6,78	1,86	0,75
4 u.mehr Pers.	4,95	6,75	1,86	0,73

Quelle: Befragung (gewichtet)

Da inzwischen die Mehrzahl der Wohnungen in der Stadt saniert ist (s.o.), findet sich der Grund für diese Unterschiede weniger im Sanierungszustand der Gebäude als vielmehr in der Lage der Stadtteile und in deren Attraktivität fürs Wohnen. Weil einige Stadtteile hinsichtlich des Wohnens in der Stadt attraktiver sind als andere, ergeben sich letztlich die etwas unterschiedlichen Mietniveaus zwischen den Stadtteilen. Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Ortsteilen aber relativ gering,

allerdings wird auch deutlich, dass in den Neubausiedlungen der 70er und 80er Jahre die Mieten niedriger sind als anderswo in der Stadt, was gerade Haushalte mit geringerem Budget anziehen dürfte.

Dabei zeigt sich durchaus ein Zusammenhang zwischen gezahlter (Quadratmeter-)Miete und dem Einkommen (Äquivalenzeinkommen). Mit zunehmendem Einkommen steigt auch die durchschnittlich gezahlte Quadratmetermiete (von 4,78 € auf 5,47 €). Eine Ausnahme bilden dabei die Haushalte mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 500 €, die eher eine durchschnittliche Miete haben. Der Grund ist hauptsächlich, dass in dieser Gruppe viele Studenten sind, die sich über Wohngemeinschaften auch teurere Wohnungen leisten können. Tatsächlich liegt das Mietniveau der Studenten sogar noch geringfügig über dem der Erwerbstätigen.

Geringe Mieten zahlen insbesondere Erwerbslose und, vom Haushaltstyp her, Alleinerziehende und Alleinstehende aus den mittleren Altersgruppen.

Die von den Befragten angegebenen Heizungs- und Betriebskosten (ohne Strom) liegen im Mittel bei 134 €. Diese Kosten variieren, was in erster Linie von der Größe der Wohnung bzw. des Haushalts abhängt. Alleinstehende bzw. Einpersonenhaushalte zahlen im Durchschnitt nur 107 € Nebenkosten, Familien bzw. Haushalte mit vier und mehr Personen 178 €.

Die Heiz- und Betriebskosten liegen bei den Mieterhaushalten bei 1,97 € pro Quadratmeter. Größere Haushalte erzielen dabei Spareffekte, indem die Betriebskosten bei Vierpersonenhaushalten nur bei 1,86 € pro Quadratmeter liegen und in Singlehaushalten bei 2,03 €. Die Unterschiede nach Erwerbsstatus, Einkommen usw. werden hauptsächlich durch unterschiedliche Wohnungsgrößen beeinflusst.

Die durchschnittlichen Kosten für Strom und Gas belaufen sich auf 49 € im Monat, wobei hier die Unterschiede zwischen den Haushaltsgrößen besonders hoch sind, weil bei Strom und Gas der Verbrauch pro Person unmittelbar wirksam wird, während bei den Heiz- und Betriebskosten die Wohnung als Ganzes im Vordergrund steht. Eine Wohnung muss beheizt werden, ob nun eine oder fünf Personen sich darin aufhalten. Daher wenden Einpersonenhaushalte nur 34 € pro Monat für Strom und Gas auf, während Vierpersonenhaushalte 67 € aufwenden müssen.

Pro Quadratmeter müssen 74 Cent für Strom und Gas bezahlt werden. Dabei sind die Unterschiede zwischen den verschiedenen Haushaltsgrößen und Statusgruppen nur noch gering.

#### **4.3.2 Belastung bei Wohneigentum**

Nicht alle Befragten wohnen zur Miete, immerhin jeder Fünfte verfügt über Wohneigentum. Diese Wohneigentümer wurden nach den Kosten gefragt, die sie monatlich noch für das Haus oder die Eigentumswohnung tilgen müssen. Außerdem wurden auch sie nach den Betriebs- und den Stromkosten gefragt.

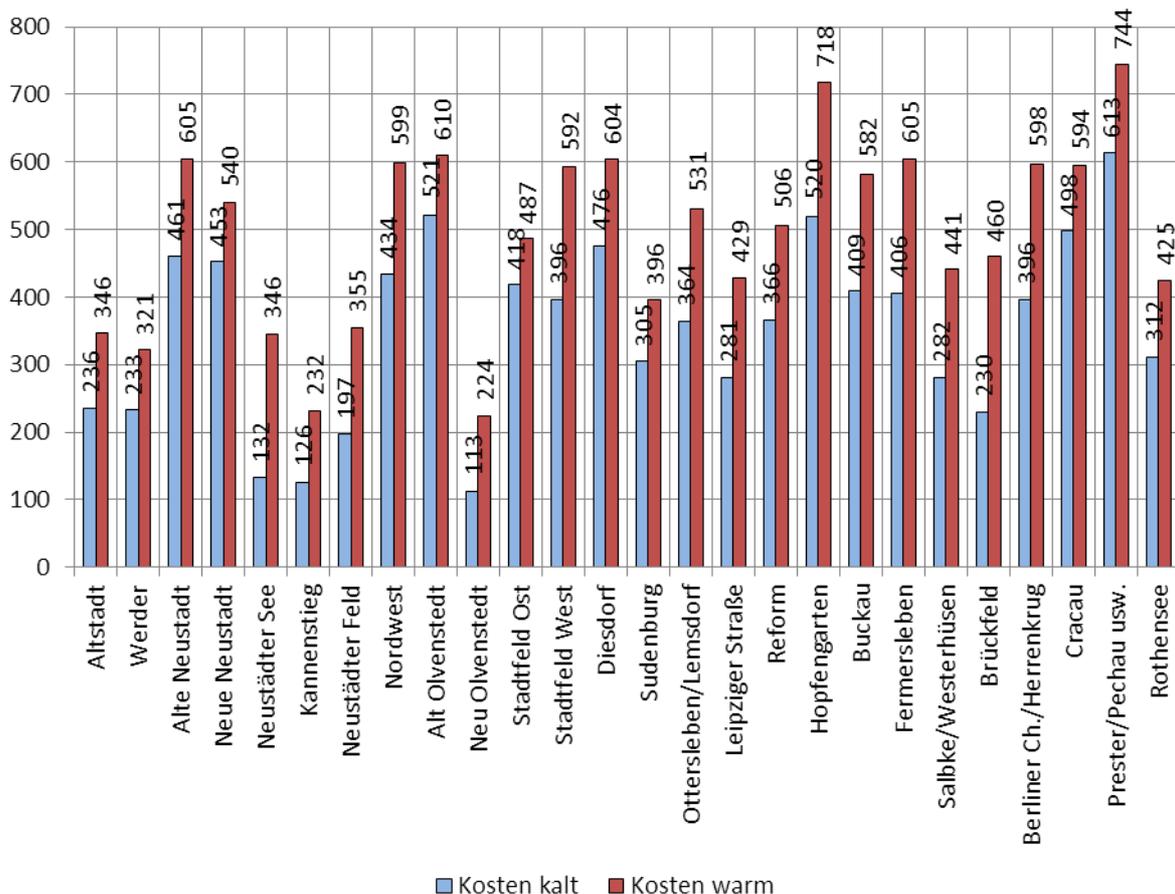
Zunächst gaben 23% der Wohneigentümer an, nichts mehr abzahlen zu müssen, sondern nur noch Betriebskosten zu haben. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um Besitzer der älteren Ein- und Zweifamilienhäuser in den Vororten Magdeburgs. Indiz dafür ist, dass die Mehrzahl derjenigen, die nichts oder nur noch wenig

abzutragen haben, 60 Jahre oder älter ist. Diejenigen mit hohen Belastungen sind hingegen überwiegend jünger als 60 Jahre bzw. bei sehr hohen Belastungen oft sogar jünger als 45 Jahre.

Die monatliche Belastung mit Wohneigentum liegt im Durchschnitt bei 400 €. Dabei muss aber berücksichtigt werden, dass 23% der Wohneigentümer als Summe „Null“ eingetragen haben. Berechnet man die Belastung nur derjenigen, die aktuell noch Kosten abzutragen haben, liegt der Mittelwert bei 518 €. Im Folgenden werden allerdings weiter die Durchschnittskosten *aller* Wohneigentümer betrachtet.

Die Belastungen differieren sehr stark zwischen den Stadtteilen, was allerdings nur z.T. inhaltlich zu erklären ist. Etliche Unterschiede gehen auf die zu geringe Fallzahl bei den Wohneigentümern zurück. Als inhaltliche Begründung für die Unterschiede kann angeführt werden, dass in den einzelnen Stadtgebieten Eigenheimsiedlungen aus unterschiedlichen Bauepochen dominieren. In den Ortsteilen mit überwiegend älterer Bebauung ohne nennenswerten Eigenheimbau aus der Zeit nach 1990 sind die Häuser schon seit langer Zeit im Besitz ihrer Eigentümer und (fast) alle Kosten sind inzwischen getilgt. In den Ortsteilen mit einem größeren Anteil an Neubauten sind viele Häuser noch nicht abbezahlt und entsprechend sind die Belastungen deutlich höher. Andererseits hängen die Kosten auch von der Größe der Immobilien ab.

**Abb. 39: Monatliche Kosten für Wohneigentum nach Stadtteilen (in Euro)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Tab. 16: Kosten für Wohneigentum (insgesamt und pro Quadratmeter) nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp, Einkommen und Haushaltsgröße (in Euro)**

	Kosten kalt	Kosten warm	Kosten kalt pro qm	Kosten warm pro qm	Betriebskosten	Stromkosten	Betriebskosten pro qm	Strom/Gaskosten pro qm
<b>insgesamt</b>								
Insgesamt	400	549	3,49	5,70	171	117	1,62	1,05
<b>Alter</b>								
<30 J.	220	508	2,15	5,00	275	98	1,94	0,80
30-<45 J.	631	756	5,08	6,95	157	122	1,31	0,99
45-<60 J.	482	641	4,08	6,31	170	129	1,62	1,14
60-<75 J.	227	358	2,35	4,51	172	103	1,77	1,03
>75 J.	132	263	1,40	3,94	156	108	1,83	1,07
<b>Erwerbsstatus</b>								
erwerbstätig	516	656	4,33	6,36	163	120	1,47	1,03
arbeitslos	412	680	3,58	7,28	156	133	1,71	1,18
Rente	198	327	2,07	4,27	173	107	1,85	1,08
Student	389	751	2,87	6,19	460	187	2,53	1,20
anderer Nichterwerbs.	284	476	2,74	4,75	222	116	2,05	1,08
<b>Haushaltstyp</b>								
alleinstehend <45 J.	325	450	3,07	5,20	165	88	1,57	0,81
alleinstehend 45-<65 J	329	518	3,77	6,28	156	63	1,95	0,77
alleinstehend >65 J.	94	243	1,36	5,22	188	99	2,94	1,26
Paar <45 J.	396	543	3,36	5,63	146	94	1,26	0,84
Paar 45-<65 J.	350	500	3,14	5,46	167	120	1,61	1,10
Paar >65 J.	208	331	2,15	4,09	160	99	1,61	0,98
alleinerziehend	363	533	3,04	5,54	170	105	1,65	1,03
Familie	615	772	4,90	6,96	183	140	1,50	1,13
<b>Äquivalenzeinkommen</b>								
<500 €	237	593	2,15	5,41	250	50	1,92	0,38
500-<750 €	306	520	3,16	6,56	198	112	2,09	1,18
750-<1.000 €	383	547	3,41	5,68	207	127	1,98	1,15
1.000-<1.250 €	331	475	3,10	5,33	161	115	1,54	1,10
1.250-<1.500 €	344	483	3,22	5,51	157	114	1,68	1,09
1.500-<1750 €	389	484	3,20	4,93	145	117	1,37	0,97
1.750-<2.000 €	575	767	4,66	6,78	247	126	1,88	0,98
>2.000 €	675	838	5,10	7,08	167	124	1,34	0,98
<b>Haushaltsgröße</b>								
1 Person	255	414	2,83	5,68	168	82	2,12	0,93
2 Personen	286	424	2,68	4,82	163	109	1,59	1,03
3 Personen	583	756	4,79	7,02	182	137	1,55	1,14
4 u.mehr Pers.	655	790	5,02	6,84	183	144	1,41	1,12

Quelle: Befragung (gewichtet)

Inklusive Betriebskosten liegt die Kostenbelastung des Wohneigentums bei 549 €.

Mit zunehmendem Alter sinkt die Kostenbelastung, weil mit zunehmender Dauer des Besitzes bereits große Teile der Kosten getilgt sind. Wenn im Übrigen auch unter 30-jährige den Besitz von Wohneigentum angeben mit zudem einer nur sehr geringen Belastung, so erklärt sich das dadurch, dass sie überwiegend keine Angaben zum *eigenen* Wohneigentum gemacht haben, sondern zu dem ihrer *Eltern*, in deren Haushalt sie als Bezugsperson der Befragung leben. Entsprechend dem Zusammenhang von Alter, langer Besitzdauer und geringer Belastung, haben Rentner die geringste finanzielle Belastung, während unter 45-jährige Erwerbstätige die höchsten Wohnkosten haben. Mit zunehmendem Einkommen steigt auch die durchschnittliche Belastung durch Wohneigentum.

Die Kosten pro Quadratmeter liegen bei 3,49 €, was aber mit dem schon erwähnten unterschiedlich hohen Tilgungsgrad der Immobilienkosten zu tun hat. Bei den 30- bis unter 45-jährigen, die noch das Gros der Kosten tilgen müssen, liegt die Belastung bei 5,08 € pro Quadratmeter. Mit zunehmendem Einkommen wächst der Grad der Belastung.

Die Heiz- und Betriebskosten werden im Durchschnitt mit 171 € angegeben und die Stromkosten mit 117 €. Dabei haben manche Befragte durch Anmerkungen darauf aufmerksam gemacht, dass sie mit Strom bzw. Gas heizen und insofern hohe Strom- bzw. Gaskosten und entsprechend geringe andere Betriebskosten haben.

Dies beeinflusst die Ergebnisse insbesondere für die warmen Kosten, denn nicht alle Heizkosten tauchen darin tatsächlich auf. Insofern sind die warmen Kosten nicht ganz mit den Warmmieten der Mieterhaushalte vergleichbar.

Pro Quadratmeter liegen die Betriebskosten bei 1,62 € und für Strom und Gas muss 1,05 €/qm bezahlt werden. Diese Werte differieren etwas zwischen den einzelnen Gruppen, aber weniger stark als die Gesamtkosten.

#### **4.4 Mietbelastung**

Die Mietbelastung, d.h. der Anteil des Haushaltseinkommens, der für die Kaltmiete aufgewandt werden muss, liegt bei durchschnittlich etwa 20,3% und für die Warmmiete bei 27,9%. Das Statistische Bundesamt konstatiert für 2006 eine durchschnittliche (Kalt-)Mietbelastung von 22,4% in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin.<sup>12</sup>

Bei den Nutzern von Wohneigentum liegt der Anteil kalt bei 13,6% und warm bei 22,8%. In der Altersgruppe der 30- bis unter 45-jährigen, jener Gruppe also, die noch das Gros der Kosten tilgen muss, liegt die Belastung kalt bei 18,1%.

Die Mietbelastungsquoten variieren etwas zwischen den Stadtteilen. Die Mietbelastung ist am höchsten in den Vororten und am niedrigsten in Alt Olvenstedt, Neustädter Feld und Reform. Die Unterschiede resultieren dabei wahrscheinlich sowohl aus der unterschiedlichen Verteilung von Wohnungsgrößen und Haushaltsgrößen und -typen, als auch aus den unterschiedlichen Einkommen. Insgesamt sind die Unterschiede zwischen den meisten Stadtteilen aber relativ gering.

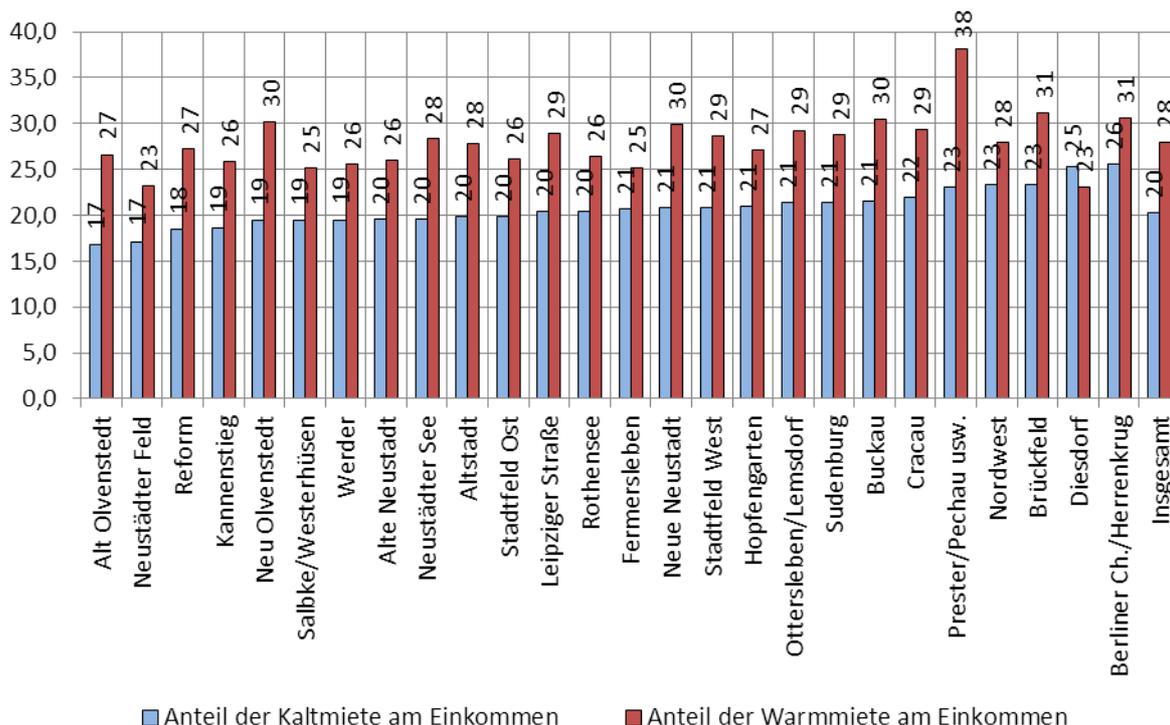
---

<sup>12</sup> Ulrike Timm (2008): Wohnsituation in Deutschland 2006, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik, Heft 2/2008, S. 121

**Tab. 17: Durchschnittlicher Anteil der Kalt- und Warmmiete bzw. der Kosten für Wohneigentum am Haushaltseinkommen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp, Einkommen und Haushaltsgröße (Mietbelastung in Prozent)**

	Anteil der Kaltmiete am Einkommen	Anteil der Warmmiete am Einkommen	Anteil der kalten Wohnkosten am Einkommen	Anteil der warmen Wohnkosten am Einkommen
Insgesamt	20,3	27,9	13,6	22,8
Alter				
<30 J.	22,0	29,9	7,7	21,6
30-<45 J.	19,7	27,1	18,1	24,5
45-<60 J.	20,6	28,5	15,8	24,4
60-<75 J.	19,3	26,4	10,6	21,0
>75 J.	19,4	27,5	5,7	17,0
Erwerbsstatus				
erwerbstätig	17,3	23,3	15,4	22,8
Arbeitslos	26,4	37,5	20,5	38,8
Rente	19,5	26,8	9,7	20,4
Student	24,3	32,4	9,3	22,1
Haushaltstyp				
alleinstehend <45 J.	25,9	35,4	8,2	16,2
alleinstehend 45-<65 J.	27,9	38,6	19,9	32,9
alleinstehend >65 J.	25,6	35,6	9,8	32,6
Paar <45 J.	17,4	23,4	12,4	20,1
Paar 45-<65 J.	17,6	24,9	12,2	22,8
Paar >65 J.	17,6	23,8	9,4	18,5
alleinerziehend	21,2	31,0	14,3	26,3
Familie	17,9	24,0	17,5	24,5
WG	24,6	31,2	-	
Äquivalenzeinkommen				
<500 €	32,6	43,5	26,6	50,0
500-<750 €	27,2	38,5	16,3	37,4
750-<1.000 €	22,1	31,0	18,3	31,6
1.000-<1.250 €	18,2	24,4	12,8	22,8
1.250-<1.500 €	15,9	22,2	11,3	19,3
1.500-<1750 €	15,4	20,6	11,6	18,0
1.750-<2.000 €	12,7	18,4	13,8	22,8
>2.000 €	12,9	16,7	13,1	17,9
Haushaltsgröße				
1 Person	26,4	36,3	14,0	30,2
2 Personen	17,9	24,6	10,9	20,7
3 Personen	19,3	25,3	17,1	24,6
4 u.mehr Pers.	18,2	25,1	17,9	24,4

Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 40: Durchschnittlicher Anteil der Kalt- und Warmmiete am Haushaltseinkommen nach Stadtteilen (in Prozent)**

Quelle: Befragung (gewichtet)

Etwas größere Differenzen ergeben sich beim Einkommen. Trotz der im Durchschnitt etwas höheren Mieten in den oberen Einkommensgruppen sinkt mit der Höhe des Einkommens die Mietbelastung. Die höchste Belastung haben Alleinstehende und Alleinerziehende sowie die Bewohner der Wohngemeinschaften. Am geringsten ist die Belastung bei den Paaren und den Familien.

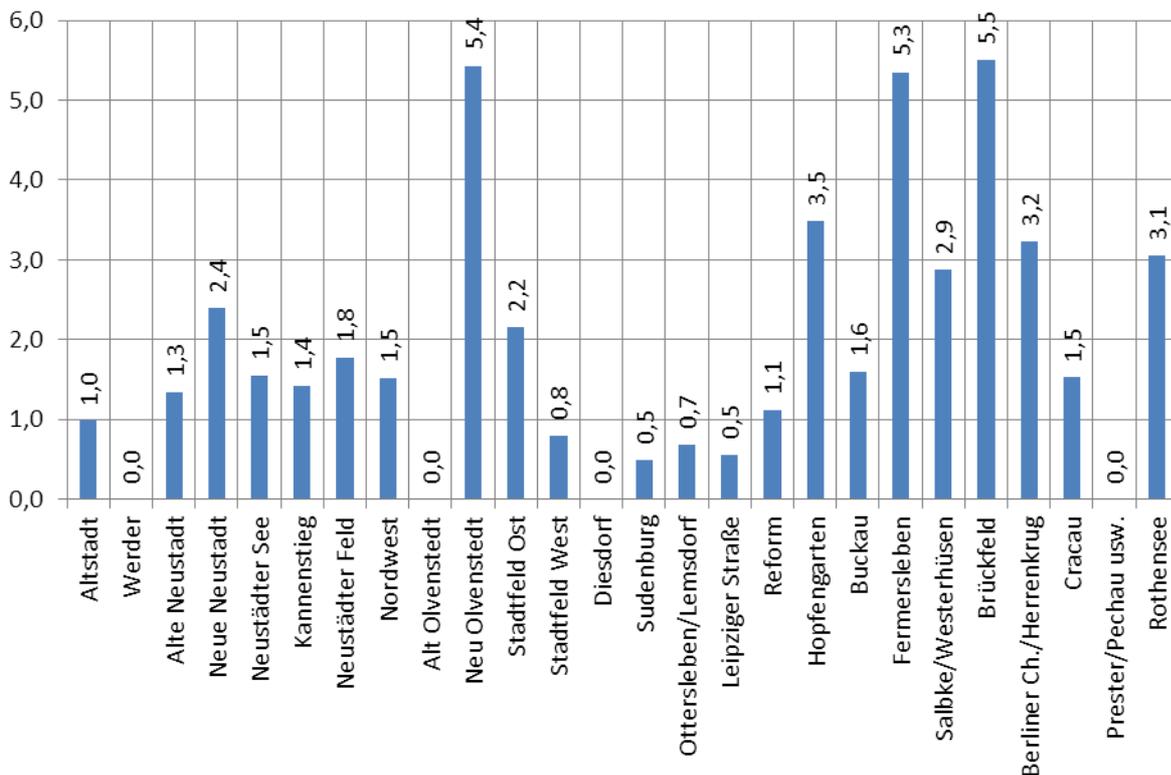
#### 4.5 Wohngeld

Mit Einführung der Hartz IV Reform gelten seit dem 1. Januar 2005 grundlegende Änderungen im Wohngeldrecht. Eine wesentliche Änderung ist, dass Empfänger von Sozialleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Sozialhilfe oder Grundsicherungsleistungen im Alter und bei Erwerbsminderung) sowie Mitglieder ihrer Bedarfsgemeinschaft vom Wohngeld ausgeschlossen sind. Deren Unterkunftskosten werden, soweit sie vom Gesetz als angemessen angesehen werden, im Rahmen der jeweiligen Sozialleistung berücksichtigt.

Das staatliche Wohngeld können nur noch Erwerbstätige mit geringem Einkommen (oberhalb des Anspruchs auf das ALG II), Rentner mit niedrigen Renten (oberhalb des Anspruchs auf Grundsicherung nach SGB XII), Empfänger von Arbeitslosengeld I sowie Studenten beanspruchen.

In Magdeburg erhielten 2008 insgesamt 2.181 Haushalte einen Miet- oder Lastenzuschuss nach dem Wohngeldgesetz (WoGG). Das waren 1,65% aller Haushalte<sup>13</sup> der Stadt. In der Befragung sind es 1,6% der befragten Haushalte. Weitere 1,3% gaben an, dass sie Wohngeld beantragt haben.

**Abb. 41: Bezug von Wohngeld nach Stadtteilen (in Prozent der Haushalte)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Die höchsten Anteile an Wohngeldempfängern finden sich in Brückfeld, Neu Olvenstedt und Fermersleben (5,5% bzw. 5,4% bzw. 5,3%), wobei diese Werte jedoch wegen der geringen Fallzahlen nur wenig Aussagekraft haben.

Nach Familientyp differenziert sind die jüngeren und die älteren Alleinstehenden die größte Gruppe unter den Haushaltstypen im Wohngeldbezug, gefolgt von den Familien und Alleinerziehenden. Am häufigsten erhalten Studenten Wohngeld, gefolgt von arbeitslosen ALG I Empfängern. Rentner sind im Verhältnis etwas weniger häufig auf Wohngeld angewiesen. Ab einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 1.000 € erhält keiner mehr Wohngeld.

Die Höhe des Wohngeldes liegt bei durchschnittlich 131 €: Die Hälfte der Wohngeldbezieher erhält mehr als 95 € Zuschuss zur Miete.

<sup>13</sup> Bezug: Mikrozensus 2008, Quelle: Statistisches Jahrbuch 2008

**Tab. 18: Wohngeldbezug nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent)**

	Wohngeld	Kein Wohn- geld	Wohngeld beantragt	insgesamt
Insgesamt				
Insgesamt	1,6	97,2	1,3	100,0
Alter				
<30 J.	2,3	95,1	2,6	100,0
30-<45 J.	2,2	96,9	0,9	100,0
45-<60 J.	1,0	98,2	0,8	100,0
60-<75 J.	0,9	97,8	1,3	100,0
>75 J.	1,8	97,4	0,7	100,0
Erwerbsstatus				
erwerbstätig	1,4	97,5	1,1	100,0
Arbeitslos	2,0	96,7	1,3	100,0
Rente	1,2	97,9	0,9	100,0
Student	2,8	94,3	3,0	100,0
Haushaltstyp				
alleinstehend <45 J.	3,7	93,9	2,5	100,0
alleinstehend 45-<65 J.	1,5	96,1	2,4	100,0
alleinstehend >65 J.	4,1	95,2	0,7	100,0
Paar <45 J.	0,3	98,3	1,3	100,0
Paar 45-<65 J.	1,5	97,7	0,8	100,0
Paar >65 J.	0,0	98,8	1,2	100,0
alleinerziehend	1,6	95,9	2,5	100,0
Familie	1,8	97,6	0,6	100,0
WG	2,5	96,1	1,4	100,0
Einkommen				
<500 €	1,4	97,2	1,4	100,0
500-<750 €	7,4	89,9	2,7	100,0
750-<1.000 €	2,0	95,6	2,4	100,0
1.000-<1.250 €	0,0	99,9	0,1	100,0
1.250-<1.500 €	0,3	99,1	0,5	100,0
1.500-<1750 €	0,0	100,0	0,0	100,0
1.750-<2.000 €	0,0	100,0	0,0	100,0
>2.000 €	0,0	99,1	0,9	100,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

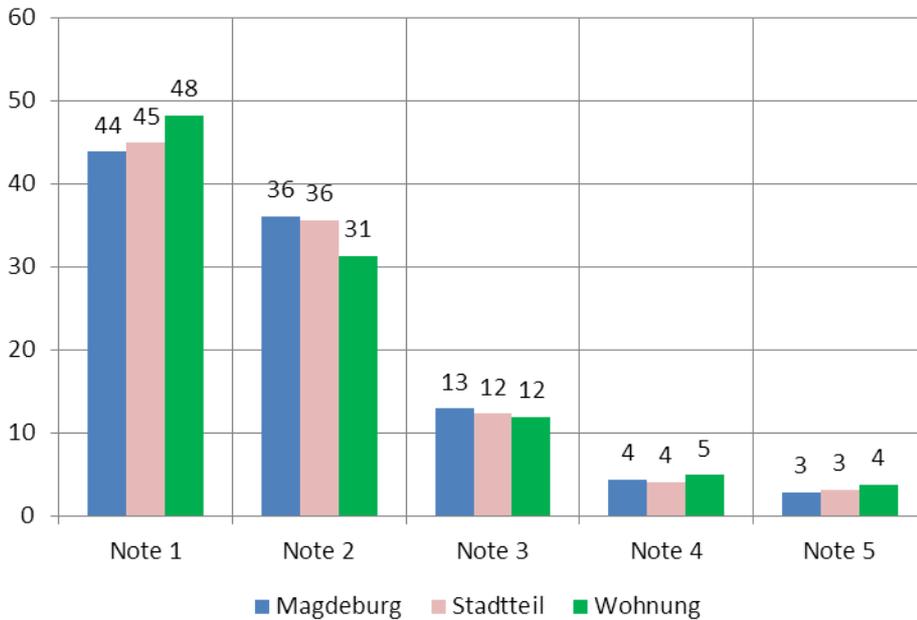
#### 4.6 Zufriedenheit mit dem Wohnen in Magdeburg

Die Mehrzahl der Befragten wohnt „sehr gern“ (44%) bzw. „gern“ (36%) in der Stadt Magdeburg. Ausgesprochen „ungern“ wohnen nur 7% in der Stadt und eher mäßig zufrieden sind 13%.

Dabei wohnen Frauen etwas häufiger „sehr gern“ in Magdeburg als Männer und mit zunehmendem Alter wächst auch die Zufriedenheit (von 38% „sehr gern“ bei den unter 30-jährigen bis 61% „sehr gern“ bei den über 75-jährigen). Entsprechend wohnen

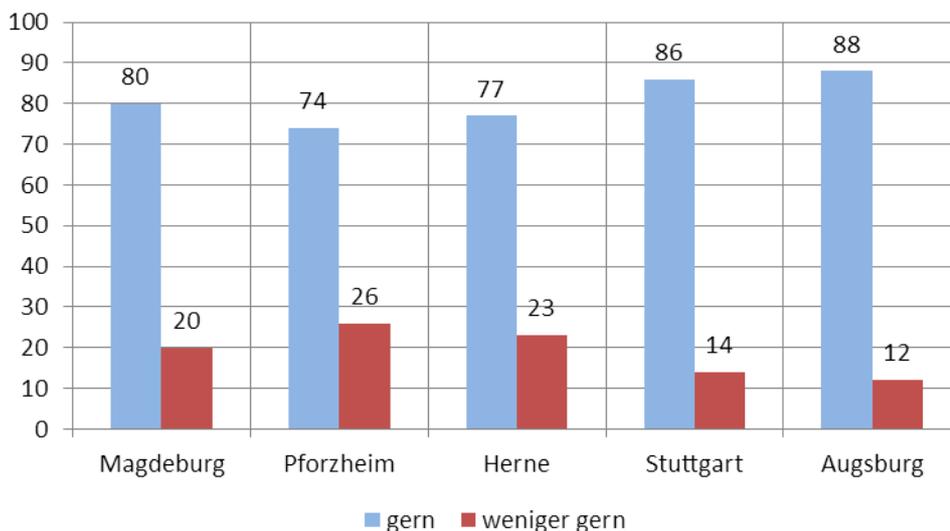
Studenten eher weniger gern in der Stadt als andere Statusgruppen (zu 37% „teils/teils“ oder „ungern“) und Rentner dafür zu 90% eher gern.

**Abb. 42: „Wohnen Sie gern in Magdeburg, in Ihrem Stadtteil und in Ihrer Wohnung?“ (in Prozent von Note 1 = „sehr gern“ bis Note 5 = „sehr ungern“)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 43: Wohnzufriedenheit im Vergleich (eher „gern“ und eher „ungern“ in Prozent)**



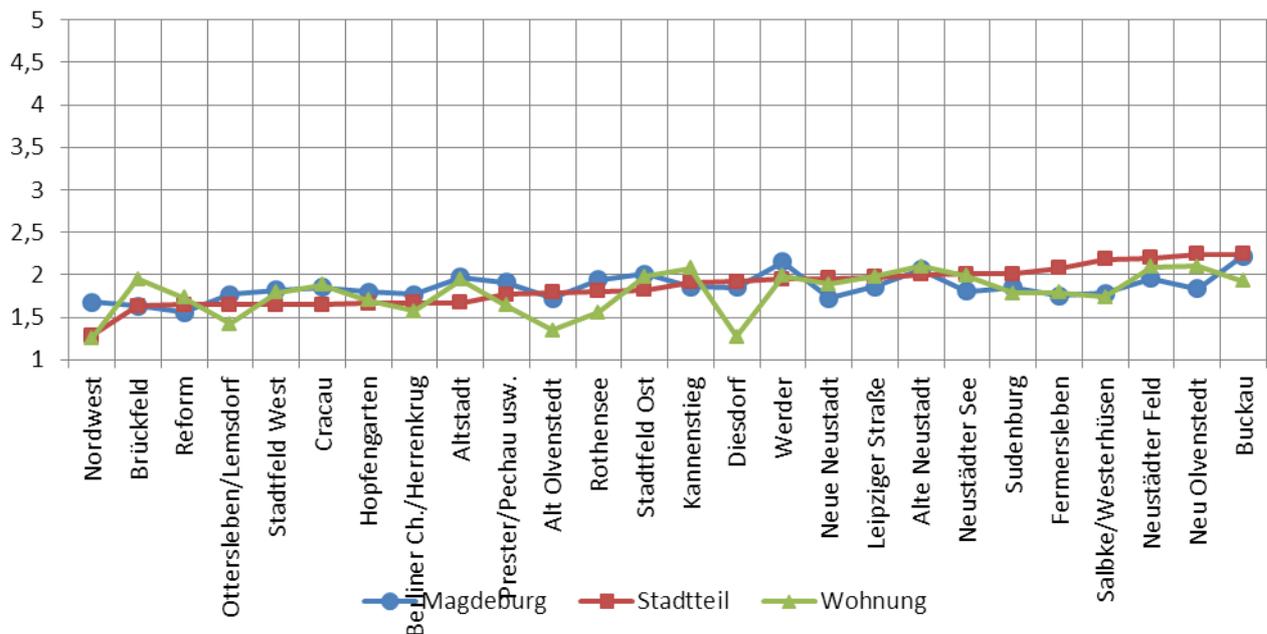
Quellen: Befragung (gewichtet); Cromm, Jürgen; Schürholz, Peter (2007): Bürgerumfrage Augsburg 2007, Augsburg (Ms.); Stadt Stuttgart, Statistisches Amt (Hrsg.) (2008): Bürgerumfrage in Stuttgart 2007, Quelle: <http://91.208.45.16/buergerumfrage>; Stadt Herne, Fachbereich Stadtentwicklung – Statistikstelle (2009): Leben in Herne - , Bürgerumfrage 2008, Herne; Stadt Pforzheim, Kommunale Statistikstelle (2007): Pforzheim im Urteil seiner Bürgerschaft: Bürgerinnen- und Bürgerumfrage 2007, Pforzheim

Mit wachsender beruflicher Qualifikation sinkt die Zufriedenheit etwas, der Anteil der unsicheren „teils/teils“-Antworten nimmt zu und das Verhältnis von „sehr gern“ zu „gern“ verändert sich in Richtung „gern“. Liegt der Mittelwert der Noten von eins bis fünf bei den Facharbeitern noch bei 1,71, so beträgt er bei den Fachhochschul- und Universitätsabsolventen nur noch 1,83 bzw. 1,99.

Nach Stadtteilen differenziert wohnen die Bürger von Reform und Brückfeld besonders gern in Magdeburg (93% eher „gern“), während die Einwohner von Buckau und Werder nur zu 66% eher „gern“ in der Stadt wohnen.

Mit diesen Werten liegt die Zufriedenheit mit dem Wohnen in der Stadt auf einem ähnlich hohen Niveau, wie in anderen deutschen Städten auch. Der Durchschnittswert für die Zufriedenheit entspricht jenen Werten, wie sie schon seit Anfang der 90er Jahre in Westdeutschland (und seit etwa 2001 in Ostdeutschland) relativ konstant bei Umfragen des Bundesamtes für Bauwesen und Bauordnung (BBR) erreicht werden.<sup>14</sup>

**Abb. 44: „Wohnen Sie gern in Magdeburg in Ihrem Stadtteil und in Ihrer Wohnung?“ nach Stadtteilen (Mittelwerte von 1 = „sehr gern“ bis 5 = „sehr ungern“)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Die Zufriedenheit mit dem Wohnen im Stadtteil bzw. Wohngebiet stellt sich in ähnlicher Weise dar, hier sind ebenfalls 80% eher zufrieden und nur 7% eher unzufrieden. Auch die Verteilung nach Alter usw. ist vergleichbar. Die aus Sicht der Befragten beliebtesten Stadtteile sind Nordwest, Reform und Brückfeld (90% eher „gern“), die unbeliebtesten sind Neu Olvenstedt, Buckau und Neustädter Feld (64% bis 66%).

Die gleichen Werte werden schließlich auch für das Wohnen in der eigenen Wohnung erreicht. Hier gibt es ein paar kleinere Unterschiede zwischen den Stadtteilen, was

<sup>14</sup> Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Bauordnung (Hrsg.): Lebensbedingungen aus Bürgersicht, Bonn 2003, S.17.

aber wahrscheinlich auf unterschiedliche Anteile an sanierten und unsanierten Gebäuden zurückzuführen ist. Zumindest zeigen sich am Sanierungszustand deutlichere Unterschiede in der Bewertung. Wer in einem neuen oder sanierten Haus wohnt, lebt dort häufiger eher „gern“ als jemand, der im unsanierten Altbau (65% eher „gern“) oder im unsanierten Plattenbau wohnt (52% eher „gern“).

Bei der Frage nach dem „Gern-Wohnen“ muss angesichts der hohen Zufriedenheitswerte allerdings immer beachtet werden, dass Zufriedenheit eine sehr relative, ambivalente Kategorie ist, die von einer Vielzahl objektiver und subjektiver Faktoren abhängig ist. Eine hohe in Befragungen geäußerte Zufriedenheit ist deshalb nicht unbedingt Ausdruck dafür, dass die individuellen Bedürfnisse und Wünsche tatsächlich in Erfüllung gegangen sind, sondern nur dafür, dass den jeweils Befragten subjektiv, angesichts der Umstände, in denen sie leben, gegenwärtig keine andere Art der Erfüllung von Bedürfnissen möglich erscheint, d.h. viele geben sich mangels einer Alternative zufrieden. Dies ist der Hintergrund dafür, dass oftmals die Mehrzahl der Befragten eine Frage nach der Zufriedenheit positiv beantwortet, während gleichzeitig viele einzelne Merkmale der Wohnsituation negativ bewertet werden. Gleichwohl kann eine solche Frage allgemeine Aufschlüsse über Zufriedenheit oder Unzufriedenheit geben, insbesondere dann, wenn Unzufriedenheit in größerem Umfang (erfahrungsgemäß bei mehr als 25% Unzufriedenheit) geäußert wird. Ein solches Ergebnis deutet dann zumeist auf einen gewissen Handlungsbedarf hin.

## **4.7 Wohndauer in der Stadt, dem Stadtteil und der Wohnung**

### **4.7.1 Wanderungsstatus**

Von den Bezugspersonen aus den befragten Haushalten sind 41% in Magdeburg geboren bzw. leben seit dem Geburtsjahr in der Stadt, 59% sind irgendwann nach Magdeburg zugezogen.

Von den in der Stadt Geborenen leben 80% schon 30 oder mehr Jahre in Magdeburg, weitere 11% zwischen 25 und 29 Jahre und 9% leben seit 18 bis 24 Jahren in der Stadt. Die lange Wohndauer von 30 Jahren und mehr betrifft insbesondere die Altersgruppe der 30- bis unter 45-jährigen, von denen 55% in der Stadt geboren sind. In den anderen Altersgruppen liegt der Anteil der in Magdeburg Geborenen bei 41% (unter 30-jährige) bzw. ca. 33% (über 45-jährige).

Von den Zugezogenen leben 43% seit 30 oder mehr Jahren in Magdeburg. Fast ein Drittel (32%) allerdings ist erst vor weniger als 10 Jahren zugezogen und ein Viertel (25%) vor 10 bis 29 Jahren.

Insgesamt liegt die Wohndauer in der Stadt unter den Befragten bei durchschnittlich 34,6 Jahren, 58,4% leben seit 30 Jahren oder mehr in der Stadt. Dies liegt etwas über dem Bundesdurchschnitt in deutschen Großstädten von etwa 50%.<sup>15</sup> Der Anteil der Befragten mit einer Wohndauer von weniger als 10 Jahren liegt mit 18,6% etwa im Durchschnitt der deutschen Großstädte.

---

<sup>15</sup> Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bevölkerungsumfrage des BBSR 2008, [http://www.bbsr.bund.de/nn\\_23744/BBSR/DE/Raumbeobachtung/GlossarIndikatoren](http://www.bbsr.bund.de/nn_23744/BBSR/DE/Raumbeobachtung/GlossarIndikatoren)

**Tab. 19: Wanderungsstatus nach Wohndauer und Alter der Bezugspersonen (in Prozent)**

Wohndauer in Magdeburg			
	geboren	zugezogen	insgesamt
<5 J.	0,0	20,4	12,0
5-<10 J.	0,0	11,2	6,6
10-<15 J.	0,0	7,9	4,7
15-<20 J.	1,1	6,2	4,1
20-<25 J.	8,1	5,1	6,3
25-<30 J.	10,7	5,9	7,9
30-<35 J.	19,0	15,1	16,7
35-<40 J.	19,6	13,2	15,8
>40 J.	41,5	15,0	25,9
insgesamt	100,0	100,0	100,0
Alter der Bezugspersonen			
	geboren	zugezogen	insgesamt
<30 J.	41,5	58,5	100,0
30-<45 J.	55,0	45,0	100,0
45-<60 J.	39,2	60,8	100,0
60-<75 J.	33,6	66,4	100,0
>75 J.	32,9	67,1	100,0
insgesamt	41,1	58,9	100,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

#### 4.7.2 Umzugsmobilität innerhalb der Stadt

Zwei Drittel der Befragten (67%) sind irgendwann in einen anderen Stadtteil umgezogen, nur 33% wohnen noch im gleichen Stadtteil, in dem sie geboren bzw. zugezogen sind. Dabei leben von denjenigen, die in Magdeburg geboren wurden, noch 16% im Stadtteil ihrer Geburt und von den Zugezogenen noch 45% im Stadtteil ihres Zuzugs nach Magdeburg.

Die Mehrzahl der Befragten (62,3%) lebt entsprechend seit weniger als 20 Jahren in ihrem Stadtteil, 27,4% sogar weniger als fünf Jahre. Die Wohndauer im Stadtteil richtet sich dabei zum einen nach dem Entstehungszeitraum der Wohngebiete. In älteren Großwohnsiedlungen aus den 70er Jahren ist die Wohndauer länger als in den jüngeren Wohngebieten. Aber auch die Fluktuation der letzten Jahre hat die Wohndauer im Stadtteil beeinflusst. Insbesondere in den zentrumsnahen Altstadt- bzw. Gründerzeitgebieten, die in den letzten beiden Jahrzehnten durch Sanierung und Modernisierung der Gebäude sowie durch eine Verbesserung der Infrastruktur städtebaulich wieder aufgewertet wurden, ist der Anteil der erst seit kurzer Zeit dort Wohnenden besonders hoch. Die durchschnittliche Wohndauer im Stadtteil beträgt insgesamt 19 Jahre.

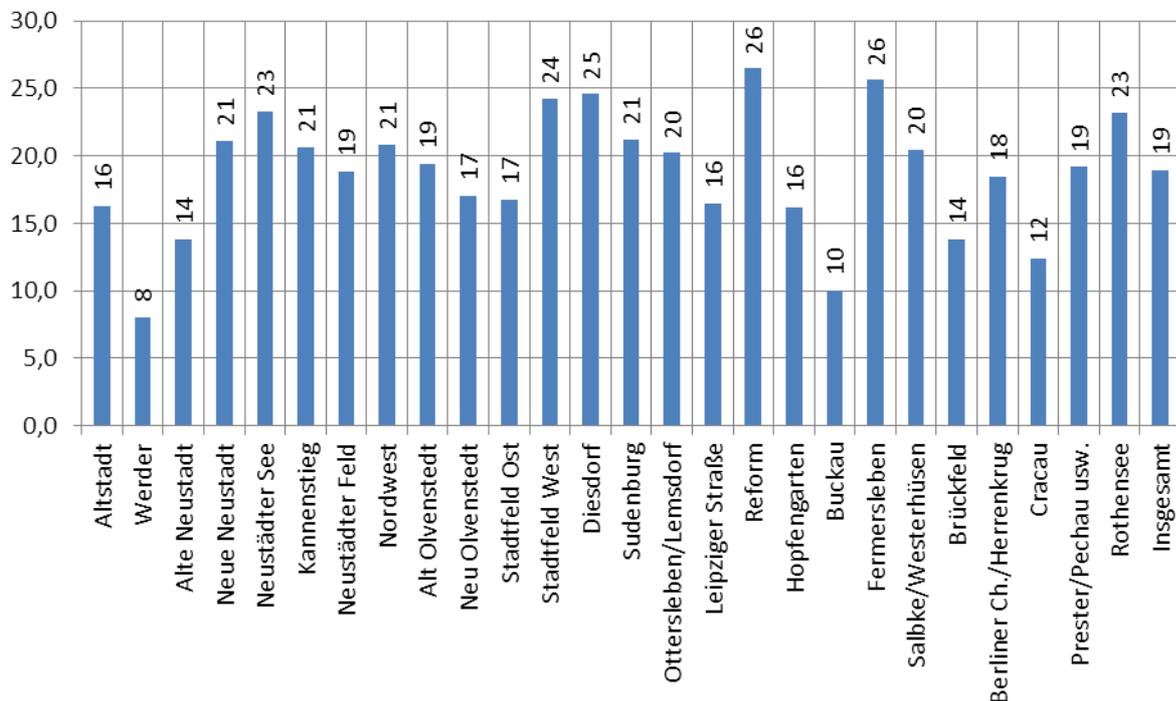
Diese Werte sind fast identisch mit den Ergebnissen der Rostocker Mieterbefragungen, insbesondere mit der von 2007.<sup>16</sup>

<sup>16</sup> Vgl. Gerdes 2007, a.a.O.

Wie kaum anders zu erwarten, korreliert die Wohndauer mit dem Alter, d.h. je älter die Bezugsperson ist, umso länger gibt es den Haushalt schon im Stadtteil. Bei den unter 30-jährigen liegt die durchschnittliche Wohndauer bei 5,9 Jahren, bei den 45- bis unter 60-jährigen bei 17,6 Jahren und bei über 75-jährigen schließlich bei 38 Jahren.

Nach Familientyp haben Alleinstehende und Paar-Haushalte von über 65-jährigen die längste Wohndauer (34 Jahre im Durchschnitt). Alleinstehende unter 30 Jahren (5,8 Jahre), Paare unter 45 Jahren (8 Jahre), Familien (13,5 Jahre) sowie Alleinerziehende (14,5 Jahre) die durchschnittlich kürzeste. Die geringste Wohndauer ist allerdings mit nur 3,2 Jahren bei studentischen Wohngemeinschaften zu verzeichnen.

**Abb. 45: Durchschnittliche Wohndauer im Stadtteil (Mittelwerte in Jahren)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Wohnen 27,4% erst seit weniger als fünf Jahren im Stadtteil, so wohnen 38,5% aller Befragten erst seit weniger als fünf Jahren in ihrer Wohnung, d.h. etliche Haushalte sind nicht nur beim Umzug in einen neuen Stadtteil in ihre gegenwärtige Wohnung gezogen, sondern sie sind innerhalb des Stadtteils noch einmal umgezogen. Insgesamt haben 35,8% aller Haushalte ihre Wohnung innerhalb des Stadtteils gewechselt, davon die Mehrzahl (22% von allen Befragten) in den letzten 10 Jahren. Innerhalb der letzten fünf Jahre haben 13,6% von allen Befragten ihre Wohnung innerhalb des Stadtteils gewechselt. Auch diese Werte sind fast identisch mit den Ergebnissen der Rostocker Befragung von 2007.<sup>17</sup> Die durchschnittliche Wohndauer in der jetzigen Wohnung beträgt 12,4 Jahre.

<sup>17</sup> Vgl. ebenda

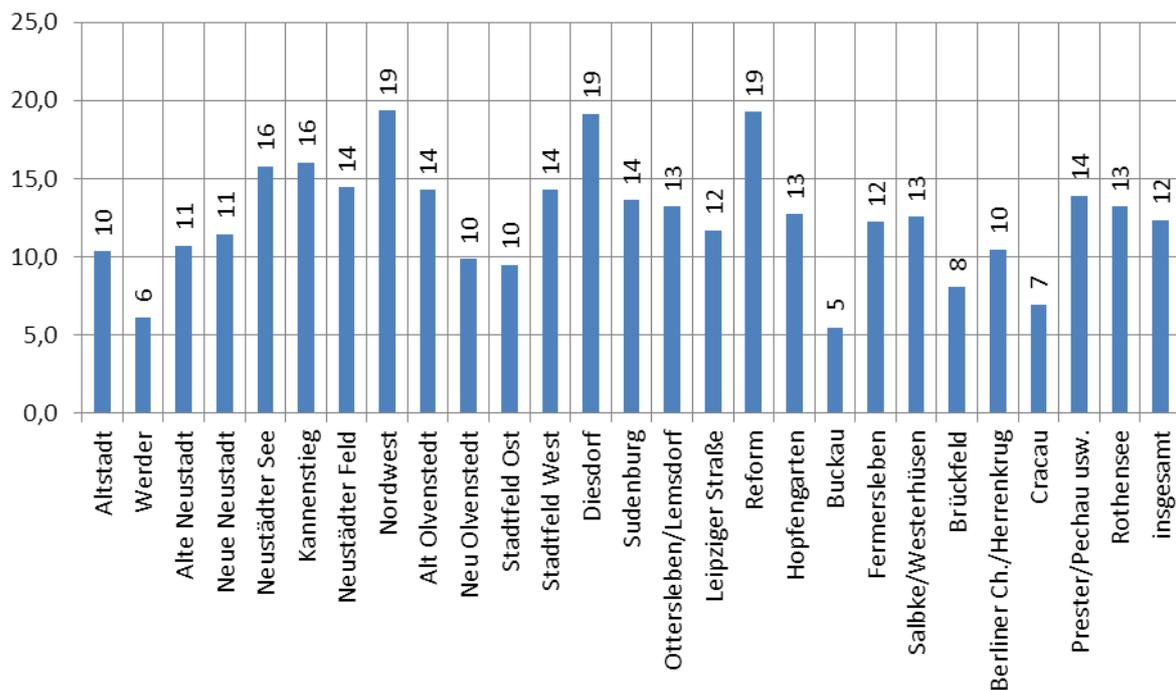
Eine hohe Rate von Umzügen innerhalb der Stadtteile findet sich insgesamt vor allem in Neu Olvenstedt, Rothensee, Fermersleben. Am wenigsten sind die Bewohner in Nordwest, Werder und Hopfengarten innerhalb ihres Stadtteils umgezogen.

**Tab. 20: Wohndauer im Stadtteil nach Alter und Familientyp (Mittelwert in Jahren)**

Alter	
<30 J.	5,8
30-<45 J.	11,0
45-<60 J.	17,6
60-<75 J.	30,6
>75 J.	38,1
Haushaltstyp	
alleinstehend <45 J.	8,0
alleinstehend 45-<65 J.	16,4
alleinstehend >65 J.	34,0
Paar <45 J.	5,7
Paar 45-<65 J.	21,9
Paar >65 J.	34,6
alleinerziehend	14,5
Familie	13,5
WG	3,2
Sonstige	20,4
Insgesamt	19,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 46: Wohndauer in der Wohnung (Mittelwerte in Jahren)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Festzustellen ist, dass auch innerhalb der weniger beliebten Wohngebiete ein reges Umzugsgeschehen herrscht. Insgesamt sind 38,4% der Befragten innerhalb der letzten fünf Jahre umgezogen, entweder nach Magdeburg, in einen anderen Stadtteil oder in eine andere Wohnung innerhalb des Stadtteils. Dabei waren die Wohngemeinschaften am mobilsten, indem 91% innerhalb der letzten fünf Jahre umgezogen sind. Es folgen die Paare unter 45 Jahren mit 76,6% und die Alleinstehenden unter 45 Jahren, von denen 69% in den letzten fünf Jahren umgezogen sind. Am wenigsten umgezogen sind die älteren Paare über 65 Jahre (9,9%) bzw. die älteren Alleinstehenden über 65 Jahre (14,9%).

**Tab. 21: Wohnungswechsel innerhalb der Stadtteile (in Prozent)**

	nach Zuzug/Geburt im Stadtteil gleiche Wohnung, kein Umzug	nach Zuzug/Geburt im Stadtteil Umzug in andere Wohnung gezogen	Insges.
Altstadt	65,0	35,0	100,0
Werder	81,9	18,1	100,0
Alte Neustadt	75,5	24,5	100,0
Neue Neustadt	55,8	44,2	100,0
Neustädter See	62,1	37,9	100,0
Kannenstieg	70,7	29,3	100,0
Neustädter Feld	67,8	32,2	100,0
Nordwest	85,7	14,3	100,0
Alt Olvenstedt	69,6	30,4	100,0
Neu Olvenstedt	49,8	50,2	100,0
Stadtfeld Ost	57,8	42,2	100,0
Stadtfeld West	59,7	40,3	100,0
Diesdorf	76,2	23,8	100,0
Sudenburg	61,7	38,3	100,0
Ottersleben/Lemsdorf	67,7	32,3	100,0
Leipziger Straße	59,3	40,7	100,0
Reform	64,7	35,3	100,0
Hopfengarten	81,1	18,9	100,0
Buckau	76,8	23,2	100,0
Fermersleben	42,4	57,6	100,0
Salbke/Westerhüsen	63,9	36,1	100,0
Brückfeld	62,9	37,1	100,0
Berliner Ch./Herrenkrug	69,8	30,2	100,0
Cracau	60,4	39,6	100,0
Prester/Pechau usw.	74,7	25,3	100,0
Rothensee	46,6	53,4	100,0
insgesamt	64,2	35,8	100,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

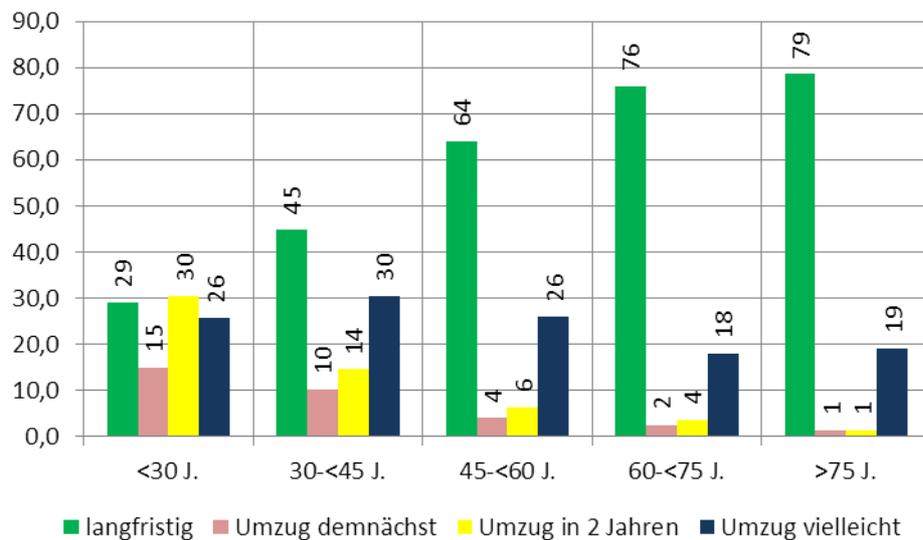
Mit zunehmendem Alter nimmt die Umzugshäufigkeit ab. Von den 18- bis unter 30-jährigen sind 80% in den letzten fünf Jahren umgezogen, von den 30- bis unter 45-jährigen 53%, von den 45- bis unter 60-jährigen 28% und von den 60 Jahre und älteren Befragten 12%.

## 5 Mobilitätsverhalten

### 5.1 Umzugsabsichten

Mehr als die Hälfte der Befragten (56,8%) möchte langfristig in der jetzigen Wohnung wohnen bleiben. Der Anteil derjenigen, die demnächst bzw. in den nächsten zwei Jahren umziehen möchten, liegt bei 18,7% und jeder Vierte ist unentschlossen (24,5%). Dies sind ähnliche Werte, wie sie in der Rostocker Befragung (53,3% „langfristig“) von 2007<sup>18</sup> und der Leipziger Bürgerumfrage von 2008 (59% „kein Umzug geplant“)<sup>19</sup> ermittelt wurden. Die „Laufende Bevölkerungsumfrage des BBSR“ ermittelt seit Jahren für Deutschland einen relativ konstanten Wert von 16% der Haushalte, die im Zeitraum von zwei Jahren umziehen wollen.<sup>20</sup> Dabei ist in ländlichen Räumen mit einem höheren Anteil an Wohneigentum die Umzugsneigung etwas geringer und in Großstädten mit einem höheren Anteil Singles höher. Insofern liegt Magdeburg hinsichtlich der Umzugsneigung durchaus im Bundesdurchschnitt der größeren Städte.

**Abb. 47: Umzugsneigung nach Alter (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Nach Alter betrachtet bestätigt sich die bekannte Erfahrung, dass die Neigung, in den vertrauten vier Wänden bleiben zu wollen, mit zunehmendem Alter steigt. Nur jeder fünfte über 75-jährige und knapp jeder vierte über 60-jährige möchte noch umziehen, wobei konkrete Umzugspläne kaum eine Rolle spielen. Demgegenüber wollen 45% der unter 30jährigen und 24% der 30- bis unter 45jährigen demnächst bzw. in den nächsten zwei Jahren umziehen.

<sup>18</sup> Vgl. Gerdes, Johann (2007), a.a.O.

<sup>19</sup> Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.) (2009): Kommunale Bürgerumfrage 2008 - Ergebnisbericht, Leipzig

<sup>20</sup> Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bevölkerungsumfrage des BBSR 2008, [http://www.bbsr.bund.de/nn\\_23744/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Glossar/Indikatoren](http://www.bbsr.bund.de/nn_23744/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Glossar/Indikatoren)

Entsprechend der Altersverteilung haben Rentner die geringste Umzugsneigung und Studenten wollen nur zu 23% „langfristig wohnen bleiben“. Erwerbstätige sind mit einem Anteil von 44% Umzugswilligen im Prinzip etwas weniger mobil als Erwerbslose, die zu 57% über einen Umzug nachdenken.

Nach Haushaltstyp sind Bewohner von Wohngemeinschaften, Alleinstehende unter 45 Jahren sowie junge Paare äußerst mobil, während ältere Paare und Alleinstehende kaum noch umziehen möchten. Während Familien eine eher durchschnittliche Umzugsneigung haben, denken Alleinerziehende häufiger über einen Wohnungswechsel nach.

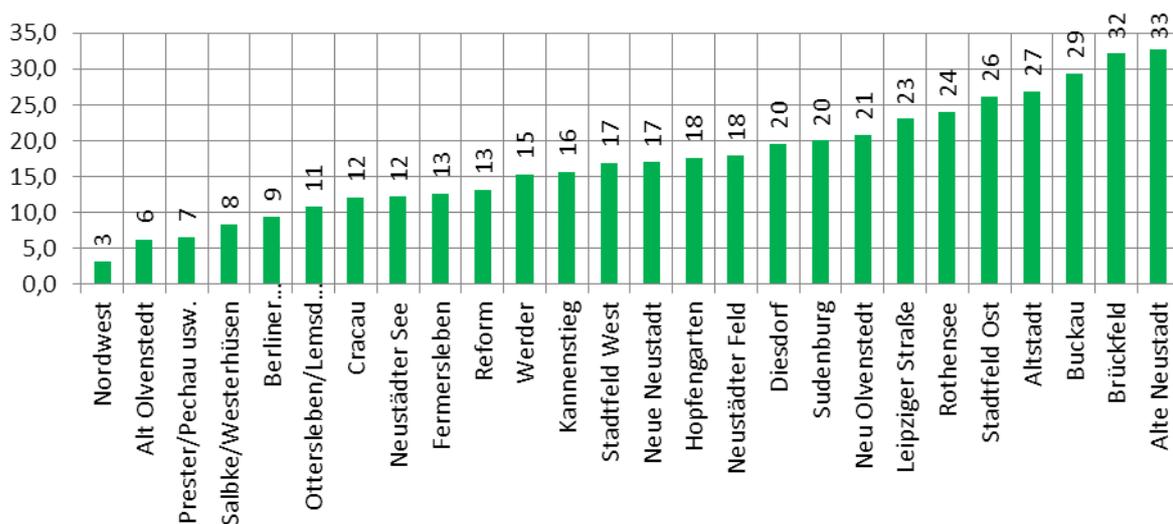
**Tab. 22: Umzugsneigung nach Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent)**

	langfristig wohnen	Umzug demnächst	Umzug in 2 Jahren	Umzug vielleicht	insgesamt
insgesamt					
insgesamt	56,8	6,9	11,8	24,5	100,0
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	55,7	7,7	12,2	24,4	100,0
arbeitslos	43,0	9,4	14,3	33,4	100,0
Rente	76,3	1,9	2,5	19,2	100,0
Student	23,0	15,4	36,1	25,5	100,0
Haushaltstyp					
alleinstehend <45 J.	30,3	14,3	23,0	32,4	100,0
alleinstehend 45-<65 J.	54,1	4,9	9,4	31,6	100,0
alleinstehend >65 J.	81,7	1,4	2,7	14,3	100,0
Paar <45 J.	31,6	12,1	26,8	29,4	100,0
Paar 45-<65 J.	69,6	4,1	4,1	22,2	100,0
Paar >65 J.	78,2	1,5	2,0	18,2	100,0
alleinerziehend	41,5	11,8	19,7	27,0	100,0
Familie	55,7	7,0	13,0	24,3	100,0
WG	17,3	22,4	28,6	31,7	100,0
Äquivalenzeinkommen					
<500 €	38,3	15,6	24,7	21,4	100,0
500-<750 €	40,6	12,1	17,9	29,5	100,0
750-<1.000 €	61,0	5,0	11,4	22,7	100,0
1.000-<1.250 €	63,7	6,0	8,3	22,0	100,0
1.250-<1.500 €	65,3	4,4	9,1	21,2	100,0
1.500-<1750 €	67,2	5,9	7,2	19,7	100,0
1.750-<2.000 €	54,9	5,2	7,7	32,2	100,0
>2.000 €	60,8	7,1	10,3	21,8	100,0
Wohneigentum					
Eigenheim	88,5	1,5	0,9	9,2	100,0
Eigentumswohnung	84,3	2,8	0,6	12,4	100,0
Zur Miete	48,4	8,4	14,7	28,5	100,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

Betrachtet man die Ergebnisse differenziert nach Stadtteilen, zeigt sich, dass Befragte aus den Stadtteilen mit älterer Bevölkerung überwiegend langfristig dort wohnen bleiben wollen. Auch der Anteil an Wohneigentum in einem Stadtteil ist ein wichtiger Faktor für die Mobilitätsneigung, denn während von den Mieterhaushalten nur 48% „sesshaft“ bleiben wollen, sind es unter den Wohneigentümern 88%. Vorortsiedlungen mit hohem Eigenheimanteil haben eine entsprechend weniger mobile Einwohnerschaft als die urbanen Zentren der Stadt mit relativ vielen Single-Haushalten. Die Mobilität speist sich in den Eigenheimsiedlungen vor allem aus dem Auszug aus dem Elternhaus.

**Abb. 48: Konkrete Umzugsneigung (= Umzug „demnächst“ und Umzug in den nächsten zwei Jahren“) nach Stadtteilen (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

## 5.2 Umzugsgründe

Das Spektrum der Umzugsgründe ist relativ breit. Angegeben werden konnten bei der Frage mehrere Gründe, was von den Befragten i.d.R. auch so wahrgenommen wurde. Dies bedeutet, dass meistens ein Bündel von Gründen ausschlaggebend für die geäußerte Umzugsabsicht ist und nicht nur ein einziger.

Bei den Gründen für einen geplanten Wohnungswechsel stehen in Magdeburg Gründe, die mit der Wohnung zu tun haben, im Vordergrund. Fast jeder Dritte (30%) möchte eine bessere oder größere Wohnung und 21% wünschen sich eine altengerechte (10%), kindgerechte (8%) oder behindertengerechte (2%) Wohnung. Zusammen haben damit 51% der Befragten wohnungsbezogene Gründe angegeben.

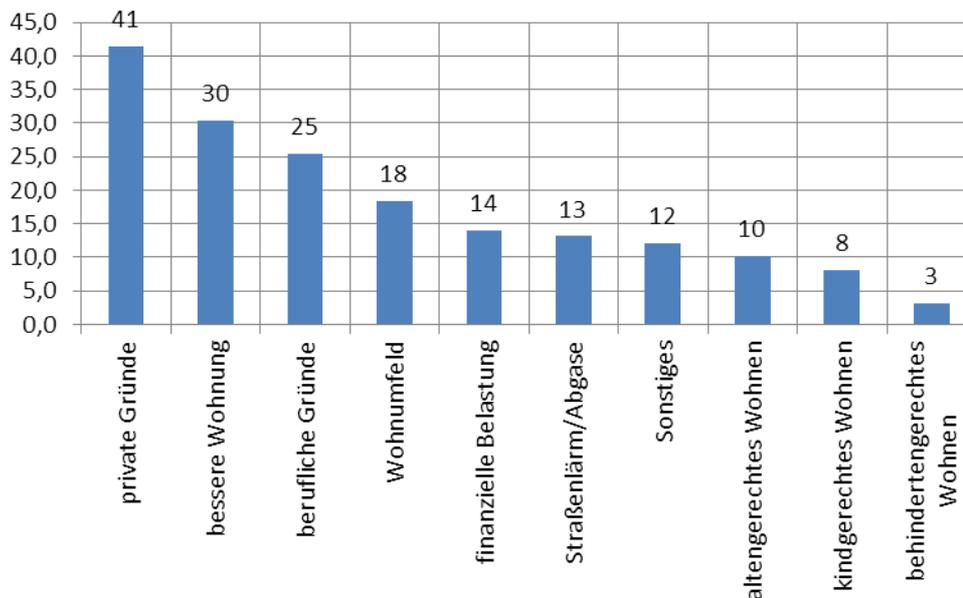
An zweiter Stelle folgen für 41% der Befragten private Gründe, die für einen Umzug sprechen (Verkleinerung oder Vergrößerung des Haushalts, andere private Gründe). An dritter Stelle werden berufliche Gründe genannt (25%). Für 18% spielt der „Ruf des Wohngebietes“ eine wichtige Rolle und 13% beklagen Belästigungen durch den Verkehr in Form von zu viel „Straßenlärm“ bzw. „Abgase“.

Die Höhe der Miete bzw. der Belastung ist für 14% ein (potentieller) Umzugsgrund. „Sonstiges“ kreuzten schließlich 12% der Befragten an. Unter „Sonstiges“ werden überwiegend die bereits genannten Gründe spezifiziert und illustriert. Hinsichtlich der

Wohnungsqualität wird vereinzelt „*hellhörig*“ oder zu „*schlecht gedämmt*“ genannt. Relativ häufig wird auf das Umfeld Bezug genommen, insbesondere steht dabei das Thema „*der Nachbar nervt*“ in seinen verschiedenen Ausprägungen im Vordergrund. Aber gelegentlich werden auch Infrastrukturmängel genannt. Als Umfeld im weiteren Sinne wird auch die Stadt Magdeburg insgesamt kritisiert (z.B. „*Magdeburg tut zu wenig für die Bürger*“, ist „*provinziell*“, „*nicht schön*“ u.Ä.). Daneben wird illustriert, aus welchen beruflichen oder privaten Gründen man einen Umzug anstrebt.

Als „Sonstiges“ im Sinne von „weiteren Gründen“ wird vor allem der Wunsch nach einem Fahrstuhl genannt, sowie nach einem funktionierenden DSL-Anschluss, der offensichtlich einigen Stadtteilen nicht angeboten wird. Außerdem wird als Umzugsgrund der Abriss des Wohnhauses bzw. die Umwandlung in Eigentumswohnungen als Umzugsgrund genannt. Schließlich nennen 2% der Umzugswilligen den (geplanten) Erwerb eines Eigenheimes als Umzugsgrund.

**Abb. 49: Umzugsgründe (in Prozent derjenigen, die an einen Umzug denken, Mehrfachnennungen)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Die genannten Umzugsgründe haben eine andere Reihenfolge als die in der laufenden Bevölkerungsumfrage des BBSR genannten. Dort stehen an der Spitze der Umzugsgründe die beruflichen Gründe, gefolgt von „Gründen, die mit der Wohnung zu tun haben“, privaten Gründen und schließlich dem „Erwerb von Wohneigentum“. Aufgrund einer unterschiedlichen Methodik in der Fragestellung ist ein Vergleich allerdings auch nur bedingt möglich.

Nach Stadtteilen differenziert sind die Motive für die Umzugsabsicht unterschiedlich verteilt. Zum einen ist dafür die unterschiedliche Verteilung von Haushaltstypen zwischen den Stadtteilen sowie von Personen in verschiedenen Alters- und Lebenszyklusphasen verantwortlich. Zum anderen spielen aber auch Stadtteil spezifische Faktoren eine Rolle, wie insbesondere das Wohnumfeld.

**Tab. 23: Umzugsgründe nach Stadtteil (in Prozent)**

Stadtteil	bessere Wohnung	finanzielle Belastung	berufliche Gründe	private Gründe	Wohnumfeld	Straßenlärm/ Abgase	altengerechtes Wohnen	kindgerechtes Wohnen	behindertengerechtes Wohnen	Sonstiges	insgesamt
Altstadt	34,3	5,5	38,4	49,3	10,8	11,1	5,7	13,9	2,6	18,4	100,0
Werder	16,6	25,7	27,9	48,9	0,0	9,2	9,2	0,0	4,6	9,2	100,0
Alte Neustadt	30,7	11,3	38,2	46,7	13,5	15,3	7,0	6,8	3,6	11,8	100,0
Neue Neustadt	38,9	4,1	25,1	41,5	17,0	11,1	16,2	8,5	2,4	6,8	100,0
Neustädter See	21,9	17,9	24,9	26,5	33,9	16,5	21,6	7,3	5,8	9,0	100,0
Kannenstieg	24,9	21,5	7,2	49,6	15,4	30,1	28,8	15,2	0,0	14,2	100,0
Neustädter Feld	43,2	14,3	17,7	42,8	24,7	10,4	9,8	2,1	4,7	8,6	100,0
Nordwest	7,8	15,6	31,1	38,4	0,0	0,0	15,4	21,5	9,5	19,1	100,0
Alt Olvenstedt	16,0	0,0	29,8	16,0	8,0	9,8	38,2	8,0	0,0	8,0	100,0
Neu Olvenstedt	22,2	9,6	20,1	33,5	33,0	8,5	9,7	5,0	0,0	7,2	100,0
Stadtfeld Ost	31,5	12,8	28,6	48,3	13,5	14,3	6,2	7,6	1,3	10,9	100,0
Stadtfeld West	35,1	14,5	26,8	37,6	21,4	5,1	11,1	6,5	2,7	6,3	100,0
Diesdorf	38,3	44,0	41,1	41,3	35,5	6,1	2,8	23,0	0,0	7,0	100,0
Sudenburg	20,1	23,1	19,2	33,0	15,4	12,1	11,1	9,9	3,9	18,3	100,0
Ottersleben/Lemsdorf	27,4	21,0	19,2	33,7	25,3	6,3	4,5	13,4	0,0	15,9	100,0
Leipziger Straße	43,4	14,0	18,6	41,3	23,2	28,9	3,9	5,4	3,7	12,2	100,0
Reform	34,1	17,5	7,3	29,9	27,1	10,7	15,6	8,2	7,3	9,0	100,0
Hopfengarten	16,3	11,1	20,8	41,0	8,4	3,0	0,0	16,3	3,1	20,4	100,0
Buckau	29,6	17,7	20,9	55,7	23,4	13,0	9,3	9,7	6,1	6,5	100,0
Fermersleben	34,5	0,0	32,3	62,6	15,4	7,8	9,3	0,0	0,0	15,4	100,0
Salbke/Westerhüsen	37,5	15,5	8,0	28,2	58,0	20,8	0,0	0,0	13,8	14,8	100,0
Brückfeld	18,2	4,5	55,1	55,0	13,7	4,5	5,6	5,5	5,6	0,0	100,0
Berliner Ch./Herrenkrug	10,6	0,0	29,9	31,9	23,3	46,9	12,6	0,0	0,0	26,0	100,0
Cracau	34,1	19,1	27,4	51,0	8,9	2,2	2,1	3,8	0,0	25,5	100,0
Prester/Pechau usw.	0,0	19,2	8,7	29,3	0,0	8,7	42,8	0,0	0,0	24,0	100,0
Rothensee	36,1	13,9	36,2	20,8	20,8	20,8	27,6	6,8	13,7	0,0	100,0
insgesamt	30,3	14,0	25,5	41,4	18,4	12,9	10,0	8,2	3,1	12,2	100,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

So wird insbesondere in Neustädter See, Neu Olvenstedt und Reform der „Ruf des Wohngebietes“ als Umzugsgrund angegeben (ca. jeweils ein Drittel der Umzugswilligen). Allerdings sind auch in einigen älteren Vorortsiedlungen die Anteile sehr hoch, was zum einen methodische Ursachen haben kann (geringe Fallzahlen), zum anderen aber auch ein Ausdruck für ein Spannungsverhältnis zwischen alteingesessenen Bewohnern der historischen Siedlungen und den Zugezogenen aus den neuen Eigenheimsiedlungen sein kann. Kein Problem mit dem Wohnumfeld hat man allerdings in den meisten anderen Vorortsiedlungen sowie in Werder und Nordwest. Auch in den zentrumsnahen Wohngebieten gilt das Wohnumfeld kaum als Umzugsgrund. So wie es aus den Anmerkungen im Feld „Sonstiges“ hervorgeht, spielt dabei weniger der bauliche Zustand bzw. der optische Gesamteindruck eine Rolle, sondern es sind das

Image der Wohngebiete sowie die Nachbarschaften bzw. das soziale Umfeld, welche als Umzugsgründe gemeint sind.

**Tab. 24: Umzugsgründe nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (Mehrfachnennungen in Prozent)**

	bessere Wohnung	finanzielle Belastung	berufliche Gründe	private Gründe	Wohnumfeld	Straßenlärm/ Abgase	altengerechtes Wohnen	kindgerechtes Wohnen	behinderterechtes Wohnen	Sonstiges	insgesamt
Insgesamt											
Insgesamt	30,3	14,2	25,3	41,5	18,3	13,2	10,2	8,1	3,1	12,3	100,0
Alter											
<30 J.	33,5	9,3	46,5	48,8	16,5	10,2	3,3	8,7	1,9	11,7	100,0
30-<45 J.	34,8	15,7	22,8	49,6	17,6	14,2	1,9	7,5	2,5	12,9	100,0
45-<60 J.	28,2	23,3	14,5	31,1	18,4	15,1	9,5	3,9	2,6	14,3	100,0
60-<75 J.	25,3	11,0	3,5	31,1	23,0	14,3	39,2	9,3	6,0	11,5	100,0
>75 J.	4,3	7,7	0,0	15,4	21,8	17,5	32,9	22,2	9,8	5,5	100,0
Erwerbsstatus											
erwerbstätig	35,5	12,9	20,9	47,7	20,4	13,5	4,6	7,5	2,7	14,1	100,0
arbeitslos	30,7	28,3	23,0	42,1	15,2	17,2	8,2	7,7	1,3	8,6	100,0
Rente	16,8	10,4	2,4	24,8	22,5	15,7	37,3	14,2	8,8	10,5	100,0
Student	28,6	4,8	62,0	40,7	14,2	6,1	1,4	2,9	0,5	14,7	100,0
Haushaltstyp											
alleinstehend <45 J.	37,7	9,2	39,8	51,3	14,4	13,2	2,1	4,4	1,6	9,3	100,0
alleinstehend 45-<65	30,5	24,6	17,1	27,3	18,0	12,3	15,7	0,0	1,1	12,3	100,0
alleinstehend >65 J.	10,9	11,3	0,0	40,4	25,3	15,6	26,5	13,7	12,1	7,1	100,0
Paar <45 J.	38,0	13,9	34,7	49,8	17,6	13,8	4,0	11,9	1,9	17,1	100,0
Paar 45-<65 J.	26,6	18,8	8,7	28,3	22,6	15,3	20,3	6,9	2,6	17,0	100,0
Paar >65 J.	14,5	7,0	1,8	19,6	23,1	14,5	42,0	16,1	7,2	6,4	100,0
alleinerziehend	30,4	23,2	15,5	47,3	16,3	10,3	1,4	3,9	7,0	10,6	100,0
Familie	32,6	17,1	25,1	45,0	19,0	13,1	2,6	10,2	3,2	11,1	100,0
WG	16,9	3,1	57,8	47,0	13,4	9,1	4,5	1,7	0,0	20,3	100,0
Äquivalenzeinkommen											
<500 €	34,4	14,3	28,7	59,4	14,0	11,7	4,5	4,7	2,3	8,5	100,0
500-<750 €	29,6	25,9	37,7	42,1	18,0	14,5	6,0	8,0	2,7	8,7	100,0
750-<1.000 €	32,9	14,3	22,4	33,3	15,3	11,8	6,9	8,8	4,5	14,7	100,0
1.000-<1.250 €	27,1	12,3	17,1	38,2	18,8	13,9	16,4	9,3	4,2	11,6	100,0
1.250-<1.500 €	31,7	6,5	11,5	43,5	17,9	12,4	14,7	17,3	4,7	14,6	100,0
1.500-<1750 €	32,7	12,6	14,0	52,0	18,6	21,4	11,1	8,1	1,5	15,7	100,0
1.750-<2.000 €	28,5	7,2	30,5	47,1	23,9	5,8	17,1	5,3	5,3	18,8	100,0
>2.000 €	37,7	9,6	24,4	45,9	20,9	6,5	4,7	4,7	0,6	17,0	100,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

Straßenlärm und Abgase werden besonders häufig in Berliner Chaussee, Kannenstieg und Leipziger Straße genannt, was teilweise durch die Lage an Ausfallstraßen bzw. einem Autobahnzubringer erklärlich ist.

Gerade unter den Jüngeren (unter 30), die einen Umzug planen, sind berufliche Veränderungen (46.5%) und private Gründe (48,8%) ein wichtiger Grund für einen Wohnungswechsel. Bei den mittleren Jahrgängen dominieren eher private Gründe und bei den Älteren ab 60 Jahren spielen dann altengerechtes Wohnen sowie auch das Wohnumfeld eine wichtigere Rolle. In der unterschiedlichen Verteilung der Gründe nach Alter und Familientyp zeigen sich die verschiedenen alters- und lebenslagentypischen Bedürfnisse und Interessen, die eine Umzugsentscheidung beeinflussen können. Arbeitslose nennen relativ häufig (28%) finanzielle Gründe für eine mögliche Umzugsentscheidung und mit zunehmendem Einkommen wächst offensichtlich die Bedeutung des Wohnumfeldes.

## **6 Einschätzung der Einrichtungen des Stadtteils**

### **6.1 Nutzung von Einrichtungen im Stadtteil**

Die befragten Haushalte verteilen sich über die gesamte Landeshauptstadt, geantwortet haben Befragte aus allen Stadtteilen. Die Struktur der einzelnen Wohngebiete ist sehr unterschiedlich, sie reicht von der Randsiedlung mit großen Anteilen an Eigenheimen über die „Mietskasernen“-Struktur der Wilhelminischen Zeit und die Arbeitersiedlungen der 20er und 30er Jahre bis hin zu den Hochhaussiedlungen der 70er und 80er Jahre und schließlich zu den Neubauten aus der Zeit nach 1990.

Je nach Bauepoche sind die Gebäude und Wohnungen unterschiedlich gestaltet und bieten für die Bewohner - auch in den Großsiedlungen trotz der dortigen Standardisierung - sehr unterschiedliche Lebensräume. Hinzu kommt, dass in den Gebieten bis heute in unterschiedlichem Ausmaß Umfeldgestaltungen durchgeführt wurden und die Infrastruktur mit Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen verschieden ausgebaut ist. Vor allem letzteres stand im Fokus der Befragung und sollte von den Bewohnern subjektiv bewertet werden.

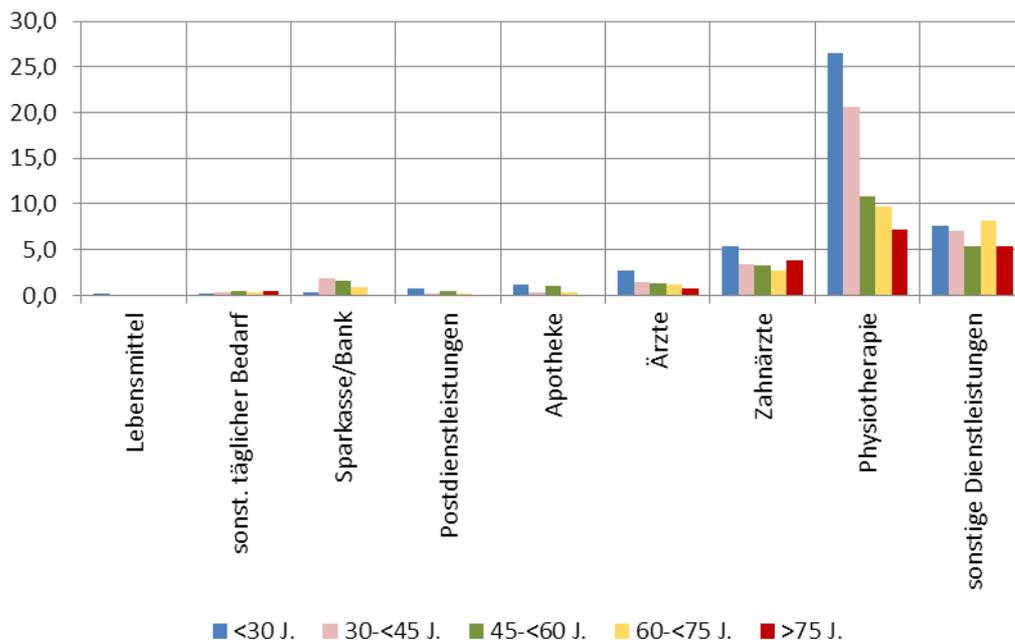
Die Befragten sollten einschätzen, wie zufrieden sie „mit der Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen für den persönlichen Bedarf und von Dienstleistungsangeboten in Ihrer Umgebung“ sind. Dabei konnte auch angegeben werden, ob überhaupt persönlicher Bedarf an einer der genannten Einrichtungen besteht.

Zunächst ist festzustellen, dass die überwiegende Mehrheit der Befragten (etwa 97%) sowohl einen Bedarf bei den Angeboten/Einrichtungen „Versorgung mit Lebensmitteln“, „Versorgung mit sonstigen Gütern des täglichen Bedarfs“, „Sparkasse/Bank“, „Postdienstleistungen“, „Apotheke“ und „Ärztliche Versorgung“ sieht als auch weiß, wie diese im Wohngebiet zu erreichen sind bzw. ob sie im Wohngebiet überhaupt vorhanden sind. Bei der zahnärztlichen Versorgung kennen sich fast 13% nicht mit den vorhandenen Angeboten aus bzw. sehen für sich keinen Bedarf (3,6%) und bei der Physiotherapeutischen Versorgung kennen 15% kein entsprechendes Angebot bzw. sehen weitere 15% keinen Bedarf. Das vorhandene Angebot wird nur von 70% der Befragten bewertet. Ähnlich verhält es sich mit den „Sonstigen Dienstleistungen“, die von 27% nicht bewertet werden können („weiß nicht“) bzw. für die kein Bedarf gese-

hen wird (7%). Wenn hier ein relativ hoher Prozentsatz mit „weiß nicht“ antwortet, so hat das damit zu tun, dass „Sonstige Dienstleistungen“ eine relativ unspezifische Kategorie ist und insofern einige Befragte wahrscheinlich nicht wussten, welche Dienstleistungen konkret gemeint sein könnten.

Mit Ausnahme der physiotherapeutischen Versorgung, die einigen Befragten etwas weniger wichtig zu sein scheint, wird damit ein hoher Bedarf an allen genannten Einrichtungen gesehen. Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen sind beim „Bedarf“ und bei den „weiß nicht“ Antworten relativ gering und insbesondere bei den Kategorien „Lebensmittel“, „Bank“, „Ärzte“ usw. eher als „statistisches Rauschen“ einzustufen. Bei der Frage nach der Physiotherapeutischen Versorgung spielt hingegen eher das Alter eine Rolle, indem 27% der unter 30-jährigen keinen Bedarf sehen, aber nur 9% der über 60-jährigen. Entsprechend sehen Studenten seltener einen Bedarf als Rentner. Bei den „Sonstigen Dienstleistungen“ gibt es keine vergleichbaren systematischen Unterschiede.

**Abb. 50: Antwort „kein Bedarf“ nach Versorgungseinrichtungen und Altersgruppen (in Prozent)**



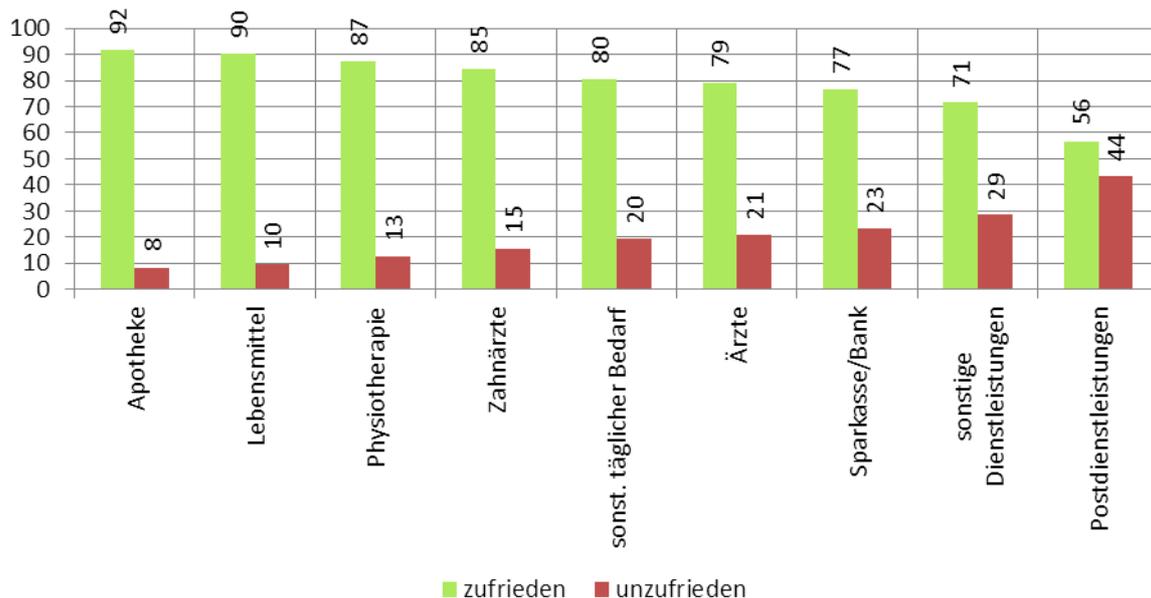
Quelle: Befragung (gewichtet)

Bewertet werden konnten die Einrichtungen von den Befragten mit „sehr zufrieden“ (Note 1), „zufrieden“ (Note 2), „eher unzufrieden“ (Note 3) und „sehr unzufrieden bzw. nicht vorhanden“ (Note 4). Die Zusammenfassung in der Note 4 bedeutet, dass sowohl ein vorhandenes Angebot als schlecht beurteilt werden kann als auch das Nichtvorhandensein des Angebotes.

Im Ergebnis ist die Mehrzahl der Befragten mit der Erreichbarkeit der Apotheken (92% „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“) und der Lebensmittelgeschäfte (91%) besonders zufrieden. Auch mit der Physiotherapeutischen Versorgung, der Erreichbarkeit von Zahnärzten und der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs besteht eine Zufriedenheit von über 80%. Mit der Erreichbarkeit der Ärzte, der Sparkassen und der sons-

tigen Dienstleistungen sind über 70% zufrieden. Am schlechtesten beurteilt wird die Erreichbarkeit von Postdienstleistungen, hier sind 28% „eher unzufrieden“ und 16% „sehr unzufrieden“ bzw. der Meinung, dieses Angebot sei nicht in ausreichendem Maße vorhanden.

**Abb. 51: Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen (in Prozent)**



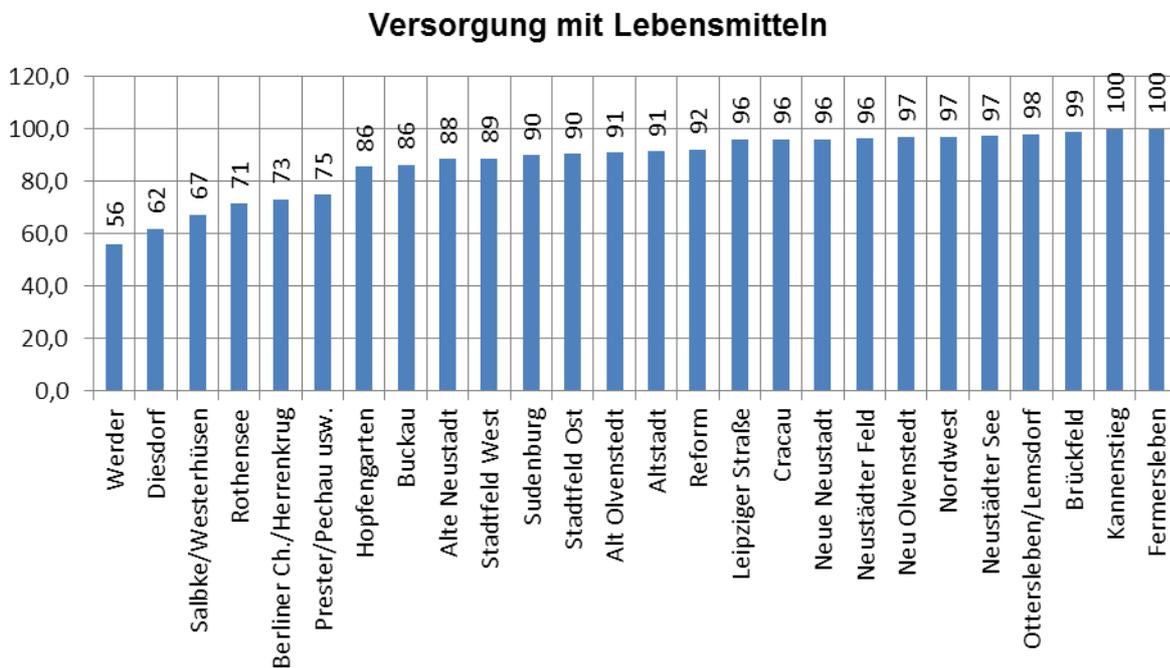
Quelle: Befragung (gewichtet)

Bei „Lebensmitteln“ und „Güter des täglichen Bedarfs“ sinkt mit steigendem Alter die Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit der Einrichtungen etwas. Möglicherweise hat das damit zu tun, dass solche Angebote vielfach in Shoppingcentern konzentriert sind und das Angebot an fußläufigen Einrichtungen geringer geworden ist. Bei „Sparkassen“, „Ärzten“, „Zahnärzten“ und „Physiotherapeuten“ hingegen steigt mit zunehmendem Alter die Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit. Im Trend gilt dies auch für „Apotheken“. „Postdienstleistungen“ sowie „sonstige Dienstleistungen“ werden von den mittleren Jahrgängen etwas kritischer beurteilt. Ansonsten gibt es kaum systematische Unterschiede zwischen den verschiedenen Statusgruppen (und wenn, erklären sie sich i.d.R. durch die Variable Alter).

Deutliche Unterschiede hingegen gibt es in der subjektiven Wahrnehmung zwischen den Stadtteilen. Die Erreichbarkeit von Lebensmittelgeschäften wird in den meisten Stadtteilen als relativ zufriedenstellend beurteilt (um 90%). In Werder (56%), Diesdorf (62%) und Salbke bzw. Westerhüsen sind nur weniger als zwei Drittel der Befragten zufrieden. Auch in Rothensee, Herrenkrug, Berliner Chaussee sowie in Prester und anderen Vororten ist man erkennbar weniger zufrieden. Dies gilt noch mehr für die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, hier ist in den genannten Stadtteilen nur noch etwa die Hälfte der Befragten zufrieden.

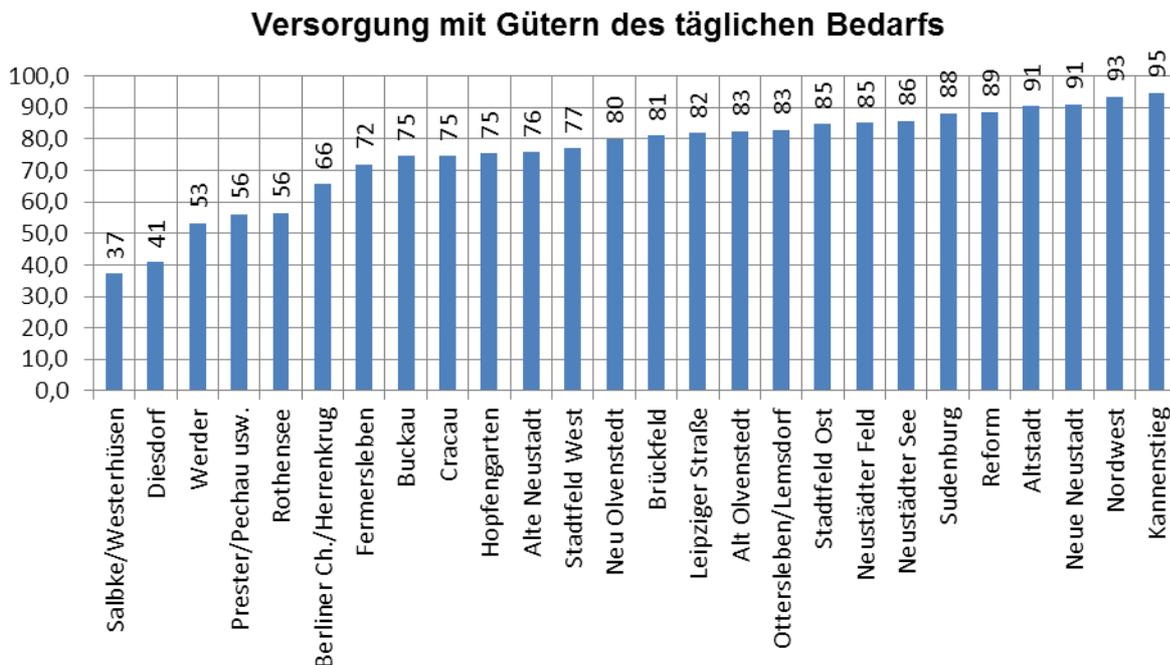
Postdienstleistungen werden nur in Stadtfeld Ost, Neue Neustadt, Brückfeld, Altstadt, Reform, Buckau, Cracau und Kannenstieg einigermaßen zufriedenstellend beurteilt (jeweils zwei Drittel der Befragten oder mehr sind mit der Erreichbarkeit des Angebotes zufrieden).

**Abb. 52: Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Einrichtungen zur Versorgung mit Lebensmitteln nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent)**



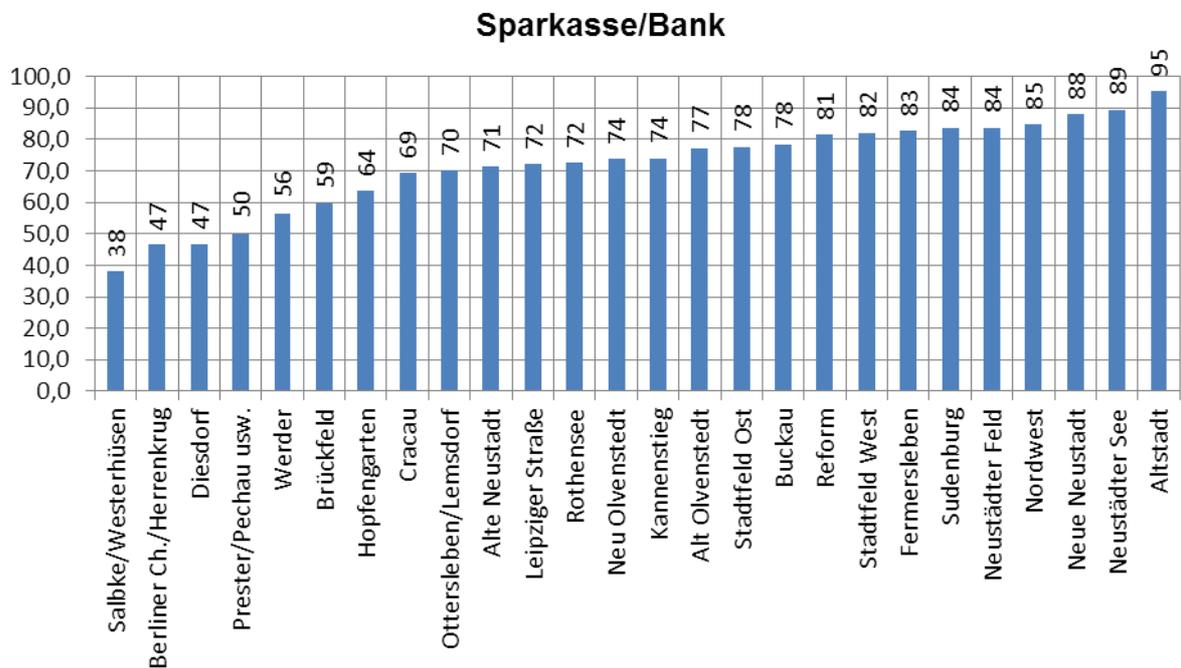
Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 53: Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Einrichtungen zur Versorgung mit sonstigen Gütern des täglichen Bedarfs nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent)**



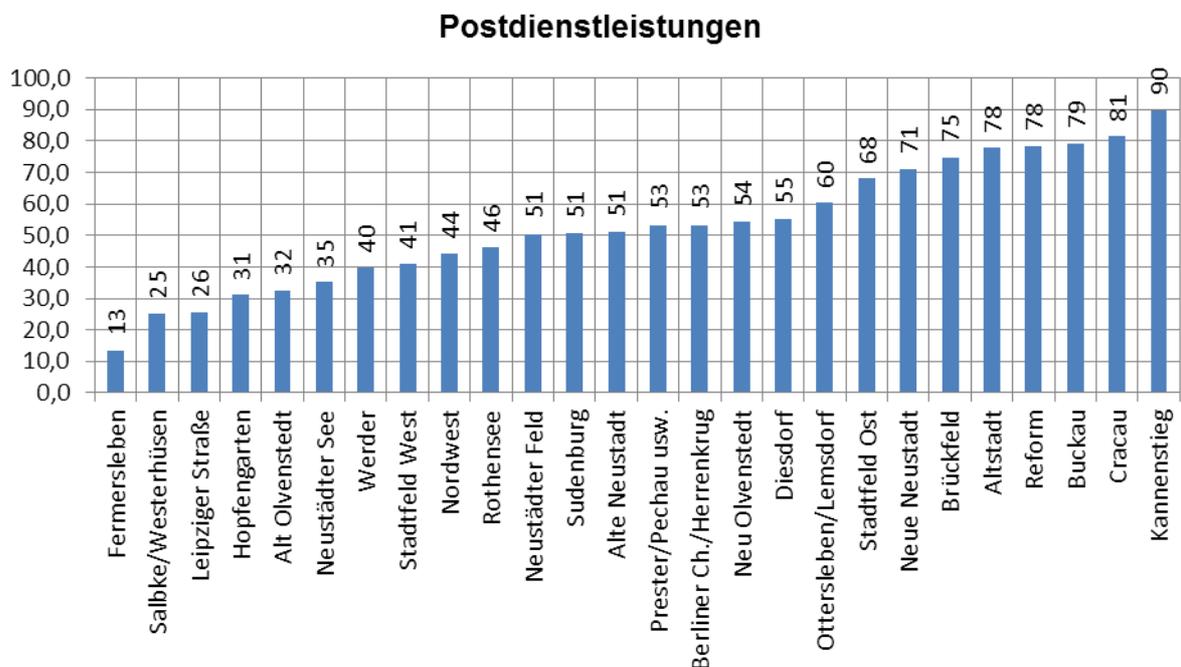
Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 54: Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Sparkassen/Banken nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent)**



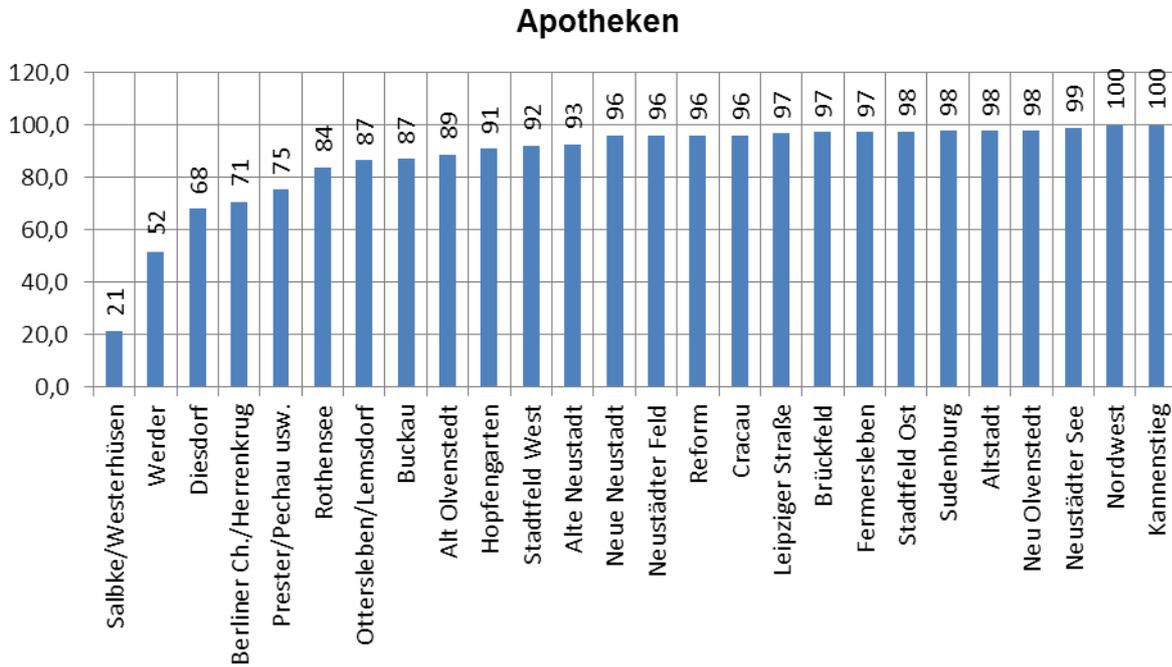
Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 55: Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Postdienstleistungen nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent)**



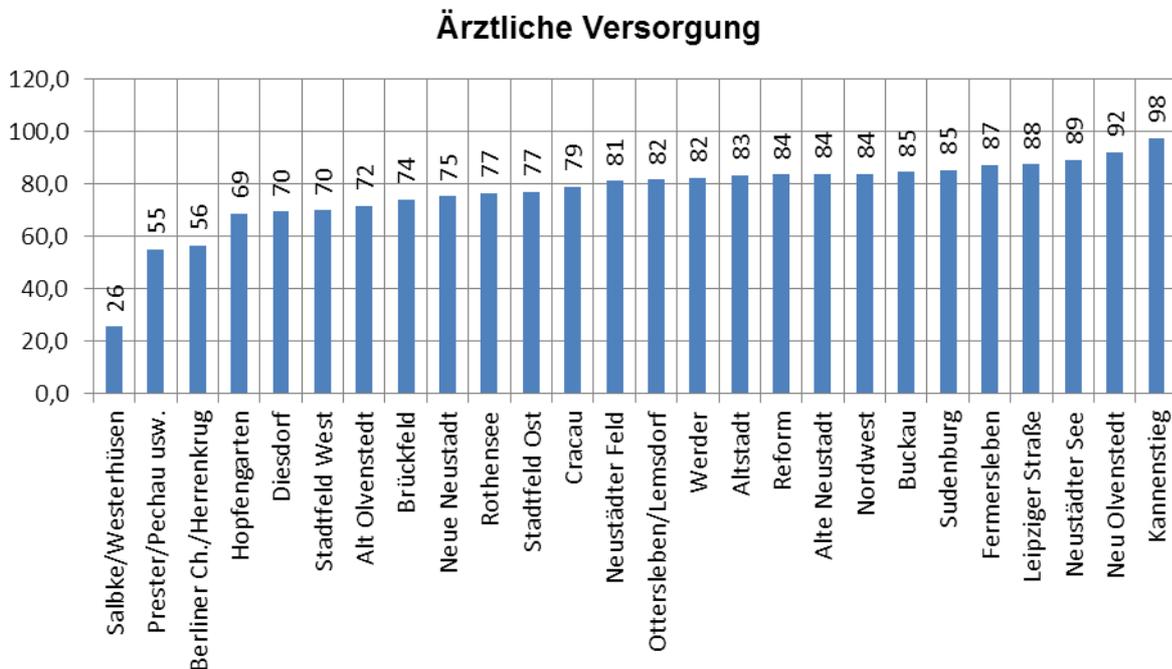
Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 56: Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Apotheken nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent)**



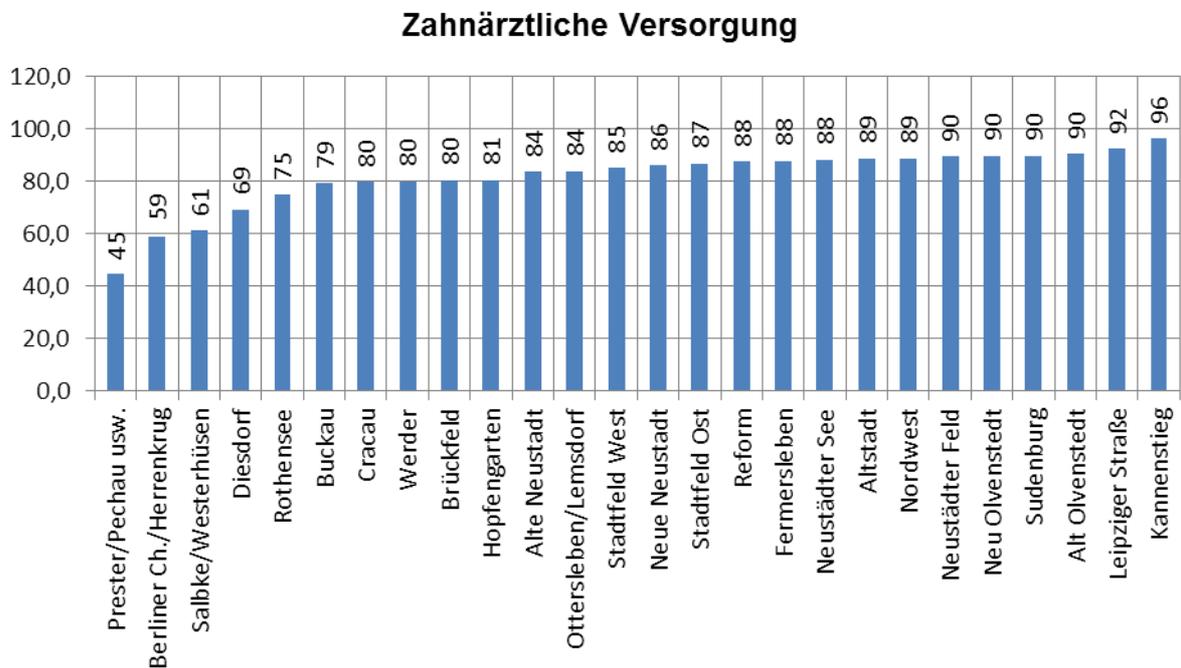
Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 57: Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von ärztlicher Versorgung nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent)**



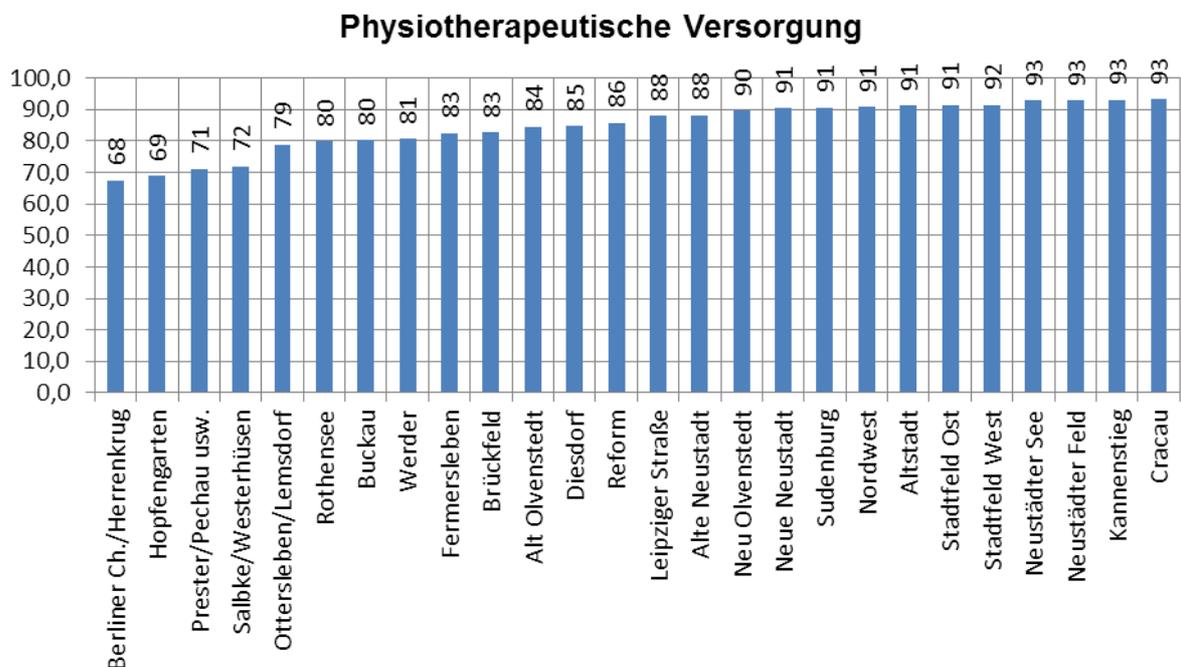
Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 58: Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von zahnärztlicher Versorgung nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent)**



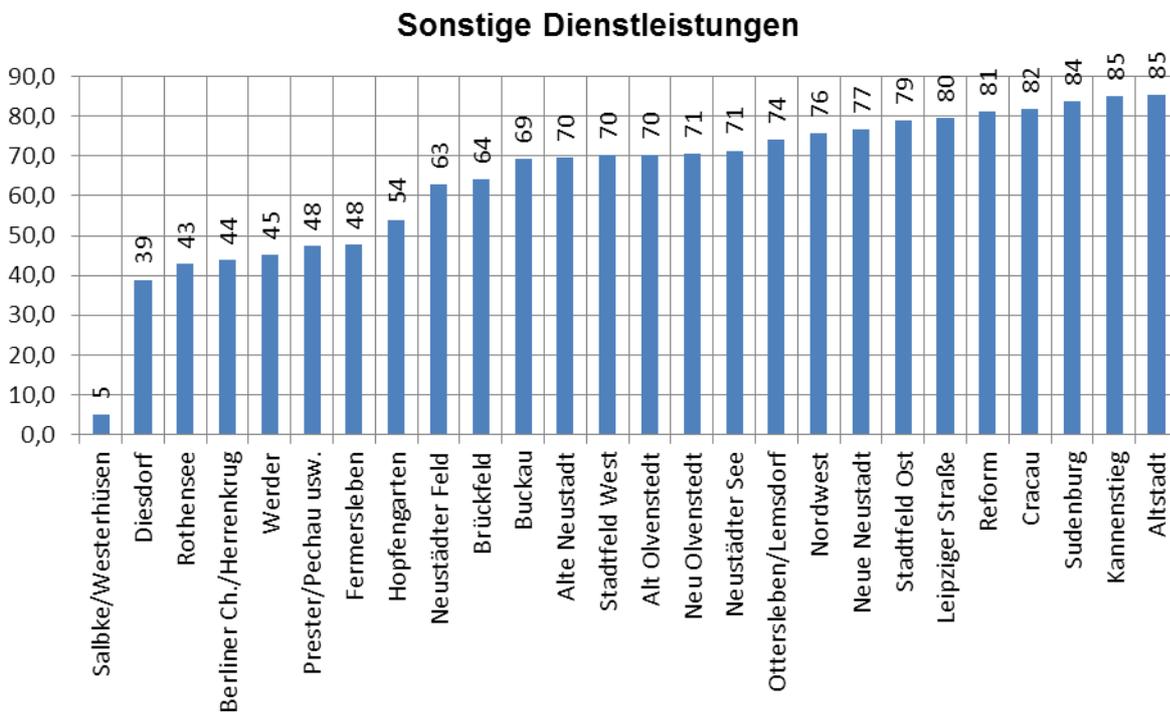
Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 59: Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Physiotherapeutischer Versorgung nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent)**



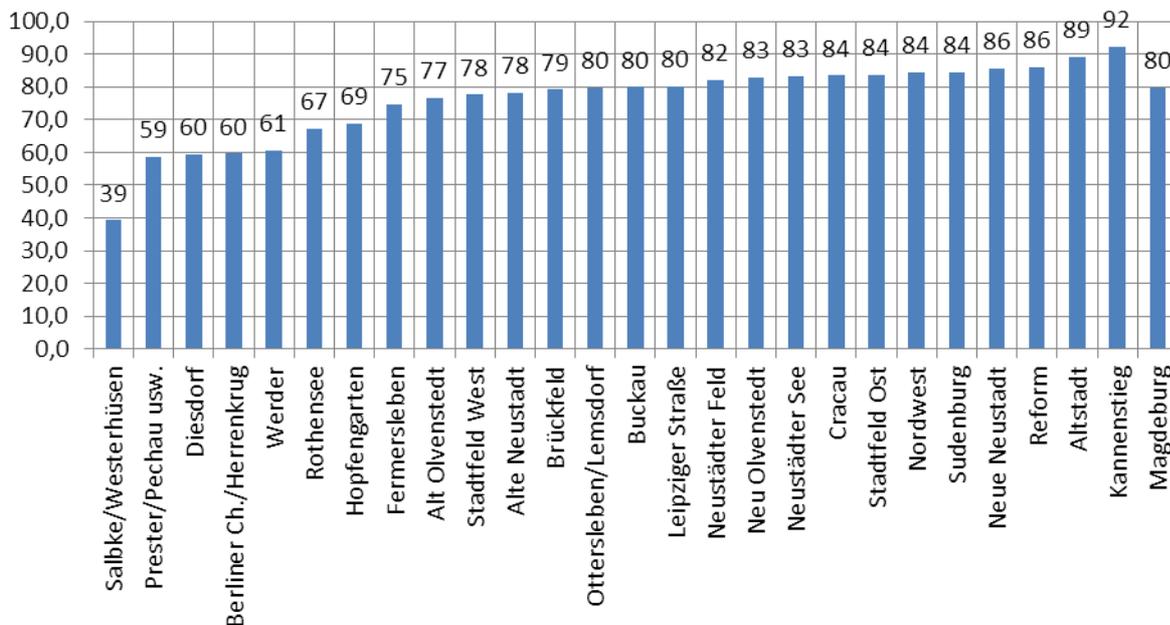
Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 60: Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Sonstigen Dienstleistungen nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 61: Durchschnittliche Zufriedenheit mit allen Angeboten/Einrichtungen (Index in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Apotheken sind offensichtlich in Salbke/Westerhüsen nicht vorhanden und in Werder, Diesdorf, Berliner Chaussee/Herrenkrug und Prester/Pechau usw. wird die Versorgung als nicht zufriedenstellend beurteilt.

Die ärztliche bzw. zahnärztliche Versorgung ist in den Randgebieten Salbke/Westerhüsen, Prester/Pechau usw. sowie in Berliner Ch./Herrenkrug offensichtlich problematisch, während in den anderen Stadtteilen überwiegend positiv geurteilt wird.

Wenn man die Zufriedenheitswerte der einzelnen abgefragten Kategorien zusammenfasst und dann durch die Anzahl der Kategorien teilt, erhält man einen Durchschnittswert, der die Gesamtzufriedenheit hinsichtlich der Erreichung von Einrichtungen widerspiegelt. Danach wäre die Zufriedenheit in Salbke/Westerhüsen insgesamt am geringsten, weil sich im Durchschnitt nur 39% mit den Einrichtungen insgesamt zufrieden gezeigt haben. Auch in Prester/Pechau, Diesdorf, Berliner Chaussee und Werder liegt die durchschnittliche Zufriedenheit nur bei etwa 60%. Durchgehend relativ hoch ist die Zufriedenheit hingegen in Kannenstieg, der Altstadt, Reform, Neue Neustadt usw. Hier liegt der Durchschnittswert zwischen 86% und 92%.

## **6.2 Nutzung sozialer, kultureller und sportlicher Einrichtungen**

Die Teilnehmer der Umfrage wurden gefragt, ob sie ausgewählte Einrichtungen „bereits nutzen“, „noch nutzen werden“, „gern nutzen würden, aber kein passendes Angebot kennen“, oder ob sie das Angebot „nicht interessiert“.

Das erste Ergebnis der Frage besteht in der Feststellung, dass mehrheitlich offensichtlich kein Interesse an den meisten Einrichtungen besteht. Die Mehrzahl der Befragten hat bei den meisten Kategorien „interessiert mich nicht“ angekreuzt oder die Frage bzw. eine Kategorie überhaupt nicht beantwortet bzw. bewertet, was ebenfalls als weitgehendes Desinteresse zu werten ist. Allerdings muss dabei berücksichtigt werden, dass fast alle Angebote nur für bestimmte Altersgruppen oder Lebenslagen von Interesse sind.

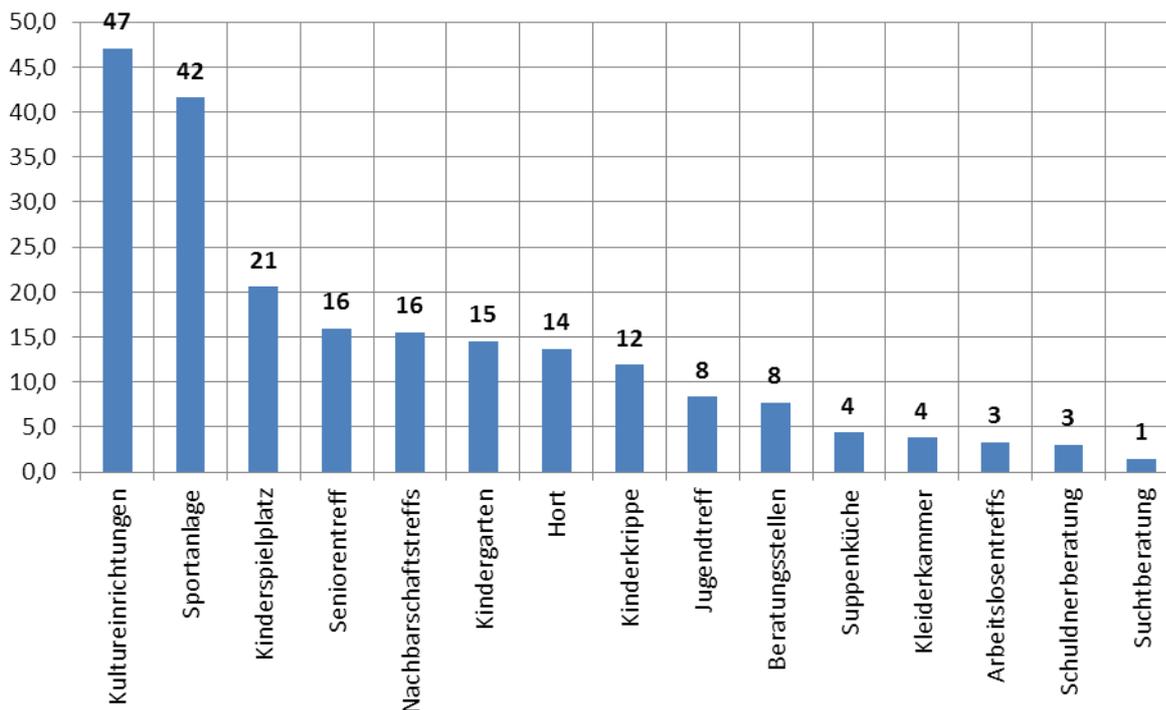
In der Gesamtschau dominieren vor diesem Hintergrund deshalb auch die Kultureinrichtungen und die Sportanlagen, an denen 47% bzw. 42% aller Befragten ein Interesse haben. Diese Angebote richten sich überwiegend nicht an ein spezielles Publikum. Sie werden besonders von den unter 45-jährigen nachgefragt, eher von Studenten und Erwerbstätigen als von Erwerbslosen und Rentnern. Die Unterschiede zwischen den Stadtteilen gehen hauptsächlich auf deren unterschiedliche demographische und soziale Struktur zurück.

Mit weitem Abstand finden dann Kinderspielplätze, Senioren- und Nachbarschaftstreffs sowie Kindergärten, Kinderkrippen und Horte das Interesse der Befragten. Die ganz spezifischen Angebote finden dann nur noch bei einer kleinen Gruppe von Befragten Interesse.

Für Kinderspielplätze, Kindergärten, Kinderkrippen und Horte besteht hauptsächlich bei den unter 45-jährigen ein ausgeprägtes Interesse bzw. insbesondere bei den Familien und Alleinerziehenden in dieser Altersgruppe. Aber auch junge Alleinstehende

und junge Paare haben ein, eher vorausschauendes, Interesse an diesen Einrichtungen. Auch die kleine Gruppe der „übrigen Nichterwerbstätigen“ zeigt ein besonderes Interesse, was daran liegt, dass diese Gruppe vielfach Mütter und Väter im Erziehungsjahr umfasst. Für die gleichen Gruppen sind auch Jugendtreffs ein Thema, jedoch ist das Interesse gegenüber den anderen Einrichtungen zur Kinderbetreuung nur noch halb so groß.

**Abb. 62: Interesse an der Nutzung von sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen (in Prozent)<sup>1</sup>**



1) Gezählt und summiert wurden die Antworten „nutze ich bereits“, „werde ich noch nutzen“ und „würde ich nutzen, aber mir ist kein Angebot in der Umgebung bekannt“. Die Antwort „kein Interesse“ sowie die Nichtbeantwortung der Frage zählen als Desinteresse.

Quelle: Befragung (gewichtet)

Seniorentreffs sind für über 60-jährige und damit für allein oder als Paar lebende Rentner von Interesse, jeder Dritte aus dieser Gruppe hat Interesse an einer Nutzung. Im Übrigen beginnt das Interesse schon bei den 45- bis unter 60-jährigen, die zur etwa 12% ein eher vorausschauendes Interesse bekunden.

Nachbarschaftstreffs sind quer durch alle Altersgruppen (bis 75 Jahre) gleichermaßen wichtig, indem sich etwa 16% für eine Nutzung interessieren.

Mit Abstand folgen dann spezielle Angebote für Personen in eher problembelasteten Lebenslagen. Das größte Interesse besteht dabei noch an Beratungsangeboten rund um die Familie. Entsprechend findet sich die höchste Nachfrage bei Familien, Alleinerziehenden und jüngeren Paaren, wobei Erwerbslose das größte Interesse äußern.

Arbeitslosentreffs richten sich in erster Linie an Erwerbslose und werden entsprechend von dieser Gruppe am stärksten nachgefragt.

**Tab. 25: Interesse an der Nutzung von sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent)**

	Kinderkrippe	Kindergarten	Hort	Kinderspielplatz	Jugendtreff	Seniorentreff	Sportanlage	Kultureinrichtungen	Nachbarschaftstreffs	Arbeitslosentreffs	Beratungsstellen	Schuldnerberatung	Suchtberatung	Suppenküche	Kleiderkammer
insgesamt															
insgesamt	11,9	14,6	13,7	20,6	8,3	16,0	41,6	47,1	15,6	3,3	7,7	3,0	1,4	4,4	3,8
Alter															
<30 J.	24,6	27,7	22,1	29,5	14,1	4,5	60,8	61,4	14,6	2,5	13,1	4,6	3,4	4,9	4,5
30-<45 J.	27,8	35,3	35,4	49,1	19,5	5,2	52,8	59,2	15,7	5,5	15,7	3,8	1,5	4,0	5,0
45-<60 J.	2,3	3,9	4,8	12,1	4,5	12,2	38,7	47,2	19,0	5,2	5,1	4,2	1,5	8,8	6,3
60-<75 J.	1,0	1,1	0,9	3,2	0,5	32,6	32,1	36,4	16,2	1,1	1,4	1,0	0,3	1,5	0,9
>75 J.	0,0	0,0	0,0	0,7	0,0	32,8	8,3	17,6	8,3	0,0	0,0	0,4	0,0	0,0	0,9
Erwerbsstatus															
erwerbstätig	17,2	22,0	22,2	31,4	10,9	9,2	51,1	56,4	16,3	1,5	9,3	1,5	1,2	1,3	1,4
arbeitslos	14,8	17,9	15,1	26,1	15,2	8,0	37,9	45,4	20,1	14,9	15,0	13,0	4,6	23,1	18,5
Rente	0,8	0,8	0,8	2,0	0,4	32,6	22,5	28,7	13,4	0,5	1,1	1,1	0,2	0,4	0,7
Student	15,7	17,2	13,2	17,0	9,8	4,3	63,1	68,2	11,7	1,1	7,7	1,1	1,8	1,5	1,9
anderer Nichterwerbs.	40,3	45,9	29,1	55,9	10,4	8,9	53,6	50,7	9,9	2,8	15,0	2,8	0,0	2,8	2,8
Haushaltstyp															
alleinstehend <45 J.	11,2	11,4	10,0	15,5	15,0	6,4	52,6	57,1	14,6	6,0	9,1	5,7	4,5	6,3	4,2
alleinstehend 45-<65	0,0	1,1	1,4	7,3	1,7	21,1	31,5	44,0	21,1	13,5	4,5	11,4	2,8	21,8	16,6
alleinstehend >65 J.	0,6	0,6	0,6	1,8	0,0	38,6	16,6	27,2	10,9	0,6	0,6	1,3	0,0	0,0	1,4
Paar <45 J.	28,1	28,3	25,0	31,0	6,5	2,2	55,5	64,8	14,9	4,3	14,3	2,5	0,9	2,5	3,4
Paar 45-<65 J.	0,6	1,1	1,1	7,7	1,5	18,2	36,4	45,2	18,2	2,1	3,0	1,2	0,7	3,5	1,1
Paar >65 J.	0,8	0,8	0,6	1,9	0,0	31,2	23,9	27,7	13,8	0,5	0,2	0,4	0,2	0,4	0,2
alleinerziehend	19,5	19,6	21,4	38,8	23,5	8,0	35,3	46,7	24,9	4,3	18,2	11,5	4,5	14,4	15,2
Familie	28,6	39,7	37,9	52,1	19,4	7,4	55,9	55,7	15,7	2,7	15,0	2,7	1,4	3,3	4,5
WG	6,4	5,2	4,0	2,8	6,2	0,0	74,2	80,3	5,5	0,0	6,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Äquivalenzeinkommen															
<500 €	26,8	35,7	31,9	37,0	18,6	13,3	49,6	49,0	13,1	3,7	16,1	4,6	2,3	11,8	16,3
500-<750 €	12,7	15,0	14,4	23,2	14,0	9,8	44,0	50,2	15,6	10,1	12,2	7,6	3,9	14,4	10,6
750-<1.000 €	9,8	12,9	11,4	16,1	7,5	15,3	36,2	38,9	16,5	2,4	6,4	4,8	1,2	3,6	3,7
1.000-<1.250 €	9,1	11,9	11,0	17,8	5,8	23,4	38,3	38,2	14,3	1,6	5,7	1,3	1,0	0,5	0,5
1.250-<1.500 €	13,5	15,7	16,1	21,9	7,5	20,3	38,4	48,1	14,4	0,5	6,1	0,8	0,5	1,5	1,0
1.500-<1750 €	7,7	8,7	8,0	14,7	2,6	20,0	40,2	53,5	15,1	0,4	5,6	1,3	1,2	0,8	1,7
1.750-<2.000 €	20,0	19,5	20,8	33,7	5,3	6,7	53,9	67,8	19,8	0,0	4,7	0,0	0,0	0,4	0,4
>2.000 €	11,3	15,4	15,0	21,8	7,5	8,1	58,0	64,3	14,4	1,4	4,7	0,0	0,0	0,7	1,2

Quelle: Befragung (gewichtet)

Auch die Schuldnerberatung ist eher ein Thema für Erwerbslose und darunter oft für Alleinerziehende und Alleinstehende aus mittleren Altersgruppen, was auch für die Nutzung von Suppenküchen und Kleiderkammern gilt.

Das geringste Interesse besteht an einer Suchtberatung, wobei eher jüngere und erwerbslose Befragte zugeben, einen entsprechenden Bedarf zu haben.

Die differenzierte Analyse zeigt also, dass das Interesse an den Einrichtungen bei den jeweiligen Zielgruppen durchaus vorhanden ist.

Entsprechend dieser Interessenlage ergibt sich bei der tatsächlichen Nutzung der Angebote sowie bei der potentiellen Nutzung die gleiche Verteilung. Genutzt werden die Angebote hauptsächlich von den jeweiligen Zielgruppen und auch die Absicht zur Nutzung kommt überwiegend aus diesen Zielgruppen.

Teilweise kommt die Absicht zur Nutzung aber auch aus Gruppen, die erst im Laufe der Zeit zu Zielgruppen werden. So wollen insbesondere unter 30-jährige, jüngere Alleinstehende und jüngere Paare später einmal die Kinderbetreuungseinrichtungen nutzen. Aus der Altersgruppe der 45- bis unter 60-jährigen bekunden immerhin 12%, Seniorentreffs nutzen zu wollen.

Im Verhältnis zu den aktuellen Nutzern ist der Anteil der potentiellen Nutzer bei den meisten Angeboten etwa zweieinhalbmal so hoch, wie der Anteil der tatsächlichen Nutzer. Im Extremfall der Arbeitslosentreffs ist der Anteil der potentiellen Nutzer fast siebzehn mal so hoch, wie jener der tatsächlichen Nutzer.

Bei den Kinderbetreuungseinrichtungen ist der Anteil potentieller Nutzer doppelt so hoch, bei den Spielplätzen hingegen ist der Anteil der potentiellen Nutzer geringer als jener der tatsächlichen (0,8 mal).

Jugend- und Seniorentreffs sowie Nachbarschaftstreffs werden dreimal so häufig nachgefragt, wie sie tatsächlich genutzt werden.

Bei den Sportanlagen und den Kultureinrichtungen hingegen ist das Verhältnis von Nutzung und potentieller Nachfrage eins zu eins.

Bei den Beratungsstellen rund um die Familie ist die potentielle Nachfrage viermal so hoch, wie die tatsächliche Inanspruchnahme und bei der Schuldnerberatung ist dies sogar sechsmal so häufig der Fall.

Bei Suppenküchen ist die Nachfrage doppelt so hoch, wie die gegenwärtige Inanspruchnahme und bei den Kleiderkammern ist sie um das Vierfache höher.

Die Tatsache, dass die potentielle Nachfrage höher ist als die tatsächliche Inanspruchnahme der Angebote kann dabei mindestens drei Ursachen haben. Zum einen kann es sein, dass die jeweiligen Zielgruppen sich in naher Zukunft tatsächlich entsprechend der geäußerten Nachfrage vergrößern werden, d.h. diejenigen, die jetzt die Absicht äußern, werden demnächst tatsächlich in der entsprechenden Anzahl die Angebote in Anspruch nehmen. Allerdings ist eine Verdopplung der jeweiligen Zielgruppen nicht zu erwarten.

**Tab. 26: Aktuelle Nutzung von sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen („nutze ich bereits“ in Prozent)**

	Kinderkrippe	Kindergarten	Hort	Kinderspielplatz	Jugendtreff	Seniorentreff	Sportanlage	Kultureinrichtungen	Nachbarschaftstreffs	Arbeitslosentreffs	Beratungsstellen	Schuldnerberatung	Suchtberatung	Suppenküche	Kleiderkammer
insgesamt															
insgesamt	3,9	5,8	3,9	11,5	2,0	4,2	21,0	23,0	3,9	0,2	1,6	0,4	0,4	1,5	0,8
Alter															
<30 J.	3,5	5,0	1,1	9,0	4,4	0,2	25,8	27,2	2,9	0,0	2,2	0,0	0,4	0,6	0,7
30-<45 J.	12,6	18,1	12,6	31,4	3,7	1,2	24,5	26,7	3,3	0,4	4,3	0,2	0,4	1,3	0,6
45-<60 J.	1,2	2,6	2,7	9,0	0,9	0,7	19,4	24,4	4,2	0,2	0,6	1,6	1,0	3,7	1,6
60-<75 J.	0,5	0,6	0,5	2,4	0,4	9,0	21,3	19,5	5,3	0,2	0,2	0,0	0,2	0,8	0,6
>75 J.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	15,7	7,2	11,8	3,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Erwerbsstatus															
erwerbstätig	6,0	9,2	6,6	18,3	2,3	0,7	26,3	29,5	3,8	0,1	2,1	0,0	0,2	0,1	0,3
arbeitslos	5,8	8,4	4,2	15,3	4,4	0,0	11,7	13,4	3,7	0,8	3,1	3,0	2,0	8,8	4,3
Rente	0,4	0,3	0,5	1,3	0,2	11,8	15,6	16,7	4,8	0,1	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1
Student	2,9	3,3	1,5	5,8	2,9	0,4	26,3	31,6	2,3	0,0	0,8	0,0	0,0	0,7	0,0
anderer Nichterwerbs.	2,8	11,2	0,0	28,1	0,0	0,0	31,9	20,2	2,8	0,0	8,9	0,0	0,0	0,0	0,0
Haushaltstyp															
alleinstehend <45 J.	0,9	0,9	1,2	3,5	5,0	1,3	27,2	25,7	2,7	0,0	1,6	0,0	0,0	1,3	0,6
alleinstehend 45-<65	0,0	1,1	0,0	5,5	0,0	1,7	15,3	18,1	2,6	0,8	1,6	5,3	2,3	9,5	7,3
alleinstehend >65 J.	0,6	0,6	0,6	1,2	0,0	21,3	13,5	17,4	3,7	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Paar <45 J.	0,0	0,3	0,0	4,0	0,8	0,0	19,5	29,3	3,9	0,7	1,0	0,5	0,9	0,5	0,3
Paar 45-<65 J.	0,4	0,9	0,7	5,9	0,8	1,4	18,7	22,5	3,6	0,0	0,0	0,0	0,0	1,3	0,0
Paar >65 J.	0,2	0,2	0,2	0,9	0,0	10,2	17,2	15,9	5,3	0,2	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0
alleinerziehend	0,4	0,9	0,7	5,9	0,8	1,4	18,7	22,5	3,6	0,0	0,0	0,0	0,0	1,3	0,0
Familie	0,2	0,2	0,2	0,9	0,0	10,2	17,2	15,9	5,3	0,2	0,0	0,0	0,2	0,2	0,0
WG	11,0	11,5	11,1	23,0	8,7	0,0	19,4	20,5	2,3	0,0	6,2	0,0	0,8	4,1	2,0
Äquivalenzeinkommen															
<500 €	11,1	20,0	16,6	25,6	9,4	7,2	23,7	24,0	4,6	0,0	4,6	0,0	2,3	0,0	0,0
500-<750 €	5,7	5,5	3,5	13,4	3,6	1,7	19,2	20,5	3,3	0,3	2,5	0,7	0,7	6,2	2,7
750-<1.000 €	3,1	5,4	3,5	8,9	2,2	2,4	16,4	14,4	5,3	0,0	1,4	1,4	0,7	0,7	1,1
1.000-<1.250 €	4,1	5,6	3,4	10,4	1,1	7,2	19,6	18,7	4,3	0,5	1,3	0,0	0,2	0,0	0,0
1.250-<1.500 €	3,6	5,1	5,3	12,9	1,7	4,3	22,3	27,2	4,6	0,0	1,2	0,0	0,0	0,8	0,0
1.500-<1750 €	3,0	4,0	2,7	9,6	0,8	7,6	21,8	31,1	4,2	0,0	0,0	0,0	0,5	0,0	0,4
1.750-<2.000 €	3,3	4,1	3,4	12,5	1,3	1,9	25,2	35,4	3,9	0,0	0,9	0,0	0,0	0,0	0,0
>2.000 €	3,9	6,5	3,2	10,8	0,0	1,2	37,1	41,4	2,5	0,0	0,5	0,0	0,0	0,0	0,5

Quelle: Befragung (gewichtet)

**Tab. 27: Potentielle Nutzung von sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen („werde ich nutzen“ und „würde ich nutzen, kein Angebot“ in Prozent)**

	Kinderkrippe	Kindergarten	Hort	Kinderspielplatz	Jugendtreff	Seniorentreff	Sportanlage	Kultureinrichtungen	Nachbarschaftstreffs	Arbeitslosentreffs	Beratungsstellen	Schultherberung	Suchtberatung	Suppenküche	Kleiderkammer
insgesamt															
insgesamt	8,0	8,8	9,9	9,0	6,3	11,8	20,6	24,1	11,6	3,1	6,1	2,6	1,0	2,9	0,8
Alter															
<30 J.	21,2	22,7	21,0	20,5	9,7	4,3	35,1	34,2	11,7	2,5	10,9	4,6	3,0	4,3	3,8
30-<45 J.	15,1	17,2	22,8	17,7	15,8	3,9	28,3	32,5	12,4	5,1	11,4	3,6	1,2	2,7	4,4
45-<60 J.	1,1	1,3	2,1	3,0	3,6	11,6	19,3	22,7	14,8	5,0	4,5	2,6	0,6	5,2	4,7
60-<75 J.	0,5	0,5	0,5	0,8	0,1	23,6	10,7	16,9	10,8	0,9	1,2	1,0	0,1	0,6	0,3
>75 J.	0,0	0,0	0,0	0,7	0,0	17,1	1,1	5,8	4,8	0,0	0,0	0,4	0,0	0,0	0,9
Erwerbsstatus															
erwerbstätig	11,1	12,7	15,6	13,2	8,6	8,5	24,9	26,9	12,5	1,5	7,2	1,5	1,0	1,2	1,1
arbeitslos	9,0	9,5	10,9	10,8	10,8	8,0	26,2	32,0	16,4	14,1	11,9	10,0	2,6	14,3	14,2
Rente	0,4	0,5	0,2	0,7	0,2	20,8	6,8	12,0	8,6	0,4	1,1	1,1	0,1	0,3	0,6
Student	12,8	13,9	11,7	11,1	6,9	3,9	36,8	36,7	9,4	1,1	6,9	1,1	1,8	0,8	1,9
anderer Nichterwerbs.	37,5	34,7	29,1	27,8	10,4	8,9	21,7	30,6	7,1	2,8	6,1	2,8	0,0	2,8	2,8
Haushaltstyp															
alleinstehend <45 J.	10,3	10,5	8,7	12,0	10,1	5,1	25,4	31,4	11,9	6,0	7,5	5,7	4,5	5,0	3,6
alleinstehend 45-<65	0,0	0,0	1,4	1,8	1,7	19,4	16,2	25,8	18,5	12,7	3,0	6,1	0,5	12,3	9,2
alleinstehend >65 J.	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	17,3	3,1	9,8	7,2	0,6	0,6	1,3	0,0	0,0	1,4
Paar <45 J.	28,1	28,0	25,0	27,0	5,7	2,2	36,0	35,5	11,1	3,7	13,3	2,0	0,0	2,0	3,0
Paar 45-<65 J.	0,2	0,2	0,4	1,8	0,7	16,8	17,7	22,6	14,5	2,1	3,0	1,2	0,7	2,2	1,1
Paar >65 J.	0,6	0,6	0,4	0,9	0,0	21,1	6,7	11,8	8,5	0,3	0,2	0,4	0,0	0,2	0,2
alleinerziehend	8,5	8,0	10,3	15,8	14,9	8,0	16,0	26,2	22,7	4,3	12,0	11,5	3,7	10,4	13,3
Familie	14,8	18,3	24,7	15,9	15,9	6,2	30,1	30,1	11,0	2,6	11,1	2,4	0,8	2,1	3,8
WG	5,2	5,2	4,0	2,8	4,3	0,0	43,3	27,1	5,5	0,0	4,4	0,0	0,0	0,0	0,0
Äquivalenzeinkommen															
<500 €	15,8	15,8	15,4	11,4	9,2	6,2	26,0	25,0	8,5	3,7	11,5	4,6	0,0	11,8	16,3
500-<750 €	7,0	9,5	10,8	9,8	10,4	8,1	24,9	29,6	12,4	9,8	9,7	6,9	3,2	8,2	8,0
750-<1.000 €	6,7	7,5	7,9	7,2	5,3	12,8	19,8	24,4	11,2	2,4	5,0	3,4	0,5	3,0	2,6
1.000-<1.250 €	5,0	6,3	7,6	7,3	4,7	16,2	18,7	19,6	10,0	1,1	4,3	1,3	0,8	0,5	0,5
1.250-<1.500 €	9,9	10,6	10,8	8,9	5,8	16,0	16,0	20,9	9,8	0,5	4,8	0,8	0,5	0,8	1,0
1.500-<1750 €	4,7	4,7	5,3	5,1	1,8	12,5	18,3	22,4	10,9	0,4	5,6	1,3	0,8	0,8	1,3
1.750-<2.000 €	16,7	15,4	17,4	21,2	4,1	4,7	28,7	32,4	16,0	0,0	3,8	0,0	0,0	0,4	0,4
>2.000 €	7,4	8,9	11,8	11,0	7,5	6,9	20,9	22,9	12,0	1,4	4,2	0,0	0,0	0,7	0,7

Quelle: Befragung (gewichtet)

Zum zweiten könnten die Befragten mit der Absichtsbekundung nur eine sog. „sozial erwünschte Antwort“ gegeben haben, d.h. sie finden es wichtig und richtig, dass es die Angebote gibt und dass sie selbst diese vielleicht irgendwann in Anspruch nehmen würden. Tatsächlich aber ist eine Inanspruchnahme nicht zu erwarten.

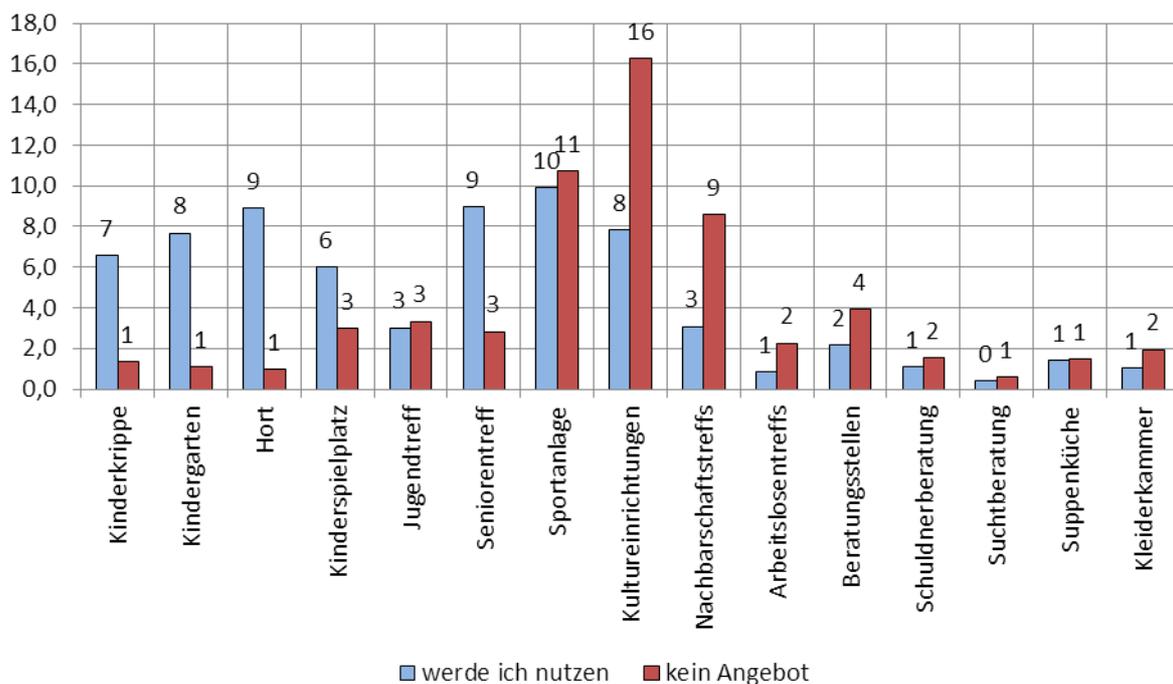
Zum dritten schließlich kann die höhere Nachfrage auch darauf hindeuten, dass es zu wenig Angebote gibt, die genutzt werden könnten.

Die Frage nach der Nutzung der Angebote enthält noch eine dritte Ebene, auf der erfasst werden kann, ob die Zielgruppen tatsächlich daran gehindert sind, ihre Nachfrage zu realisieren, weil die Angebote dafür fehlen. Die Antwortkategorie „würde ich gern nutzen, aber mir ist kein Angebot in der Umgebung bekannt“, gibt einen Hinweis darauf, in welchem Bereich tatsächlich Angebote fehlen.

Während bei den Kinderbetreuungsangeboten sowie bei den Seniorentreffs im Verhältnis zur Nutzungsabsicht nur sehr wenige Befragte eine fehlende Einrichtung beklagen, wird insbesondere bei den Kultureinrichtungen und Nachbarschaftstreffs deren Nichtvorhandensein „in der Umgebung“ als Hinderungsgrund für eine Nutzung genannt. Insbesondere Jüngere und Befragte mit geringem Einkommen vermissen geeignete Angebote in ihrer Umgebung.

Auch bei den Beratungseinrichtungen werden die entsprechenden Angebote vermisst bzw. sind die vorhandenen den Befragten nicht bekannt. Dies gilt auch für Suppenküchen und Kleiderkammern, die von den einkommensschwachen Haushalten durchaus nachgefragt werden, aber nicht in ausreichendem Maße vorhanden bzw. erreichbar sind.

**Abb. 63: Potentielle Nutzung von Angeboten und Vorhandensein der Angebote (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Tab. 28: Fehlendes Angebot an sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen („würde ich nutzen, kein Angebot“ in Prozent)**

	Kinderkrippe	Kindergarten	Hort	Kinderspielplatz	Jugendtreff	Seniorentreff	Sportanlage	Kultureinrichtungen	Nachbarschaftstreffs	Arbeitslosentreffs	Beratungsstellen	Schultherberung	Suchtberatung	Suppenküche	Kleiderkammer
insgesamt															
insgesamt	1,4	1,1	1,0	3,0	3,3	2,8	10,7	16,3	8,6	2,3	3,9	1,5	0,6	1,5	1,9
Alter															
<30 J.	2,4	1,9	1,7	4,5	4,6	0,9	18,3	21,4	10,1	1,5	6,3	2,0	1,9	3,4	3,2
30-<45 J.	3,1	2,4	1,9	6,9	8,3	1,5	15,7	23,9	10,2	4,1	8,3	1,7	0,3	0,7	2,0
45-<60 J.	0,6	0,6	0,7	1,7	2,2	1,5	9,7	15,2	9,9	3,5	2,6	2,2	0,6	2,1	3,2
60-<75 J.	0,3	0,2	0,2	0,6	0,0	6,6	4,8	11,5	6,6	0,6	0,9	1,0	0,1	0,3	0,1
>75 J.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	4,3	0,4	3,1	3,6	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,9
Erwerbsstatus															
erwerbstätig	2,1	1,5	1,9	3,6	4,4	1,4	13,4	18,4	9,5	0,9	4,8	0,8	0,8	0,6	0,5
arbeitslos	1,0	1,7	0,3	6,6	6,7	2,6	14,4	23,3	12,8	10,2	7,0	5,6	0,9	6,9	9,2
Rente	0,2	0,1	0,1	0,4	0,0	5,8	3,0	7,4	5,4	0,3	0,8	1,0	0,1	0,1	0,5
Student	1,1	0,7	0,4	1,1	2,5	0,7	17,1	22,5	7,6	1,1	4,4	0,4	1,1	0,8	1,9
anderer Nichterwerbs.	6,1	6,1	0,5	7,6	7,6	0,5	15,0	21,2	7,1	2,8	6,1	2,8	0,0	2,8	2,8
Haushaltstyp															
alleinstehend <45 J.	1,7	0,8	1,1	3,4	4,4	1,2	12,9	17,3	10,5	3,5	3,5	1,9	2,4	2,2	0,9
alleinstehend 45-<65	0,0	0,0	0,0	1,3	1,7	3,0	6,3	15,5	10,7	6,7	0,0	5,3	0,5	3,9	4,5
alleinstehend >65 J.	0,0	0,0	0,0	0,6	0,0	4,8	1,9	7,3	4,8	0,6	0,6	0,6	0,0	0,0	1,4
Paar <45 J.	2,3	1,5	3,0	2,8	4,3	1,2	20,6	26,6	9,7	2,8	7,6	1,3	0,0	0,6	1,5
Paar 45-<65 J.	0,2	0,2	0,2	0,8	0,3	2,3	9,0	15,7	9,5	1,9	2,8	0,8	0,7	1,1	0,8
Paar >65 J.	0,4	0,2	0,2	0,4	0,0	6,3	2,7	7,2	5,5	0,3	0,2	0,4	0,0	0,0	0,0
alleinerziehend	0,0	0,0	0,0	8,4	8,2	5,4	8,7	22,1	21,7	4,3	12,0	7,5	1,8	6,0	9,4
Familie	3,6	3,3	1,8	7,1	7,8	1,0	16,5	21,0	7,9	2,4	7,8	1,3	0,4	2,0	3,6
WG	0,2	0,2	1,4	0,4	2,9	0,0	18,2	21,8	5,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Äquivalenzeinkommen															
<500 €	5,3	4,6	0,0	3,2	4,6	1,4	10,9	19,0	8,5	3,7	11,5	2,3	0,0	11,8	16,3
500-<750 €	0,5	0,9	0,7	4,4	5,7	2,0	11,8	19,5	9,5	7,7	6,0	3,8	1,6	3,4	4,8
750-<1.000 €	1,0	0,9	1,0	2,5	3,7	2,9	11,3	16,0	7,7	1,1	2,6	1,8	0,5	0,7	0,8
1.000-<1.250 €	1,2	0,9	0,6	3,4	2,9	4,0	9,0	13,1	6,8	1,0	3,1	1,0	0,4	0,2	0,4
1.250-<1.500 €	2,0	1,7	0,8	1,4	2,8	3,4	8,1	13,7	6,9	0,0	3,4	0,5	0,3	0,3	0,8
1.500-<1750 €	1,0	0,6	1,2	1,7	0,4	1,8	9,2	14,2	7,0	0,4	4,4	0,4	0,8	0,4	0,5
1.750-<2.000 €	0,4	0,0	0,8	4,9	1,3	1,3	20,8	29,0	13,4	0,0	3,8	0,0	0,0	0,4	0,4
>2.000 €	1,6	1,6	2,6	3,1	2,0	0,0	11,8	11,8	10,0	1,4	1,7	0,0	0,0	0,7	0,5

Quelle: Befragung (gewichtet)

**Tab. 29: Fehlendes Angebot an sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen nach Stadtteilen („würde ich nutzen, kein Angebot“ in Prozent)**

	Kinderkrippe	Kindergarten	Hort	Kinderspielfeld	Jugendtreff	Seniorentreff	Sportanlage	Kultureinrichtungen	Nachbarschaftstreffs	Arbeitslosentreffs	Beratungsstellen	Schuldenberatung	Suchtberatung	Suppenküche	Kleiderkammer
insgesamt															
insgesamt	1,4	1,1	1,0	3,0	3,3	2,8	10,7	16,3	8,6	2,3	3,9	1,5	0,6	1,5	1,9
Stadtteil															
Altstadt	1,7	1,3	1,3	2,3	2,7	3,5	6,1	3,6	6,8	1,6	2,1	1,1	0,0	1,7	1,4
Werder	3,6	1,8	1,8	0,0	4,3	6,5	8,8	6,1	7,9	0,0	6,1	0,0	0,0	0,0	2,5
Alte Neustadt	0,6	1,3	0,6	0,0	0,0	1,5	16,1	14,9	7,7	0,0	2,0	0,0	0,0	0,7	0,7
Neue Neustadt	0,3	0,3	0,3	0,6	2,1	2,5	6,9	8,9	3,5	1,2	3,2	1,6	0,6	0,0	3,4
Neustädter See	0,0	0,0	0,0	0,0	3,8	1,4	7,6	18,9	7,1	5,2	0,0	1,7	0,7	4,1	3,0
Kannenstieg	0,0	0,0	0,0	1,2	4,2	3,9	5,3	10,0	7,6	1,8	4,9	1,1	0,0	3,7	5,6
Neustädter Feld	0,0	0,0	1,0	5,0	3,0	2,2	8,5	19,8	4,2	1,0	3,0	1,0	0,0	0,0	1,6
Nordwest	1,5	1,5	3,0	11,6	4,0	1,5	13,7	14,4	6,4	0,0	7,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Alt Olvenstedt	0,0	1,7	0,8	1,7	2,7	5,8	13,7	14,1	3,7	1,7	1,7	0,0	0,0	0,0	0,0
Neu Olvenstedt	3,0	0,0	1,1	2,7	0,2	0,9	0,9	8,3	0,2	3,2	2,0	4,3	0,0	0,0	0,0
Stadtfeld Ost	2,3	1,7	1,1	1,2	5,3	1,2	17,1	17,1	8,5	0,9	5,3	1,4	1,6	2,2	1,4
Stadtfeld West	0,7	0,7	0,0	1,2	1,3	1,9	8,9	19,0	6,4	3,5	0,8	2,0	0,4	1,6	3,6
Diesdorf	0,0	3,2	0,0	2,0	12,7	6,9	29,6	27,2	24,8	9,7	13,8	5,3	2,0	3,2	3,2
Sudenburg	2,6	2,1	2,0	5,8	3,1	5,4	9,6	13,2	7,6	0,5	2,8	1,3	0,5	0,5	2,6
Ottersleben/Lemsdorf	1,0	0,7	1,7	1,0	4,5	6,7	7,6	20,6	13,2	1,8	6,7	0,7	0,0	2,9	2,9
Leipziger Straße	1,2	0,5	1,8	9,5	2,3	2,8	15,4	25,6	10,4	2,4	7,0	0,5	0,5	0,0	0,0
Reform	1,2	1,2	0,6	0,3	0,6	3,5	9,1	20,6	6,0	2,1	4,4	0,7	0,0	1,1	0,6
Hopfengarten	1,2	1,2	1,2	5,1	8,8	0,0	10,7	26,3	18,3	8,1	8,3	4,4	2,1	3,9	2,4
Buckau	3,3	2,6	0,0	10,9	3,3	0,0	15,8	8,2	18,0	3,6	1,6	1,6	1,6	0,0	0,0
Fermersleben	0,0	0,0	0,0	0,0	13,5	2,6	5,8	19,6	10,7	0,0	7,5	2,6	0,0	2,6	2,6
Salbke/Westerhüsen	0,0	0,0	0,0	6,4	6,4	3,0	12,5	27,9	13,4	3,9	4,6	0,0	0,0	0,0	4,2
Brückfeld	0,0	0,0	0,0	12,7	0,0	6,4	8,1	3,8	9,8	0,0	0,0	15,3	0,0	6,3	6,3
Berliner Ch./Herrenkr.	4,5	4,5	4,5	9,6	5,1	4,9	6,9	20,0	15,6	3,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Cracau	0,7	0,7	0,0	2,2	1,5	0,8	11,1	16,9	11,0	2,6	6,2	2,3	2,2	0,8	0,8
Prester/Pechau usw.	5,4	2,4	2,4	5,4	6,2	4,7	14,9	25,8	15,4	5,4	4,6	0,0	0,0	2,4	2,4
Rothensee	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	3,1	6,3	17,8	6,3	4,6	4,6	1,4	1,4	4,6	4,6

Quelle: Befragung (gewichtet)

Die Kultureinrichtungen und Sportanlagen werden in fast allen Stadtteilen gleichermaßen vermisst. Kultureinrichtungen werden nur in Altstadt, Werder und Brückfeld kaum vermisst, dafür in Diesdorf, Salbke/Westerhüsen, Hopfengarten, Leipziger Straße und Prester/Pechau usw. von jedem Vierten. Bei Sportanlagen gibt es weniger Unterschiede. Während in Neu Olvenstedt fast jeder potentielle Nutzer Sportanlagen in seiner Umgebung kennt, sind sie in Diesdorf fast jedem Dritten unbekannt und in Alte Neustadt, Buckau, Leipziger Str. und Prester/Pechau usw. jedem Siebten.

Nachbarschaftstreffs werden neben Diesdorf vor allem in Buckau, Hopfengarten und Berliner Chaussee vermisst.

Kinderkrippen und andere Kinderbetreuungseinrichtungen sind kaum ein Kritikpunkt, nur in einigen kleineren Ortsteilen scheint es Probleme mit der Erreichbarkeit zu geben.

Kinderspielplätze in der näheren Umgebung sind hauptsächlich in Leipziger Straße, Berliner Chaussee/Herrenkrug, Buckau, Nordwest und Brückfeld ein Problem und Jungentreffs in Hopfengarten, Diesdorf und Fermersleben.

Seniorentreffs werden in Brückfeld, Werder, Ottersleben/Lemsdorf und Diesdorf häufiger vermisst als in anderen Stadtteilen

Arbeitslosentreffs werden besonders in Rothensee, Neustädter See und einigen kleineren Stadtteilen vermisst. Beratungsstellen in Leipziger Straße, Nordwest, Fermersleben und Hopfengarten. Die Nachfrage nach einer Schuldnerberatung kann insbesondere nicht in Neu Olvenstedt, Hopfengarten und Brückfeld erfüllt werden.

Die insgesamt nur sehr geringe Nachfrage nach einer Suchtberatung findet vor allem in Rothensee, Buckau, Stadtfeld Ost, Hopfengarten und Cracau kein geeignetes Angebot.

Suppenküchen werden besonders in Kannenstieg, Hopfengarten, Neustädter See, Rothensee und Brückfeld nachgefragt und Kleiderkammern vor allem in Salbke/Westerhüsen, Rothensee, Kannenstieg und Brückfeld.

### **6.3 Nachbarschaftliche Beziehungen**

Nachbarschaften werden zunächst allein durch die räumliche Nähe von Personen gestiftet und sind für sich allein noch keine soziale Beziehung. Aus dem räumlichen Nebeneinander wird erst dann eine nachbarschaftliche *Beziehung*, wenn eine Kommunikation zwischen Nachbarn entsteht und ggf. daraus folgend dann sogar gemeinsamen Aktivitäten. Daher können Nachbarschaften auch völlig anonym, d.h. ohne gegenseitige soziale Beziehung sein, oder sie können im entgegengesetzten Fall ebenso gut die Form einer engen Gemeinschaft annehmen. Oft ergeben sich wegen der räumlichen Nähe die Kontakte zwangsläufig, was nicht immer positive soziale Beziehungen zur Folge haben muss. Gleichwohl gelten nachbarschaftliche Beziehungen allgemein als ein, insbesondere in modernen Gesellschaften, wichtiger Teil der informellen persönlichen Beziehungsnetzwerke, in die der Einzelne eingebunden sein und die er im Bedarfsfall als soziale Ressource nutzen kann.

Vor dem Hintergrund dieses Zusammenhangs wurden die Probanden gefragt, welchen persönlichen Stellenwert nachbarschaftliche Beziehungen für sie haben, von welcher Qualität die Beziehungen sind und ob bzw. welche Konflikte sich aus der räumlichen Nähe ergeben.

Für 55% der Befragten sind nachbarschaftliche Beziehungen „wichtig“ und für weitere 17% sogar „sehr wichtig“. Nur für jeden Vierten sind die „weniger wichtig“ und lediglich 2% interessieren sich überhaupt nicht dafür.

**Tab. 30: Stellenwert nachbarschaftlicher Beziehungen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent)**

	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	interessiert mich nicht	insgesamt
insgesamt					
insgesamt	17,4	54,7	25,6	2,2	100,0
Alter					
<30 J.	10,7	40,5	44,5	4,3	100,0
30-<45 J.	17,1	54,3	26,7	1,9	100,0
45-<60 J.	19,0	56,5	22,6	2,0	100,0
60-<75 J.	20,8	61,2	17,2	0,8	100,0
>75 J.	19,5	64,6	13,2	2,7	100,0
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	15,8	52,8	29,8	1,6	100,0
arbeitslos	19,2	55,0	22,0	3,8	100,0
Rente	20,8	63,5	14,2	1,5	100,0
Student	9,1	37,5	48,3	5,1	100,0
anderer Nichterwerbs.	23,5	43,6	29,6	3,3	100,0
Haushaltstyp					
alleinstehend <45 J.	11,2	45,2	39,6	4,0	100,0
alleinstehend 45-<65	20,0	52,8	26,7	0,5	100,0
alleinstehend >65 J.	17,6	63,4	17,3	1,8	100,0
Paar <45 J.	10,5	41,8	44,4	3,4	100,0
Paar 45-<65 J.	20,5	55,4	21,3	2,8	100,0
Paar >65 J.	21,8	63,7	13,7	0,8	100,0
alleinerziehend	18,7	52,2	22,3	6,7	100,0
Familie	17,8	56,7	24,3	1,2	100,0
WG	7,7	45,3	43,2	3,9	100,0
Äquivalenzeinkommen					
<500 €	15,2	34,5	45,6	4,7	100,0
500-<750 €	18,4	51,5	25,8	4,2	100,0
750-<1.000 €	17,7	60,7	20,3	1,3	100,0
1.000-<1.250 €	18,6	56,0	23,5	1,9	100,0
1.250-<1.500 €	19,7	57,8	22,3	0,3	100,0
1.500-<1750 €	15,2	59,3	23,4	2,1	100,0
1.750-<2.000 €	15,0	55,3	26,2	3,6	100,0
>2.000 €	10,6	52,0	36,9	0,5	100,0

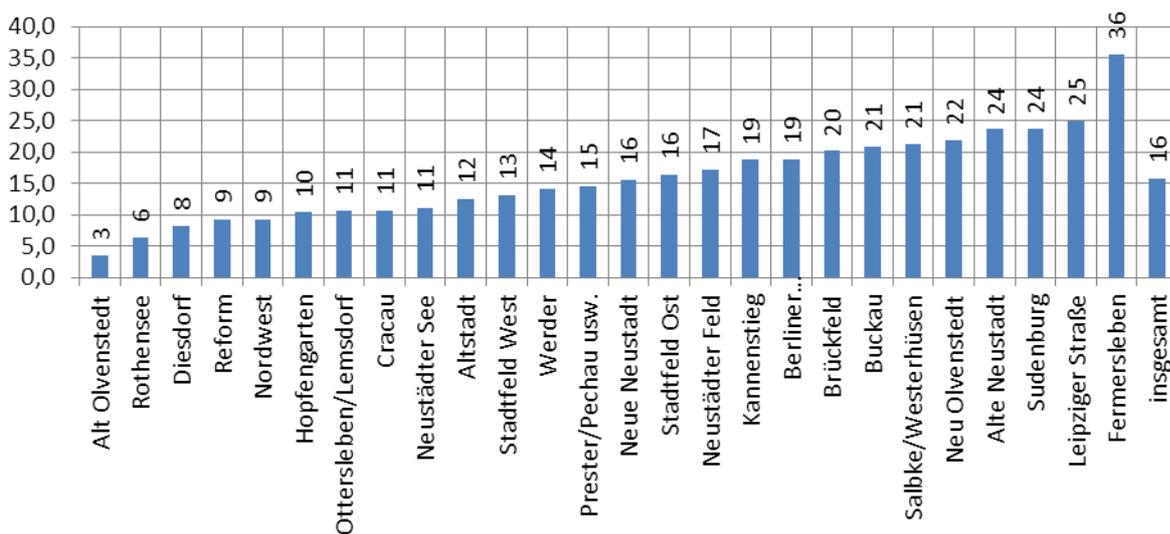
Quelle: Befragung (gewichtet)

Der Stellenwert nachbarschaftlicher Beziehungen hängt dabei hauptsächlich vom Alter ab. Unter 30-jährige halten sie nur zu 51% für wichtig, während über 60-jährige sie zu mehr als 82% für wichtig halten. Entsprechend dieser Alterskorrelation halten Rentner nachbarschaftliche Beziehungen zu 84% für wichtig und Studenten nur zu 46%. Auch hinsichtlich der Wohndauer, die wiederum mit dem Alter korreliert, gibt es eine deutliche Tendenz, dass mit zunehmender Wohndauer der Anteil jener wächst, denen Nachbarschaften wichtig sind (von 64% auf 82%).

Die erkennbaren Unterschiede zwischen den Stadtteilen haben ebenfalls überwiegend mit dem Alter der Befragten zu tun, das jeweilige Durchschnittsalter folgt nicht in jedem Einzelfall, aber im Trend der Verteilung der „Wichtigkeit“ von nachbarschaftlichen Beziehungen.

Die Qualität der nachbarschaftlichen Beziehungen wird sogar von 84% der Befragten als mindestens „lose, aber freundlich“ bewertet, davon sind sie für 11% sogar „eng und intensiv“. Auch hier gibt es eine Abhängigkeit vom Alter, wobei die Differenzen aber weniger groß sind, als beim Stellenwert (75% bei den unter 30-jährigen und 93% bei den über 75-jährigen). Neben dem Alter spielt der Erwerbsstatus eine Rolle, denn Erwerbslose leben häufiger in anonymen und konfliktbelasteten Nachbarschaften als andere Gruppen. Die Bewertung innerhalb der anderen sozialen Gruppen bzw. nach Einkommen wird hauptsächlich von den Faktoren Alter und Erwerbsstatus bestimmt.

**Abb. 64: Qualität der nachbarschaftlichen Beziehungen nach Stadtteil (nur „lose, man geht sich aus dem Weg“ und „schlecht“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Nach Stadtteilen geben vor allem die Befragten aus Fermersleben an, vielfach in eher anonymen Nachbarschaftsverhältnissen zu leben. Auch in Alte Neustadt, Sudenburg und Leipziger Straße nennt jeder Vierte anonyme Nachbarschaftsverhältnisse. In Alt Olvenstedt, Rothensee, Diesdorf, Reform und Nordwest hingegen beurteilen jeweils nur weniger als 10% die nachbarschaftlichen Beziehungen als anonym.

Es ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen der subjektiv empfundenen Qualität der nachbarschaftlichen Beziehungen und dem persönlichen Stellenwert von nachbarschaftlichen Beziehungen erkennbar. Während jene, denen die Beziehungen zum Nachbarn wichtig sind, die tatsächlichen Beziehungen überwiegend auch positiv beurteilen (zu 89%), bewerten jene, denen die Beziehungen nicht so wichtig sind, die vorhandenen oft schlecht (zu 28% eher anonym).

Nicht geklärt werden kann dabei die Frage, ob hier der geringe Stellenwert eine Folge der als anonym empfundenen Beziehungen ist, oder ob umgekehrt die Anonymität eine Folge des persönlichen Stellenwertes ist (im Sinne einer selbstgewählten Anonymität).

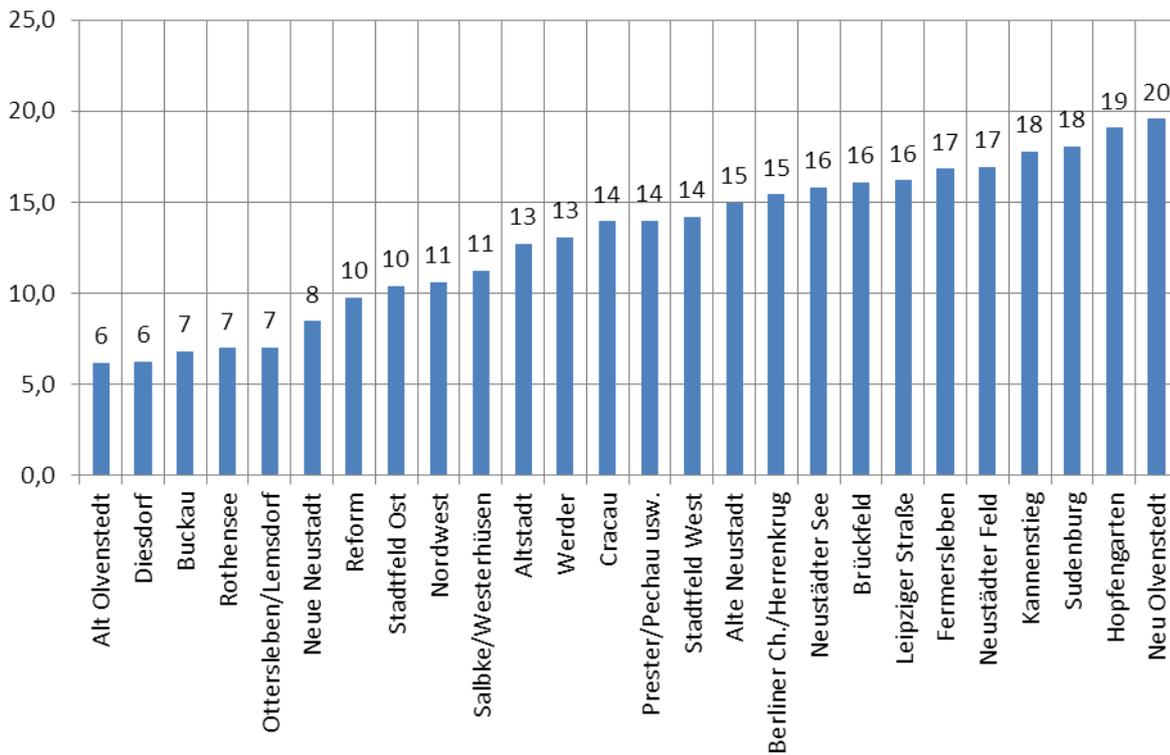
**Tab. 31: Qualität der nachbarschaftlichen Beziehungen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent)**

	gut, eng, intensiv	lose, aber freundlich	lose, man geht sich eher aus dem Weg	schlecht, viel Streit	insgesamt
insgesamt					
insgesamt	11,3	72,9	14,1	1,7	100,0
Alter					
<30 J.	7,0	68,4	22,7	1,9	100,0
30-<45 J.	11,7	69,9	16,6	1,8	100,0
45-<60 J.	12,1	72,3	13,2	2,3	100,0
60-<75 J.	11,8	78,4	8,9	0,9	100,0
>75 J.	15,3	77,6	5,1	2,0	100,0
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	12,2	72,9	13,9	1,0	100,0
arbeitslos	6,9	66,5	22,7	3,9	100,0
Rente	13,2	77,9	7,6	1,2	100,0
Student	6,3	67,0	23,2	3,6	100,0
anderer Nichterwerbs.	15,0	79,3	5,6	0,0	100,0
Haushaltstyp					
alleinstehend <45 J.	5,4	70,9	22,3	1,3	100,0
alleinstehend 45-<65	11,3	70,8	13,8	4,2	100,0
alleinstehend >65 J.	13,6	79,5	6,3	0,6	100,0
Paar <45 J.	4,9	75,3	17,3	2,5	100,0
Paar 45-<65 J.	11,2	75,6	11,4	1,8	100,0
Paar >65 J.	13,5	78,3	7,0	1,2	100,0
alleinerziehend	7,8	70,7	20,2	1,3	100,0
Familie	15,8	68,1	14,2	2,0	100,0
WG	5,2	51,3	43,5	0,0	100,0
Äquivalenzeinkommen					
<500 €	12,1	68,1	18,3	1,4	100,0
500-<750 €	6,5	64,6	25,5	3,4	100,0
750-<1.000 €	11,4	74,7	12,9	1,0	100,0
1.000-<1.250 €	12,2	75,1	10,7	2,1	100,0
1.250-<1.500 €	13,7	78,1	6,6	1,5	100,0
1.500-<1750 €	10,8	77,9	11,2	0,0	100,0
1.750-<2.000 €	9,8	75,8	13,5	0,9	100,0
>2.000 €	11,3	75,3	12,4	1,0	100,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

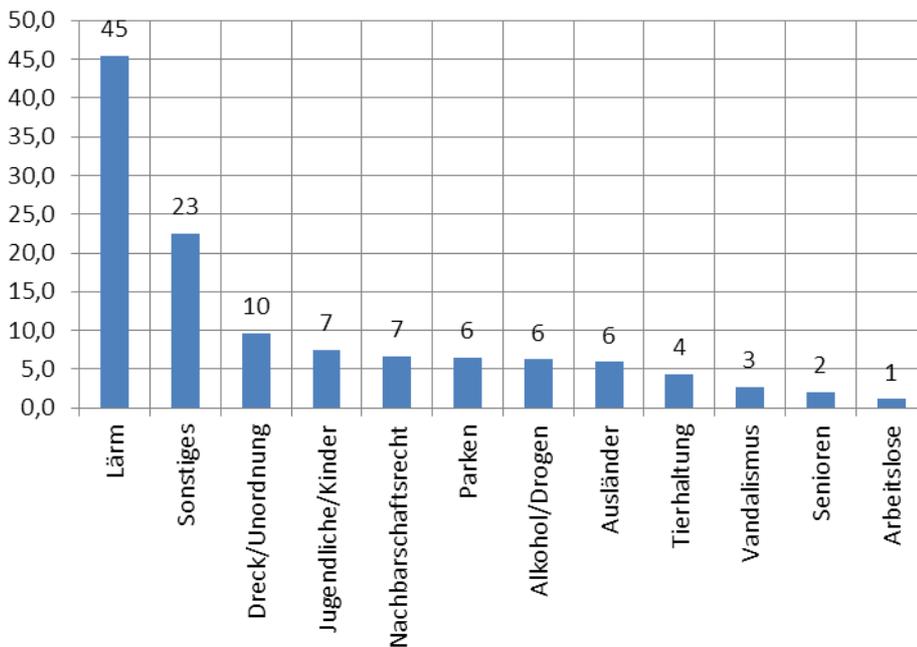
Konkrete Konflikte in der Nachbarschaft werden von 13% der Befragten angegeben. Dabei liegt der Anteil mit 46% bei jenen am höchsten, denen die nachbarschaftlichen Beziehungen „unwichtig“ sind. Ein Zusammenhang mit dem Alter ist vorhanden, aber nur schwach ausgeprägt, indem unter 45-jährige zu 15% Konflikte nennen und ältere Befragte zu etwas mehr als 10%. Etwas ausgeprägter sind die Unterschiede hinsichtlich des Erwerbsstatus, indem jeder fünfte Erwerbslose mit Nachbarschaftskonflikten zu tun hat, aber nur 14% der Erwerbstätigen. Entsprechend dieser Einflussfaktoren finden sich Nachbarschaftskonflikte hauptsächlich bei den unteren Einkommensgruppen.

**Abb. 65: Nachbarschaftskonflikte nach Stadtteilen („ja“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 66: Art der genannten Nachbarschaftskonflikte (in Prozent derjenigen, die Konflikte angegeben haben)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Tab. 32: Nachbarschaftskonflikte nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent)**

	ja	nein	insgesamt
insgesamt			
insgesamt	13,2	86,8	100,0
Nachbarschaft wichtig?			
sehr wichtig	16,0	84,0	100,0
wichtig	10,8	89,2	100,0
weniger wichtig	13,4	86,6	100,0
unwichtig	41,0	59,0	100,0
Alter			
<30 J.	15,3	84,7	100,0
30-<45 J.	15,1	84,9	100,0
45-<60 J.	13,6	86,4	100,0
60-<75 J.	10,2	89,8	100,0
>75 J.	10,1	89,9	100,0
Erwerbsstatus			
erwerbstätig	13,5	86,5	100,0
arbeitslos	19,7	80,3	100,0
Rente	9,5	90,5	100,0
Student	13,1	86,9	100,0
anderer Nichterwerbs.	5,6	94,4	100,0
Haushaltstyp			
alleinstehend <45 J.	14,4	85,6	100,0
alleinstehend 45-<65 J.	17,1	82,9	100,0
alleinstehend >65 J.	3,8	96,2	100,0
Paar <45 J.	17,1	82,9	100,0
Paar 45-<65 J.	12,5	87,5	100,0
Paar >65 J.	10,0	90,0	100,0
alleinerziehend	26,9	73,1	100,0
Familie	13,8	86,2	100,0
WG	7,8	92,2	100,0
Äquivalenzeinkommen			
<500 €	15,0	85,0	100,0
500-<750 €	18,6	81,4	100,0
750-<1.000 €	12,2	87,8	100,0
1.000-<1.250 €	12,9	87,1	100,0
1.250-<1.500 €	8,5	91,5	100,0
1.500-<1750 €	12,7	87,3	100,0
1.750-<2.000 €	9,6	90,4	100,0
>2.000 €	8,8	91,2	100,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

Nach Stadtteilen gibt es in Alt Olvenstedt, Diesdorf, Buckau, Rothensee und Ottersleben/Lemsdorf den geringsten Anteil an Nachbarschaftskonflikten, während besonders in Kannenstieg, Sudenburg, Hopfengarten und Neu Olvenstedt der Anteil überdurchschnittlich hoch ist.

Bei der Art der Konflikte werden hauptsächlich „Lärm“ bzw. „Ruhestörung“ (45%) genannt und „Sonstiges“ (22%), was vorwiegend unerwünschtes Verhalten von Nachbarn bezeichnet („egoistisch“, „rücksichtslos“, „Blockwartmentalität“ usw.). Jeder Zehnte bemängelt Dreck und Unordnung im Umfeld, zwischen 5% und 7% machen jeweils Tiere oder bestimmte soziale Gruppen für Störungen verantwortlich („Jugendliche“, „laute Kinder“, „streitsüchtige Senioren“ usw.). Ansonsten werden Alkohol/Drogen, Vandalismus, Streit um Parkplätze und das Nachbarschaftsrecht benannt.

#### 6.4 Subjektives Sicherheitsgefühl

Einen wesentlichen Faktor der Lebensqualität einer Stadt stellt die Sicherheit des Einzelnen vor Übergriffen anderer dar. Diese Sicherheit wird hergestellt über die einschlägigen Gesetze einschließlich deren Überwachung und Verfolgung durch Polizei und Justiz. Gesetzwidriges Verhalten erscheint dann in seiner sozialen Dimension als Kriminalität. Wie sicher eine Stadt für ihre Bürger ist, erschließt sich zumindest indirekt über das Ausmaß der polizeilich erfassten Straftaten auf der Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS). Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger orientiert sich aber keineswegs an diesen objektiven Daten, wie kriminologische Untersuchungen immer wieder belegen. So kommt beispielsweise eine „Umfrage zur Sicherheit in Leipzig“ aus dem Jahre 2007<sup>21</sup> zum Ergebnis, dass, obwohl die Kriminalität zurückgegangen ist, sie im Urteil der Bürger gestiegen zu sein scheint.

Diese Diskrepanz zwischen der objektiven Sicherheitslage und dem subjektiven Sicherheitsgefühl wird in einschlägigen Untersuchungen immer wieder beschrieben. „Als Gemenge aus teils irrationalen Stimmungen und Ängsten, teils aber auch durchaus rationaler Informationsverarbeitung ist das subjektive Sicherheitsgefühl durchaus losgelöst von der tatsächlichen Sicherheitslage zu sehen. Das Ausmaß der individuellen Kriminalitätsfurcht variiert nicht parallel zur tatsächlichen Gefährdung der Bürgerinnen und Bürger durch Kriminalität und auch nicht eindeutig mit individuellen Opfererfahrungen.“<sup>22</sup> Als latentes Gefühl einer Bedrohung ist das subjektive Sicherheitsgefühl Teil der Lebensqualität und muss im Rahmen der Kriminalitätsprävention und -bekämpfung ebenso beachtet werden.

Vor diesem Hintergrund wurden die Magdeburger Bürger gefragt, wie zufrieden sie „alles in allem mit der öffentlichen Sicherheit in Magdeburg“ sind.

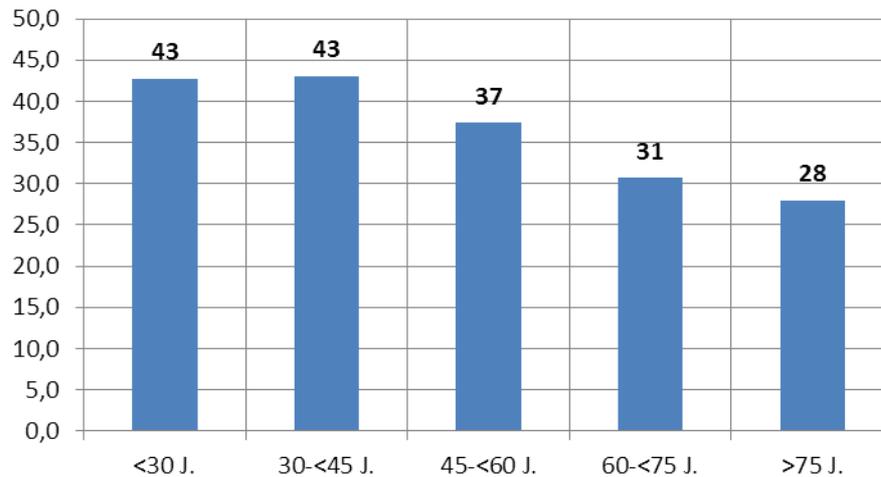
Wirklich „zufrieden“ oder sogar „sehr zufrieden“ sind nur 37% der Magdeburger, dafür ist jeder Fünfte erklärt „unzufrieden“ oder sogar „sehr unzufrieden“. Mit der Note „3“ für eher „teils/teils“ votieren schließlich 42% der Befragten. Die Mehrzahl der Befragten fühlt sich damit zwar nicht direkt bedroht durch die Situation, jedoch ausgesprochen sicher fühlt sich nur eine Minderheit, denn die Mehrzahl bleibt hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit eher skeptisch.

---

<sup>21</sup> Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.): Umfrage zur Sicherheit in Leipzig 2007 – Ergebnisbericht, Leipzig 2008

<sup>22</sup> Funk, Walter: Sicherheitsempfinden in Nürnberg. Ergebnisse einer Bürgerbefragung im Einzugsgebiet der Polizeiinspektion Nürnberg-West, herausgegeben von der Polizeidirektion Nürnberg und der Stadt Nürnberg. Nürnberg 1999, S. 6

**Abb. 67: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit nach Alter („sehr zufrieden“ und „zufrieden“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Das Sicherheitsgefühl ist vom Alter abhängig. Während unter 45-jährige zu 43% eher zufrieden sind, beträgt dieser Anteil bei über 75-jährigen nur noch 28%.

Während Studenten und Erwerbstätige relativ zufrieden sind (48% bzw. 43%), sind Rentner und Erwerbslose eher skeptisch (je 28%). Abgesehen von der untersten Einkommensklasse, zu der überwiegend Studenten bzw. junge Leute zählen, steigt das Sicherheitsgefühl mit zunehmendem Einkommen stetig an. Weil das Einkommen eng mit der beruflichen und schulischen Qualifikation zusammenhängt, zeigt sich ebenso, dass mit wachsender Qualifikation auch die Zufriedenheit wächst.

Die Zufriedenheit mit der Sicherheit ist zwischen den Stadtteilen sehr unterschiedlich. Teilweise resultieren diese Unterschiede aus der jeweiligen Altersstruktur bzw. der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Erwerbsstatus und Einkommen. Die geringste Zufriedenheit scheinen die Einwohner von Rothensee zu äußern, was aber allein daran liegt, dass hier zwei Drittel mit „teils/teils“ votieren, während dies in den anderen Stadtteilen höchstens 45% sind. Aussagekräftiger für einen Stadtteilvergleich ist der Mittelwert aus den Noten „1“ („sehr zufrieden“) bis „5“ („sehr unzufrieden“), da damit die skeptischen „teils/teils“ Bewertungen mit einbezogen sind.

Der Vergleich der Mittelwerte zeigt zunächst, dass die Unterschiede zwischen den Stadtteilen nicht allzu gravierend sind. Die höchste Zufriedenheit herrscht in Brückfeld, Alt Olvenstedt und in der Altstadt, die geringste im Farmersleben, Salbke/Westerhüsen, Neustädter Feld und Rothensee.

Im Hinblick auf die konkrete eigene Sicherheit sollten die Befragten außerdem angeben, wie sicher sie sich fühlen, „wenn sie in ihrem Wohnviertel nachts draußen alleine sind“. Bei dieser Frage gab es nur die Möglichkeit, sich entweder „sehr“ oder „ziemlich sicher“ zu fühlen, oder eben „sehr“ oder „ziemlich unsicher“.

**Tab. 33: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit nach Erwerbsstatus, Haushaltstyp, Einkommen und schulischem Abschluss (in Prozent)**

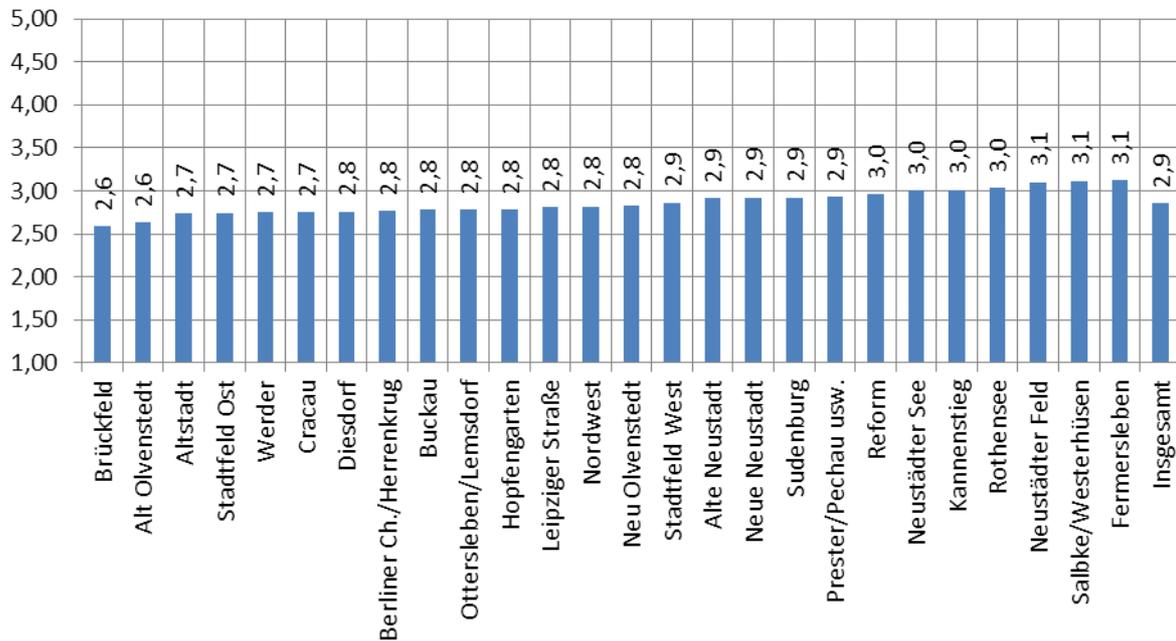
	sehr zu- frieden	zufrieden	teils/teils	unzufrie- den	sehr unzu- frieden	insge- samt
insgesamt						
insgesamt	4,1	33,1	42,3	14,4	6,2	100,0
Erwerbsstatus						
erwerbstätig	3,2	39,9	41,8	11,4	3,7	100,0
arbeitslos	4,9	24,5	43,0	19,2	8,5	100,0
Rente	2,3	26,9	44,9	16,5	9,3	100,0
Student	11,9	36,4	35,2	12,8	3,7	100,0
anderer Nichterwerbs.	11,7	29,6	39,0	11,2	8,4	100,0
Haushaltstyp						
alleinstehend <45 J.	7,9	34,9	38,1	13,2	5,9	100,0
alleinstehend 45-<65 J.	3,1	35,4	39,7	15,3	6,5	100,0
alleinstehend >65 J.	1,9	33,9	41,8	15,5	7,0	100,0
Paar <45 J.	3,4	38,9	41,9	13,2	2,6	100,0
Paar 45-<65 J.	1,3	29,7	49,1	15,0	4,9	100,0
Paar >65 J.	2,6	24,3	45,4	17,2	10,4	100,0
alleinerziehend	3,1	32,8	49,7	6,5	7,8	100,0
Familie	5,3	38,6	37,7	13,6	4,8	100,0
WG	14,1	37,7	34,7	10,4	3,1	100,0
Einkommen						
<500 €	7,7	39,8	29,2	8,5	14,7	100,0
500-<750 €	4,3	28,0	45,1	16,4	6,2	100,0
750-<1.000 €	1,5	26,2	46,5	18,0	7,8	100,0
1.000-<1.250 €	4,2	27,6	45,7	14,9	7,5	100,0
1.250-<1.500 €	3,3	32,0	46,6	15,3	2,8	100,0
1.500-<1750 €	2,6	38,6	38,0	16,9	3,9	100,0
1.750-<2.000 €	3,9	49,0	37,7	6,2	3,2	100,0
>2.000 €	2,7	55,2	32,0	6,0	4,1	100,0
schulische Qualifikation						
ohne Abschluss	5,3	26,6	33,0	25,6	9,4	100,0
8./9.Klasse	3,5	25,9	42,6	17,9	10,1	100,0
10. Klasse	2,0	27,7	47,3	15,5	7,6	100,0
Fachoberschule	4,5	34,5	37,1	16,9	6,9	100,0
Abitur	5,9	41,2	38,6	11,1	3,1	100,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

Im Ergebnis fühlen sich 55% relativ sicher und 45% eher unsicher. Obwohl Leipzig eine höhere Kriminalitätsrate hat als Magdeburg, gaben dort 2007 sogar zwei Drittel der Befragten an, sich abends/nachts im Wohngebiet „sicher“ bzw. sogar „sehr sicher“ zu fühlen. Auch im ostdeutschen Durchschnitt liegt der Anteil der Unsicheren bei nur 36% (2006).<sup>23</sup>

<sup>23</sup> Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2008): Datenreport 2008, Bonn.

**Abb. 68: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit nach Stadtteilen (Mittelwerte)**



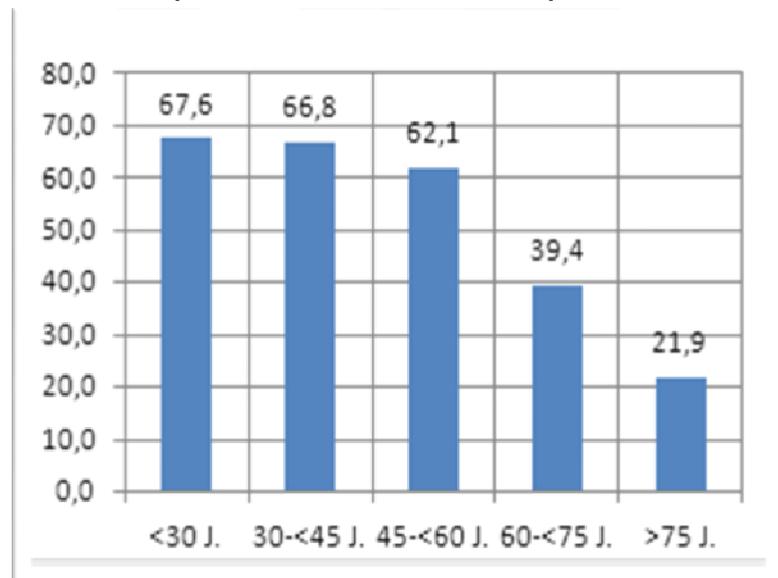
Quelle: Befragung (gewichtet)

Dieses Sicherheitsgefühl ist stark vom Alter abhängig. Während zwei Drittel der unter 45-jährigen sich relativ sicher fühlen, gilt dies nur für 40% der 60- unter 75-jährigen und 22% der über 75-jährigen.

Auch hier fühlen sich wieder Rentner (69%) und Erwerbslose (51%) deutlich unsicherer als Studenten (24%) und Erwerbstätige (31%).

Nach Stadtteilen fühlt man sich in Prester/Pechau usw., Diesdorf, Ottersleben/Lemsdorf, Brückfeld und Hopfengarten am sichersten, während in Neustädter See, Kannenstieg, Reform, Salbke/Westerhüsen und Neu Olvenstedt die größte Unsicherheit herrscht.

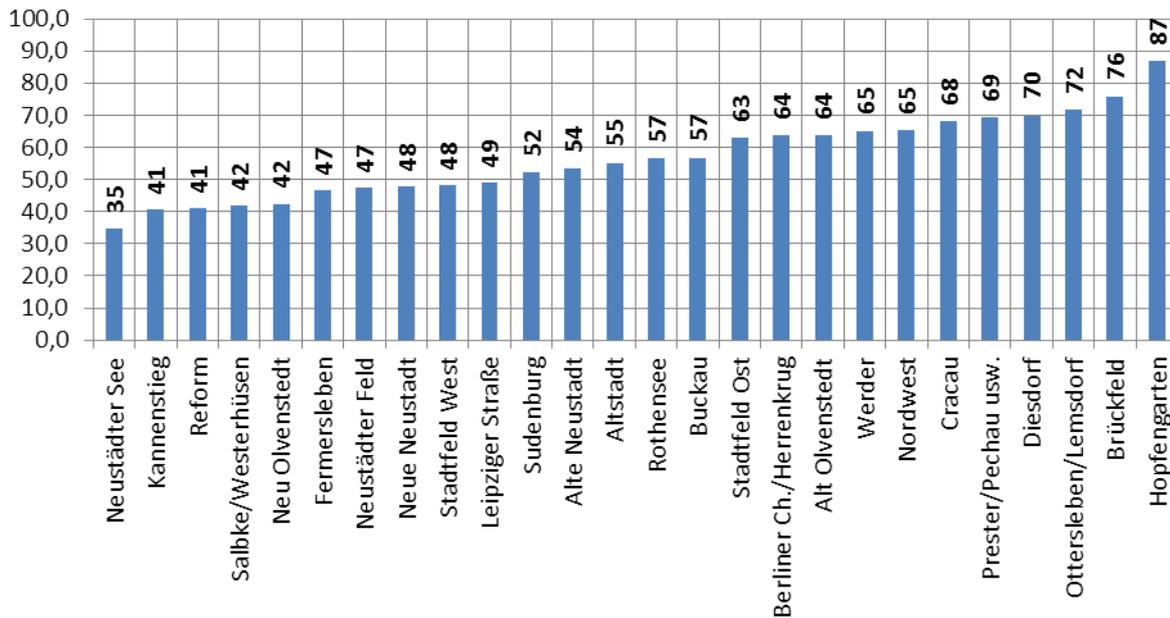
**Abb. 68b: Sicherheitsgefühl nachts im Wohngebiet nach Alter (eher „sicher“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

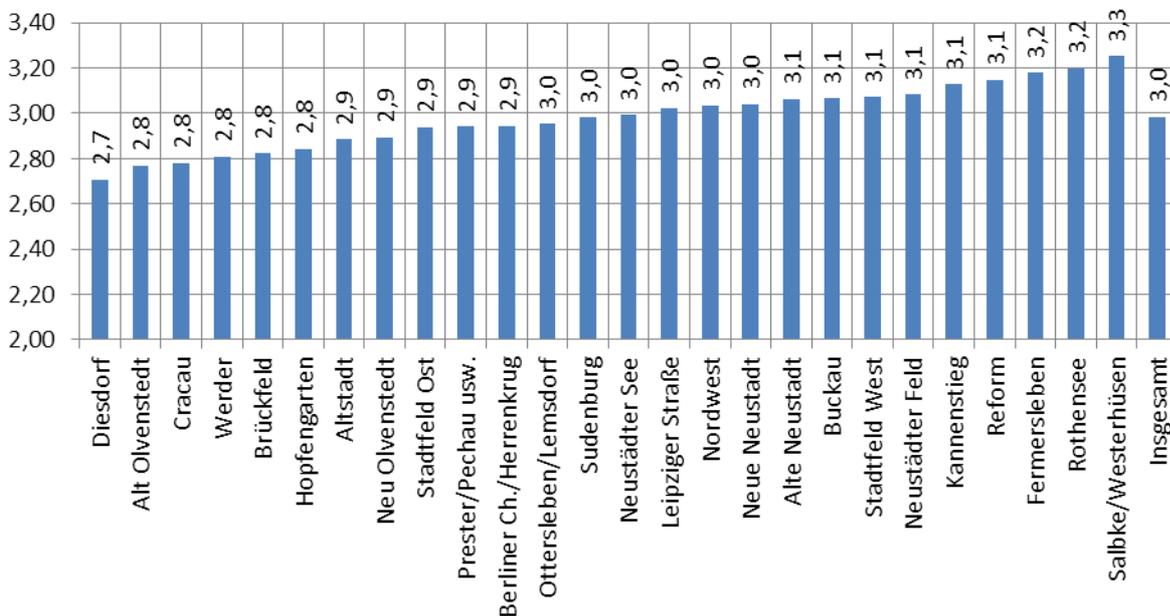
Neben dem Sicherheitsgefühl und der Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit allgemein, sollten die Befragten auch Auskunft darüber geben, wie zufrieden sie mit der „Bekämpfung der Kriminalität in Magdeburg“ sind, d.h. wie sie die Arbeit der Polizei und der Justiz einschätzen. Dabei konnten wieder Noten von „1“ bis „5“ vergeben werden.

**Abb. 69: Sicherheitsgefühl nachts im Wohngebiet nach Stadtteilen (eher „sicher“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 70: Zufriedenheit mit der Bekämpfung der Kriminalität in Magdeburg nach Stadtteilen (Mittelwerte von „1“ bis „5“)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Das Ergebnis ähnelt dem der Frage nach der Zufriedenheit mit der Sicherheitslage in Magdeburg: 30% sind weitgehend zufrieden, jeder Vierte ist unzufrieden und 45% äußern sich mit „teils/teils“. Auch die Verteilung nach Alter, Erwerbsstatus, Einkommen usw. ist ähnlich, d.h. die Unzufriedenheit steigt mit dem Alter, mit sinkendem Sozialstatus und mit sinkendem Einkommen. Damit wird insgesamt die Bekämpfung der Kriminalität noch etwas schlechter bewertet als die öffentliche Sicherheit.

## 7 Ausstattung der Haushalte mit ausgewählten Gütern.

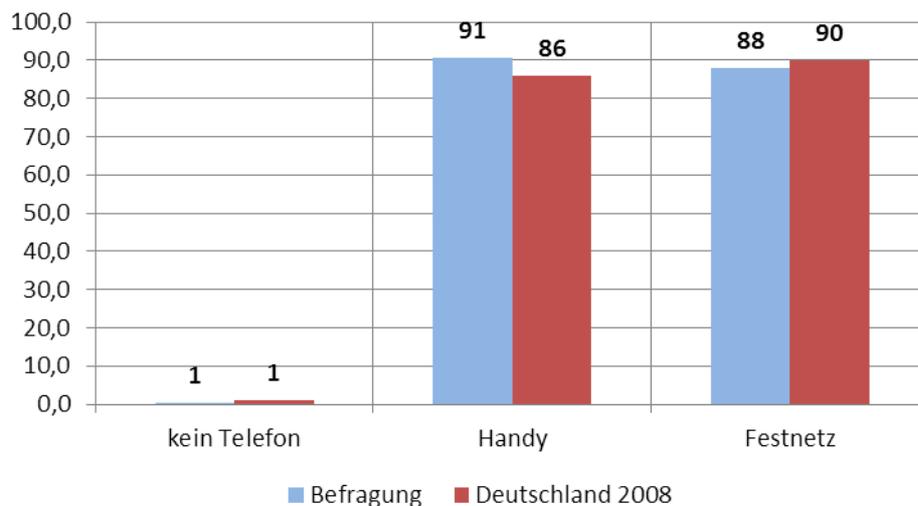
### 7.1 Telefone

Das heutzutage wichtigste Kommunikationsmittel ist das Telefon, das in Deutschland in 99% der Haushalte zur Verfügung steht<sup>24</sup>. Dabei dominiert inzwischen das Mobiltelefon, denn 2008 kamen auf 100 Haushalte zwar durchschnittlich 115 Festnetztelefone, jedoch auch 154 Handys.

In der Befragung liegt der Versorgungsgrad ähnlich hoch, nur 0,5% der Befragten haben kein Telefon. Ohne Telefon kommen dabei vor allem jene aus, die ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 500 € haben (1,4% kein Telefon), die älter als 75 Jahre sind (1,1% kein Telefon) und die überwiegend allein leben (1,7% kein Telefon).

Telefonanschlüsse sind ansonsten bei fast allen selbstverständlich. Die Mehrzahl besitzt sowohl einen Festnetzanschluss als auch ein Handy (79%). Nur ein Handy haben 11,5% und nur einen Festnetzanschluss 8,8%. Dabei bevorzugen die Jüngeren unter 30 Jahren eher das Handy (25,6% nur ein Handy), während die Älteren über 75 Jahre eher beim alten Festnetzanschluss bleiben (34,3% nur Festnetz). Die Kombination von beidem findet sich vor allem bei den 30- bis unter 75-jährigen (ca. 83%).

**Abb. 71: Telefone im Haushalt im Vergleich (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet), Statistisches Bundesamt<sup>1</sup>

Allerdings wird deutlich, dass sich viele Befragte insbesondere mit geringem Einkommen die Doppelbelastung von Festnetz und Handy sparen und eher nur einen Anschluss haben. So haben nur 72% der Erwerbslosen beide Anschlussarten, während dies für immerhin 84% der Erwerbstätigen gilt. Dafür hat jeder fünfte Erwerbslose ausschließlich ein Handy, während es bei den Erwerbstätigen 12% sind. Im engeren Kreis der ALG II Empfänger haben sogar nur 67% beide Anschlüsse und jeder Vierte hat nur ein Handy. Bei ihnen spielt, wie auch bei den Senioren, das „Entweder-Oder“ eine größere Rolle.

<sup>24</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Zuhause in Deutschland - Ausstattung und Wohnsituation privater Haushalte, Ausgabe 2009, Wiesbaden 2009

**Tab. 34: Telefone im Haushalt nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent)**

	kein Telefon	nur Handy	nur Festnetz	Handy und Festnetz	insgesamt
insgesamt					
insgesamt	0,5	11,5	8,8	79,2	100,0
Alter					
<30 J.	0,3	25,6	2,6	71,5	100,0
30-<45 J.	0,0	15,5	2,5	82,0	100,0
45-<60 J.	0,7	8,2	6,2	84,9	100,0
60-<75 J.	0,6	4,1	11,5	83,8	100,0
>75 J.	1,1	1,3	34,3	63,3	100,0
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	0,2	11,9	3,7	84,2	100,0
arbeitslos	1,1	20,7	6,2	72,0	100,0
Rente	0,8	3,3	19,4	76,5	100,0
Student	0,0	24,2	1,8	74,1	100,0
anderer Nichterwerbs.	0,0	8,9	2,8	88,3	100,0
Haushaltstyp					
alleinstehend <45 J.	0,5	36,1	4,0	59,5	100,0
alleinstehend 45-<65 J.	1,8	19,8	9,5	68,9	100,0
alleinstehend >65 J.	1,7	3,5	38,0	56,7	100,0
Paar <45 J.	0,0	20,0	1,9	78,2	100,0
Paar 45-<65 J.	0,2	3,4	6,9	89,6	100,0
Paar >65 J.	0,4	2,9	15,2	81,5	100,0
alleinerziehend	0,8	12,6	5,2	81,3	100,0
Familie	0,2	7,1	3,0	89,7	100,0
WG	0,0	21,7	1,4	76,9	100,0
Einkommen					
<500 €	1,4	15,3	5,6	77,7	100,0
500-<750 €	0,5	21,3	9,0	69,1	100,0
750-<1.000 €	0,6	9,4	11,3	78,7	100,0
1.000-<1.250 €	0,5	6,5	10,0	82,9	100,0
1.250-<1.500 €	0,0	6,7	7,7	85,6	100,0
1.500-<1750 €	0,0	9,4	8,6	82,0	100,0
1.750-<2.000 €	0,0	6,4	3,7	89,8	100,0
>2.000 €	0,0	12,7	1,5	85,8	100,0

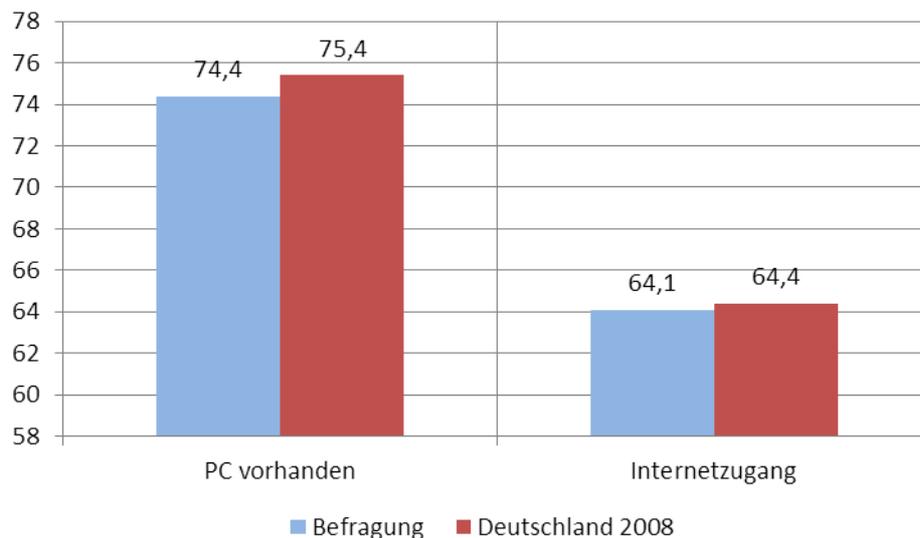
Quelle: Befragung (gewichtet)

## 7.2 Personal-Computer und Internet

Heute gehören auch Personal Computer (PC) zum normalen Ausstattungsbestandteil deutscher Haushalte. Drei Viertel der Haushalte in Deutschland haben ein solches Gerät. In der Befragung sind es sogar 83% der Haushalte, allerdings wird dieser erhöhte Wert z.T. dadurch hergerufen, dass ein Teil der Befragung über das Internet erfolgte, die Teilnahme also nur für Benutzer von PCs und Internet möglich war. Berücksichtigt man nur die Teilnehmer der schriftlichen Befragung, dann sind drei Viertel der Haushalte (74,5%) mit einem PC ausgestattet. Insofern liegt Magdeburg bei der PC-Ausstattung im Bundesdurchschnitt.

Der PC im Haushalt ist eine Frage des Alters, indem über 90% der unter 60jährigen, aber nur 60% der über 60jährigen ein Gerät besitzen. Insbesondere für Kinder und Jugendliche gehört die Nutzung eines PCs zum Alltag, indem neben den jüngeren Paaren und den Wohngemeinschaften ein PC in Familien am häufigsten ist (97%). Kinder von Alleinerziehenden können die Technik geringfügig weniger nutzen (92%).

**Abb. 72: Computer und Internetzugang im Haushalt im Vergleich (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet), nur Haushalte aus der schriftlichen Befragung, Statistisches Bundesamt

Innerhalb der Gruppe der Erwerbsfähigen muss jeder zehnte Erwerbslose auf einen PC verzichten, während dies für nur jeden zwanzigsten Erwerbstätigen gilt. Dabei liegt der Anteil bei den ALG II Empfängern sogar bei 12%.

Die meisten Befragten (76%) besitzen neben dem Computer auch einen Internetanschluss, nur 7% haben einen PC ohne Internetzugang. (Berücksichtigt man nur die schriftliche Befragung, dann liegt der Anteil bei 64% und 9% haben einem PC ohne Internetzugang.) Auch hier spielt wieder das Alter eine wichtige Rolle, während 90% der unter 45-jährigen einen Internetzugang haben, sinkt mit zunehmendem Alter der Anteil auf nur 28% bei den über 75-jährigen. Erwerbslose haben zu 79% einen Internetzugang (darunter ALG II Empfänger zu 76%) und Erwerbstätige zu 89%.

Die meisten Befragten bevorzugen im Übrigen eine Flatrate für den Internetzugang, was immerhin monatliche Fixkosten mit sich bringt. Nur 6% haben eine Kostenkontrolle durch Volumen- oder Zeittarife.

**Tab. 35: Computer und Internetzugang im Haushalt nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent)**

	kein PC	PC, kein Internet	Internetzugang	insgesamt
insgesamt				
insgesamt	17,3	7,1	75,7	100,0
Alter				
<30 J.	4,8	5,9	89,3	100,0
30-<45 J.	3,4	4,9	91,6	100,0
45-<60 J.	9,0	7,2	83,8	100,0
60-<75 J.	29,5	10,1	60,5	100,0
>75 J.	64,5	7,0	28,4	100,0
Erwerbsstatus				
erwerbstätig	5,7	5,4	88,9	100,0
arbeitslos	10,4	10,8	78,8	100,0
Rente	42,5	8,8	48,7	100,0
Student	1,4	4,0	94,6	100,0
anderer Nichterwerbs.	8,4	6,1	85,5	100,0
Haushaltstyp				
alleinstehend <45 J.	6,9	10,3	82,9	100,0
alleinstehend 45-<65 J.	16,6	12,0	71,4	100,0
alleinstehend >65 J.	61,7	8,2	30,1	100,0
Paar <45 J.	3,8	2,4	93,8	100,0
Paar 45-<65 J.	10,3	8,9	80,8	100,0
Paar >65 J.	41,9	8,6	49,4	100,0
alleinerziehend	7,7	7,1	85,2	100,0
Familie	3,3	3,6	93,1	100,0
WG	2,5	2,4	95,1	100,0
Einkommen				
<500 €	8,2	0,0	91,8	100,0
500-<750 €	13,5	10,9	75,6	100,0
750-<1.000 €	23,3	8,5	68,2	100,0
1.000-<1.250 €	25,2	7,1	67,7	100,0
1.250-<1.500 €	16,6	7,3	76,1	100,0
1.500-<1750 €	15,0	5,5	79,5	100,0
1.750-<2.000 €	6,5	3,9	89,6	100,0
>2.000 €	4,7	4,0	91,3	100,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

Die Höhe des Einkommens ist sowohl beim Telefon als auch bei PC und beim Internetzugang erst ab einem Äquivalenzeinkommen von etwa 1.000 € bzw. oft sogar erst ab 1.250 € als erkennbarer Einflussfaktor wirksam. In den unteren Einkommensgruppen dominieren Studenten und andere junge Menschen in der Ausbildung. Sie nutzen trotz geringer persönlicher Einkommen die neue Technik ganz selbstverständlich und

entsprechend ausgiebig. In den Einkommensklassen von etwa 500 € bis 1.250 € finden sich zum einen viele Erwerbslose, die wegen ihres geringen Einkommens die moderne Kommunikationstechnik nur beschränkt nutzen können. Zum anderen finden sich in dieser Einkommensklasse auch viele Senioren, die nicht nur wegen ihrer mitunter geringen Rente, sondern auch wegen mangelnden Interesses keine Handys oder PCs nutzen. Erst in den höheren Einkommensklassen spielen die Faktoren Alter und Erwerbsstatus eine geringere Rolle und erst dort zeigt sich dann, dass mit zunehmendem Einkommen auch der Anteil der modernen Kommunikationsgeräte im Haushalt wächst, während er bei den unteren Einkommensklassen mit zunehmendem Einkommen zunächst abnimmt. Dies zeigt, dass das Einkommen allein kein zuverlässiger Indikator für Teilhabechancen in der Gesellschaft ist, sondern dass eher die Zugangschancen (zum Arbeitsmarkt, zur Bildung usw.) direkt eine Rolle spielen.

### 7.3 Führerschein und PKW

Weil auch die Mobilität in der modernen Gesellschaft ein wichtiges Erfordernis ist, wurde die Frage nach dem PKW-Besitz aufgenommen. Zunächst aber wurde danach gefragt, ob die Probanden eine Fahrerlaubnis haben. Tatsächlich haben 83% der Befragten einen Führerschein, darunter 86% aller unter 75-jährigen. In Deutschland insgesamt haben 87% aller 18- bis unter 75jährigen einen Führerschein, wobei das regional nach Geschlecht und nach Altersgruppen unterschiedlich verteilt ist<sup>25</sup>. Während Männer zu 93% einen Führerschein haben, sind es bei den Frauen nur 81%. Allerdings gelten die Unterschiede überwiegend für Altersgruppen über 50 Jahre. In den Altersklassen von 20 bis 50 Jahren haben etwa 85% bis 90% der Männer und Frauen in West- und Ostdeutschland inzwischen einen Führerschein, was auf Basis der Befragung auch in Magdeburg nicht anders ist. Erst bei den über 75-jährigen nimmt der Anteil deutlich ab (61%).

Unter den Erwerbsfähigen besitzen die Erwerbslosen (68%) deutlich seltener einen Führerschein als Erwerbstätige (93%) oder Nichterwerbstätige (über 85%). Unter den befragten ALG II Empfängern liegt der Anteil sogar nur bei 63%. Zum Vergleich: In einer gezielten Befragung von ALG II Empfängern in Leipzig lag der Anteil sogar nur bei 53%.<sup>26</sup>

Einen Führerschein hat nur jeder zweite über 65-jährige Alleinstehende, während bei den Paaren der gleichen Altersgruppe 81% einen Führerschein besitzen. Deutlich seltener als andere Gruppen haben Alleinerziehende eine Fahrerlaubnis (77%). Mit zunehmendem Einkommen wächst der Anteil der Führerscheinbesitzer (von 72% auf 97% in der höchsten Einkommensklasse).

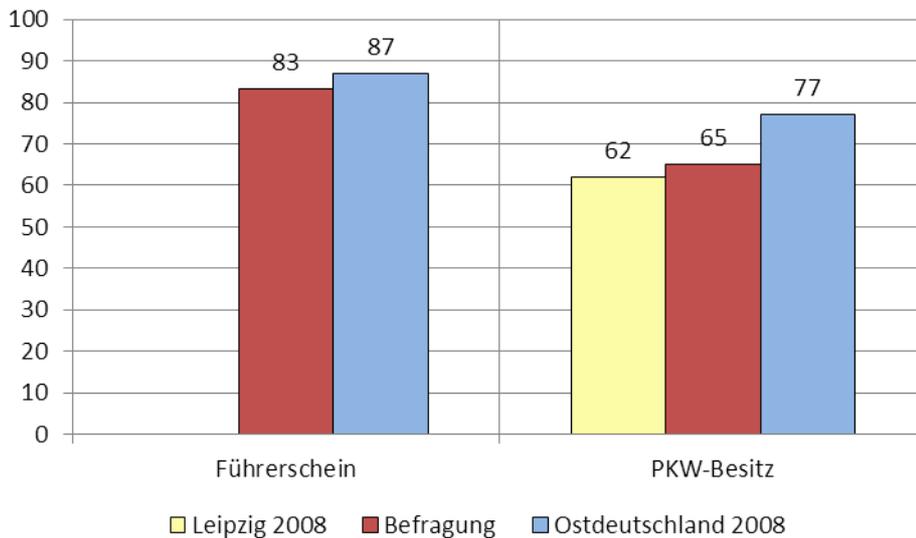
Zwei Drittel der Befragten verfügen über ein eigenes Auto (65% - wobei in wenigen Einzelfällen neben PKWs auch LKWs oder Busse dazugezählt wurden). Weitere 2,4% gaben an, stattdessen einen Firmenwagen zu nutzen und 0,6% nutzen anstelle eines eigenen PKWs ein Motorrad, einen Roller oder ein Moped. Von den Magdeburgern ohne ein motorisiertes Fahrzeug im Haushalt gaben schließlich 56% an, ein Fahrrad zu nutzen. Insgesamt verfügen 66% der Haushalte über ein Fahrrad.

<sup>25</sup> Quelle: Infas; DIW (Hrsg.): Mobilität in Deutschland – Ergebnisbericht, Berlin 2004

<sup>26</sup> Quelle: Gerdes, J. et al (2009) a.a.O.

In Ostdeutschland haben im Durchschnitt 77% der Haushalte mindestens ein Auto. Dieser Anteil ist in Großstädten mit einem ausgebauten ÖPNV Netz aber oft etwas geringer, so dass der Wert von 65% für Magdeburg als relativ durchschnittlich angesehen werden kann. Zum Vergleich: Die Leipziger Bürgerumfrage von 2008 kommt auf einen Anteil von 62%.<sup>27</sup>

**Abb. 73: Führerscheine und PKWs im Vergleich (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet), Infas/DIW 2004, Stadt Leipzig

Der PKW-Besitz ist z. T. eine Frage des Alters, indem nur jeder zweite unter 30-jährige bzw. über 75-jährige ein Auto hat, während die anderen Altersgruppen zu 70% darüber verfügen können. Es ist aber ebenso eine Frage des Erwerbsstatus, indem Studenten nur zu 41% ein Auto besitzen, Erwerbslose zu 46% (darunter ALG II Empfänger zu 42%) und Erwerbstätige zu 77%. Nach Haushaltstyp ist insbesondere bei den Wohngemeinschaften und bei Alleinstehenden der Anteil der PKW-Besitzer unterdurchschnittlich. Auch von den Alleinerziehenden besitzt nur jede Zweite ein Auto.

In Deutschland können 81% der Führerscheininhaber auch tatsächlich über ein Auto verfügen, in der Befragung sind es 80%, die einschließlich Firmenwagen über ein Auto verfügen können. Mit diesen Anteilen können nur die unter 30-jährigen nicht mithalten, unter denen nur 61% der Führerscheininhaber auch ein eigenes Fahrzeug haben. Während 86% der erwerbstätigen Führerscheininhaber ein Fahrzeug nutzen, können dies nur 66% der Erwerbslosen (64% der ALG II Empfänger).

Insbesondere Befragte mit geringem Einkommen bzw. ohne Erwerbsquelle können nicht ganz über das durchschnittliche Maß an Möglichkeiten verfügen, sie sind in Punkto Mobilität deutlich benachteiligt. Die geringere Führerscheinquote schränkt bei Arbeitslosen nicht nur die Mobilität, sondern oft auch berufliche Chancen ein, jedenfalls dann, wenn ein Führerschein Voraussetzung für einen Job ist. Das fehlende Auto wiederum schränkt die Erreichbarkeit von bestimmten Arbeitsplätzen ein, die nicht immer ans ÖPNV-Netz angeschlossen sind.

<sup>27</sup> Amt für Statistik und Wahlen Leipzig (Hrsg.) (2009): Bürgerumfrage 2008, Leipzig

**Tab. 36: Führerscheine und PKWs nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent)**

	kein Auto	Auto	Firmen- wagen	Motorrad/ Roller	insgesamt
insgesamt					
insgesamt	31,7	65,4	2,4	0,6	100,0
Alter					
<30 J.	48,0	51,1	0,5	0,4	100,0
30-<45 J.	24,2	71,4	3,6	0,7	100,0
45-<60 J.	25,0	69,4	4,4	1,1	100,0
60-<75 J.	24,0	74,1	1,6	0,3	100,0
>75 J.	48,6	51,4	0,0	0,0	100,0
Erwerbsstatus					
erwerbstätig	18,4	76,9	4,3	0,4	100,0
arbeitslos	50,1	46,0	2,1	1,8	100,0
Rente	33,2	66,1	0,5	0,3	100,0
Student	57,8	41,4	0,0	0,8	100,0
anderer Nichterwerbs.	33,4	66,6	0,0	0,0	100,0
Haushaltstyp					
alleinstehend <45 J.	44,3	53,4	1,6	0,7	100,0
alleinstehend 45-<65 J.	42,8	48,5	5,6	3,2	100,0
alleinstehend >65 J.	58,3	39,8	0,6	1,3	100,0
Paar <45 J.	34,9	61,0	2,8	1,2	100,0
Paar 45-<65 J.	21,1	75,0	3,7	0,2	100,0
Paar >65 J.	25,8	73,4	0,8	0,0	100,0
alleinerziehend	47,1	52,9	0,0	0,0	100,0
Familie	18,2	78,3	3,2	0,3	100,0
WG	70,4	28,3	1,2	0,0	100,0
Einkommen					
<500 €	46,5	53,5	0,0	0,0	100,0
500-<750 €	56,6	41,9	0,6	0,8	100,0
750-<1.000 €	33,5	63,2	2,9	0,5	100,0
1.000-<1.250 €	26,1	72,5	1,1	0,3	100,0
1.250-<1.500 €	21,6	76,9	1,5	0,0	100,0
1.500-<1750 €	20,8	76,6	2,6	0,0	100,0
1.750-<2.000 €	16,0	76,0	8,0	0,0	100,0
>2.000 €	11,6	79,1	7,8	1,6	100,0

Quelle: Befragung (gewichtet)

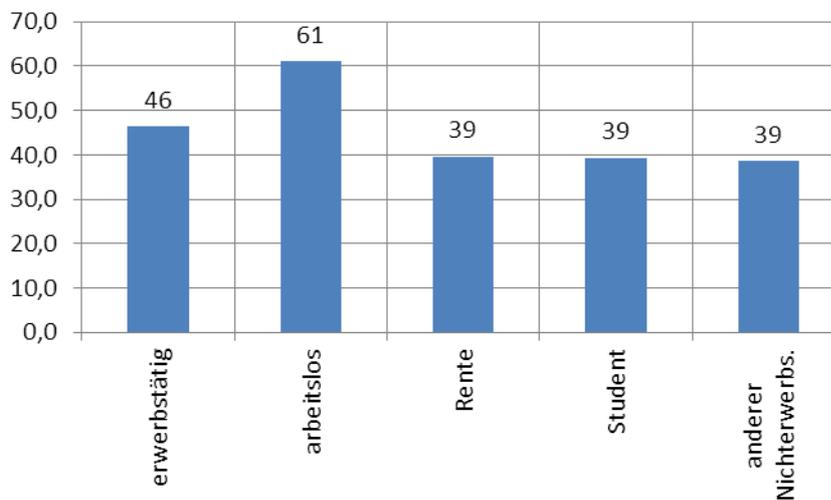
## 7.4 Geräte, Möbel und Kleidung

### 7.4.1 Geräte

Neben Möbeln gehören auch Elektrogroßgeräte (Waschmaschinen etc.) und Elektrokleingeräte (Kaffeemaschine etc.) sowie elektronische Geräte (TV, Radio etc.) zur üblichen Ausstattung aller Haushalte in Deutschland. Da nicht zu erwarten ist, dass Magdeburg hier eine Ausnahme macht, wurde nicht nach dem Ausstattungsgrad der Haushalte in Hinsicht auf diese Einrichtungsgegenstände gefragt, sondern nur nach deren Erneuerungsbedarf. Weil diese Güter als langlebig gelten und die Anschaffungskosten oft so hoch sind, dass der Kauf mitunter eine langfristige Investition darstellt, sind insbesondere einkommensschwache Haushalte oft kaum in der Lage, sich ohne besondere Anstrengungen solche Alltagsgegenstände anzuschaffen. Um Hinweise auf derartige materiellen Problemlagen zu erhalten, sollte daher ermittelt werden, wie der Zustand dieser Einrichtungsgegenstände ist, ob in den Haushalten ein baldiger Reparatur- oder Erneuerungsbedarf besteht und ob dies für die Haushalte finanziell ein Problem darstellt.

Im Ergebnis gaben 46% der Befragten an, ihre Geräte müssten erneuert werden. Dieser Bedarf ist in fast allen Gruppen in ähnlicher Weise gegeben. Eine Ausnahme sind die Erwerbslosen, bei denen 61% der Meinung sind, ihre Geräte seien erneuerungsbedürftig sowie die über 75-jährigen, die umgekehrt aufgrund ihres Alters zu 66% nicht mehr in neue Geräte investieren wollen.

**Abb. 74: Erneuerungsbedarf von Geräten nach Erwerbsstatus (in Prozent)**



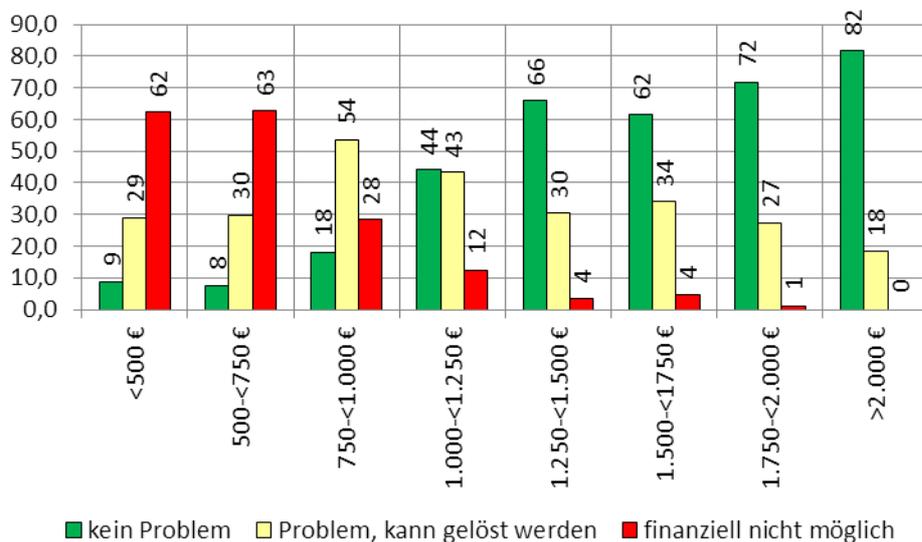
Quelle: Befragung (gewichtet)

Von jenen, die einen Erneuerungsbedarf sehen, meinen 37%, dies sei für sie finanziell kein großes Problem. Weitere 37% sehen zwar finanzielle Probleme bei der Erneuerung, glauben dies aber durch Ansparen o.Ä. lösen zu können. Probleme mit der Ersatzbeschaffung glauben hingegen 26% der Befragten zu haben.

Diese Einschätzung ist stark vom Einkommen abhängig. Bei geringem Einkommen sehen immerhin fast zwei Drittel der Befragten unlösbare finanzielle Probleme bei der

Neuanschaffung. Mit steigendem Einkommen geht der Anteil allmählich auf null zurück. Dafür steigt der Anteil derjenigen, die keine finanziellen Probleme sehen.

**Abb. 75: Finanzielle Probleme bei der Neuanschaffung von Geräten nach Einkommen (in Prozent – nur jene, die einen Neuanschaffungsbedarf haben))**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Nach Erwerbsstatus sind die Erwerbslosen mehrheitlich (71%) der Meinung, die Anschaffung von Geräten wäre für sie finanziell nicht möglich. Unter den ALG II Empfängern sind es sogar 83%.

Nach Haushaltstyp sind vor allem Alleinstehende unter 65 Jahren (ca. 50%) sowie Alleinerziehende (46%) davon überzeugt, sich keine neuen Geräte anschaffen zu können.

#### 7.4.2 Möbel

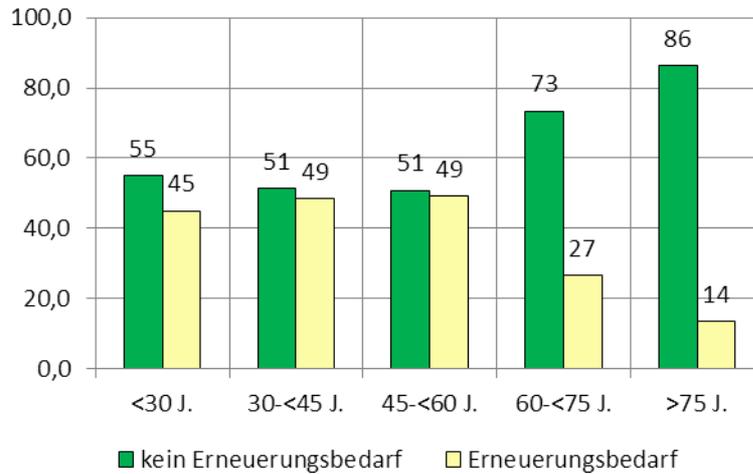
Bei den Möbeln ergibt sich ein ähnliches Bild. Hier gaben allerdings nur 40% der Befragten an, ihre Möbel müssten erneuert werden. Dieser Bedarf ist wiederum in fast allen Gruppen in ähnlicher Weise gegeben. Eine Ausnahme sind wiederum die Erwerbslosen, die einen erhöhten Erneuerungsbedarf sehen (59%), sowie die über 60-jährigen, die aufgrund ihres Alters zu mehr als Dreiviertel keinen Erneuerungsbedarf mehr sehen.

Von jenen, die bei den Möbeln einen Erneuerungsbedarf sehen, meinen 32%, dies sei für sie finanziell kein großes Problem. Weitere 39% sehen zwar finanzielle Probleme bei der Anschaffung von neuen Möbeln, glauben dies aber durch Ansparen o.Ä. lösen zu können. Probleme mit der Ersatzbeschaffung glauben hingegen 29% der Befragten zu haben.

Auch diese Einschätzung ist wieder stark vom Einkommen abhängig. Bei geringem Einkommen sehen wieder fast zwei Drittel der Befragten mit Anschaffungsbedarf unlösbare finanzielle Probleme. Mit steigendem Einkommen geht der Anteil allmählich

auf null zurück und der Anteil derjenigen, die keine finanziellen Probleme sehen, steigt entsprechend.

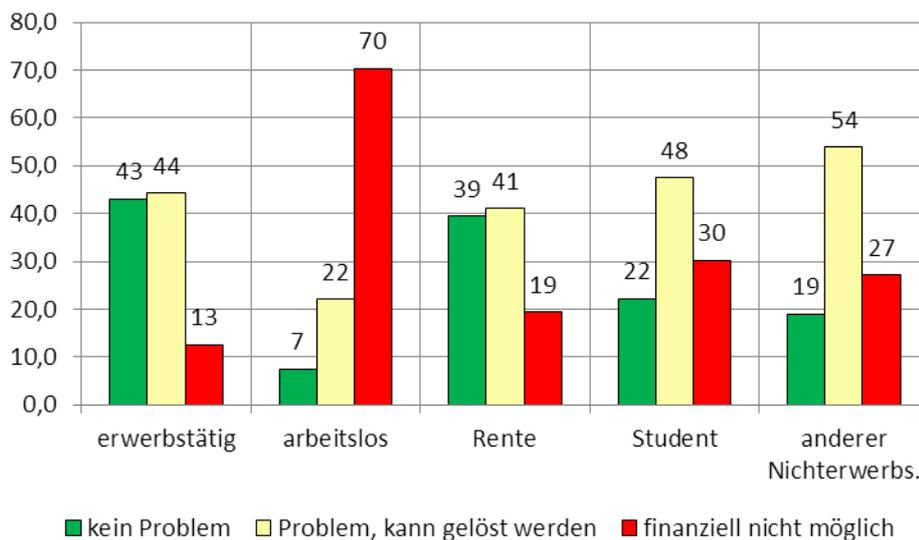
**Abb. 76: Erneuerungsbedarf von Möbeln nach Alter (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Ebenso sind auch bei den Möbeln die Erwerbslosen mehrheitlich (70%) der Meinung, die Neuanschaffung wäre für sie finanziell nicht möglich. Unter den ALG II Empfängern sind es sogar 79%.

**Abb. 77: Finanzielle Probleme bei der Neuanschaffung von Möbeln nach Erwerbsstatus (in Prozent – nur jene, die einen Neuanschaffungsbedarf haben)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

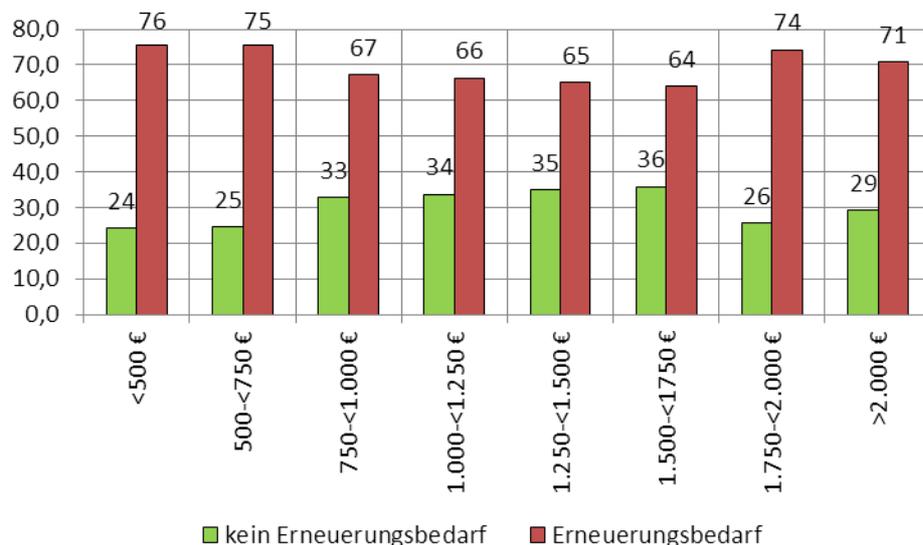
### 7.4.3 Kleidung

Während Geräte und Möbel eher langfristige und teure Ausstattungsgegenstände sind, ist Kleidung i. d. R. billiger, muss dafür aber häufiger neu angeschafft werden und zwar nicht immer aus Gründen des Verschleißes, sondern meist eher aus „Modernisierungsgründen“. Um zu ermitteln, ob es auch auf diesem Gebiet spezifische Problemlagen gibt und ob sich daraus Handlungserfordernisse ableiten lassen, wurde mit der Umfrage ein kurzer Blick in die Magdeburger Kleiderschränke geworfen.

Dabei zeigt sich, dass der „Modernisierungsbedarf“ von Kleidung doch erheblich höher ist, als bei Geräten und Möbeln. Nur 32% der Befragten sehen keinen aktuellen Erneuerungsbedarf, 68% hingegen halten eine Neuanschaffung von Kleidungsstücken für notwendig.

Dieser, wahrscheinlich als laufend zu betrachtende, Erneuerungsbedarf ist bei fast allen Gruppen gleichermaßen hoch. Er ist wiederum bei den Erwerbslosen etwas höher (81%) und bei den Senioren geringer (unter 60%). Er ist bei den (vielfach arbeitslosen) Alleinstehenden im mittleren Alter sowie bei den (ebenfalls vielfach arbeitslosen) Alleinerziehenden besonders hoch, weil hier wahrscheinlich die mit der Dauer der Arbeitslosigkeit nicht erfüllten Erneuerungsbedarfe zunehmend auflaufen. Bei den Senioren hingegen ist wahrscheinlich der soziale Druck, „mit der Mode gehen“ zu müssen geringer, als bei den Jüngeren, die in Ausbildung und Beruf häufig einer solchen Anforderung ausgesetzt sind. Aus diesem Grund ist wahrscheinlich auch der etwas wachsende Erneuerungsbedarf bei den etwas höheren Einkommensgruppen auf eine solche „modische Modernisierung“ und weniger auf eine notwendige „Sanierung“, wie bei den unteren Einkommensgruppen, zurückzuführen.

**Abb. 78: Erneuerungsbedarf von Kleidung nach Einkommen (in Prozent)**

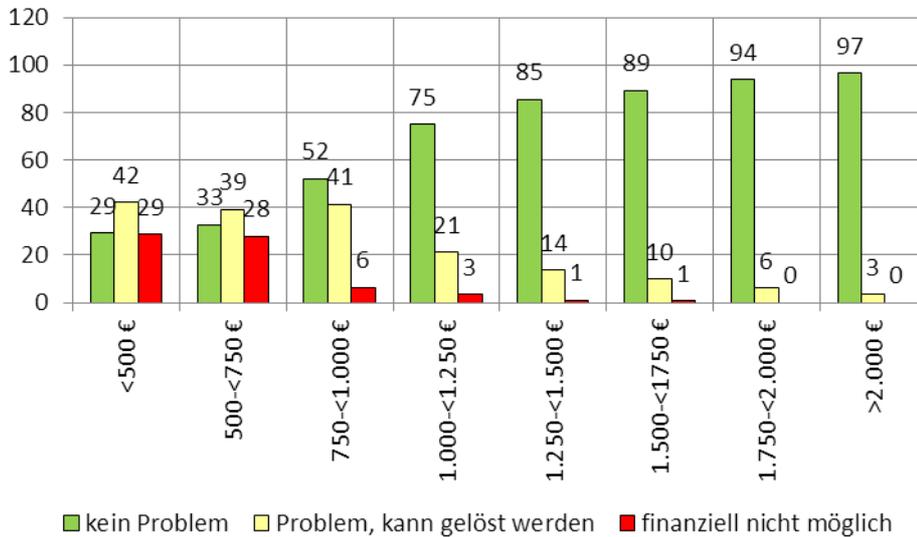


Quelle: Befragung (gewichtet)

Von jenen, die bei der Kleidung einen Erneuerungsbedarf sehen, meinen zwei Drittel, dies sei für sie finanziell kein großes Problem. Weitere 25% sehen zwar finanzielle Probleme bei der Anschaffung von neuer Kleidung, glauben dies aber durch Ansparen

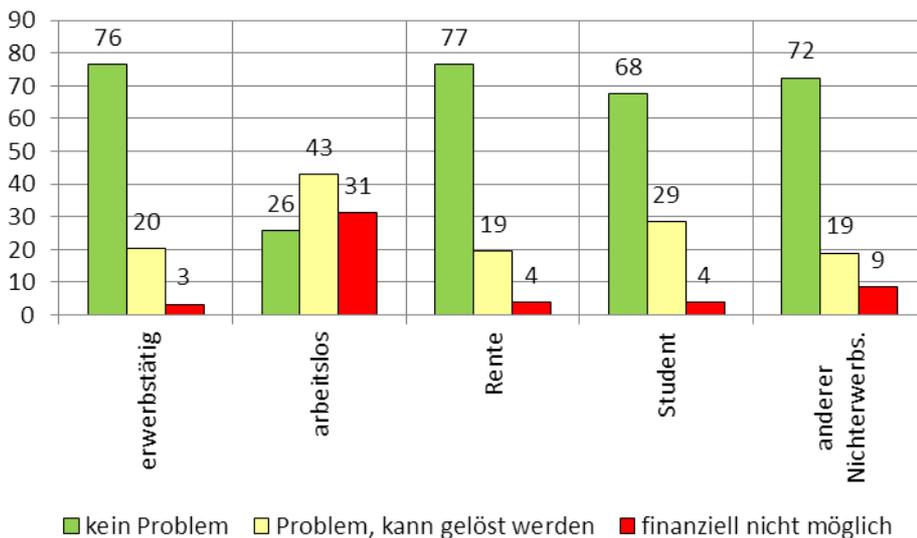
o. Ä. lösen zu können. Probleme mit der Ersatzbeschaffung glauben hingegen 9% der Befragten zu haben.

**Abb. 79: Finanzielle Probleme bei der Neuanschaffung von Kleidung nach Einkommen (in Prozent – nur jene, die einen Neuanschaffungsbedarf haben)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 80: Finanzielle Probleme bei der Neuanschaffung von Kleidung nach Erwerbsstatus (in Prozent – nur jene, die einen Neuanschaffungsbedarf haben)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

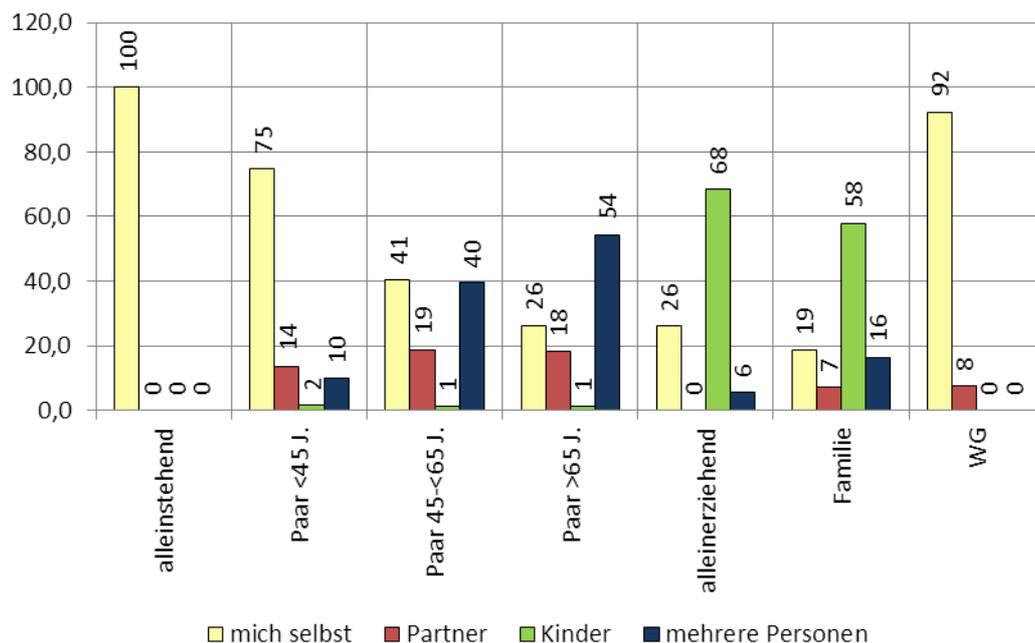
Auch diese Einschätzung ist stark vom Einkommen abhängig. Bei einem Einkommen von weniger als 750 € sehen etwa 29% unlösbare finanzielle Probleme und etwa 40% sehen sich veranlasst, für neue Kleidungsstücke zu sparen. Letzteres gilt auch für die Gruppe mit 750 € bis unter 1.000 € Einkommen. Ab einem Äquivalenzeinkommen von

1.000 € stellt der Kauf neuer Kleidung dann kein Problem mehr dar und auch Sparen ist dann kaum noch erforderlich.

Die Höhe des Einkommens ist wiederum abhängig von der Erwerbsbeteiligung, so dass vor allem Arbeitslose vor ein unlösbares finanzielles Problem gestellt werden (31% - bei den ALG II Empfängern 41%) bzw. sich deutlich mehr als andere Gruppen um das notwendige Ansparen bemühen müssen. Nur 26% sehen kein finanzielles Problem (bei den ALG II Empfängern nur 17%).

Hinsichtlich der Kleidungsstücke sollte auch in Erfahrung gebracht werden, wer innerhalb der Familie den hauptsächlichen Bedarf hat. In der Hälfte der Fälle (51%) hat die Bezugsperson selbst den Bedarf, was neben den Einpersonenhaushalten (100%) insbesondere in jüngeren Paarhaushalten (75%) und natürlich Wohngemeinschaften (92%) angegeben wurde, da es für Wohngemeinschaften typisch ist, dass jeder in Hinsicht auf persönliche Kleidung, Ausstattung usw. für sich wirtschaftet. Auch bei den jungen Paaren scheint es inzwischen, in einem modernen Verständnis von Partnerschaft, üblich zu sein, dass für die Kleidung jeder selbst verantwortlich ist. Anders ist der hohe Wert für „mich selbst“ nicht zu erklären, denn er wird sowohl von Frauen als auch von Männern in gleicher Häufigkeit genannt. Dagegen wird nur von jedem zehnten jungen Paar ein gemeinsamer Bedarf benannt. Bei den älteren Paaren hingegen wird weitaus häufiger betont, dass Bedarf für beide Partner besteht (zu 40% bei den 45- bis unter 65-jährigen und 54% bei den über 65-jährigen).

**Abb. 81: Person mit hauptsächlichem Bedarf an zu erneuernder Kleidung (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

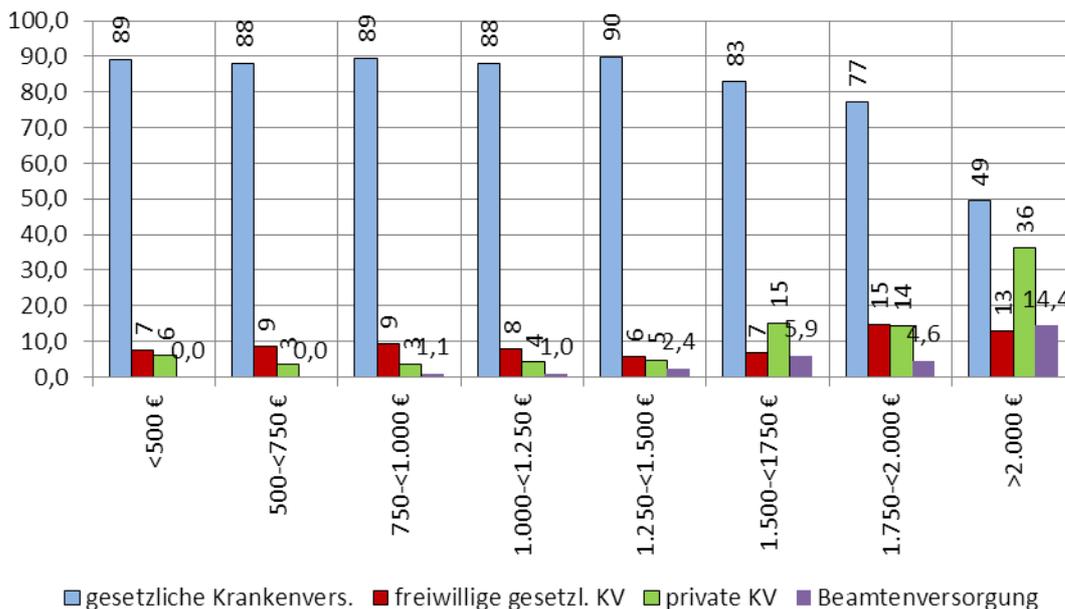
Während in den Ein- und Zweipersonenhaushalten jeweils Bedarf an Kleidung für Erwachsene besteht, richtet sich der Bedarf in Familien (zu 58%) und bei Alleinerziehenden (zu 68%) auf die Kinder. Berücksichtigt man zudem die Angabe, dass mehrerer Personen in den Familienhaushalten einen Bedarf haben, wobei darin überwie-

gend wieder die Kinder einbezogen sind, dann haben in Familien und bei Alleinerziehenden zu drei Vierteln hauptsächlich Kinder einen Bedarf an neuer Kleidung. Der Bedarf für Kinder ist dabei in Familien bei Erwerbslosen (62%) geringfügig höher als bei Erwerbstätigen (60%). Bei den Alleinerziehenden ist der Abstand größer, hier geben 84% der arbeitslosen und 64% der erwerbstätigen Alleinerziehenden einen hauptsächlichsten Bedarf für die Kinder an.

## 7.5 Soziale und materielle Absicherung

Zur Ausstattung eines Haushalts kann auch die Absicherung vor Risiken des Lebens in Form von Versicherungen gezählt werden. Dabei gehören die gesetzliche Kranken- und die Rentenversicherung zur Pflicht der meisten abhängig Beschäftigten bzw. ist inzwischen für alle die Mitgliedschaft in irgendeiner Form von Krankenversicherung gesetzlich vorgesehen. So sind 83% der Befragten in einer gesetzlichen Krankenkasse versichert. Weitere 8,6% geben an, dass sie selbst (oder über Mehrfachnennungen der Partner, daher der Überhang zu den 100%) in einer gesetzlichen Versicherung freiwillig versichert sind. In weiteren 8,6% der Haushalte ist ein Mitglied privatversichert und in 2,7% der Haushalte sind Haushaltsmitglieder über die Beamtenversorgung abgesichert, wobei es hier die häufigsten Überschneidungen mit der (zusätzlich abgeschlossenen) Privatversicherung gibt.

**Abb. 82: Art der Krankenversicherung nach Einkommen (Mehrfachnennungen in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Eine freiwillige Versicherung innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung gilt für abhängig Beschäftigte oberhalb einer bestimmten Einkommensgrenze oder für Selbständige, die auf eine private Krankenversicherung verzichten. Entsprechend wächst mit zunehmendem Einkommen auch der Anteil der freiwillig bzw. privat Krankenversicherten.

Arbeitslose sind überwiegend pflichtversichert, können aber auch privat versichert sein, wenn sie vor der Arbeitslosigkeit bspw. selbstständig waren. Auch eine freiwillige Versicherung ist möglich, wenn z.B. weiter selbstständig Tätige nur aufstockendes ALG II erhalten. Immerhin sind in der Befragung 1,6% der Erwerbslosen privat versichert und 6,1% freiwillig in der gesetzlichen Krankenkasse versichert.

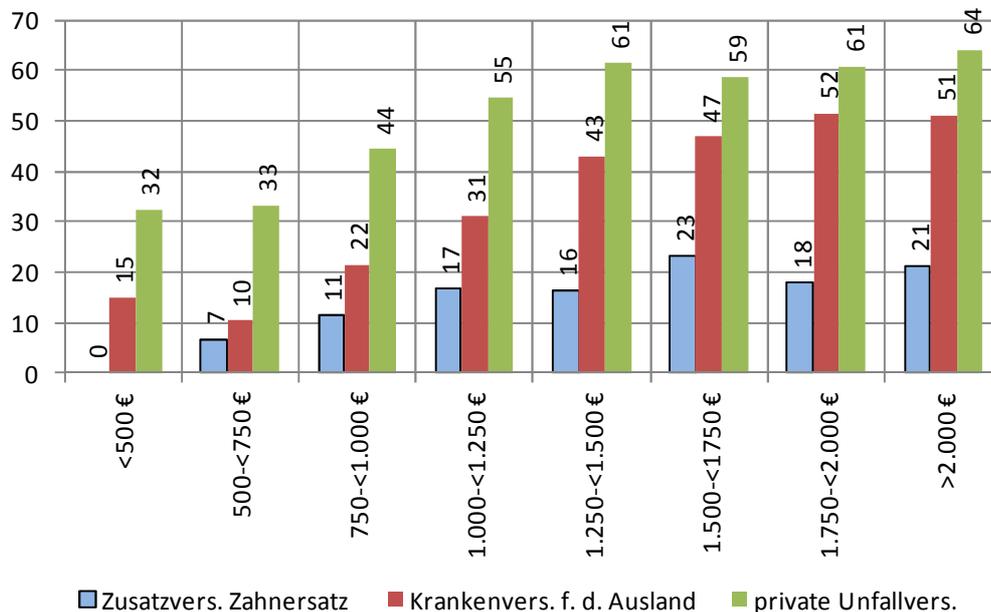
Eine freiwillige Zusatzversicherung für z.B. Zahnersatz haben 14,4% der Befragten abgeschlossen, davon hauptsächlich Erwerbstätige (18%), während nur 5% der Erwerbslosen eine solche Zusatzversicherung haben.

Eine private Unfallversicherung hat fast jeder zweite Befragte (49%), wobei auch hier die Erwerbstätigen mit 62% dominieren und nur jeder dritte Arbeitslose eine solche Versicherung hat.

Eine private Zusatzkrankenversicherung für das Ausland (für den Urlaub z.B.) haben 29% der Befragten, wobei der Anteil bei den Erwerbstätigen 38% und bei den Erwerbslosen nur 8% beträgt.

Diese privaten Zusatzversicherungen hängen stark von der Höhe des Einkommens ab. Mit wachsendem Einkommen steigt auch der Anteil der privat Zusatzversicherten.

**Abb. 83: Private Zusatzversicherungen nach Einkommen  
(Mehrfachnennungen in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

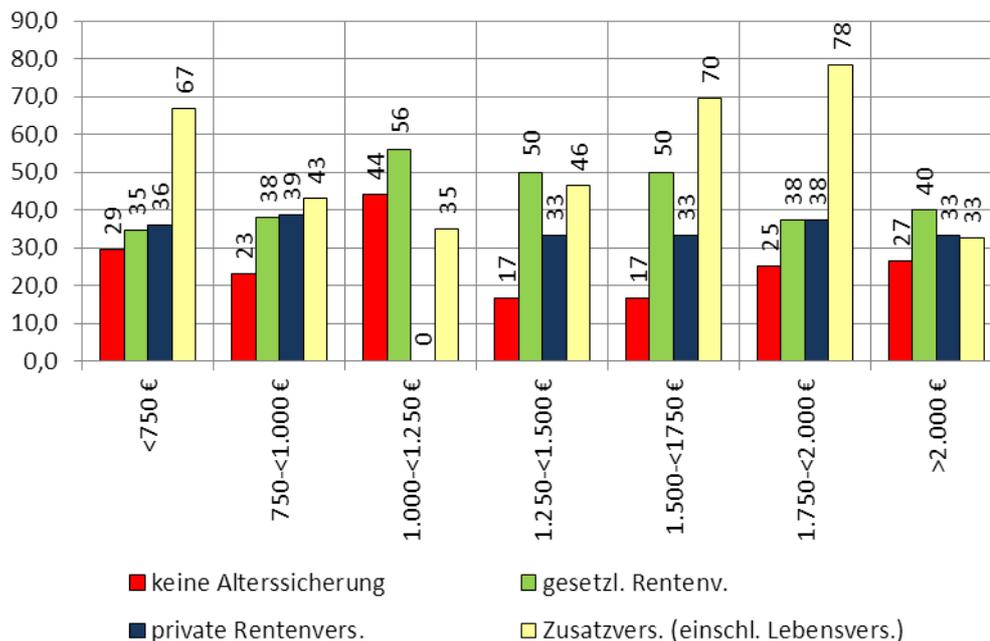
Im Gegensatz zu Krankenversicherungen ist eine Rentenversicherung nur für abhängig Beschäftigte obligatorisch und erfolgt über die gesetzliche Rentenversicherung (Beamte erhalten eine staatliche Pension). Insofern sind alle abhängigen Erwerbstätigen mit Ausnahme der Beamten Mitglied der gesetzlichen Rentenversicherung. Dies gilt automatisch auch für alle bei der Agentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen. Beschäftigte in sog. Mini-Jobs sind über eine pauschale Abgabe, die der Arbeitgeber zu

leisten hat, ebenfalls sozialversichert. Selbständige müssen hingegen privat für ihre Alterssicherung sorgen (u.a. durch freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Rentenversicherung, durch die sog. Rürup-Rente, durch Lebensversicherungen o.Ä.).

Von Interesse ist daher hauptsächlich nur die Frage, wie hoch der Anteil der freiwillig gesetzlich Rentenversicherten bzw. der Anteil der privaten Altersvorsorge bei den Selbständigen ist. Außerdem interessiert der Grad der freiwilligen Zusatzversicherung (Riester-Rente) bei den gesetzlich Versicherten.

Von den hauptberuflich Selbständigen gaben 42% an, Mitglied in der gesetzlichen Rentenversicherung zu sein und 45% gaben an, eine private Altersvorsorge zu betreiben (einige davon zusätzlich zur gesetzlichen Versicherung, die Mehrzahl aber als Alternative dazu). Keine Angaben zu der Frage machten 29% der Selbständigen, wobei nur vermutet werden kann, dass die meisten davon tatsächlich keine Altersvorsorge haben, denn nach „nicht versichert“ wurde nicht gesondert gefragt. Andererseits ist es durchaus wahrscheinlich, denn fast zwei Drittel derjenigen, die keine Angaben zur Altersvorsorge gemacht haben, haben ein Äquivalenzeinkommen von weniger als 1.250 €. Mit steigendem Einkommen wächst der Anteil derjenigen, die private Zusatzversicherungen abgeschlossen haben (einschließlich Lebensversicherungen).

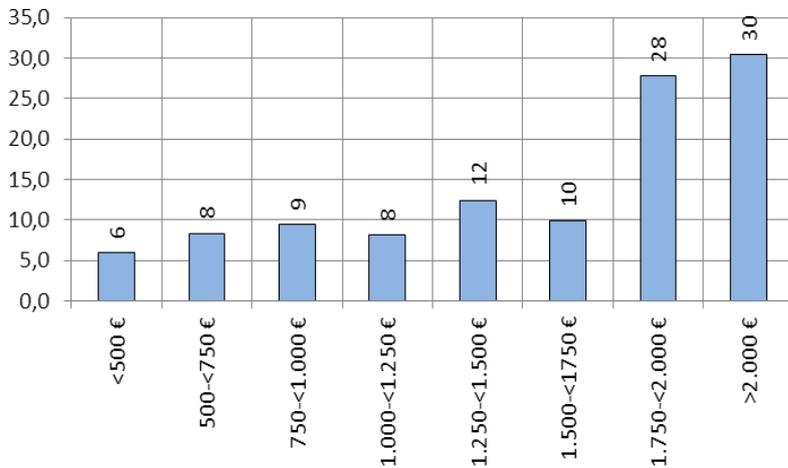
**Abb. 84: Formen der Altersvorsorge bei den Selbständigen nach Einkommen (Mehrfachantworten in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Von den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten geben 40% an, eine Zusatzversicherung zur Altersvorsorge zu besitzen und weitere 45% haben eine Lebensversicherung. Unter den Beamten (bzw. in deren Haushalten) haben sich 36% zusätzlich versichert und 74% verfügen über eine Lebensversicherung. Unter den Arbeitslosen sind nur 20% über eine Zusatzversicherung abgesichert und 27% verfügen über eine Lebensversicherung.

**Abb.85b Privatversicherung gegen Invalidität nach Einkommen (in Prozent)**

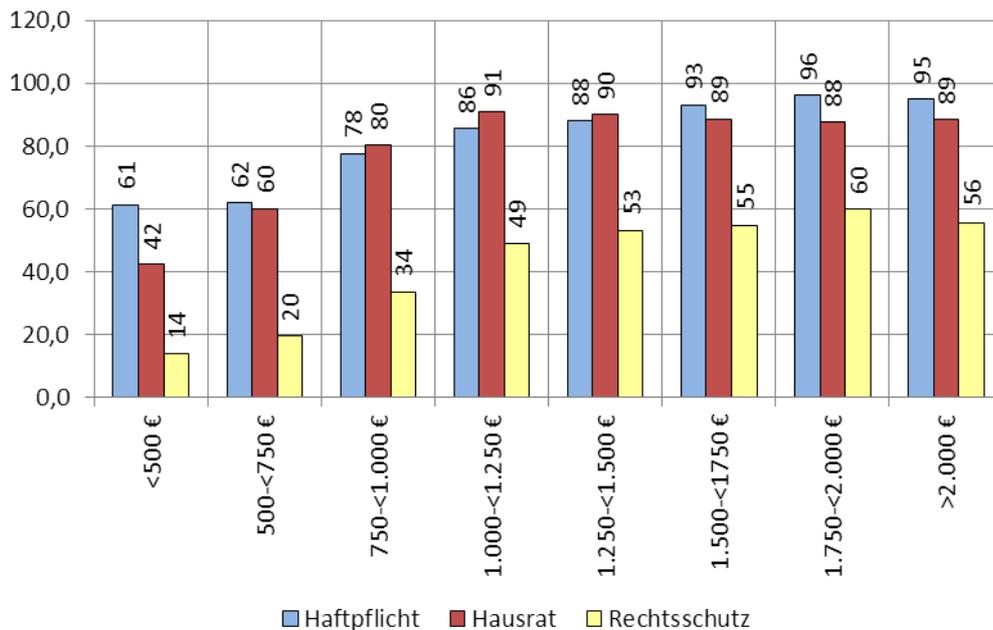


Für gesetzlich Versicherte gibt es außerdem die Möglichkeit der privaten Zusatzversicherung für den Fall einer Erwerbsunfähigkeit durch Invalidität. Dies nutzen 11% der Befragten, davon 20% der Erwerbstätigen und nur 3% der Erwerbslosen. Während von den unteren Einkommensgruppen weniger als 10% eine solche Versicherung haben, sind es ab einem Einkommen von 1.750 € fast 30%.

Quelle: Befragung (gewichtet)

Zu den weiteren sehr verbreiteten Versicherungen zählen die Haftpflicht-, die Hausrat- und die Rechtsschutzversicherung. Jeweils etwa 80% der befragten Haushalte verfügen über eine Haftpflicht- bzw. eine Hausratversicherung. Eine Rechtsschutzversicherung haben 41% der Befragten. Der Anteil der Policeninhaber wächst mit zunehmendem Einkommen.

**Abb. 85: Haftpflicht-, Hausrat- und Rechtsschutzversicherungen (Mehrfachnennungen in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

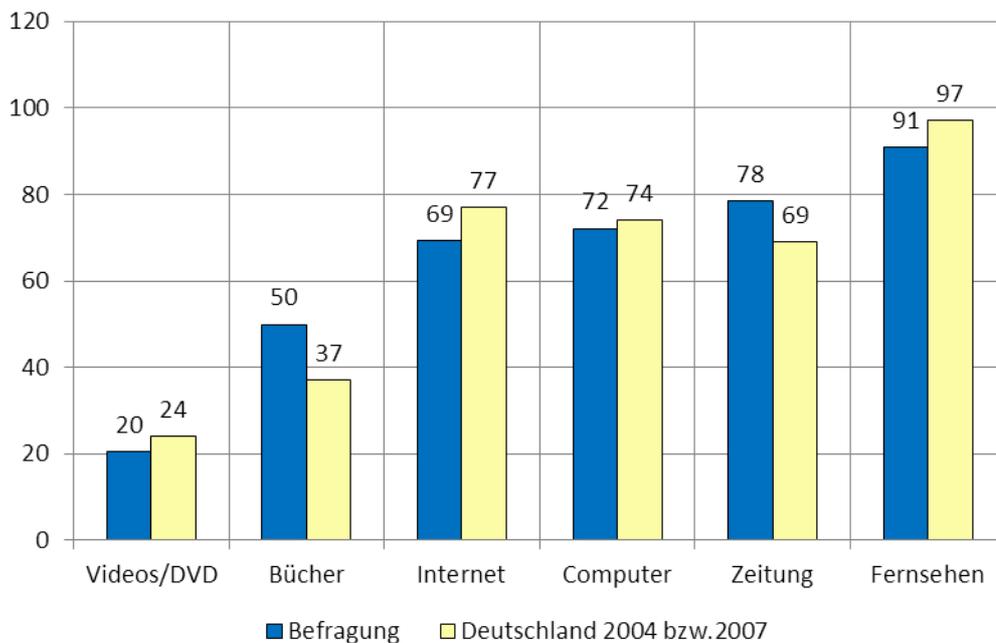
## 8 Freizeitaktivitäten

Aktivitäten in der Freizeit hängen zunächst vom Lebensalter bzw. von der biographischen Situation ab, in der man lebt. Diese bestimmt wesentlich das *Interesse* an den jeweils möglichen Freizeitaktivitäten, d.h. die Freizeit wird je nachdem, ob man noch Single oder ob man verheiratet ist und Kinder hat, oder ob man mit oder ohne Partner im Ruhestand lebt in sehr unterschiedlicher Weise ausgefüllt. Darüber hinaus spielt die konkrete Lebenslage eine wichtige Rolle, worin wiederum die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte von wesentlicher Bedeutung ist. Zum einen, weil wirtschaftliche Lage und Lebensstil oft eng zusammenhängen und zum anderen, weil die wirtschaftliche Situation es den Haushaltsmitgliedern in unterschiedlichem Ausmaß erlaubt, welche bzw. wie häufig sie verschiedene Freizeitaktivitäten unternehmen *können*. Sofern Freizeitaktivitäten mit Kosten verbunden sind, können sie z.B. von einkommensschwachen Haushalten erfahrungsgemäß weniger häufig unternommen werden, d.h. ihre gesellschaftlichen Teilhabechancen sind regelmäßig geringer.

In den letzten beiden Jahrzehnten hat sich durch die Einführung neuer Techniken das Freizeitverhalten in Deutschland deutlich geändert. Heute verwenden die Menschen einen großen Teil ihrer Freizeit zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Neben Fernsehen spielen hier Computer und das Internet die Hauptrolle.

Auch in der Magdeburger Bürgerumfrage stehen diese Freizeitbeschäftigungen an der Spitze und bewegen sich weitgehend im Bundesdurchschnitt.

**Abb. 86: Freizeitaktivitäten im Bereich der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien („täglich“ und „mindestens 1x die Woche“ in Prozent)**

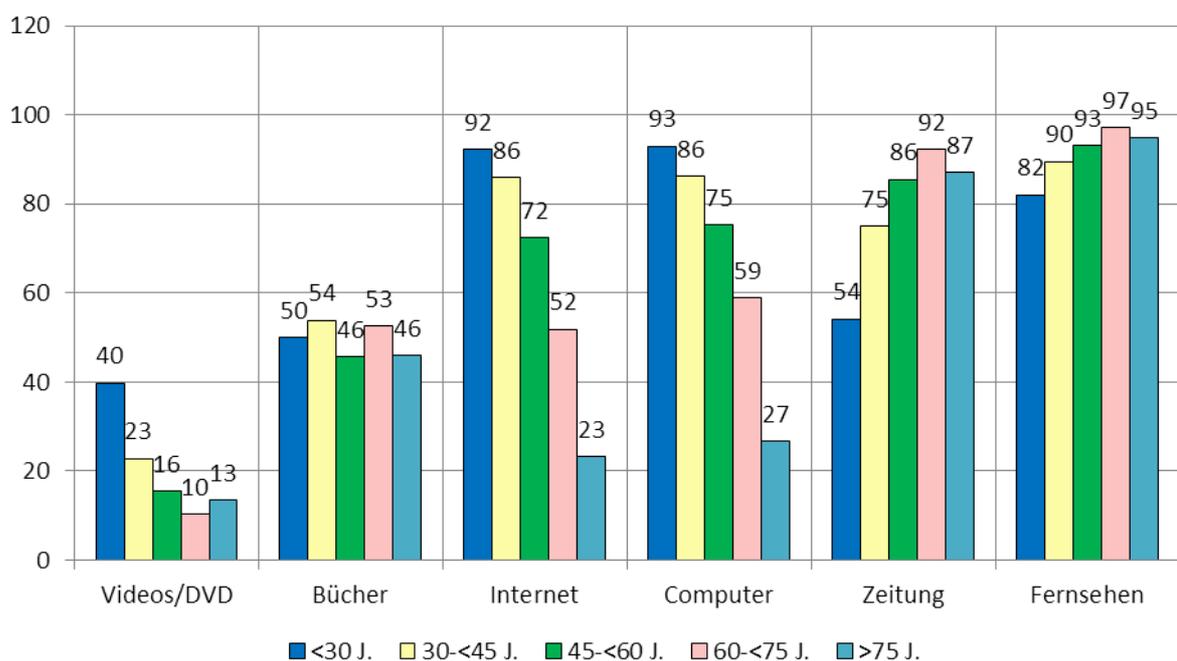


Anm.: Die Daten für den Bundesdurchschnitt für Fernsehen, Zeitung, Bücher und Videos/DVD stammen von 2004, die Daten für Internet und Computer aus dem Jahr 2007.

Quelle: Befragung 2009, Statistisches Bundesamt Datenreport 2006 und 2008

Während in Magdeburg Bücher in allen Altersgruppen von etwa jedem Zweiten gelesen werden, nehmen der Fernsehkonsum und noch etwas stärker das Lesen von Zeitungen/Zeitschriften mit steigendem Alter zu. Insbesondere Bewohner von Wohngemeinschaften sowie jüngere Alleinstehende haben einen geringeren Fernsehkonsum als andere Gruppen. Die geringere Nutzung der traditionellen Printmedien wird hauptsächlich dadurch verursacht, dass junge Menschen sich heute ihre Informationen sehr viel häufiger als ältere über die neuen Medien besorgen. Die unter 30-jährigen nutzen zu über 90% regelmäßig den Computer und das Internet. Bei den mittleren Generationen der Erwerbsfähigen sind es etwa drei Viertel, bei den 60- bis unter 75-jährigen jeder Zweite und bei den über 75-jährigen nur noch jeder Vierte.

**Abb. 87: Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien nach Alter („täglich“ und „mindestens 1x die Woche“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

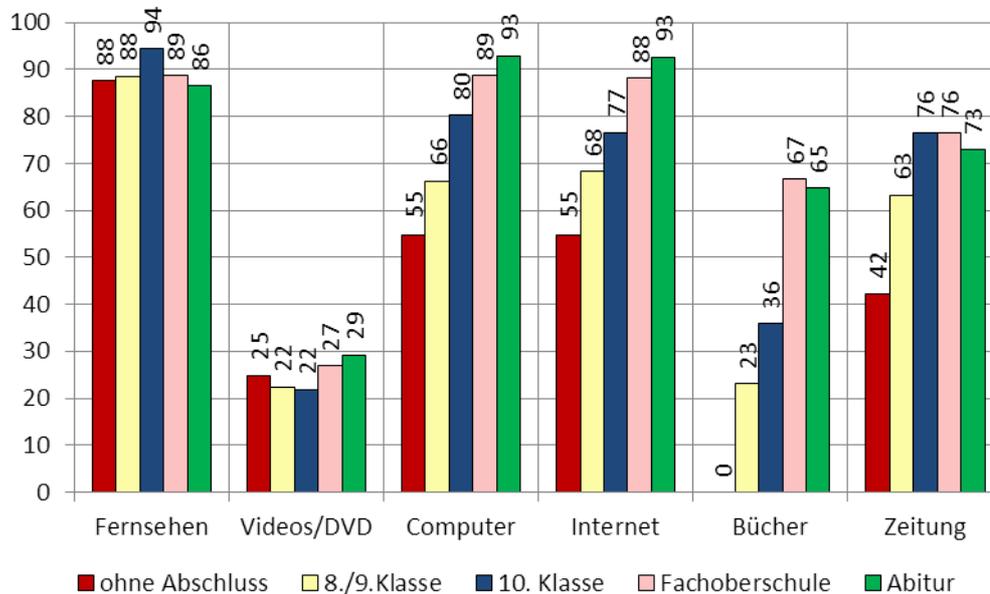
Unterschiede in der Nutzung vor allem von Computer, Internet, Büchern und Zeitungen zeigen sich auch nach Erwerbsstatus, indem Arbeitslose diese Möglichkeiten etwas seltener nutzen als Erwerbstätige oder Studenten, die fast ohne Ausnahme die neuen Medien nutzen, aber auch überdurchschnittlich häufig zu einem Buch greifen. Nur beim Zeitung lesen liegen sie 10 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt.

Ein deutlicher Zusammenhang besteht zwischen der schulischen und beruflichen Bildung der Befragten und zwar besonders dann, wenn man nur die unter 60-jährigen betrachtet.<sup>28</sup> Bei Fernsehen und Video/DVD spielt die Bildung eine eher untergeordnete Rolle. Dafür werden sowohl die klassischen (Bücher, Zeitungen) als auch die mo-

<sup>28</sup> Bei den über 60-jährigen sind Schul- und Berufsausbildung generationsspezifisch anders verteilt als in den jüngeren Gruppen und außerdem beeinflusst das Alter die Nutzung der Medien. Um diesen Faktor auszuschalten werden nur die unter 60-jährigen verglichen.

deren Informationsmedien (Computer, Internet) mit zunehmender Bildung häufiger genutzt. Das gleiche Bild zeigt sich auch für die berufliche Qualifikation.

**Abb. 88: Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien der unter 60-jährigen nach Schulbildung („täglich“ und „mindestens 1x die Woche“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

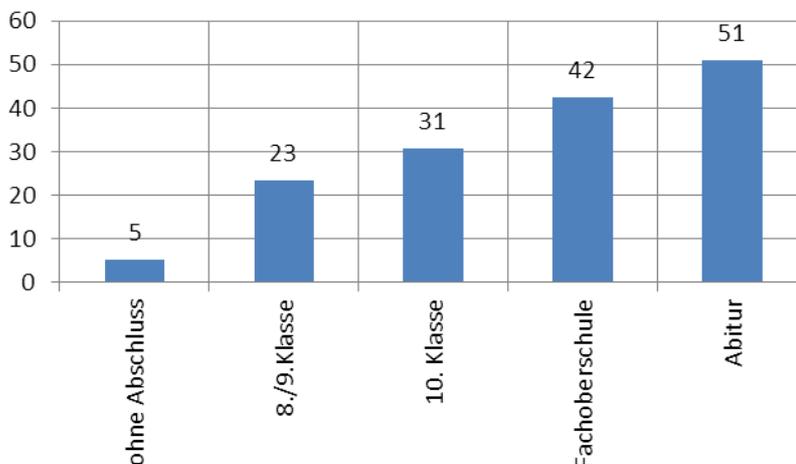
Heimwerken (basteln/reparieren in Haus, Garten, Auto) als typische innerhäusliche Aktivität wird von 35% der Befragten mindestens einmal die Woche ausgeübt. Unter 30-jährige begeistert diese Aktivität nur wenig, nur 15% können sich regelmäßig dafür erwärmen. Bis zur Altersgruppe der über 75-jährigen steigt dann der Anteil der Heimwerker stetig an bis auf 55%. Die Senioren haben dann nur noch zu 28% Interesse. Entsprechend der Altersverteilung sind vor allem (jüngere) Rentner, Erwerbstätige und sonstige Nichterwerbstätige begeisterte Heimwerker, während Studenten und Arbeitslose wenig Gefallen und wahrscheinlich aufgrund des geringen Einkommens auch weniger Chancen dazu haben. Tatsächlich steigt mit zunehmendem Einkommen die Quote der Heimwerker etwas an.

Aktive sportliche Betätigung steht für 37% der Befragten mindestens einmal die Woche auf dem Programm. Dieser Prozentsatz gilt für alle Altersgruppen unter 75 Jahren. Ältere Senioren treiben nur noch zu 13% Sport. Studenten (52%) und Erwerbstätige (46%) treiben am häufigsten Sport, während nur gut jeder fünfte Erwerbslose (22%) dies angibt. In Ostdeutschland treiben 32% der Bevölkerung mindestens einmal die Woche Sport.<sup>29</sup>

Aktive sportliche Betätigung ist einkommensabhängig, indem der Anteil der Sporttreibenden mit wachsenden Einkommen stetig zunimmt. Ebenfalls besteht ein Zusammenhang mit der Bildung, indem mit jeweils höherem Schulabschluss auch der Anteil der Sporttreibenden wächst.

<sup>29</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2006, Wiesbaden 2007, S. 529

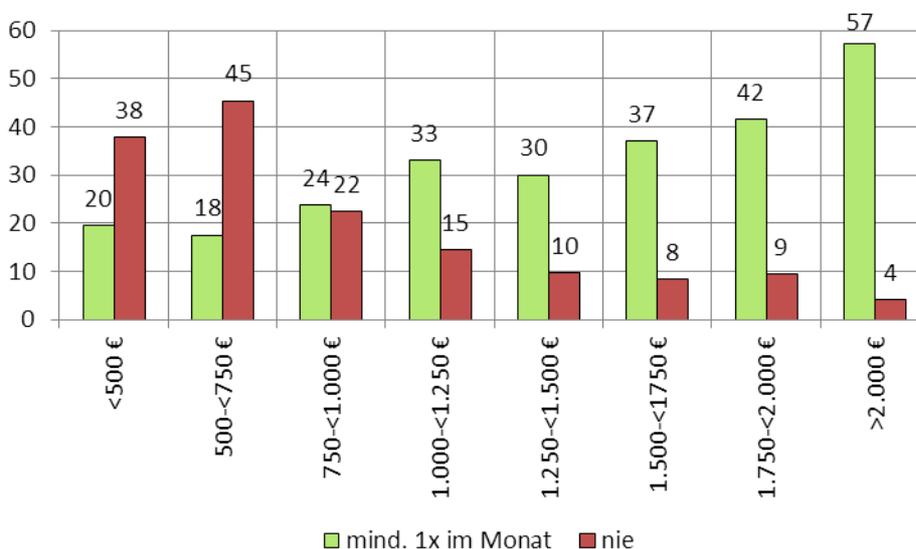
**Abb. 89: Aktiv Sport treiben nach Schulabschluss („täglich“ und „mindestens 1x die Woche“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Das Spazierengehen als weniger leistungsbezogene und mehr der Erholung dienende körperliche Aktivität wird von fast zwei Drittel der Befragten (64%) bevorzugt. Im Bundesdurchschnitt sind es 61%.<sup>30</sup> Diese Freizeitbeschäftigung ist weniger vom Einkommen oder von der Bildung abhängig, hier spielt eher das Alter eine Rolle, indem von den unter 30-jährigen nur 45% mindestens einmal die Woche spaziergehen, die mittleren Jahrgänge zu etwa 62% und die 60- bis unter 75-jährigen zu 81%.

**Abb. 90: Ausflüge und (Kurz-)Reisen nach Einkommen (in Prozent)**



Anm.: Zusammengefasst zu mind. 1x im Monat sind „täglich“, „mindestens 1x die Woche“ und „mind. 1x pro Monat“ sowie „nie“ und „ich würde gern“ zu „nie“ in Prozent) - Quelle: Befragung (gewichtet)

Zum Bereich Erholung zählen auch (Kurz-)Reisen und Ausflüge, die von 29% mindestens einmal im Monat unternommen werden und 48% „seltener“. Nur 23% geben an,

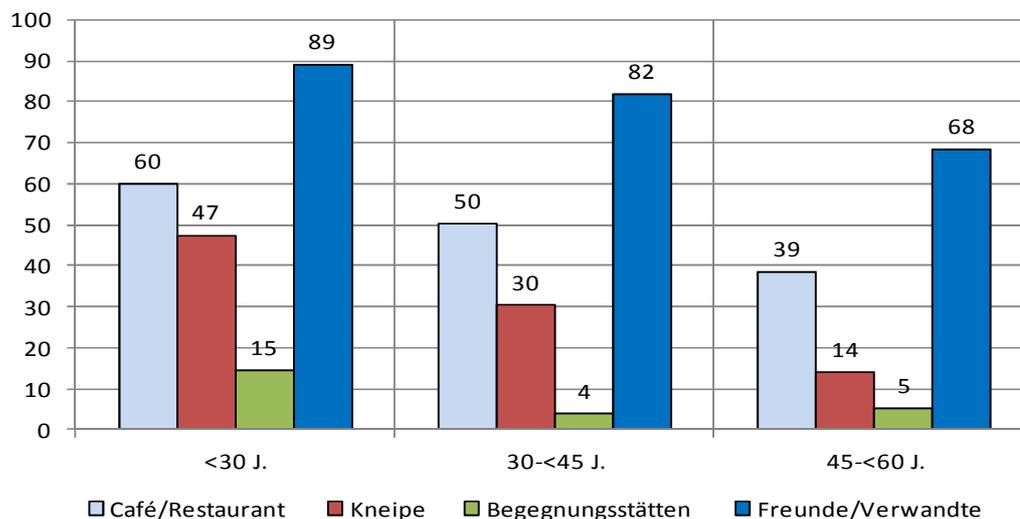
<sup>30</sup> ebenda, S. 529

nie Reisen zu unternehmen. Im Bundesdurchschnitt unternehmen 32% der Erwachsenen mindestens einmal im Monat Kurzreisen oder Ausflüge und 54% „seltener“.<sup>31</sup> Reisen und Ausflüge sind i.d.R. mit Kosten verbunden, daher besteht zwischen der Häufigkeit der Ausflüge und dem Einkommen ein deutlicher Zusammenhang, der ebenfalls hinsichtlich des Erwerbsstatus gegeben ist. Während nur 12% der Erwerbstätigen, 21% der Rentner und sogar nur 17% der nur mit geringem Einkommen ausgestatteten Studenten „nie“ verreisen, sind es bei den Arbeitslosen 53%, die sich keine Ausflüge leisten können.

Ein besonderer Teil der Freizeitaktivitäten sind die verschiedenen Möglichkeiten der Geselligkeit und der sozialen und kulturellen Teilhabe. Zur Geselligkeit zählen dabei insbesondere Treffen mit Freunden und Verwandten im privaten Rahmen sowie verschiedene Formen des „Ausgehens“ in öffentliche Orte in Form von Kneipen- und Restaurantbesuchen, das Aufsuchen von Begegnungsstätten/Clubs usw. Dies sind alles Orte und Situationen, deren Hauptzweck i.d.R. darin besteht, mit anderen Menschen zu kommunizieren.

Sich mit Freunden, Verwandten oder Nachbarn zu treffen gehört für drei Viertel der Befragten mindestens einmal im Monat zur Freizeitbeschäftigung. Im Bundesdurchschnitt sind es sogar etwa 83%, wobei jedoch im ALLBUS die Fragestellung etwas anders lautet und damit ein direkter Vergleich nur bedingt möglich ist.

**Abb. 91: Gesellige Aktivitäten nach Alter („täglich“, „mind. 1x die Woche“ und „mind. 1x pro Monat“ in Prozent)**

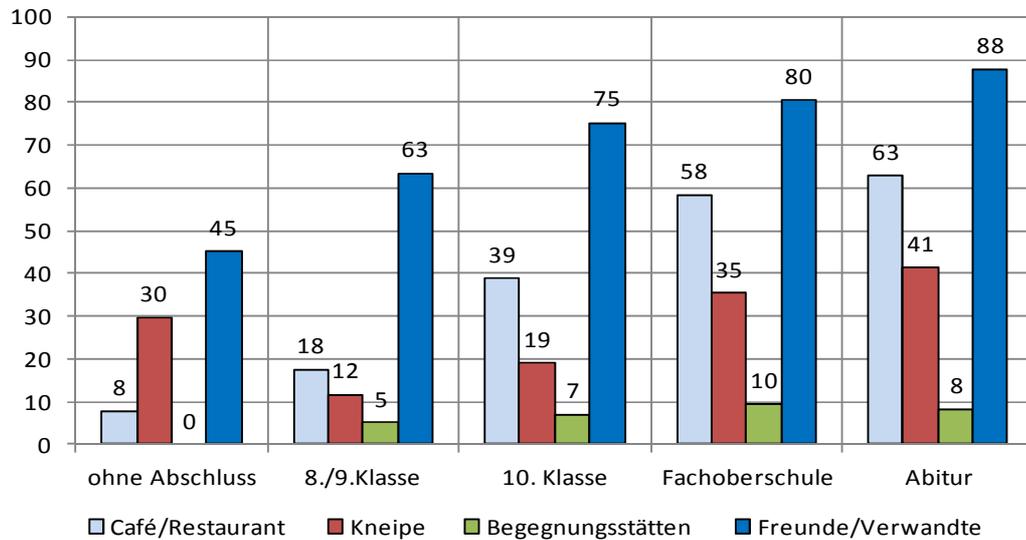


Quelle: Befragung (gewichtet)

Wie alle geselligen Aktivitäten sind die privaten Treffen mit Freunden, Verwandten usw. etwas vom Alter abhängig. Während die unter 30-jährigen zu 89% die Kommunikation mit anderen suchen, sind es bei den 30- bis unter 45-jährigen noch 82% und bei den über 45-jährigen nur noch zwei Drittel. Eine Abhängigkeit besteht auch hinsichtlich der Bildung, indem mit jeweils höherem Abschluss der Anteil der Aktivitäten steigt.

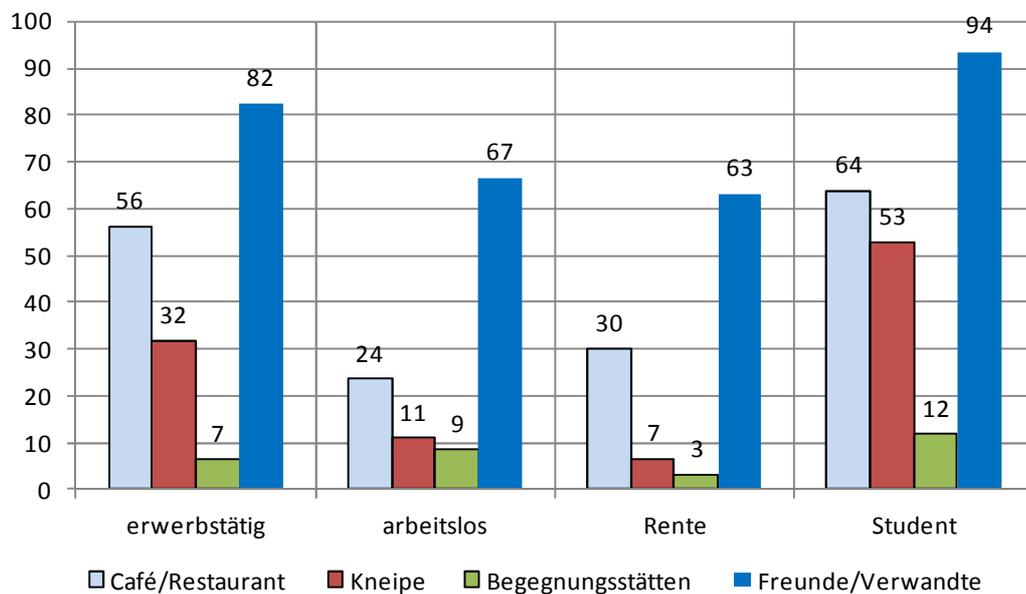
<sup>31</sup> Ebenda, S. 531

**Abb. 92: Gesellige Aktivitäten nach Schulabschluss („täglich“, „mind. 1x die Woche“ und „mind. 1x pro Monat“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 93: Gesellige Aktivitäten nach Erwerbsstatus („täglich“, „mind. 1x die Woche“ und „mind. 1x pro Monat“ in Prozent)**



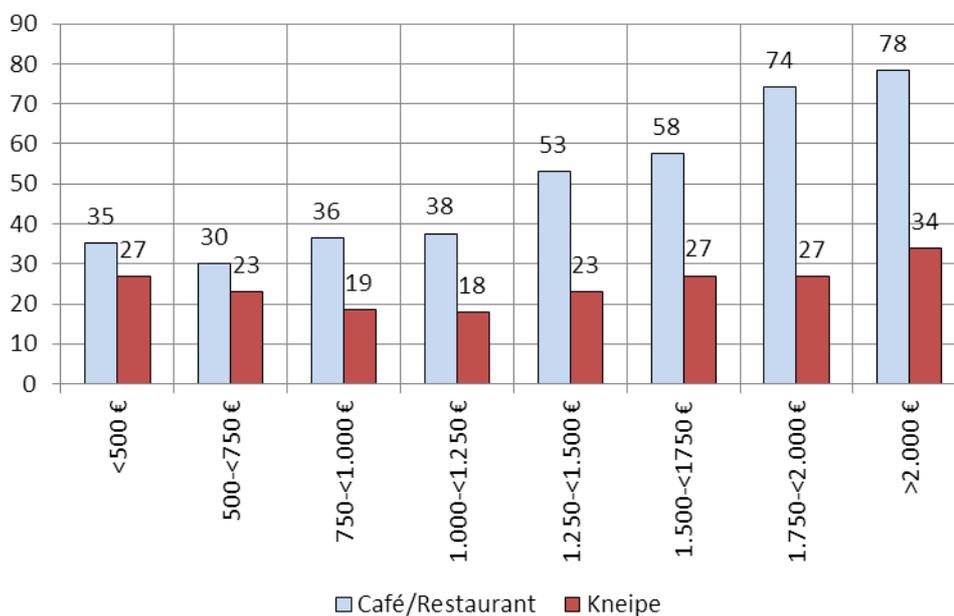
Quelle: Befragung (gewichtet)

Auch der Erwerbsstatus spielt eine Rolle und zwar auch bei der privaten Geselligkeit, wo 81% der Erwerbstätigen den regelmäßigen Kontakt zu Freunden und Verwandten pflegen, aber nur 67% der Arbeitslosen.

Die Frage des Erwerbsstatus wird noch wichtiger beim Besuch von Kneipen (22%) und Cafés/Restaurants (43%). Trotz ihrer im Schnitt sehr geringen Einkommen gehören diese Besuche zu den regelmäßigen Aktivitäten der Studenten, sie erweisen sich

als die häufigsten Kneipen- und Cafésbesucher (53% bzw. 64%), was heute wesentlich zum Lebensstil junger Menschen gehört. Der Lebensstil der Erwerbstätigen ist weniger von häufigen Kneipenbesuchen geprägt, hier stehen eher Restaurantbesuche im Vordergrund. Obwohl die Studenten erkennen lassen, dass häufige Kneipenbesuche nicht allein vom Einkommen abhängig sein müssen, zeigt sich bei den Arbeitslosen, dass diese wesentlich seltener ein Café, ein Restaurant oder eine Kneipe aufsuchen können. Insbesondere die Besuchshäufigkeit von Cafés und Restaurants ist dabei einkommensabhängig, während Kneipenbesuche offensichtlich eher eine Frage des Lebensstils sind. Im Durchschnitt gehört „Essen/Trinken gehen“ für 43% der Ostdeutschen zur mindestens einmal im Monat ausgeübten Freizeitaktivität.<sup>32</sup>

**Abb. 94: Café/Restaurant- und Kneipenbesuche nach Einkommen („täglich“, „mind. 1x die Woche“ und „mind. 1x pro Monat“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Begegnungsstätten oder Clubs suchen nur 9% der Befragten regelmäßig auf, die Mehrzahl (77%) war noch nie in einer solchen Einrichtung und 14% gehen eher „selten“ hin. Begegnungsstätten und Clubs sind i.d.R. zielgruppenspezifische Einrichtungen für Jugendliche (Jugendclubs, Studentenclubs u.Ä.), für Senioren (Seniorenclubs, -treffs u.Ä.), für Familien (Familienzentren o.Ä.) oder für andere Zielgruppen (Arbeitslosentreffs, Treffs für Migranten usw.). Insofern ist die Zuordnung zu Altersgruppen, Erwerbsstatus usw. eher zweitrangig.

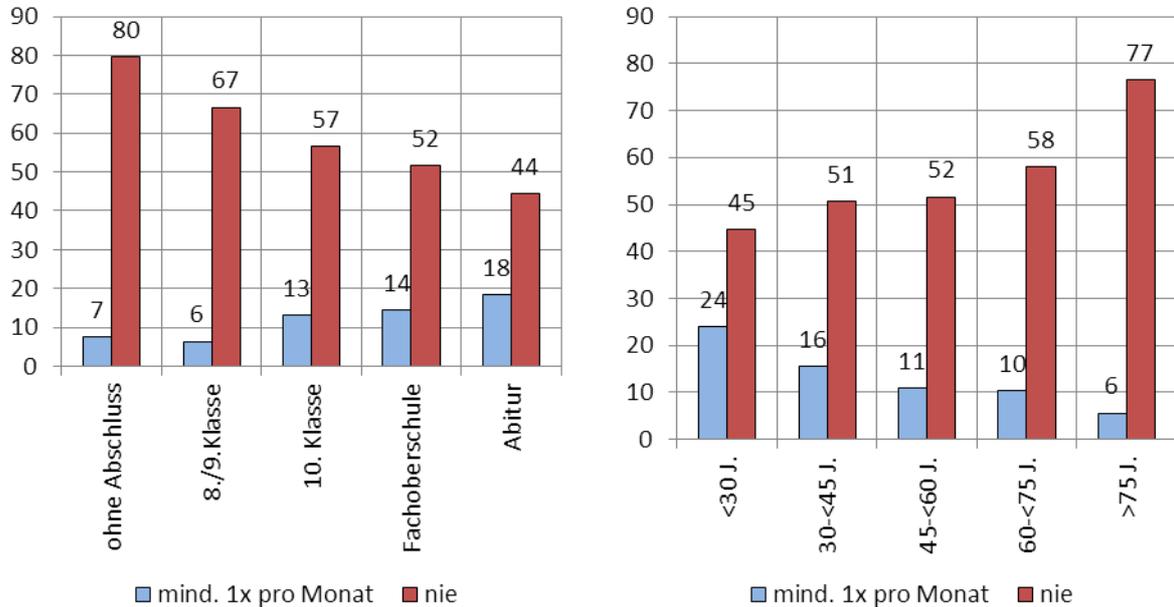
Beweggründe zum Besuch von Sportveranstaltungen sind i.d.R. Geselligkeit, Gemeinschaftsgefühl und Interesse für eine bestimmte Sportart. Von den Befragten lassen sich 16% mindestens einmal im Monat dazu bewegen, was etwas unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 18% liegt.<sup>33</sup>

<sup>32</sup> Ebenda, S. 531

<sup>33</sup> ebenda, S. 231

Der Besuch von Sportveranstaltungen ist hauptsächlich vom Alter und von der Bildung abhängig sowie tendenziell vom Einkommen.

**Abb. 95: Besuch von Sportveranstaltungen nach Schulabschluss und Alter (in Prozent)**



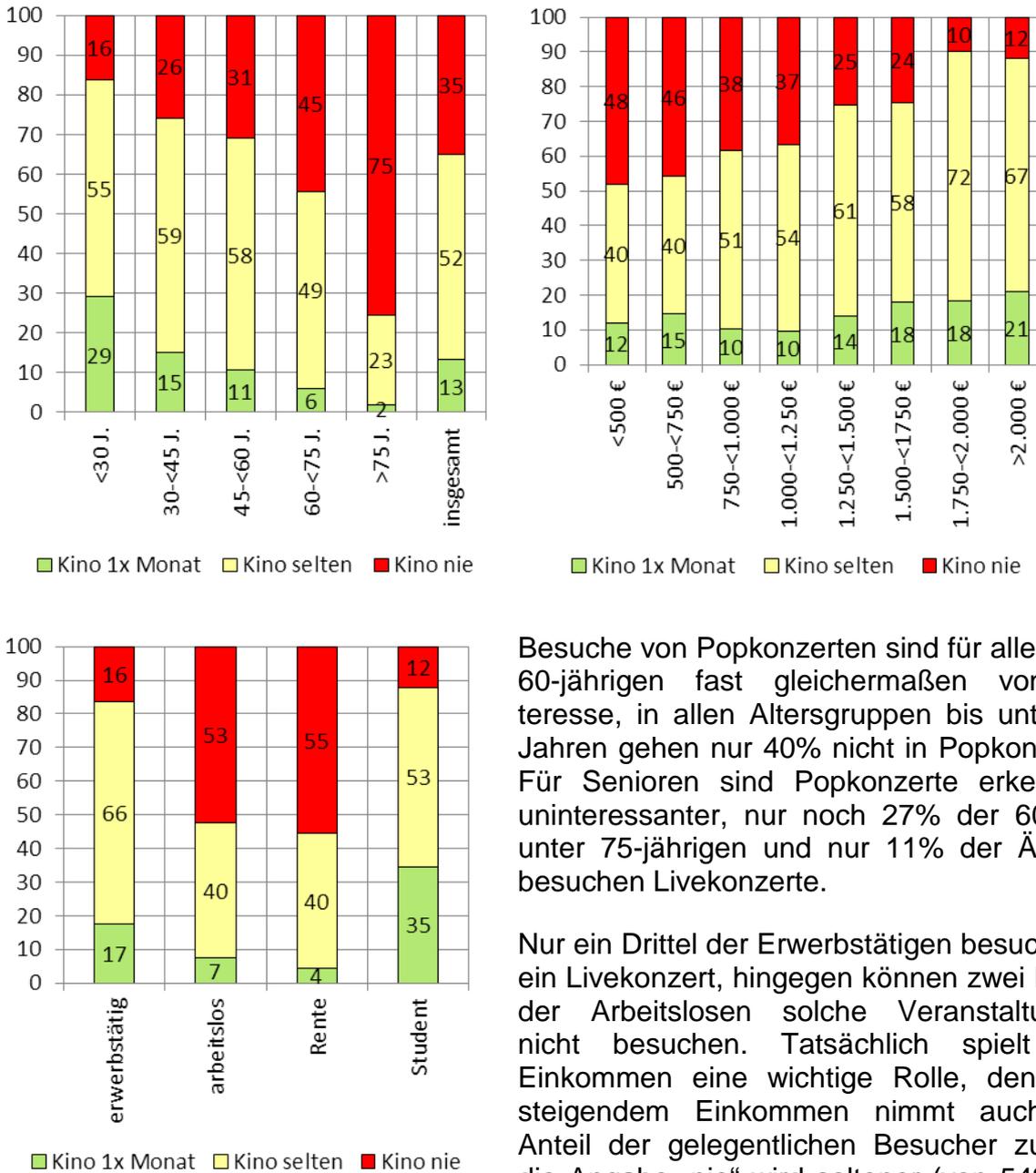
Anm.: Zusammengefasst zu „mind. 1x im Monat“ sind „täglich“, „mindestens 1x die Woche“ und „mind. 1x pro Monat“ sowie „nie“ und „ich würde gern“ zu „nie“ in Prozent)  
Quelle: Befragung (gewichtet)

Weitere Formen des „Ausgehens“ sind der Besuch kultureller Veranstaltungen bzw. der Konsum entsprechender Angebote in Theatern, Opern, Konzerten, Kinos und bei Livekonzerten. Der Gang ins Kino gehört für 13% mindestens einmal im Monat zur Freizeitaktivität, weitere 52% gehen „seltener“ ins Kino und 35% besuchen nie ein Kino. Im Bundesdurchschnitt gehen 38% „nie“ ins Kino (allerdings werden hier Kino, Tanz und Popkonzerte zusammengefasst erhoben, was die Vergleichbarkeit einschränkt).

Der Kinobesuch ist wesentlich vom Alter und vom Einkommen ab, jüngere Befragte gehen deutlich häufiger ins Kino als Ältere und die Häufigkeit des Kinobesuchs nimmt mit höherer Bildung zu. Während nur 16% der Erwerbstätigen nie ins Kino gehen und die Studenten zu den häufigsten Kinogängern zählen (nur 12% nie), gilt das für mehr als jeden zweiten Arbeitslosen (53% nie).

Popkonzerte und Livemusik werden von 57% der Befragten mindestens gelegentlich besucht, nur 4% besuchen sie mindestens einmal im Monat und 53% nie.

**Abb. 96: Kinobesuch nach Einkommen, Alter und Erwerbsstatus (in Prozent)**



Besuche von Popkonzerten sind für alle unter 60-jährigen fast gleichermaßen von Interesse, in allen Altersgruppen bis unter 60 Jahren gehen nur 40% nicht in Popkonzerte. Für Senioren sind Popkonzerte erkennbar uninteressanter, nur noch 27% der 60- bis unter 75-jährigen und nur 11% der Älteren besuchen Livekonzerte.

Nur ein Drittel der Erwerbstätigen besucht nie ein Livekonzert, hingegen können zwei Drittel der Arbeitslosen solche Veranstaltungen nicht besuchen. Tatsächlich spielt das Einkommen eine wichtige Rolle, denn mit steigendem Einkommen nimmt auch der Anteil der gelegentlichen Besucher zu und die Angabe „nie“ wird seltener (von 54% auf 26%).

Anm.: Zusammengefasst zu „mind. 1x im Monat“ sind „täglich“, „mindestens 1x die Woche“ und „mind. 1x pro Monat“ sowie „nie“ und „ich würde gern“ zu „nie“ in Prozent)  
Quelle: Befragung (gewichtet)

Klassische Kulturangebote werden ebenfalls eher gelegentlich wahrgenommen. Von den Befragten gehen 45% „selten“ ins Theater und 5% mindestens einmal im Monat. Jeder Zweite hat allerdings kein Interesse daran,

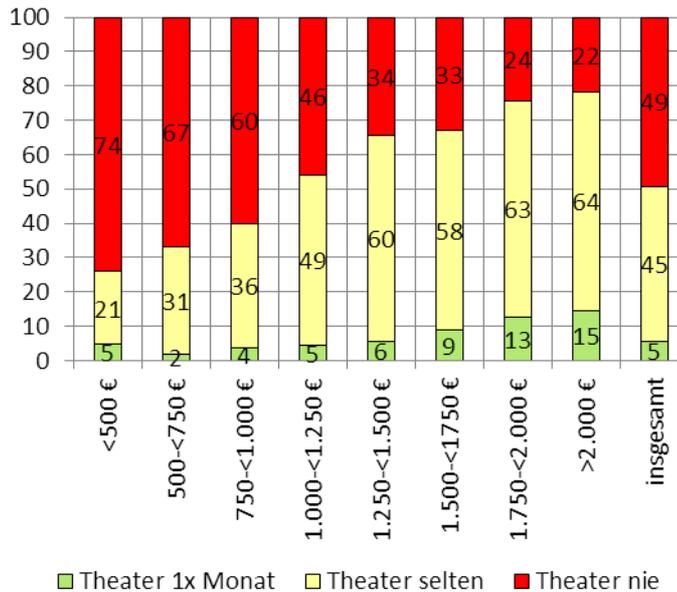
was über alle Altersgruppen relativ gleich verteilt ist.

Klassische Konzerte und Opern sind nur noch für 39% interessant, 61% besuchen dieses Angebot nie. Hier nimmt der Anteil der Nutzer mit dem Alter zu, bei den unter

30-jährigen gehen nur 31% gelegentlich in ein Konzert bzw. in die Oper und unter den 60- bis unter 75-jährigen sind es immerhin 48%.

Die Nutzung ist abhängig von der Bildung, bis zu einem Schulabschluss der 10. Klasse geht ein Drittel der Befragten gelegentlich in klassische Aufführungen, von den Abiturienten geht jeder zweite gelegentlich.

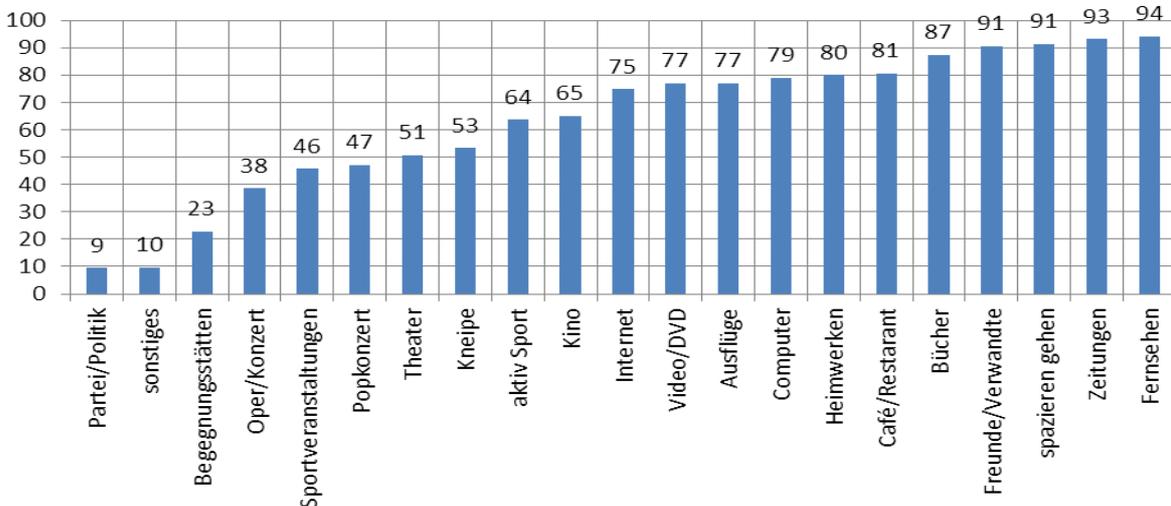
**Abb. 97: Theaterbesuche nach Einkommen (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Noch stärker als die Bildung beeinflusst das Einkommen die Nutzung der klassischen Angebote. Der Einfluss des Einkommens und der Bildung zeigt sich gleicher Weise auch beim Theaterbesuch. Bis auf die Arbeitslosen (mit 75% „nie“) partizipieren alle Erwerbsstatusgruppen in gleicher Weise am Theater (etwa 45% „nie“) sowie am Konzert bzw. an der Oper (etwa 60% „nie“ gegenüber 85% bei den Arbeitslosen).

**Abb. 98: Freizeitaktivitäten im Überblick (mindestens gelegentlich in Prozent)**

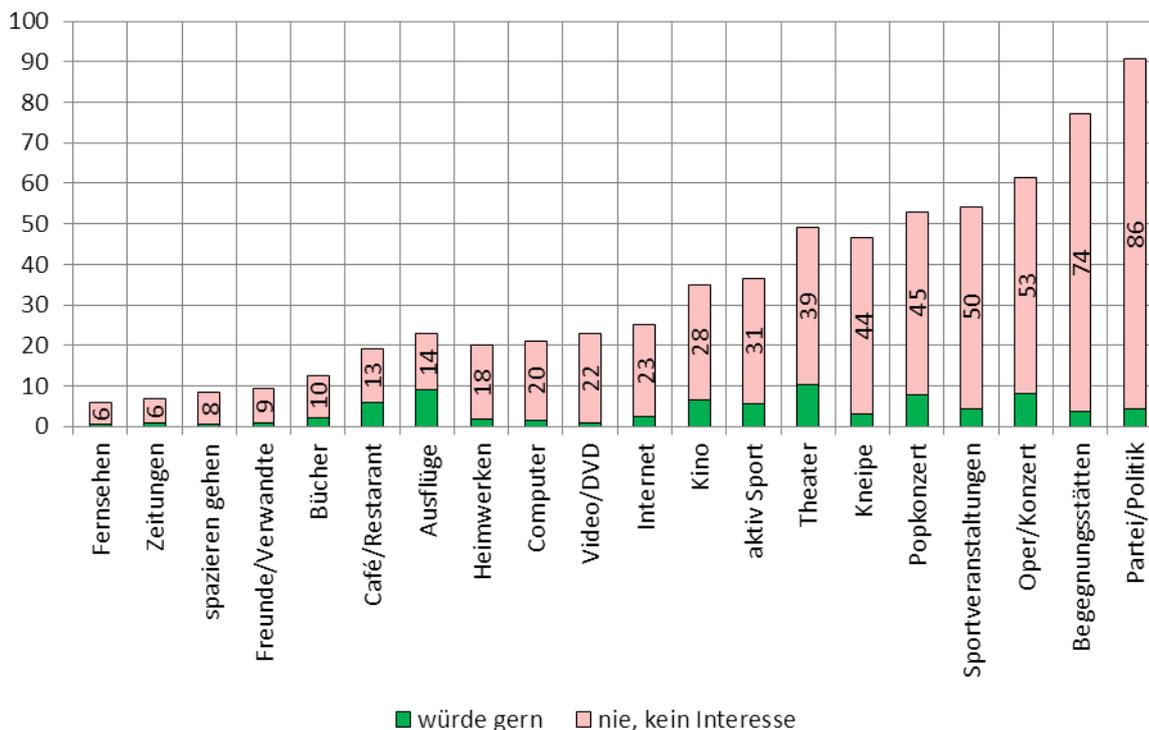


Quelle: Befragung (gewichtet)

In der Antwortmöglichkeit „Sonstiges“, die von etwa 10% der Befragten für mindestens „seltene“ Freizeitbeschäftigungen angekreuzt wurde, dominieren verschiedene Sportarten, allen voran das Radfahren. Aber auch Jogging, Wandern, Schwimmen und Gymnastik werden genannt. Daneben werden häufig die Gartenarbeit sowie Heimwerkertätigkeiten genannt. An dritter Stelle folgen Vereinsaktivitäten und ehrenamtliche Tätigkeiten. Andere nennen die Arbeit in ihrer Kirchengemeinde oder den Kirchenbesuch. Hingewiesen wird auf den Besuch von Kabaretts, Museen, Ausstellungen und Lesungen. Einige Befragte kümmern sich in der Freizeit intensiv um Verwandte (Kinder, Eltern), andere gehen in die Sauna, zum Flohmarkt, in der City shoppen oder sie „philosophieren“ einfach. Die Mehrzahl der Nennungen unter „Sonstiges“ fällt unter die abgefragten Kategorien.

Die Frage nach den Freizeitaktivitäten enthält noch eine zweite Ebene. Die Antwortmöglichkeit „nie“ wurde ergänzt um die Variante „ich würde gern“, d.h. man nutzt die Freizeitmöglichkeit nie, möchte sie aber gern nutzen *können*, während das reine „nie“ eher die Bedeutung von „kein Interesse“ hat. Tatsächlich kann man i.d.R. die Antwort „nie“ einschließlich der Nichtbeantwortung einzelner Freizeitaktivitäten als Desinteresse interpretieren, denn fast alle Befragten haben bei den Freizeitaktivitäten, denen sie nachgehen oder denen sie gern nachgehen würden, eine Bewertung abgegeben. Neben dem Engagement in Parteien bzw. für die Politik (s.u.) ist das Desinteresse besonders bei Begegnungsstätten groß. Hier nutzen 22% der Befragten die Angebote gelegentlich, 4% würden sie gern nutzen und drei Viertel nutzen sie nie, weil sie entweder nicht zu der jeweiligen Zielgruppe gehören oder weil sie das Angebot nicht interessiert. Hoch ist auch das Desinteresse an Oper und klassischem Konzert (53%), Besuch von Sportveranstaltungen (50%), Popkonzerten (45%) und Kneipenbesuchen (44%).

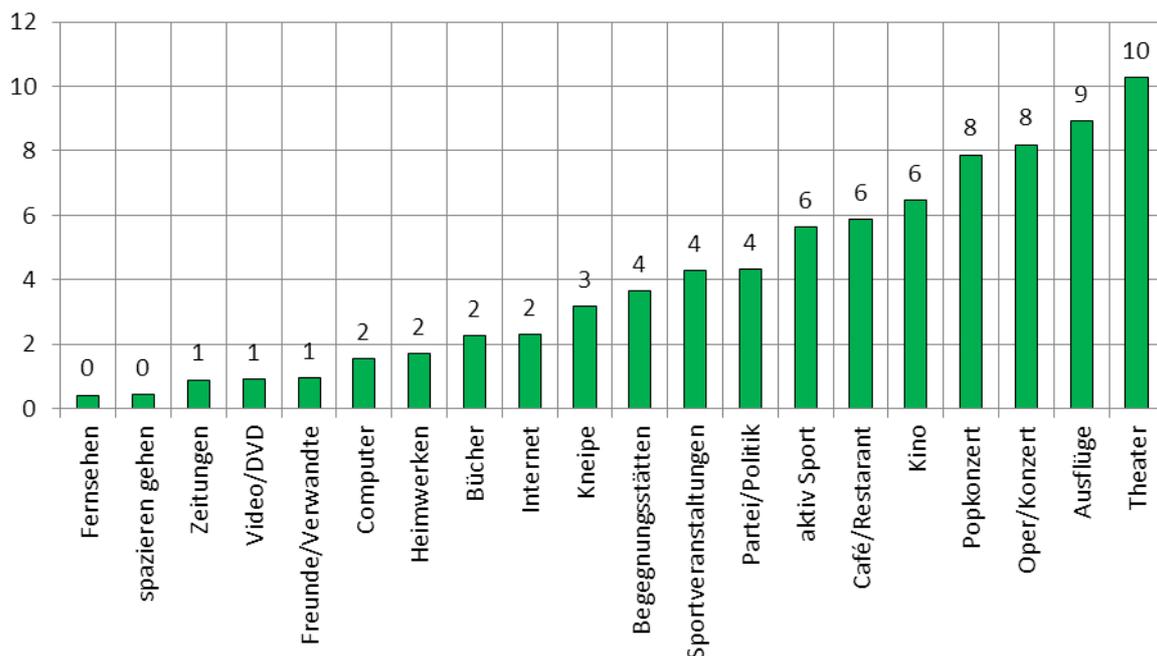
**Abb. 99: Desinteresse an Freizeitaktivitäten („nie“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Hinter diesen hohen Werten des Desinteresses fallen die geäußerten Wünsche („ich würde gern“) kaum noch auf, sie liegen im Höchstfall bei 10% und mehrheitlich unter 5%. Das größte Interesse besteht dabei am Theater, das jeder Zehnte gerne besuchen würde, wenn er könnte, oder, wie die Antworten nach dem Hinderungsgründen zeigen (s.u.), wenn das Angebot attraktiver wäre. Jeder Elfte möchte gerne einmal Ausflüge oder kurze Reisen machen können und jeder Zwölfte möchte gern in die Oper bzw. in klassische oder moderne (Pop)Konzerte gehen. Ins Kino gehen, Essen und Trinken gehen, oder aktiv Sport treiben würden 6% der Befragten gern. Die anderen Aktivitäten werden dann seltener genannt.

**Abb. 100: Gewünschte Freizeitaktivitäten („ich würde gern“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Insbesondere die häufiger genannten Freizeitbeschäftigungen werden hauptsächlich von den unter 60-jährigen, bzw. noch etwas häufiger von den unter 45-jährigen nachgefragt (bis zu 15% beim Theaterbesuch). Bei den über 60-jährigen liegt die Nachfrage überwiegend bei unter 5%.

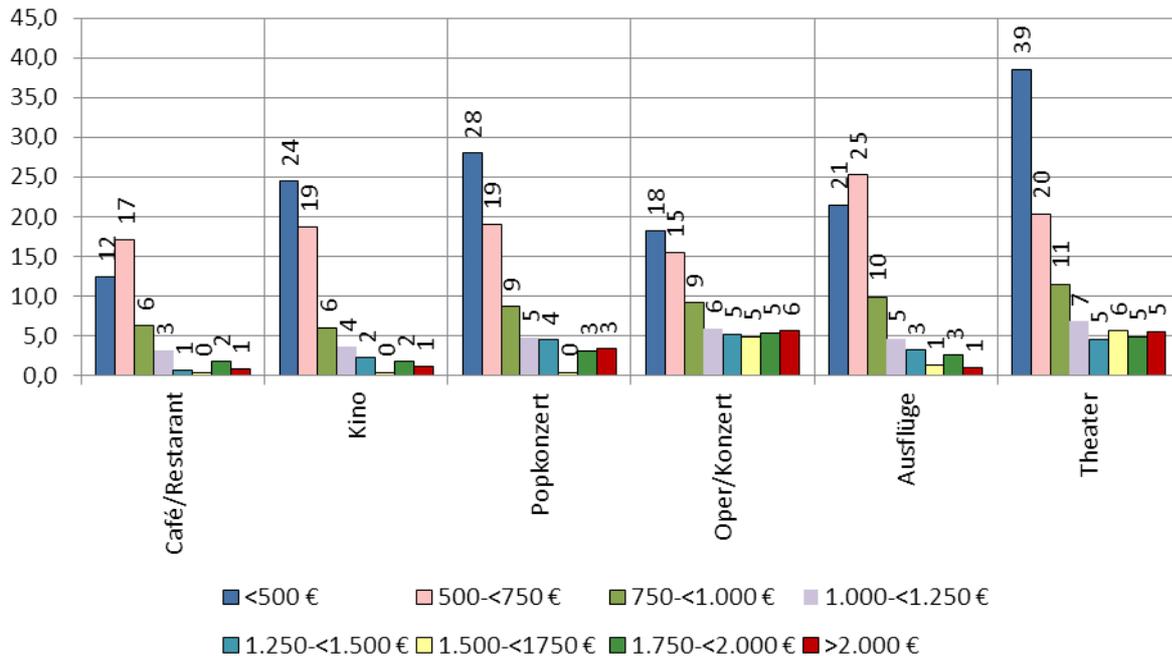
Unter den Arbeitslosen finden sich die höchsten Anteile mit unerfüllten Wünschen. Hier stehen Ausflüge und Kurzreisen an der Spitze der Nachfrage (fast jeder dritte Arbeitslose würde gern einmal Ausflüge unternehmen können). Zum Vergleich: Auch in der Umfrage unter ALG II Empfängern in Leipzig 2008 tauchte in den qualitativen Fragen sehr häufig der Wunsch nach Reisen, nach „*einmal wegfahren können*“, nach „*mal rauskommen*“ usw. auf.<sup>34</sup> An zweiter Stelle steht dann das Kino, in das jeder vierte Arbeitslose gerne einmal gehen möchte. Ebenfalls etwa jeder Vierte möchte Theateraufführungen oder Popkonzerte besuchen können. Auch der Besuch eines Restaurants ist für jeden Fünften ein bisher unerfüllter Wunsch. Auch hier zeigt der Vergleich mit Leipzig Parallelen, indem dort sehr häufig der Wunsch „*endlich mal wieder Essen*

<sup>34</sup> Vgl. Gerdes, J. et.al. (2009), a.a.O.

gehen können“ geäußert wurde.<sup>35</sup> Oper und klassische Konzerte stehen für 15% der Arbeitslosen auf der Wunschliste und jeder Zehnte würde gern einmal in eine Kneipe gehen, Sportveranstaltungen besuchen oder selbst aktiv Sport treiben können.

Einen Hinweis auf die Gründe, welche die Realisierung der Nachfrage verhindern, gibt die Korrelation mit dem Einkommen. Hier zeigt sich, dass die Kategorie „ich würde gern“ hauptsächlich von den unteren Einkommensgruppen angekreuzt wurde.

**Abb. 101: Die häufigsten gewünschte Freizeitaktivitäten nach Einkommen („ich würde gern“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

In einer offenen Zusatzfrage konnte dann angegeben werden, was die Befragten daran hindert, die gewünschte Freizeitbeschäftigung auszuüben. Die genannten Hinderungsgründe lassen sich allerdings nicht den einzelnen Tätigkeiten zuordnen, sondern können nur pauschal betrachtet werden.

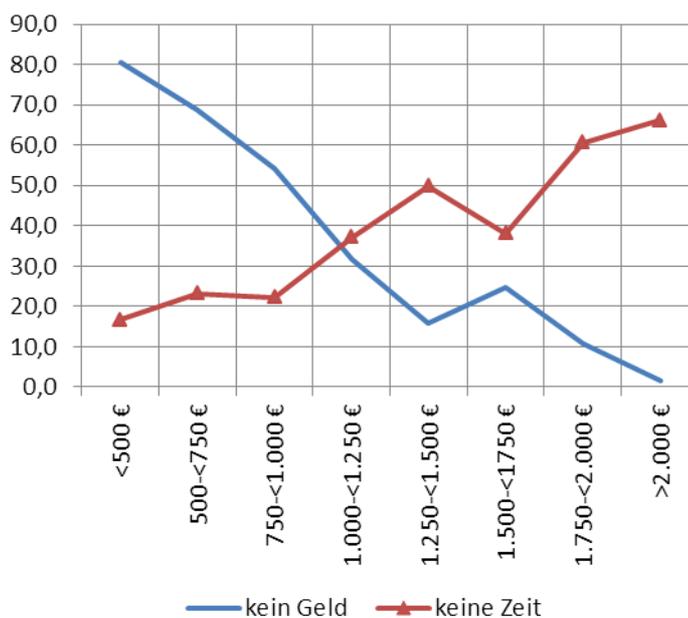
- An der Spitze der genannten Gründe steht der Mangel an Einkommen (Stichworte „kein Geld“, „Finanzen“, „geringes Einkommen“, „keine Kohle“ usw.), was 47% der Befragten angaben.
- Jeder Dritte gab „keine Zeit“ an und 11% nannten ein fehlendes bzw. mangelhaftes Angebot („im Theater ist selten etwas, was mich interessiert“, „keine passenden Angebote“, „kein Angebot in der Nähe“, „in Magdeburg wird viel zu wenig geboten“, „kein Angebot für meine Altersgruppe“ usw.).
- Für 8% waren Alter und Gesundheit die ausschlaggebenden Hinderungsgründe („zu alt“, „Gesundheit“, „Gehbehinderung“ usw.) und

<sup>35</sup> Vgl. ebenda

- 6% gaben einen fehlenden Partner bzw. eine fehlende Begleitung als Hinderungsgrund an („keine Begleitung“, „es scheitert meist am Interesse im Freundeskreis“, „Gesellschaft dazu fehlt“, „mein Ehemann hat kein Interesse“, „alleine gehe ich nicht“ usw.), ihnen fehlt schlicht „jemand, der mitmacht“.
- Für 4% schließlich besteht der Hinderungsgrund in der eigenen Motivation, sie geben ehrlich zu, dass die eigene „Bequemlichkeit“, der „innere Schweinehund“, „Faulheit“ und „Unentschlossenheit“ sie daran hindert, bestimmten Freizeitbeschäftigungen nachzugehen.

Das Argument „kein Geld“ verliert mit wachsenden Einkommen an Bedeutung, dafür wächst die Bedeutung des Faktors „Zeit“. „Kein Geld“ haben insbesondere Arbeitslose, während Erwerbstätige eher „keine Zeit“ haben. Bei Rentnern steht die Gesundheit im Vordergrund und bei den Studenten „keine Zeit“ und etwas weniger „kein Geld“.

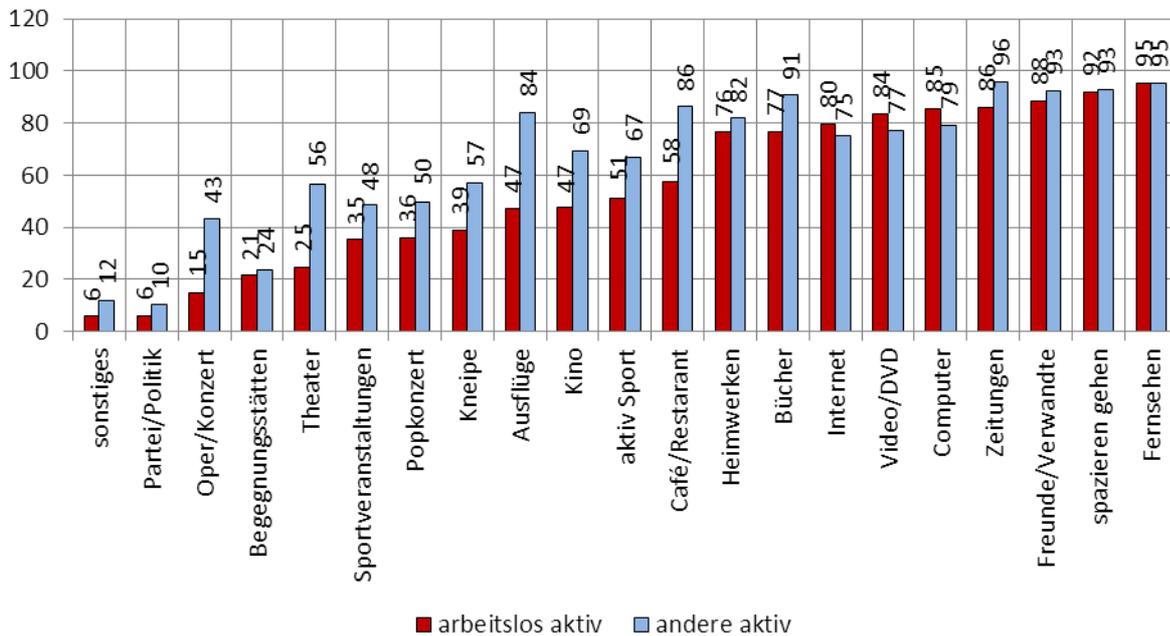
**Abb. 102: Hauptsächliche Hinderungsgründe für die Wahrnehmung von Freizeitangeboten nach Einkommen (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

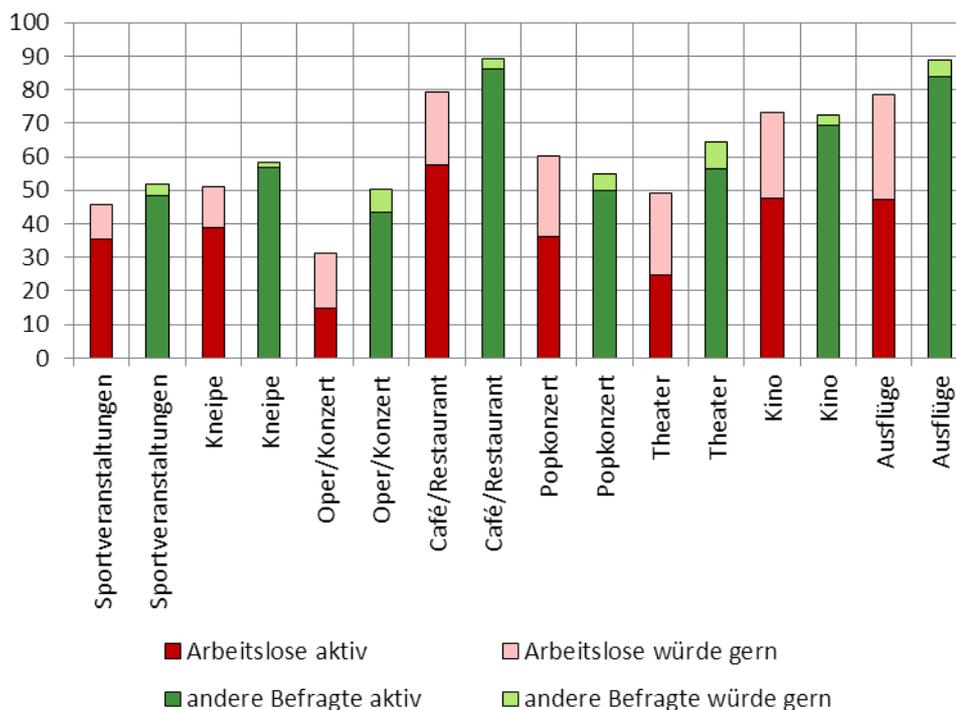
Die Tatsache, dass etliche Befragte aufgrund ihrer sozialen Lage an der Wahrnehmung insbesondere kultureller Freizeitinteressen gehindert sind, zeigt auch die einfache Gegenüberstellung der Freizeitaktivitäten von Arbeitslosen und der anderen befragten Gruppen. Arbeitslose können erkennbar seltener insbesondere außerhäusliche Aktivitäten unternehmen als andere Befragte. Sie können viel seltener Kurzreisen und Ausflüge unternehmen, ins Theater, Kino oder in die Oper gehen und sind ebenfalls deutlich weniger in der Lage, außer Haus Essen zu gehen. Auch Kneipen, Popkonzerte und Sportveranstaltungen besuchen sie seltener als andere. Dafür unterscheiden sie sich hinsichtlich der innerhäuslichen Aktivitäten nur wenig von anderen Befragten. Teilweise sind sie darin (zumindest einschließlich der Kategorie „seltener“) sogar aktiver als andere Gruppen.

**Abb. 103: Vergleich der Freizeitaktivitäten zwischen Arbeitslosen und anderen Befragten (mindestens „selten“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 104: Vergleich ausgewählter Freizeitaktivitäten zwischen Arbeitslosen und anderen Befragten (mindestens „selten“ und „ich würde gern“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Dass sie durchaus Interesse an der Ausübung der Freizeitaktivitäten haben, zeigt wiederum ein Vergleich, in den auch die Kategorie „ich würde gern“ mit einbezogen wird. Weil die Befragten überwiegend nur bestimmte Aktivitäten unter der Kategorie „ich würde gern“ genannt haben, erfolgt der Vergleich nur für die wichtigsten. Summiert man die Prozentsätze der ausgeübten Tätigkeiten mit jenen der gewünschten, dann liegt das gewollte Freizeitverhalten der Arbeitslosen ziemlich genau auf dem Niveau des Freizeitverhaltens der anderen Befragten. Nur in einigen Fällen, wie Oper und Theater bleiben die Unterschiede bestehen, was aber allein auf eine unterschiedliche Bildung und unterschiedliche Lebensstile zurückgeht. Abgesehen von diesen Unterschieden zeigen sich Arbeitslose erkennbar *gehindert* an der gleichberechtigten Teilhabe im Freizeitbereich.

## 9 Bürgerschaftliches Engagement

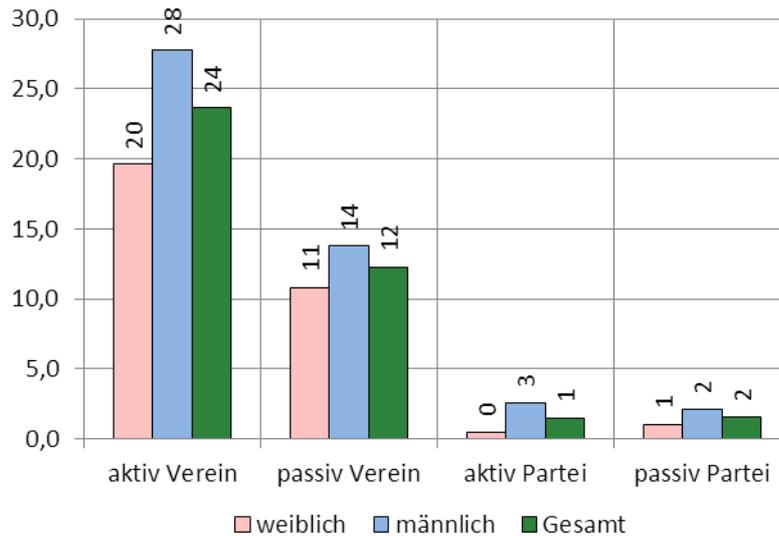
Innerhalb der Frage zu den Freizeitaktivitäten wurde auch nach der Mitarbeit in politischen Parteien bzw. in politischen Gruppierungen gefragt. Ein Engagement bejahen 9% der Befragten, wobei hinsichtlich der Häufigkeit eher „selten“ oder „1x im Monat“ angekreuzt wurde. Zwischen den Altersgruppen gibt es dabei keinen nennenswerten Unterschied. Etwas engagierter sind Erwerbstätige (11%) und Studenten (10%), während Arbeitslose (6%) etwas weniger aktiv sind. Das Engagement nimmt mit wachsenden Einkommen zu, ab etwa 1.500 € Äquivalenzeinkommen liegt der Anteil der Engagierten bei etwa 14% bis 15%, darunter lediglich bei etwa 8%.

Etwa 4% der Befragten gaben an, sie „würden“ sich gern politisch engagieren. Die Antworten zu den Hinderungsgründen lassen erkennen, dass neben fehlender Zeit und einer gewissen Bequemlichkeit auch „*fehlende Kontakte*“ eine Rolle spielen oder man bisher „*keinen geeigneten Einstieg und kein aktives Betätigungsfeld gefunden (hat)*“. Außerdem haben einige noch nicht „*die richtige Partei, Gruppe gefunden*“ oder beklagen „*zu starre Dogmen*“ in den vorhandenen Gruppierungen, so dass erste Kontakte aufgrund schlechter Erfahrungen („*verbal angegriffen*“) wieder abgebrochen wurden.

Um etwas genauere Informationen über das Potential an Bürgerschaftlichem Engagement in der Stadt zu erhalten, wurden jenseits des Aspekts Freizeitverhalten weitere Fragen zur Mitgliedschaft in Vereinen und zur ehrenamtlichen Arbeit in den Fragebogen aufgenommen.

Im Ergebnis sind 64% weder passiv noch aktiv Mitglied in einem Verein, Verband oder einer Partei. Fast jeder Vierte hingegen ist aktives Mitglied eines Vereins/Verbandes (24%) und 12% sind passive Mitglieder. Mitglieder einer Partei sind 3% der Befragten. Männer sind dabei etwas häufiger engagiert als Frauen.

Nach einer bundesweiten Befragung sind 47% der Ostdeutschen Mitglied eines Vereins, einer Interessengemeinschaft, Gewerkschaft oder einer Partei. In der bundesweiten Befragung wird das Spektrum der Interessengemeinschaft aber weiter gefasst als in der hier vorliegenden Befragung, in der z.B. nicht explizit nach Gewerkschaften oder Bürgerinitiativen gefragt wurde. Daher bedeuten die Ergebnisse keineswegs, dass die Magdeburger weniger engagiert sind als andere Ostdeutsche. Mitglieder einer Partei sind im Übrigen in Deutschland durchschnittlich 2% der Erwachsenen.

**Abb. 105: Mitgliedschaft in einem Verein bzw. einer Partei nach Geschlecht (in Prozent)**

Quelle: Befragung (gewichtet)

Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der aktiven Vereinsmitglieder (von 20% auf 30% bei den 60- bis unter 75-jährigen). Die passive Mitgliedschaft ist weniger altersabhängig und aktive Parteimitglieder sind eher unter 60-jährige.

Während nach Erwerbsstatus mit Ausnahme der Arbeitslosen alle Gruppen in gleicher Weise engagiert sind (jeder Vierte aktiv und jeder Siebte passiv), ist von den Arbeitslosen nur jeder Zehnte aktiv in einem Verein tätig und nur jeder Zwanzigste passives Mitglied. Dafür sind Arbeitslose geringfügig häufiger in politischen Parteien engagiert.

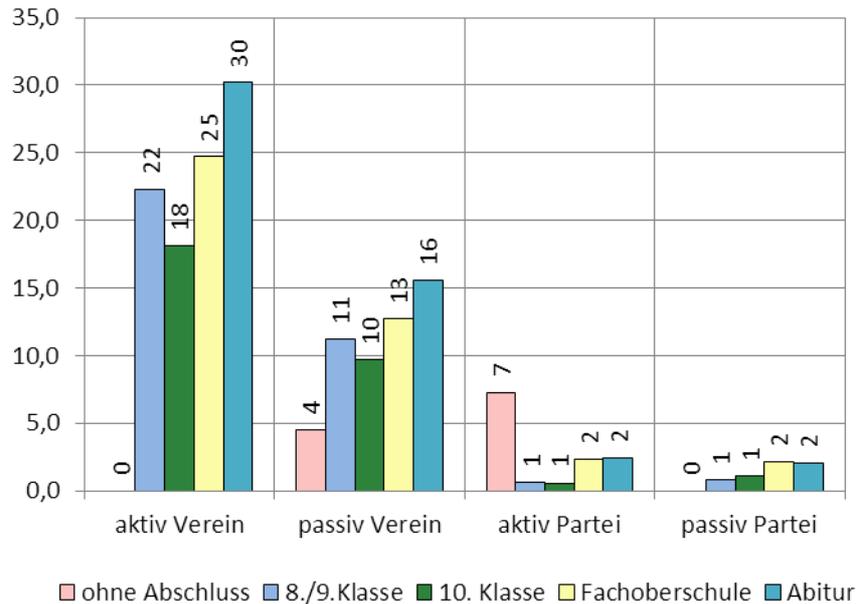
Das aktive und passive Engagement in Vereinen nimmt mit höheren Bildungsabschlüssen zu und ebenso steigt der Anteil der Mitglieder mit wachsendem Einkommen.

Die bloße Mitgliedschaft in Vereinen usw. kann allerdings nicht gleichgesetzt werden mit ehrenamtlicher Arbeit, d.h. einer (überwiegend) freiwillig und unentgeltlich geleisteten gemeinnützigen Arbeit. Ehrenamtliche Arbeit im engeren Sinne als wichtiger Teil des Bürgerschaftlichen Engagements leisten 18% der Befragten, wobei Männer etwas häufiger im Ehrenamt tätig sind (20%) als Frauen (15%). Zum Vergleich: In der Leipziger Bürgerumfrage von 2008 lag dieser Wert nur geringfügig höher bei 19%, davon 21% bei den Männern und 17% bei den Frauen.<sup>36</sup>

Ehrenamtlich tätig ist man in allen Altersgruppen, etwas weniger bei den unter 45-jährigen (um 16%) und den über 75-jährigen (11%) sowie etwas mehr in den Altersgruppen dazwischen (20%).

<sup>36</sup>Vgl. Stadt Leipzig (2009), a.a.O., S. 65

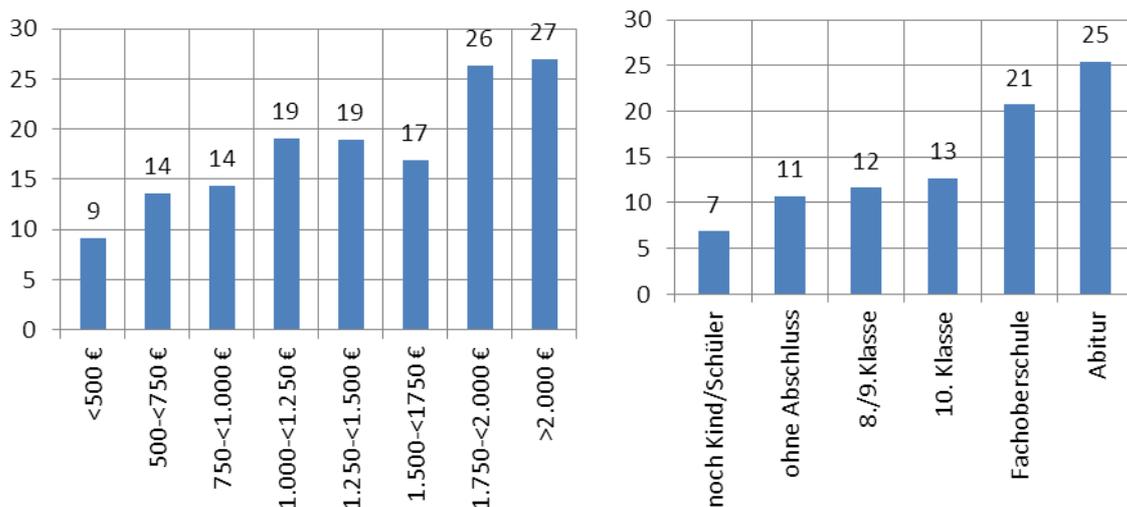
**Abb. 106: Mitgliedschaft in einem Verein bzw. einer Partei nach Schulabschluss (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Während jeder fünfte Erwerbstätige oder Student und jeder sechste Rentner ehrenamtlich tätig sind, gilt dies nur für 9% der Arbeitslosen. Nach Haushaltstyp finden, was angesichts ihrer familiären Belastung kaum überraschend ist, die Alleinerziehenden die wenigste Zeit für ein Ehrenamt. Ehrenamtliche Arbeit nimmt in der Tendenz mit wachsenden Einkommen und mit steigenden Schulabschlüssen zu. Ehrenamtliche Tätigkeiten finden vielfach in Vereinen usw. statt und so verwundert es nicht, dass aktive Vereinsmitglieder zu 42% ein Ehrenamt wahrnehmen und unter den aktiven Parteimitgliedern sogar 52%.

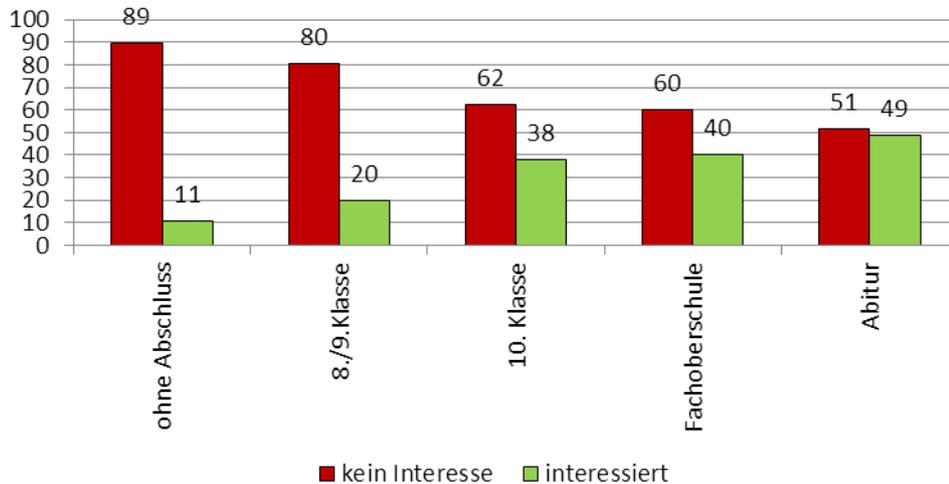
**Abb. 107: Ehrenamtlich Tätige nach Einkommen und Schulabschluss (in Prozent)**



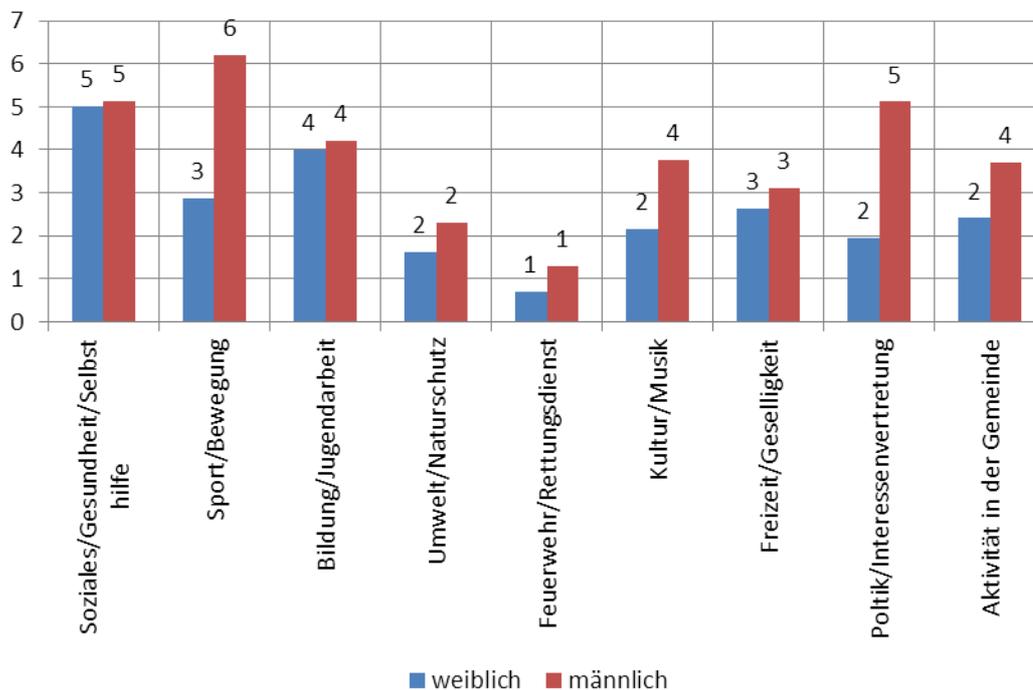
Quelle: Befragung (gewichtet)

Die Mehrzahl der ehrenamtlich Tätigen arbeitet nur bis zu 20 Stunden im Monat (15% der Befragten), 3% arbeiten allerdings mehr als 20 Stunden im Monat, wobei die Unterschiede zwischen den Gruppen nur gering sind.

**Abb. 108: Interesse an ehrenamtlicher Arbeit (in Prozent)**



**Abb. 109: Gegenwärtiges ehrenamtliches Engagement nach Bereichen und Geschlecht (in Prozent aller Befragten)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Danach gefragt, in welchem Bereich sich die Befragten bereits ehrenamtlich engagieren gaben zunächst 62% der Befragten an, sich aktuell weder zu engagieren, noch ein Interesse an einem zukünftigen Engagement in irgendeinem der genannten Bereiche zu haben. Wobei hier die expliziten Aussagen „kein Interesse“ mit allen nicht ausgefüllten Zeilen der Frage zusammengefasst wurden. Die nicht ausgefüllten Zeilen wur-

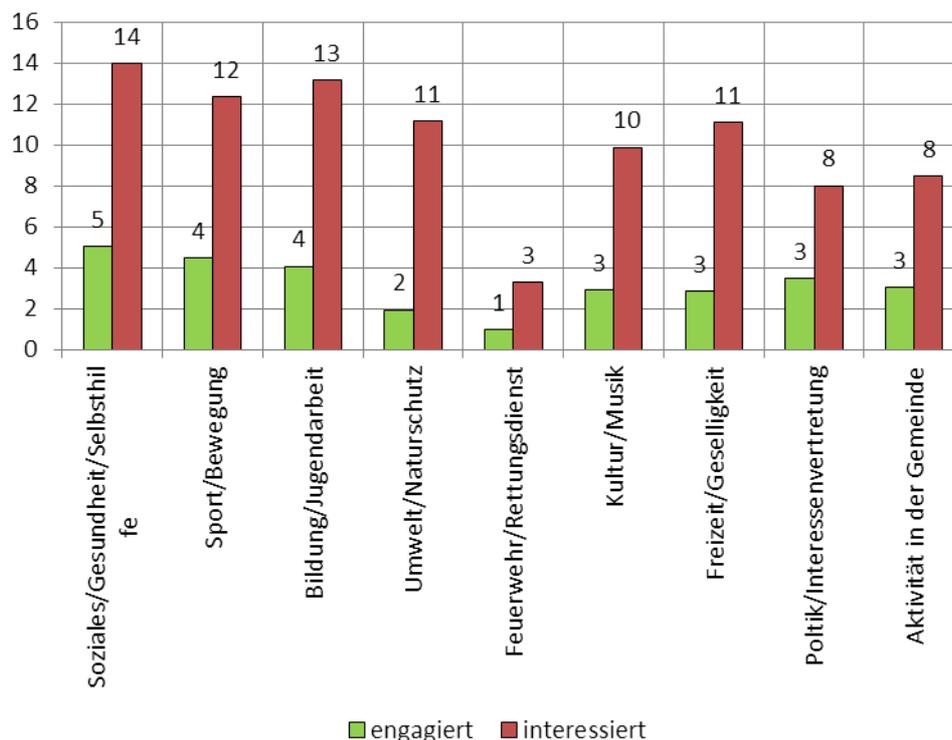
den als „kein Interesse“ gewertet, weil sehr viele Probanden nur jene Bereiche angekreuzt haben, in denen sie sich bereits engagieren oder engagieren möchten.

Hingegen zeigten 38% Interesse an ehrenamtlicher Arbeit in mindestens einem der Bereiche bzw. engagieren sich bereits jetzt. Das Interesse sinkt kontinuierlich mit zunehmendem Alter und steigt mit wachsenden Bildungsabschlüssen.

Nach Bereichen verteilt sich das gegenwärtige Engagement relativ breit über das vorhandene Angebot. Mit 5% der Befragten engagieren sich etwas mehr Bürger im Bereich Soziales/Gesundheit/Selbsthilfe als im Bereich Sport/Bewegung und Bildung/Jugendarbeit sowie Politik/Interessenvertretung. Den geringsten Anteil haben die Feuerwehr und Rettungsdienst.

Dabei engagieren sich Frauen und Männer in den Bereichen Soziales/Gesundheit/Selbsthilfe, Bildung/Jugendarbeit und Freizeit/Geselligkeit noch relativ gleichmäßig. In den Bereichen Sport/Bewegung und Politik/Interessenvertretung überwiegt das Engagement der Männer. Im Ehrenamt tätige Arbeitslose sind in fast allen Bereichen deutlich unterrepräsentiert, nur im Bereich Interessenvertretung und gemeindliche Aktivität liegt ihr Anteil im Durchschnitt.

**Abb. 110: Gegenwärtiges und gewünschtes Engagement nach Bereichen (in Prozent)**

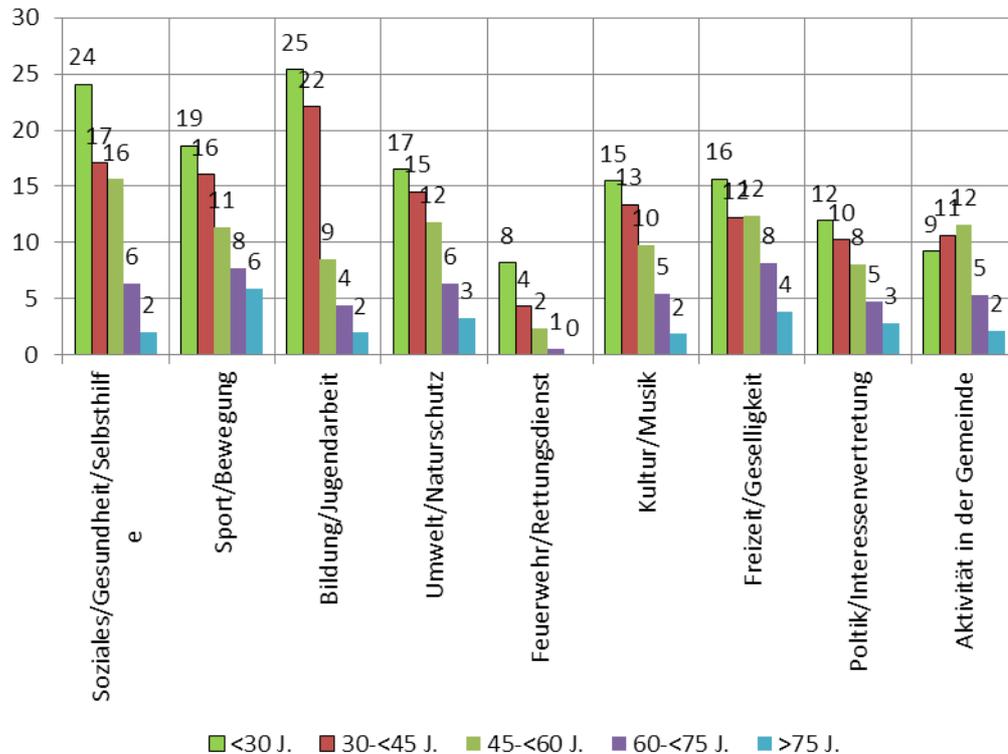


Quelle: Befragung (gewichtet)

Das Interesse am ehrenamtlichen Engagement in den genannten Bereichen übersteigt das gegenwärtige Maß an Engagement um fast das Dreifache. Die Verteilung des Interesses nach Bereichen ist im Übrigen fast genauso, wie beim vorhandenen Engagement. An der Spitze stehen Soziales/Gesundheit/Selbsthilfe und Bildung/Ju-

gendarbeit, am Ende der Skala Feuerwehr und Rettungsdienst. Auch die geschlechtsspezifische Verteilung des Interesses ist ähnlich dem des vorhandenen Engagements.

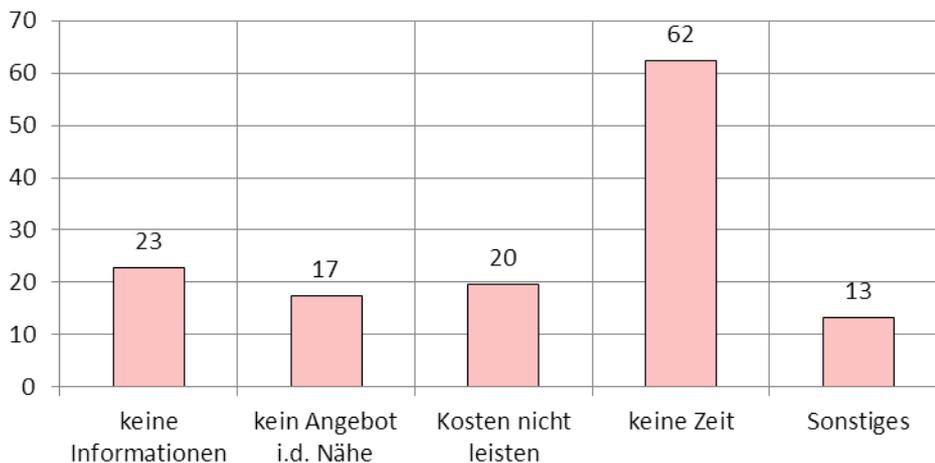
**Abb. 111: Gewünschtes Engagement nach Altersgruppen (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

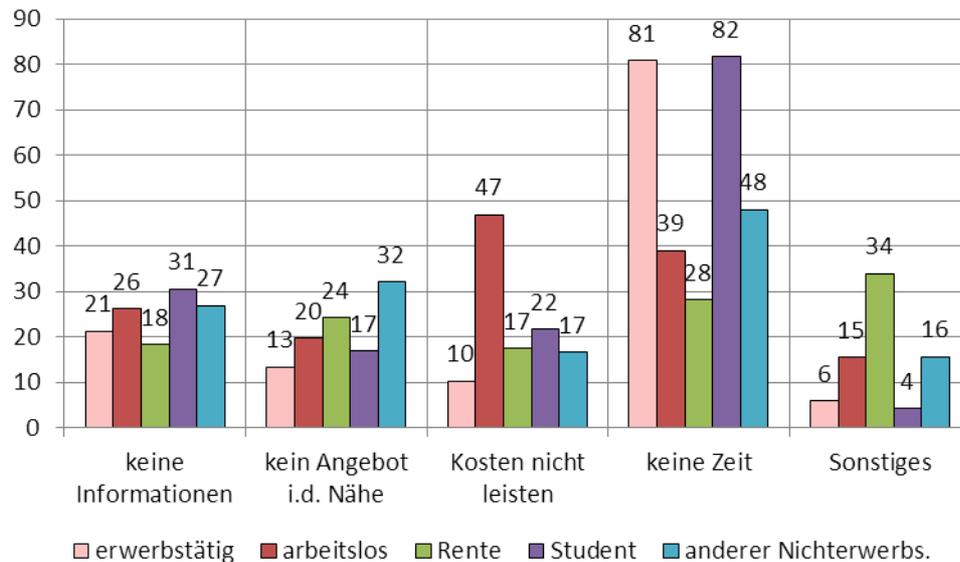
Während das vorhandene Engagement vielfach (nicht durchgängig, aber überwiegend) von den mittleren und älteren Altersgruppen getragen wird, kommt das Interesse an einer ehrenamtlichen Tätigkeit vor allem von den unter 45-jährigen und nimmt mit zunehmendem Alter deutlich ab.

**Abb. 112: Hinderungsgründe für ehrenamtliches Engagement (in Prozent derjenigen, die Interesse bekundet haben)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 113: Hinderungsgründe für ehrenamtliches Engagement nach Erwerbsstatus (in Prozent derjenigen, die Interesse bekundet haben)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

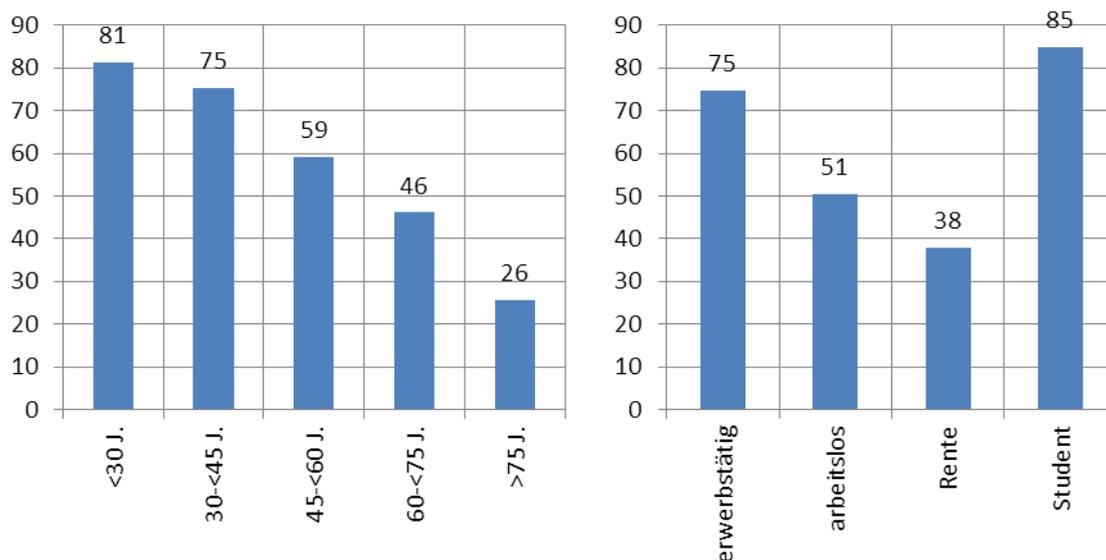
Auch hier wurde wieder eine Frage nach den Hinderungsgründen gestellt, weshalb der Wunsch nach ehrenamtlichem Engagement nicht umgesetzt wird. Das Hauptargument der meisten Befragten, die sich engagieren würden, ist, zu wenig Zeit zur Verfügung zu haben (62%). Keine Informationen über mögliche Betätigungsfelder zur Verfügung zu haben, gaben 23% an, jeder Fünfte meint, sich die zusätzlichen Aufwendungen nicht leisten zu können und 17% finden kein passendes Angebot in ihrer Nähe. „Sonstiges“ gaben 13% an, wobei hier vielfach nur illustriert wird, warum man keine Zeit hat („Schichtarbeit“, „Pflegefall in der Familie“ usw.), dass man eigentlich „kein Interesse“ hat bzw. keine ausreichende „Motivation“. Außerdem weisen insbesondere Ältere auf ihren Gesundheitszustand hin bzw. halten sich für „zu alt“. Einige wenige weisen schließlich auch auf schlechte Erfahrungen oder Vorurteile hin („wird nicht anerkannt, bringt nur Probleme, bei Schaden ist man der Dumme“) oder darauf, in ihrem Leben schon „genug“ ehrenamtlich tätig gewesen zu sein („40 Jahre Ehrenamt genügt“). „Keine Zeit“ haben vor allem Erwerbstätige und Studenten angegeben. Arbeitslose gaben häufig an, die eventuellen Kosten ehrenamtlichen Engagements zu scheuen.

## 10 Gesundheit

Objektive Angaben zum Gesundheitszustand der Bevölkerung liegen nicht vor und können auch im Rahmen einer soziologischen Befragung nicht ermittelt werden. Möglich ist nur, die subjektive Einschätzung der Befragten hinsichtlich ihrer Gesundheit zu ermitteln. Die Befragten wurden daher gebeten, ihren Gesundheitszustand einzuschätzen von „sehr gut“ bis „sehr schlecht“.

Im Ergebnis halten 61% ihren Gesundheitszustand für „sehr gut“ bis „gut“, 30% allerdings sind der Meinung, er wäre nur befriedigend und 9% halten ihre Gesundheit für nicht besonders gut („schlecht“ bis „sehr schlecht“). Der Mittelwert der Noten von 1 bis 5 liegt bei 2,36. Im bundesdeutschen Vergleich halten 73% der Deutschen ihren Gesundheitszustand für mindestens „gut“<sup>37</sup> bzw. 70% nach Ergebnissen der Befragung „Leben in Europa“.<sup>38</sup> Eine Repräsentativerhebung der Universität Leipzig kommt allerdings zum Ergebnis, dass nur 61% der im Jahr 2003 Befragten ihren Gesundheitszustand als „gut“ oder „sehr gut“ einschätzen.<sup>39</sup>

**Abb. 114: Subjektive Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes nach Alter und Erwerbsstatus („sehr gut“ und „gut“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Während zwischen Männern und Frauen kaum ein Unterschied in der subjektiven Wahrnehmung besteht, nimmt mit steigendem Alter die negative Beurteilung zu. Während 81% der unter 30-jährigen ihren Gesundheitszustand für mindestens „gut“ halten,

<sup>37</sup> Quelle: Robert-Koch Institut (RKI), Telefonische Gesundheitssurveys 2003 – 2006 <http://www.rki.de>

<sup>38</sup> Quelle: Statistisches Bundesamt, <http://www.destatis.de>

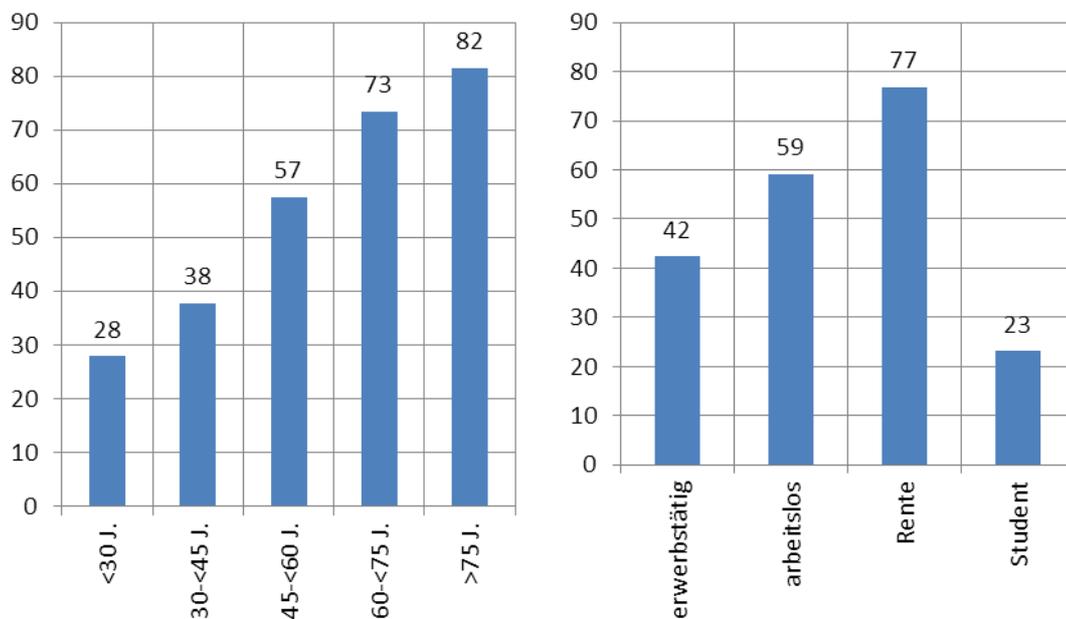
<sup>39</sup> Quelle: Gesundheitsberichterstattung des Bundes, <http://www.gbe-bund.de>

sind es bei den über 60-jährigen nur noch 46% und bei den über 75-jährigen nur noch 26%.

Abgesehen von den Senioren im Sample beurteilen insbesondere Arbeitslose ihre Gesundheit eher schlecht, nur jeder zweite Arbeitslose hält seinen Gesundheitszustand für „sehr gut“ oder „gut“ (Mittelwert 2,51). Einen leichten Zusammenhang gibt es auch mit der Bildung und dem Einkommen, wobei hier der Anteil der über 60-jährigen das Bild aufgrund der altersbedingten Einschränkungen etwas verzerrt. Berechnet nur für die unter 60-jährigen verbessert sich die subjektive Wahrnehmung der Gesundheit mit wachsenden Schulabschlüssen bzw. mit zunehmendem Einkommen etwas.

Nach konkreten gesundheitlichen Problemen befragt, gaben 53% der Befragten an, gegenwärtig Probleme zu haben, wobei dies Frauen (55%) etwas häufiger angegeben haben als Männer (53%).

**Abb. 115: Konkrete gesundheitliche Probleme nach Alter und Erwerbsstatus (in Prozent)**

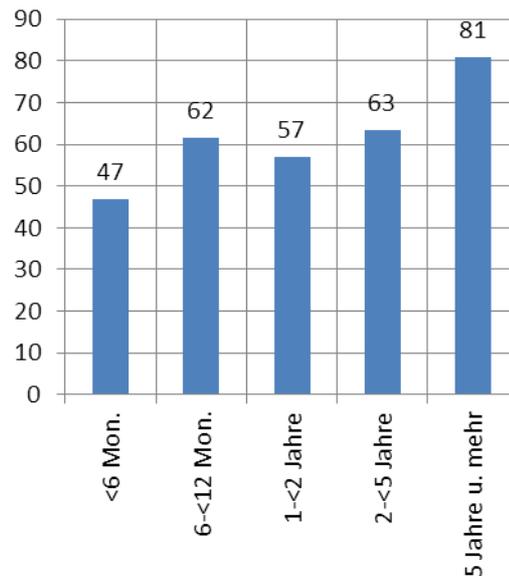


Quelle: Befragung (gewichtet)

Erkennbar ist wiederum eine klare Abhängigkeit vom Alter sowie auch vom Status, indem Arbeitslose häufiger konkrete Gesundheitsprobleme angeben. Dabei bleibt umstritten, ob eine schlechte Gesundheit ursächlich für Arbeitslosigkeit ist und umgekehrt, ob insbesondere langandauernde Arbeitslosigkeit krank macht, was jedenfalls einschlägige Untersuchungen immer wieder feststellen. So stellt u.a. Hollederer (2006) fest: „Arbeitslose weisen im Vergleich zu Beschäftigten einen deutlich schlechteren Gesundheitszustand auf. Die Unterschiede zuungunsten von Arbeitslosen zeigen sich ebenso im Gesundheits- und Suchtverhalten, bei Krankheitsfällen und Unfällen, in einer höheren Inanspruchnahme von ambulanten oder stationären Leistungen sowie in einer geringeren Vorsorge. Das belegen zahlreiche internationale Untersuchungen und repräsentative Erhebungen wie Mikrozensus (Dittrich 2001 u.a.), sozioökonomisches Panel (Elkeles, Seifert 1993, 1996; Romeu Gordo, 2006) oder die nationalen Gesundheitssurveys (Bormann 2006; Elkeles 1999 u.a.). (...) Der Anteil von

Arbeitslosen mit gesundheitlichen Einschränkungen nimmt mit der Dauer der Arbeitslosigkeit schon nach drei Monaten rapide zu, insbesondere bei Männern (...). Neuere internationale Meta-Analysen (Murphy, Athanasou 1999; Paul, Hassel, Moser 2006; McKee-Ryan, Song, Wanberg, Kinicki 2006) zeigen, dass (...) langandauernde Arbeitslosigkeit insbesondere psychische Krankheiten verursachen oder verschlimmern kann.<sup>40</sup> (vgl. auch die „Klassiker“ der Arbeitslosenforschung Jahoda 1981 und Jahoda, Lazarsfeld, Zeisel 1933/1975).<sup>41</sup>

**Abb. 116: Gesundheitliche Probleme nach Dauer der Arbeitslosigkeit („ja“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

<sup>40</sup> Holleder, A.: Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen und Fallmanagement (im SGB II-Bereich). In: Gesundheit Berlin (Hrsg.): Dokumentation 12. bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit, Berlin 2007. Angaben für die im Zitat genannten Autoren: Dittrich, S.: Fragen zur Gesundheit: Ergebnisse des Mikrozensus 1999. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik 9/2001, S. 771-780.; Ewers, M.; Schaeffer, D.: Case Management in Theorie und Praxis. Bern 2000.; Elkeles, T.; Seifert, W.: Unemployment and your health: long-term analysis for the German Federal Republic. In: Soz Preventivmed 1998, 38 (3), S. 148-55.; Elkeles, T.; Seifert, W.: Immigrants and health: unemployment and health-risks of labour migrants in the Federal Republic of Germany, 1984-1992. In: Soc Sci Med 43 (7) 1996, S. 1035-1047.; Gordo Romeu, L.: Beeinflusst die Dauer der Arbeitslosigkeit die Gesundheitszufriedenheit? In: Holleder, A.; Brand, H. (Hrsg.): Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit. Bern 2006, S. 53-73; Elkeles, T.: Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und Gesundheit. In: Sozialer Fortschritt 6/1999, S. 150-155; Bormann, C.: Gesundheitliche Konsequenzen von Arbeitslosigkeit in den alten und neuen Ländern in der Gender-Perspektive. In: Holleder, A.; Brand, H. a.a.O., S. 85-93; McKee-Ryan, F.M.; Song, Z.; Wanberg, C.R.; Kinicki, A.J.: Psychological and physical well-being during unemployment: A meta-analytic study. Journal of Applied Psychology, 2006/90, 53-76; Murphy, G.; Athanasou, J.: The effect of unemployment on mental health. Journal of Occupational and Organizational Psychology, 72 1999, S. 83-99., Paul, K.; Hassel, A.; Moser, K.: Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die psychische Gesundheit: Befunde einer quantitativen Forschungsintegration. In: Holleder, A.; Brand, H. a.a.O., S. 35-51; Toumi, I.: Die Rolle der Sozialmedizin bei der Umsetzung des SGB II. In: Holleder, A.; Brand, H. a.a.O., S. 199-214.

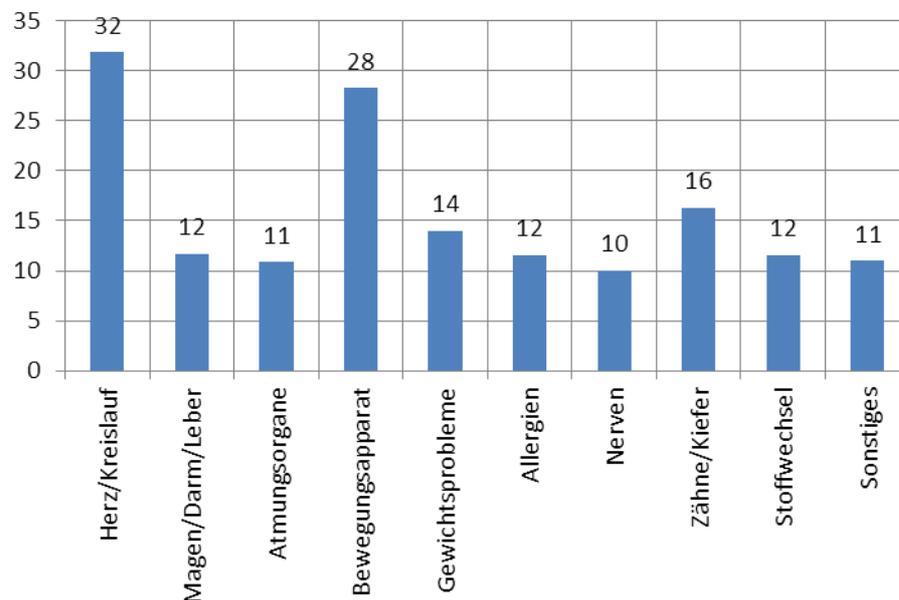
<sup>41</sup> Jahoda, M.: Work, employment and unemployment – values, theories, and approaches in social research. American Psychologist 36 (2) 1981, S. 184-191. Jahoda, M.; Lazarsfeld P.; Zeisel, H.: Die Arbeitslosen von Marienthal (1933). Frankfurt 1975

Die Ergebnisse der vorliegenden Befragung stellen das subjektive Empfinden Betroffener heraus, dass Arbeitslosigkeit krank machen kann. Während nur 47% der Arbeitslosen, die weniger als sechs Monate arbeitslos waren, gesundheitliche Probleme angaben, nimmt dieser Prozentsatz mit der Dauer der Arbeitslosigkeit ab. Wer länger als 2 Jahre arbeitslos ist, nennt zu 63% Probleme und wer mehr als 5 Jahre ohne Arbeit ist, hat zu 81% gesundheitliche Probleme.

Bei der Frage nach der Art des gesundheitlichen Problems, gaben zunächst 26% derjenigen, welche die allgemeine Frage danach mit „ja“ beantwortet hatten, ein Problem an. Zwei Probleme gleichzeitig nannten 27% und 20% hatten drei verschiedene gesundheitliche Probleme. 28% der Befragten mit gesundheitlichen Problemen nannten vier oder mehr solcher aktuellen gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Die Zahl der Kombinationen der verschiedenen gesundheitlichen Beeinträchtigungen nimmt mit wachsender Alter zu.

Die häufigsten gesundheitlichen Probleme sind Herz- und Kreislauferkrankungen (Bluthochdruck u.Ä.), die von jedem dritten Befragten genannt wurden, sowie Krankheiten an den Gelenken, der Wirbelsäule bzw. am gesamten Bewegungsapparat, was 28% aller Befragten angegeben haben. Aktuell Probleme mit den Zähnen haben 16% und 14% nennen Gewichtsprobleme. Die anderen aufgeführten Gesundheitsprobleme betreffen etwa jeden neunten Befragten.

**Abb. 117: Art der gesundheitlichen Probleme (Mehrfachnennungen in Prozent)**



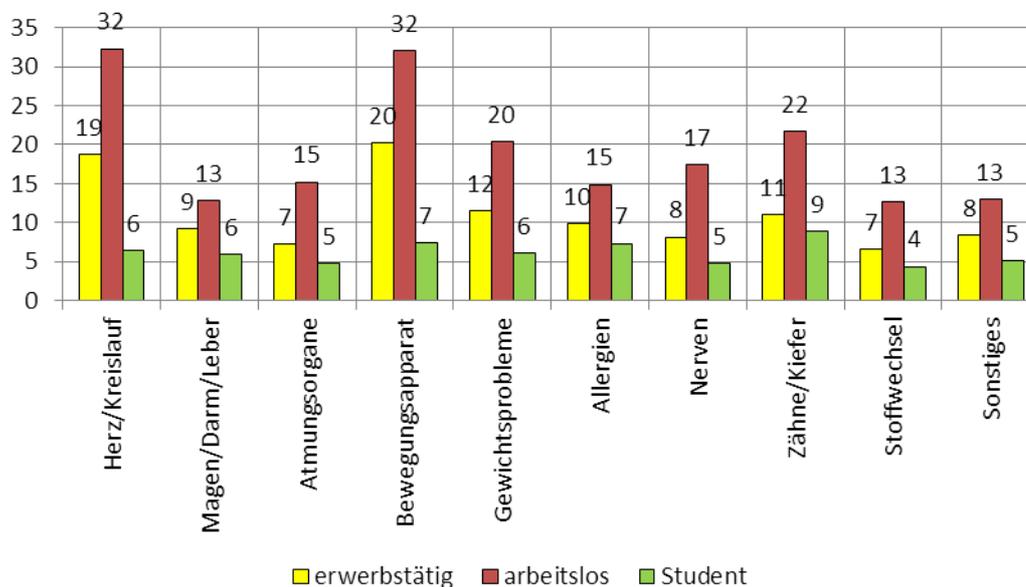
Quelle: Befragung (gewichtet)

Die Art der gesundheitlichen Beeinträchtigungen ist sehr stark altersabhängig. Während sie bei den unter 45-jährigen noch weitgehend gleichverteilt sind (Stoffwechselerkrankungen sind selten, Erkrankungen des Bewegungsapparates häufiger), steigt bei den über 45-jährigen der Anteil der an Herz/Kreislauf Beeinträchtigten stetig an (auf 63% bei den über 75-jährigen) und wächst ebenfalls der Anteil der Erkrankungen des Bewegungsapparates (auf 55% bei den über 75-jährigen). Unterschiede nach Bildungsabschluss und Einkommen werden weitgehend vom Alter bestimmt. Nach Er-

werbsstatus zeigt sich bei den Erwerbsfähigen, dass Arbeitslose bei allen Erkrankungen einen höheren Anteil haben.

In der Mehrzahl sind die Befragten wegen der Erkrankungen in ärztlicher Behandlung, allerdings werden im Durchschnitt etwa 30% der genannten Gesundheitsprobleme zwar als persönliche Beeinträchtigung empfunden, bleiben bisher jedoch unbehandelt. Dies ist bei den einzelnen Krankheiten allerdings unterschiedlich. Herz/Kreislauf-Erkrankungen werden zu 90% behandelt, Gewichtsprobleme allerdings nur zu 48% und psychische Erkrankungen nur zu 55%. Gesundheitliche Probleme mit den Zähnen werden zu 80% vom Zahnarzt behandelt und am Bewegungsapparat Erkrankte sind zu 78% beim Facharzt in Behandlung. Erkrankungen von Magen/Darm, Atmungsorganen sowie Allergien werden zu etwa 65% behandelt.

**Abb. 118: Art der gesundheitlichen Probleme nach Erwerbsstatus (Mehrfachnennungen in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

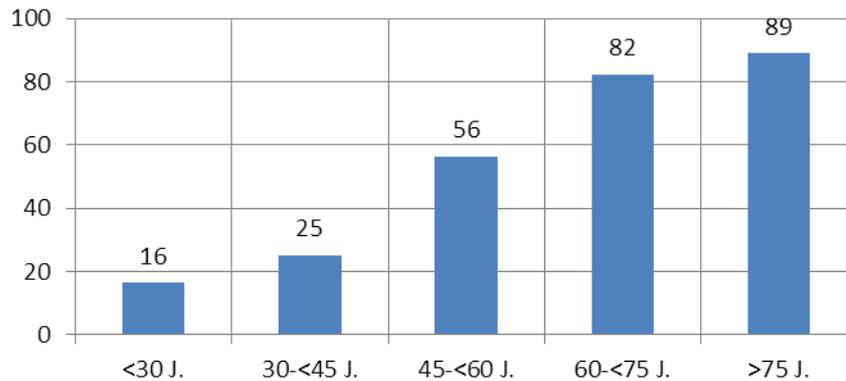
Die unter „Sonstiges“ genannten Erkrankungen können überwiegend den anderen Kategorien zugeordnet werden. Zusätzlich genannt wurden hauptsächlich Augenleiden, Hautkrankheiten, Krebs, Migräne/Schmerz sowie gerade überstandene Operationen.

Jeder zweite Befragte muss regelmäßig Medikamente einnehmen, wobei der Anteil bei den Frauen höher ist (53%) als bei den Männern (48%), wobei das eher für die unter 60-jährigen Frauen gilt und wahrscheinlich auf die regelmäßige Einnahme der Verhütungspille zurückzuführen ist.

Ansonsten wird die Medikamenteneinnahme hauptsächlich vom Alter beeinflusst. Von den unter 30-jährigen müssen nur 16% regelmäßig Medikamente nehmen, von den über 75-jährigen fast 90%. Bei der Medikamenteneinnahme unterscheiden sich Erwerbstätige und Arbeitslose kaum voneinander.

Das konkrete Gesundheitsverhalten der Befragten kann nur anhand einiger weniger Indikatoren illustriert werden. So haben im Laufe des Jahres 90% der Befragten verschiedene medizinische Leistungen in Anspruch genommen, obwohl nur etwa die Hälfte akute gesundheitliche Probleme angegeben hat.

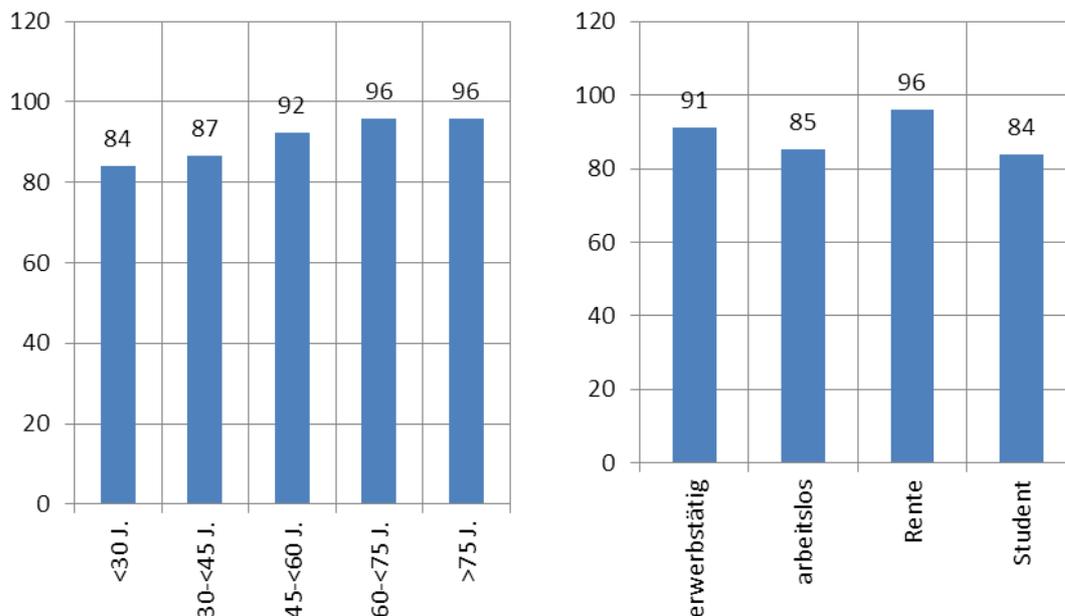
**Abb. 118b: Regelmäßige Medikamenteneinnahme nach Alter (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Dabei gibt es Unterschiede zwischen den Altersgruppen, diese sind aber relativ gering. Auch die unter 30-jährigen haben 2009 zu 84% medizinische Leistungen beansprucht, die über 60-jährigen zu 96%. Arbeitslose gehen geringfügig seltener zum Arzt gegenüber Erwerbstätigen.

**Abb. 119: Inanspruchnahme medizinischer Leistungen nach Alter und Erwerbsstatus („ja“ in Prozent aller Befragten)**



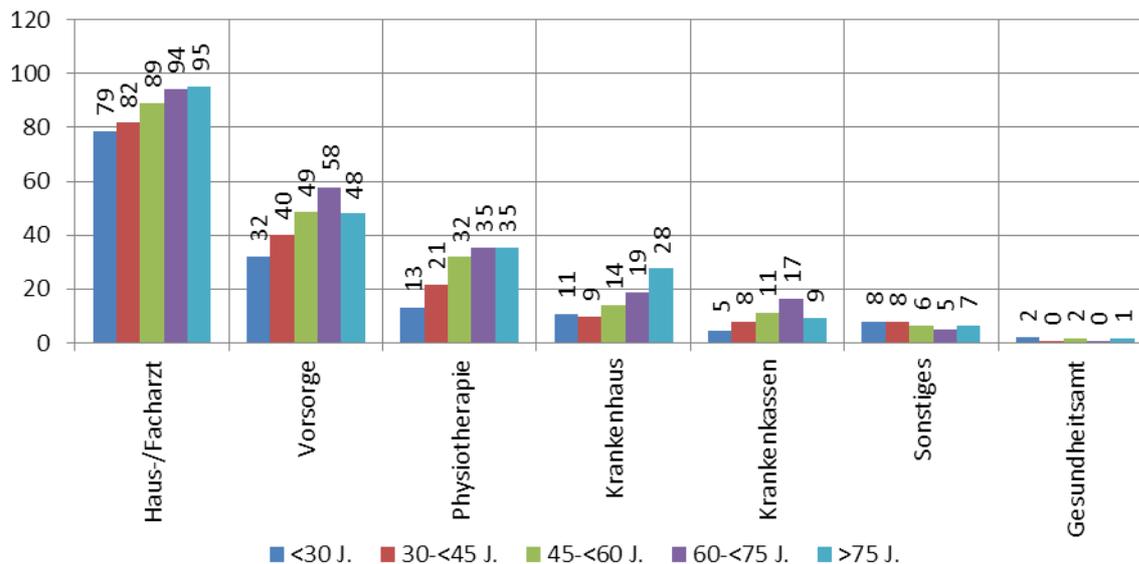
Quelle: Befragung (gewichtet)

Etwa 87% der Befragten waren im Laufe des Jahres mindestens einmal bei einem Hausarzt bzw. Facharzt, 45% haben Vorsorgeuntersuchungen machen lassen und

27% haben eine Physiotherapie in Anspruch genommen. Weitere 15% sind stationär in einem Krankenhaus behandelt worden. Jeder zehnte Befragte hat Angebote der Krankenkassen zur Gesundheitsprävention (z.B. Rückenschule, Ernährungskurse o.Ä.) in Anspruch genommen und 7% haben „Sonstiges“ angegeben, wobei überwiegend einzelne Fachärzte angegeben wurden. Die häufigste Einzelnennung waren „Zahnärzte“. Nur 1% der Befragten hat 2009 eine Beratung des Gesundheitsamtes in Anspruch genommen.

Aus einer Studie der Gmünder Ersatzkasse (GEK) geht hervor, dass im Bundesdurchschnitt nur 7,4% der Bundesbürger im Laufe eines Jahres *keinen* Arzt aufsuchen.<sup>42</sup> In der Befragung ist dieser Anteil etwas höher (13%), was z.T. mit der sozialen Zusammensetzung der Befragung zu tun haben kann, insbesondere mit der höheren Arbeitslosigkeit als in Westdeutschland und damit möglicherweise mit dem Einfluss der Praxisgebühr und der Zuzahlungspflicht bei Medikamenten.

**Abb. 120: Art der in Anspruch genommenen medizinischen Leistungen nach Alter (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Der Zusammenhang ist nicht ganz von der Hand zu weisen, denn 22% der Befragten haben angegeben, wegen der Praxisgebühr schon auf einen Arztbesuch verzichtet zu haben. Verglichen mit der Studie von Rückert/Böcken/Mielck (2008) verzichteten im Bundesdurchschnitt ca. 17% der Versicherten wegen der Praxisgebühr auf einen Arztbesuch. Weitere 19% verschieben ihren Arztbesuch deswegen auf später.<sup>43</sup> Die genannte Studie kommt außerdem zum Ergebnis, dass chronisch Erkrankte mit einem

<sup>42</sup> Grobe, T.G.; Dörning, H. ; Schwartz, F.W.: GEK-Report ambulant-ärztliche Versorgung 2008. In: Gmünder Ersatzkasse (GEK) (Hrsg.): Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 67, Schwäbisch-Gmünd 2009

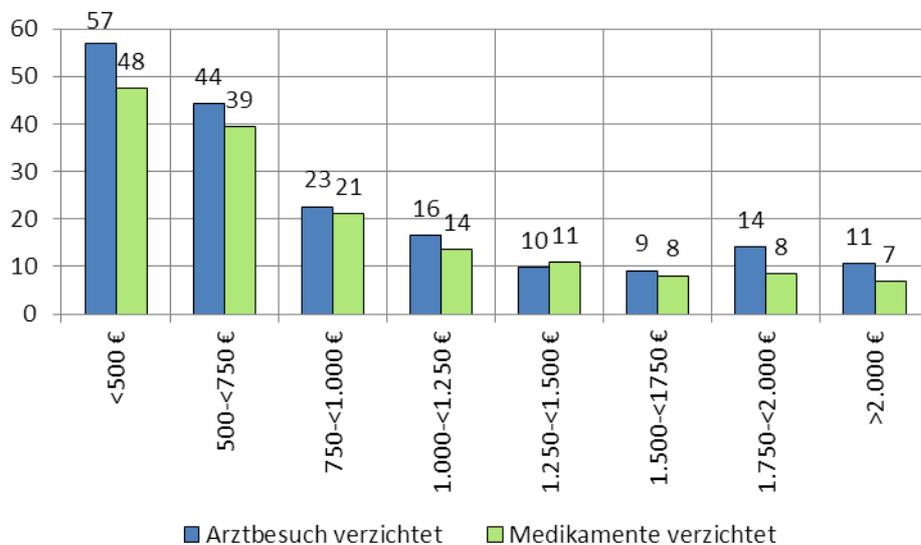
<sup>43</sup> Rückert, Ina-Maria; Böcken, Jan; Mielck, Andreas: Are German patients burdened by the practice charge for physician visits ('Praxisgebuehr')? A cross sectional analysis of socio-economic and health related factors in: BMC Health Services Research 2008, 8:232 doi:10.1186/1472-6963-8-232, available from: <http://www.biomedcentral.com/1472-6963/8/232>

monatlichen Einkommen von unter 600 Euro etwa zweieinhalb mal so oft angeben, wegen der Praxisgebühr einen Arztbesuch verschoben oder vermieden zu haben. Daraus schließen die Autoren, dass die Praxisgebühr die Verhaltensspielräume chronisch Erkrankter aus ärmeren Schichten deutlich beeinträchtigt, während dies bei wohlhabenderen Patienten nicht der Fall ist.

In der Tat haben 48% der Arbeitslosen schon einmal wegen der Praxisgebühr auf einen Arztbesuch verzichtet, während nur jeder fünfte Erwerbstätige dies angibt. Die Praxis des Verzichts ist klar einkommensabhängig und bestätigt die Ergebnisse von Rückert/Böcken/Mielck. In den unteren Einkommensklassen unter 750 € ist der Anteil der Befragten, die auf einen Arztbesuch verzichten, doppelt so hoch, wie im Durchschnitt.

Wegen der geforderten Zuzahlung zu Medikamenten haben 20% der Befragten bereits einmal auf die Abholung verschriebener Arzneien verzichtet. Das bedeutet, dass wegen der Zuzahlungen die Patienten ihre Medikamenteneinnahme unterlassen oder einschränken, sich also nicht der medizinisch verordneten Therapie unterwerfen. Dies hat zwangsläufig negative Folgen für die Gesundheit, was wiederum mittel- und langfristig beachtliche Folgekosten verursacht.

**Abb. 121: Verzicht auf den Arztbesuch und auf Medikamente wegen der geforderten Zuzahlungen nach Einkommen („ja, verzichtet“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Auch hier verzichten hauptsächlich Arbeitslose (48%) bzw. einkommensschwache Haushalte auf die Abholung der Medikamente.

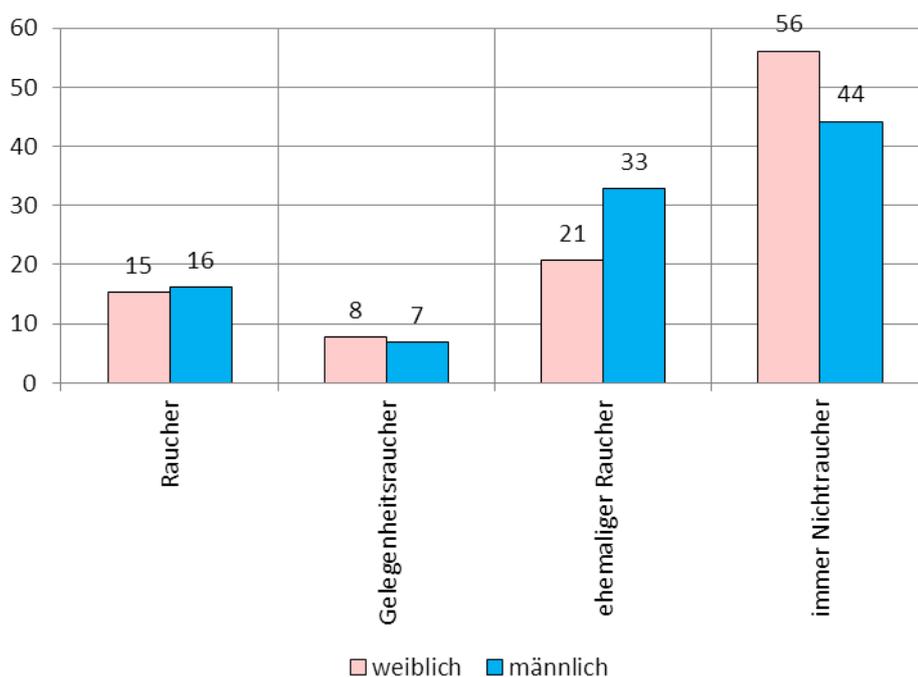
Das Gesundheitsverhalten insbesondere der Arbeitslosen zeigt, dass sie selbst im Falle akuter Belastungen nur das Nötigste unternehmen. Eine aktive Vorsorge findet seltener statt als bei Erwerbstätigen und im Falle von Krankheiten erweisen sich Zuzahlungsverpflichtungen zusätzlich als Hinderungsgrund, alle gebotenen Chancen für eine rasche Genesung tatsächlich wahrzunehmen.

## Rauchen

Zu den weiteren gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen gehört das Rauchen. Dazu gaben 23% an, sie würden Zigaretten, Zigarren oder Pfeife rauchen. Davon stufen sich 7% als „Gelegenheitsraucher“ ein. Weitere 27% sind ehemalige Raucher, die ihre Sucht überwunden haben. Jeder Zweite schließlich gab an, noch nie geraucht zu haben. Im Bundesdurchschnitt betrug 2005 der Anteil der Raucher 27% (Mikrozensus)<sup>44</sup>, davon waren 4% Gelegenheitsraucher. Weitere 19% gaben an, mit dem Rauchen aufgehört zu haben und 54% bezeichnen sich als dauerhafte Nichtraucher. Wenn im Jahr 2010 in Magdeburg etwas weniger Erwachsene zur Zigarette greifen als im Bundesdurchschnitt 2005, ist das angesichts der in den letzten Jahren forcierten Nichtraucherschutzkampagnen sowie des Rauchverbots in Gaststätten durchaus plausibel. Der eigentliche Unterschied zu den bundesweiten Werten liegt im höheren Anteil der Ex-Raucher in Magdeburg.

Während es unter den gegenwärtigen Rauchern keine geschlechtsspezifischen Unterschiede gibt, zeigen sich Frauen mit 56% als die beständigsten Nichtraucher. Männer haben in ihrem Leben deutlich häufiger zum Glimmstängel gegriffen als Frauen (nur 44% Nichtraucher).

**Abb. 122: Anteil der Raucher und Nichtraucher nach Geschlecht (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Fast jeder dritte unter 60-jährige raucht, dafür liegen die Anteile bei den über 60-jährigen nur noch bei 9%. Mit zunehmendem Alter steigt der Anteil der ehemaligen Raucher. Die größte Gruppe von regelmäßigen Rauchern findet sich unter den Arbeitslosen (31%), die zweitgrößte unter den Erwerbstätigen (19%). Entsprechend die-

<sup>44</sup> Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2009), Datenreport 2008, S.246

ser Verteilung rauchen insbesondere die Bezieher niedriger Einkommen häufiger als andere (bis 750 € Äquivalenzeinkommen etwa 28%, ab 750 € relativ stabil um die 13%). Mit steigendem Einkommen wächst tendenziell der Anteil derjenigen, die immer Nichtraucher waren.

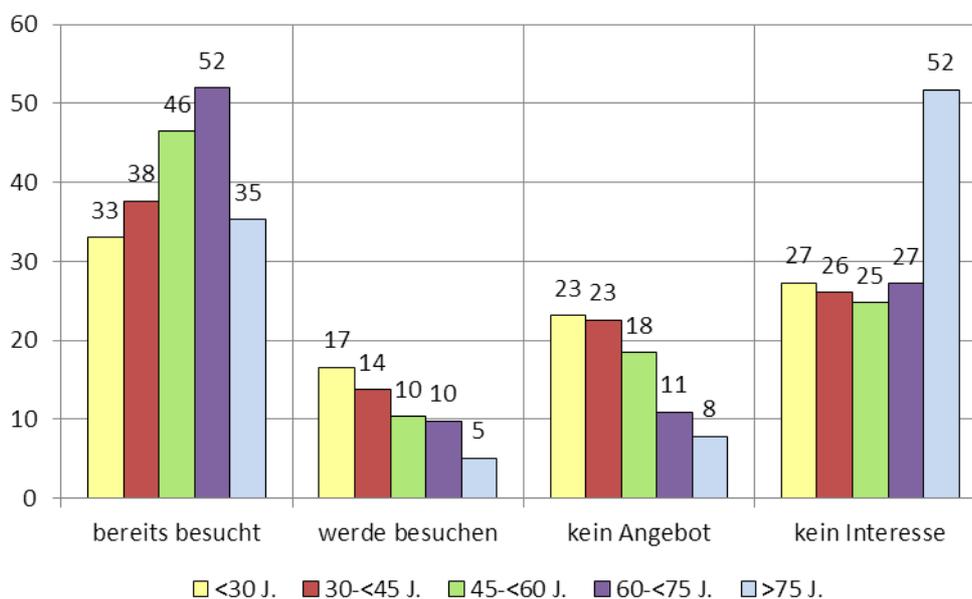
### Angebote zur Gesundheitsförderung

Neben der Wahrnehmung von medizinischen Leistungen im Bedarfsfall oder zur Vorsorge können zur Vorbeugung auch Angebote zur Gesundheitsförderung in Anspruch genommen werden, die von verschiedenen Institutionen z.T. kostenpflichtig angeboten werden.

Die einzelnen abgefragten Gesundheitsangebote zusammengefasst gaben von den Befragten insgesamt 42% an, dass sie (gegenwärtig oder in der Vergangenheit) mindestens eines der Angebote bereits wahrnehmen oder wahrgenommen haben. Weitere 12% äußern zumindest den guten Willen, eines der Angebote irgendwann einmal noch zu nutzen. Weil sie in ihrer Umgebung bisher kein passendes Angebot gefunden haben, verzichteten 17% auf aktive Gesundheitsförderung, obwohl sie gerne einen Kurs besuchen möchten. Schließlich zeigen sich 29% in keinsten Weise an den Angeboten interessiert.

Frauen zeigen sich etwas gesundheitsbewusster als Männer, 45% haben schon Kurse besucht, von den Männern lediglich 39%. Dafür zeigt jeder dritte Mann kein Interesse, während das nur von jeder vierten Frau geäußert wird.

**Abb. 123: Zusammenfassende Verteilung<sup>1</sup> des Interesses an Angeboten zur Gesundheitsförderung (in Prozent)**



1) Anm.: „Bereits besucht“ bedeutet, dass mindestens eins der Angebote bereits wahrgenommen wurde, „werde besuchen“ bedeutet, dass bisher kein Angebot genutzt wurde, man aber zumindest eines der Angebote nutzen würde, „kein Angebot“ bedeutet, dass kein Angebot genutzt wurde und auch kein Interesse an einem Angebot geäußert wurde, sondern dass man eines besuchen würde, wenn es ein Angebot in der Nähe gäbe, „kein Interesse“ heißt, dass bei keinem der Angebote eine Nutzung oder ein Interesse genannt wurde.

Quelle: Befragung (gewichtet)

Nach Altersgruppen haben alle unter 75-jährigen ein relativ gleichbleibendes Interesse (drei Viertel besuchen Kurse oder würden welche besuchen), bei den über 75-jährigen hat nur noch jeder Zweite ein Interesse an spezieller Gesundheitsförderung.

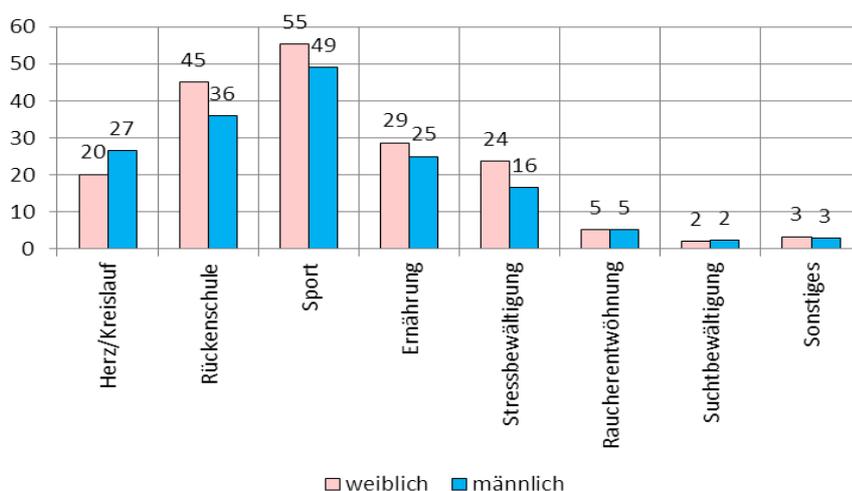
Bei den anderen Altersgruppen wächst mit zunehmendem Alter der Anteil derjenigen, die bereits aktiv sind oder waren und zugleich sinkt der Anteil der prinzipiell Interessierten.

Am wenigsten haben sich Arbeitslose bisher aktiv um die Gesundheitsförderung gekümmert, allerdings nicht wegen mangelndem Interesse (das liegt auf gleichem Niveau mit den anderen Gruppen), sondern weil ihnen geeignete Angebote fehlen. Dabei geht es anscheinend nicht um die räumliche Nähe zu den Angeboten, sondern eher um deren Bezahlbarkeit. Darauf deuten jedenfalls die unter „Sonstiges“ gemachten Anmerkungen hin („*kann ich mir nicht leisten*“ u.Ä.).

Das größte grundsätzliche Interesse (d.h., wo die wenigsten „kein Interesse“ angegeben haben) besteht bei Angeboten rund um Sport und Bewegung. Jeder Zweite hat daran Interesse. Mit 40% Zustimmung folgen Rückenschule und Haltungstraining. Mit Abstand folgt an dritter Stelle die Ernährungsberatung (27%), gefolgt vom Thema Herz/Kreislauf (23%) und der Stressbewältigung (20%). Die Angebote zur Suchtbewältigung richten sich an eine kleine Zielgruppe und interessieren nur 2% der Befragten. Obwohl die Zielgruppe der Raucher größer ist, sind auch hier nur 5% an einer Raucherentwöhnung interessiert.

Männer sind, außer bei Herz/Kreislaufthemen und Suchtbewältigung, etwas weniger interessiert als Frauen und das Interesse an Herz/Kreislauf-Themen wächst mit zunehmendem Alter. Bei den anderen Themen hingegen sinkt mit zunehmendem Alter das Interesse.

**Abb. 124: Interesse an den einzelnen Angeboten zur Gesundheitsförderung nach Geschlecht („besuche bereits“, „werde“ und „würde besuchen“ in Prozent)**

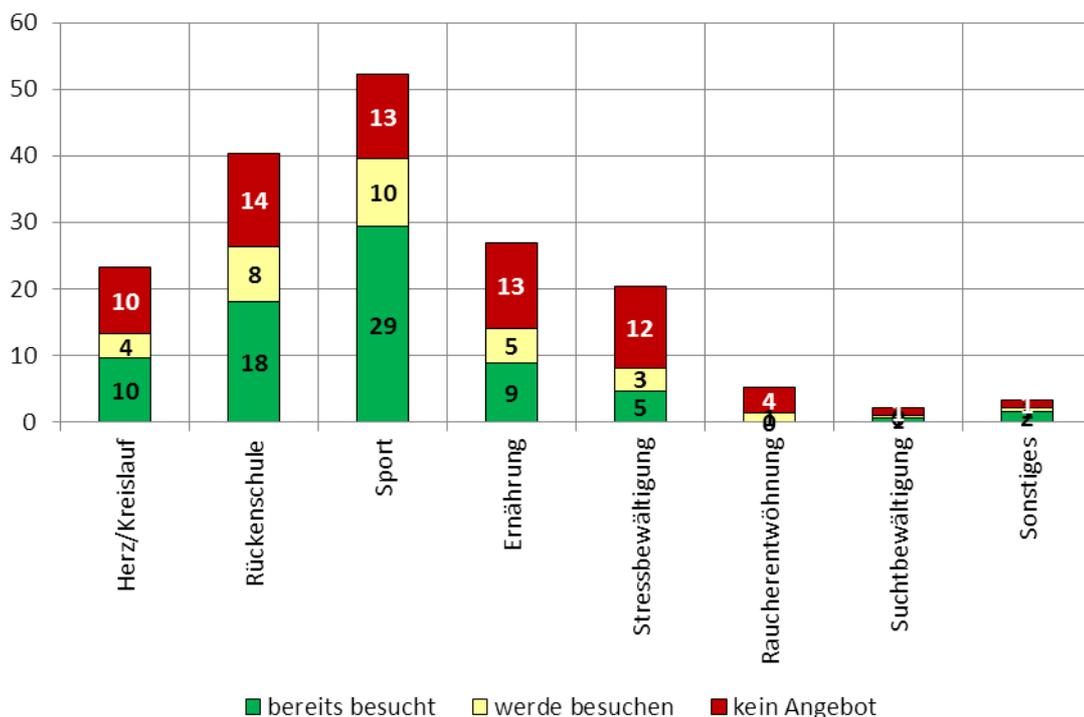


Quelle: Befragung (gewichtet)

Die Verteilung nach „habe ich bereits besucht“, „werde ich besuchen“ und „würde ich besuchen, kein Angebot“ erfolgt in ähnlicher Weise wie die Gesamtverteilung.

Während Sport/Bewegung tatsächlich auch am häufigsten ausgeübt wird, überwiegt bei den anderen Kategorien die bloße Absicht über die Tat. Gesundheitsförderung im Bereich Herz/Kreislauf hat jeder Zehnte wahrgenommen, 14% aber möchten dies Angebot noch wahrnehmen. Bei der Rückenschule ist das Verhältnis eins zu eins und bei der Ernährungsberatung stehen Absichten zu Taten im Verhältnis 2 zu 1. Die Stressbewältigung wird von vielen zwar als wichtig angesehen, jedem der sich bisher darum gekümmert hat, stehen aber drei Befragte gegenüber, die nur ihre gute Absicht bekunden. Gänzlich zur wahrscheinlich völlig unverbindlichen Absichtserklärung gerät dann die Raucherentwöhnung, von der einige wahrscheinlich meinen, man müsste sie unbedingt durchführen, aber durchgerungen dazu haben sich ganze 0,1% der Befragten.

**Abb. 125: Interesse an den einzelnen Angeboten zur Gesundheitsförderung („besuche bereits“, „werde“ und „würde besuchen“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Unter „Sonstiges“ wird Diabetes-Schulung, Schwimmen, Fitnesstraining, Reha und einige spezielle Kurse genannt. Außerdem wird darauf hingewiesen, „keine Zeit“ zu haben oder, wie schon erwähnt, sich Kurse „nicht leisten“ zu können.

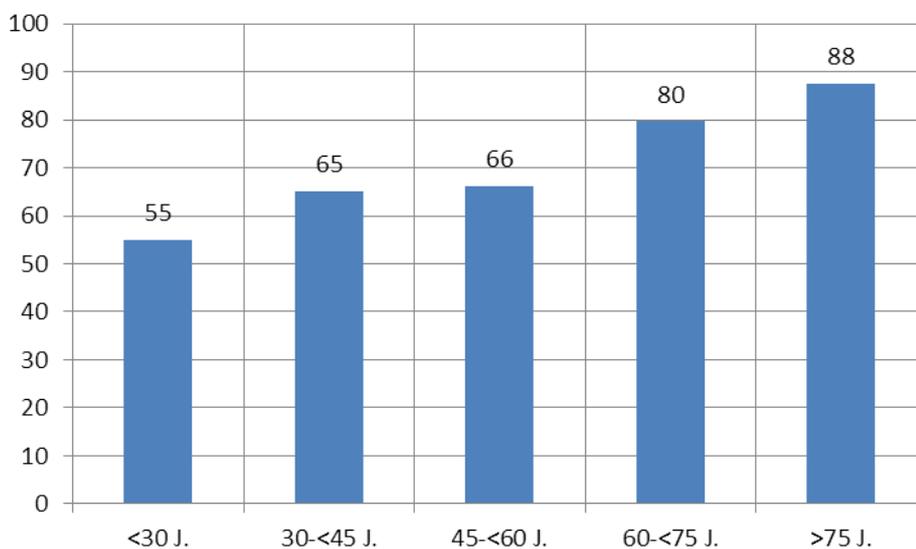
## 11 Ernährung

Zum Themenbereich Gesundheit und Lebensweise gehört auch die Ernährung, denn bekanntlich hat das, was wir täglich essen und trinken wesentliche Auswirkungen auf die Gesundheit. Dabei geht es nicht nur um die notwendige Menge der Energiezufuhr für den Körper, sondern auch um ein möglichst ausgewogenes Verhältnis der verschiedenen Inhaltsstoffe, die ein Mensch täglich zu sich nehmen oder eben lieber meiden sollte.

Danach gefragt, ob die Magdeburger auf eine „gesunde, ausgewogene Ernährung“ achten, gaben 18% an, „immer“ darauf zu achten und 51% „häufig“. Nur 6% achten „selten“ oder „nie“ darauf und 24% „manchmal“.

Dabei achten Frauen häufiger darauf (75% mindestens „häufig“) als Männer (63%) und sich ausgewogen zu ernähren wird mit zunehmendem Alter ernster genommen. Entsprechend der Altersverteilung achten Rentner (84%) am häufigsten auf eine ausgewogene Ernährung und Studenten (60%) (zusammen mit den Arbeitslosen(58%)) am wenigsten. Allerdings sind die Unterschiede zu den Erwerbstätigen (64%) nicht sehr groß. Der Einfluss des Alters zeigt sich auch bei der Bildung und beim Einkommen.

**Abb. 126: Auf ausgewogene Ernährung achten nach Alter („immer“ und „häufig“ in Prozent)**



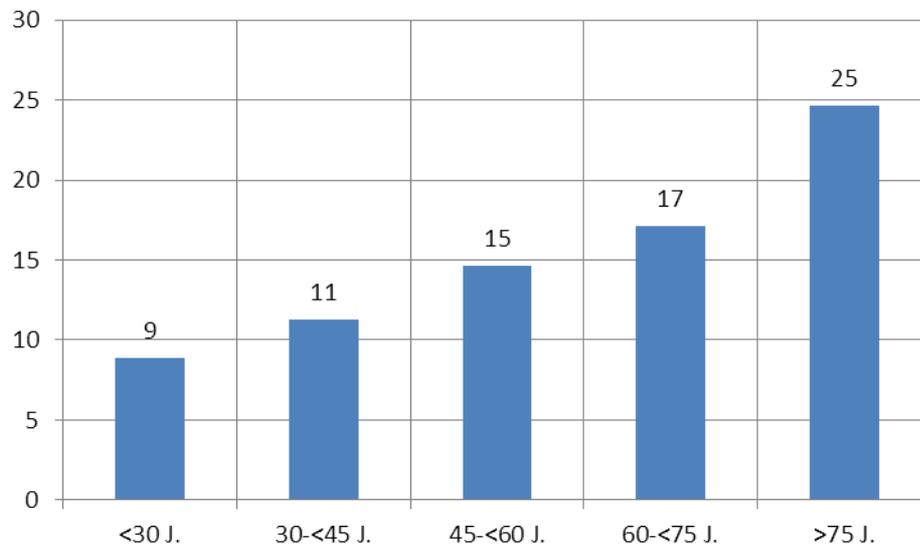
Quelle: Befragung (gewichtet)

Nach einer ganz bestimmte Ernährungsweise (bspw. vegetarisch, Rohkost, Vollwert-Ernährung, nur koschere oder halale Speisen o.Ä.) richten sich 14% der Befragten. Auch dabei spielt das Alter eine Rolle, indem Jüngere sich weniger nach bestimmten Ernährungsvorschriften ernähren, während mit zunehmendem Alter der Anteil wächst.

Einwohner mit Migrationshintergrund ernähren sich mit 23% häufiger nach bestimmten Ernährungsregeln als andere Bürger der Stadt (14%).

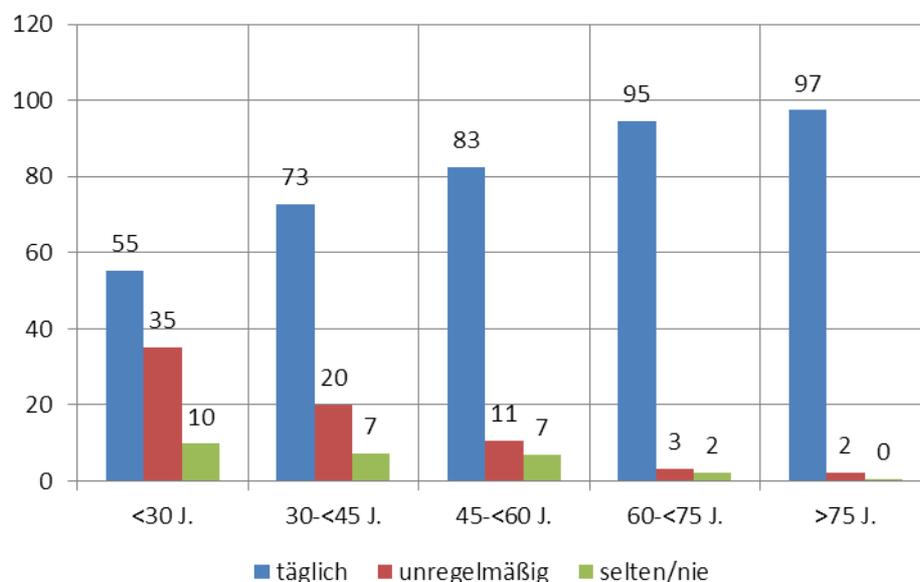
Nicht nur die Ausgewogenheit der Ernährung spielt für die Gesundheit eine Rolle, auch die Regelmäßigkeit der Nahrungsaufnahme trägt zum individuellen Wohlbefinden bei. Traditionell gibt es in Deutschland drei Mahlzeiten am Tag, das Frühstück, das Mittagessen und das Abendessen. Als Zwischenmahlzeiten werden je nach Gelegenheit oder auch Notwendigkeit mitunter noch ein zweites Frühstück sowie Kaffee und Kuchen am Nachmittag verzehrt. Manche nehmen außerdem noch eine Spätmahlzeit zu sich.

Das Frühstück gehört für mehr als drei Viertel der Befragten (79%) zum täglichen Tagesauftritt. Unregelmäßig, d.h. wenigstens einmal pro Woche frühstücken 15% der Befragten und 6% kommen nur selten zum Frühstück oder verzichten völlig darauf.

**Abb. 127: Bestimmte Ernährungsweisen nach Alter („ja“ in Prozent)**

Quelle: Befragung (gewichtet)

Die Regelmäßigkeit ist altersabhängig, nur gut jeder zweite unter 30-jährige (55%) frühstückt täglich, bei den über 60-jährigen sind es über 95%. Erwerbstätige frühstücken zu 76% täglich, Arbeitslose zu 71%. Bei den Arbeitslosen geben mit 12% die meisten an, „selten“ oder „nie“ zu frühstücken, was wiederum bei den Alleinerziehenden mit 27% am häufigsten genannt wird. Bei den anderen Gruppen zeigt sich vor allem die Abhängigkeit vom Alter. Durchschnittlich frühstücken die Magdeburger 6,1 mal pro Woche, die unter 30-jährigen 5,2 mal und die über 60-jährigen 6,8 mal.

**Abb. 128: Frühstück nach Alter (in Prozent)**

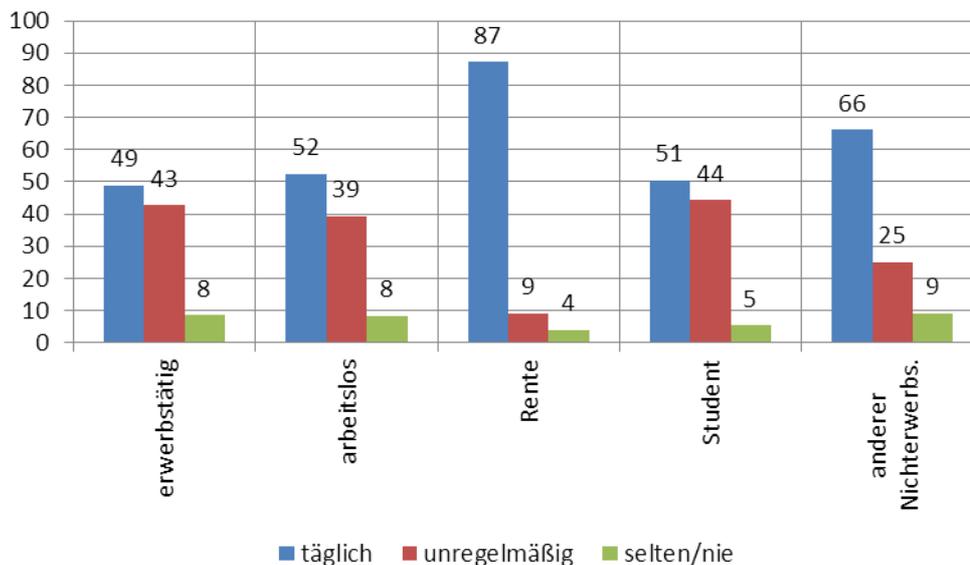
Quelle: Befragung (gewichtet)

Das Mittagessen wird etwas weniger häufig eingenommen, nur 62% essen täglich zu Mittag, knapp jeder Dritte schafft es mehrmals die Woche und 7% essen nur selten oder nie zu Mittag. Die regelmäßige Einnahme des Mittagessens hängt offensichtlich

hauptsächlich davon ab, ob man wochentags ausreichend Zeit dafür hat. Während Rentner und sonstige Nichterwerbstätige überwiegend täglich zu Mittag essen, sind es bei den Erwerbstätigen und Studenten nur jeder Zweite. Auch bei den Arbeitslosen kommt nur jeder Zweite zum täglichen Mittagessen. Das tägliche Mittagessen ist insofern altersabhängig, als die Erwerbsfähigen nur zu 50% dazu kommen, während die über 60-jährigen zu über 80% täglich ein Mittagessen zu sich nehmen.

Im Durchschnitt essen die Magdeburger 5,5 mal pro Woche zu Mittag, wobei vor allem die mittleren Altersgruppen dies oft nur weniger als fünfmal die Woche schaffen und Rentner hingegen fast täglich.

**Abb. 129: Mittagessen nach Erwerbsstatus (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Die eigentliche Hauptmahlzeit des Tages ist für die meisten Befragten das Abendessen, das 84% täglich einnehmen. Weiteren 13% gelingt dass nur unregelmäßig im Laufe der Woche und 3% kommen „selten“ oder „nie“ zu einem Abendessen. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen bzw. nach anderen Unterscheidungsmerkmalen sind eher gering. Das Abendessen scheint auch noch ein wenig davon abzuhängen, ob man wochentags ausreichend Zeit dafür hat, weil Erwerbsfähige etwas seltener dazu kommen als Nichterwerbstätige.

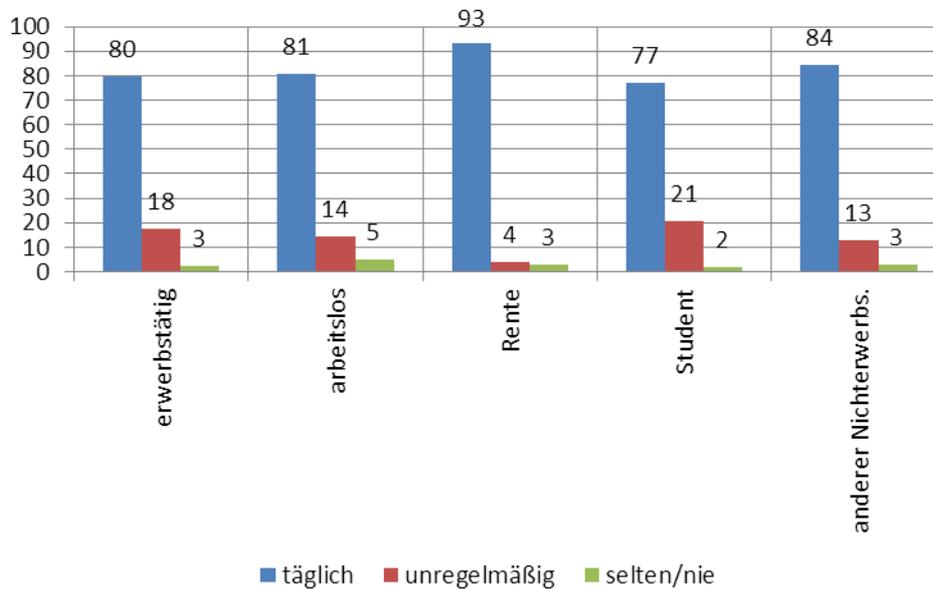
Im Durchschnitt wird 6,4 mal pro Woche zu Abend gegessen, wobei die Unterschiede zwischen einzelnen Gruppen nur noch sehr gering sind.

Die häufigste Zwischenmahlzeit ist die Kaffeetafel am Nachmittag, die von 22% der Befragten täglich genossen wird. Immerhin 36% nehmen Kaffee und Kuchen an einzelnen Tagen der Woche zu sich, während 43% weitgehend darauf verzichten.

Jeder Neunte nimmt täglich ein zweites Frühstück zu sich und 17% an einzelnen Tagen der Woche. Knapp drei Viertel (72%) der Befragten verzichten überwiegend darauf.

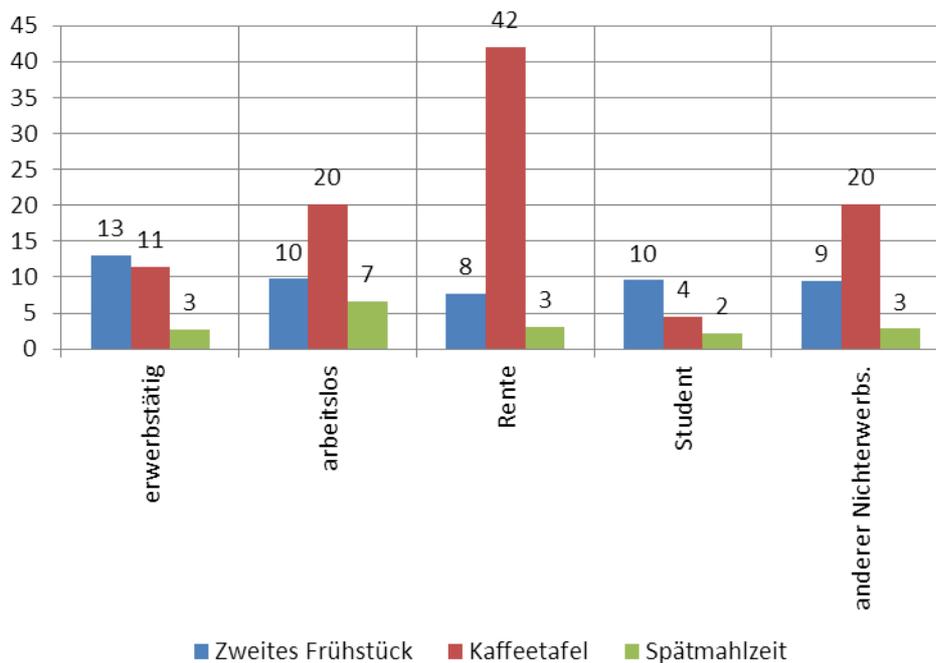
Eine tägliche Spätmahlzeit gönnen sich nur 3% der Befragten und für 11% steht sie gelegentlich auf dem Speiseplan. 86% kommen weitgehend ohne Spätmahlzeit aus.

**Abb. 130: Abendessen nach Erwerbsstatus (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 131: Tägliche Zwischenmahlzeiten nach Erwerbsstatus (in Prozent)**



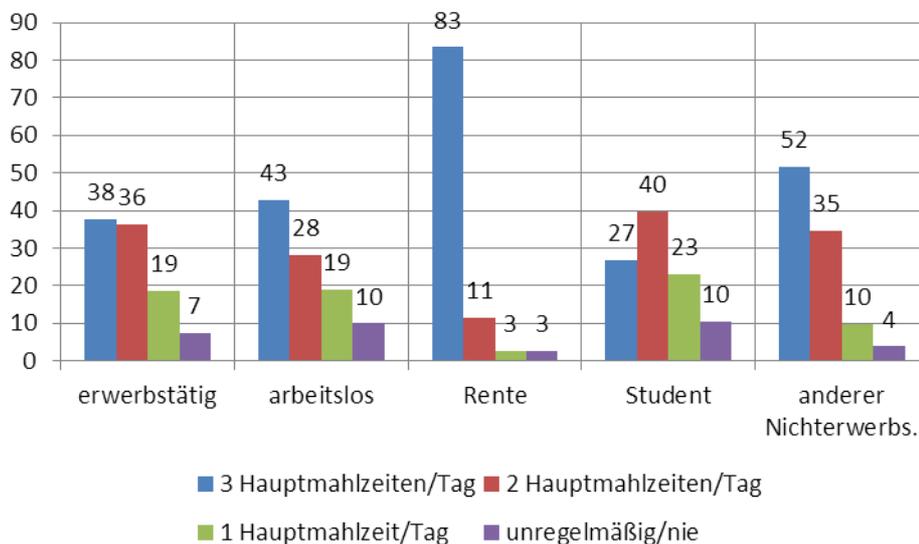
Quelle: Befragung (gewichtet)

Während das zweite Frühstück eher für Erwerbstätige wichtig ist, nimmt mit steigendem Alter der Anteil der täglichen Kaffeetafel zu. Von den über 60-jährigen nimmt mehr als jeder Dritte nachmittags Kaffee und Kuchen zu sich. Während Studenten der traditionellen nachmittäglichen Kaffeetafel wenig abgewinnen können (4%) und Er-

werbstätige dazu oft keine Zeit haben (11%), nimmt jeder fünfte Arbeitslose sowie sonstige Nichterwerbstätige sich die Zeit dafür.

Jeder zweite Befragte (52%) nimmt täglich alle drei Hauptmahlzeiten zu sich, 28% nehmen zwei Hauptmahlzeiten zu sich und 14% gelingt es nur eine Hauptmahlzeit täglich zu essen. Nur an einzelnen Tagen in der Woche oder seltener können 7% eine oder mehrere Hauptmahlzeiten zu sich nehmen. Mit zunehmendem Alter nimmt der Anteil deren, die die traditionellen drei Hauptmahlzeiten zu sich nehmen zu. Bei den unter 30-jährigen schaffen (oder wollen) dies nur 30%, bei den über 75-jährigen 90%. Andererseits ist es auch eine Frage der beruflichen Einbindung, ob man alle Hauptmahlzeiten pro Tag zu sich nehmen kann, Erwerbstätigen gelingt dies jedenfalls seltener als anderen und bei den Studenten ist es wahrscheinlich eher eine Frage des unregelmäßigen Tagesablaufs.

**Abb. 132: Anzahl der Hauptmahlzeiten pro Tag nach Erwerbsstatus (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Zwischenmahlzeiten, die ohnehin nur wenige einnehmen, werden überwiegend nur einmal am Tag gegessen (23%). Jeder Zwanzigste isst zwei Zwischenmahlzeiten und 0,7% schaffen auch drei Zwischenmahlzeiten, wobei diese nicht selten die ausgefallenen Hauptmahlzeiten ersetzen.

Drei Viertel der Befragten (74%) nehmen wochentags ihre Hauptmahlzeiten überwiegend zuhause ein. Jeder Zweite (51%) isst daneben (oder stattdessen) auch an seiner Arbeitsstelle oder an der Ausbildungsstelle. Dabei überwiegt das mitgebrachte Essen (32%), das entweder im Pausenraum (8%) oder direkt am Arbeitsplatz (24%) verzehrt wird, 13% essen in der Kantine und 5% lassen sich Essen an den Arbeitsplatz liefern. Schließlich nehmen 9% ihre Hauptmahlzeiten in Schnellrestaurants/Imbissen bzw. Gaststätten ein (was i.d.R. unter „Sonstiges“ vermerkt wurde).

An der Arbeitsstätte oder an der Universität zu essen kommt freilich nur für Erwerbsfähige in Frage. Entsprechend nehmen fast alle Älteren ihre Hauptmahlzeiten wochentags zuhause zu sich, während unter 60-jährige zu mehr als zwei Dritteln an ihrer Arbeitsstelle essen. Dies gilt vor allem für Erwerbstätige (87%) und Studenten (82%).

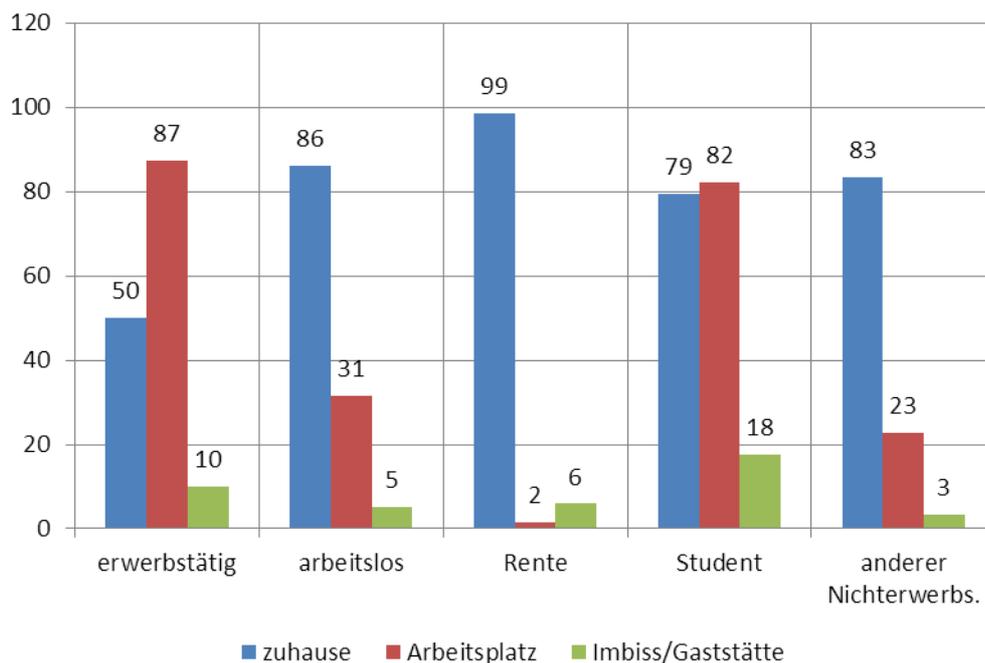
Wenn auch Arbeitslose angeben, am Arbeitsplatz zu essen, so handelt es sich um jene, die neben ihrer Arbeitslosigkeit in Mini- oder Midi-Jobs arbeiten oder in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen eingebunden sind.

Die Anzahl derjenigen, die am Arbeitsplatz speisen sowie jener, die in Gaststätten essen, nimmt mit steigenden Einkommen zu. Dabei bleibt das Essen in Schnellrestaurants allerdings eine Domäne der unter 30-jährigen bzw. der Studenten, die sich zu 14% von diesem genormten Essen ernähren.

Auch für die Partner der Befragten gilt eine ähnliche Verteilung der Orte, an denen sie ihre Hauptmahlzeiten einnehmen. Dabei essen die Partner der Erwerbstätigen etwas seltener (zu 70%) und die Partner der Arbeitslosen häufiger am Arbeitsplatz (zu 46%), weil die Partner eines Teils der arbeitslosen Bezugspersonen noch beschäftigt sind.

Die Mehrzahl der Kinder der Befragten nimmt wochentags die Hauptmahlzeiten in der Schule bzw. der Uni oder am Arbeitsplatz ein (69%). Dabei steht Essen in der Kantine mit 30% im Vordergrund bzw. wenn man die unter „sonstiges“ genannte Möglichkeit des Essens in der Kindertagesstätte dazu zählt, sind es sogar 42%. Fast jedes vierte Kind verzehrt mitgebrachtes Pausenbrot und 16% essen geliefertes Essen im Pausenraum oder am Arbeitsplatz.

**Abb. 133: Ort der Hauptmahlzeit wochentags nach Erwerbsstatus (Mehrfachnennungen in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

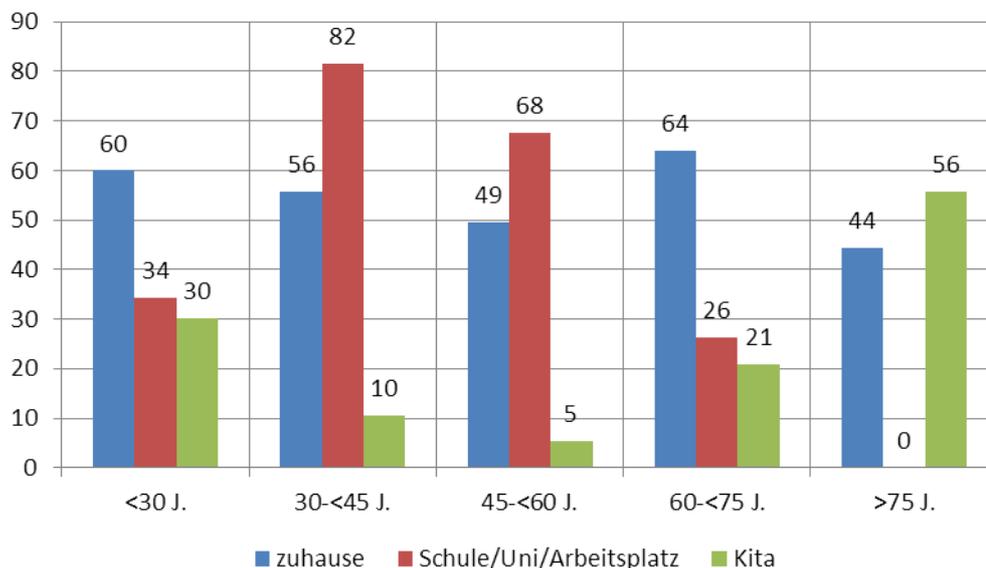
Abhängig vom Alter und vom Erwerbsstatus der Bezugsperson (= i.d.R. ein Elternteil) ist die Verteilung zwischen zuhause und außerhalb etwas unterschiedlich. Bei den Eltern aus den mittleren Altersgruppen von 30 bis unter 45 Jahren dominiert das außerhäusliche Essen (82%) und ebenso bei den 45- bis unter 60-jährigen (68%). Bei den Kindern jüngerer Eltern (die oft noch nicht schulpflichtig sind) dominiert hingegen das Essen zuhause.

Hinsichtlich des Erwerbsstatus der Eltern überwiegt entsprechend bei den Erwerbstätigen der Anteil des außerhäuslichen Essens (78%), bei den anderen Gruppen hingegen essen die Kinder überwiegend zuhause.

Dass Kinder sich für die Hauptmahlzeiten im Schnellrestaurant/Imbiss versorgen, gaben nur 3% der Befragten an, dabei nennen dass erwerbstätige Eltern zu 2% und arbeitslose zu 4% und es sind eher Alleinerziehende (3%) als Familien (2%).

Die Befragten wenden im Durchschnitt pro Woche 99 € für die Ernährung auf, davon 83 € für Lebensmittel für die häusliche Küche und 23 € für Essen außer Haus (Kantine, Essen gehen usw.).

**Abb. 134: Ort der Hauptmahlzeit der Kinder wochentags nach Erwerbsstatus der Bezugsperson (Mehrfachnennungen in Prozent)**



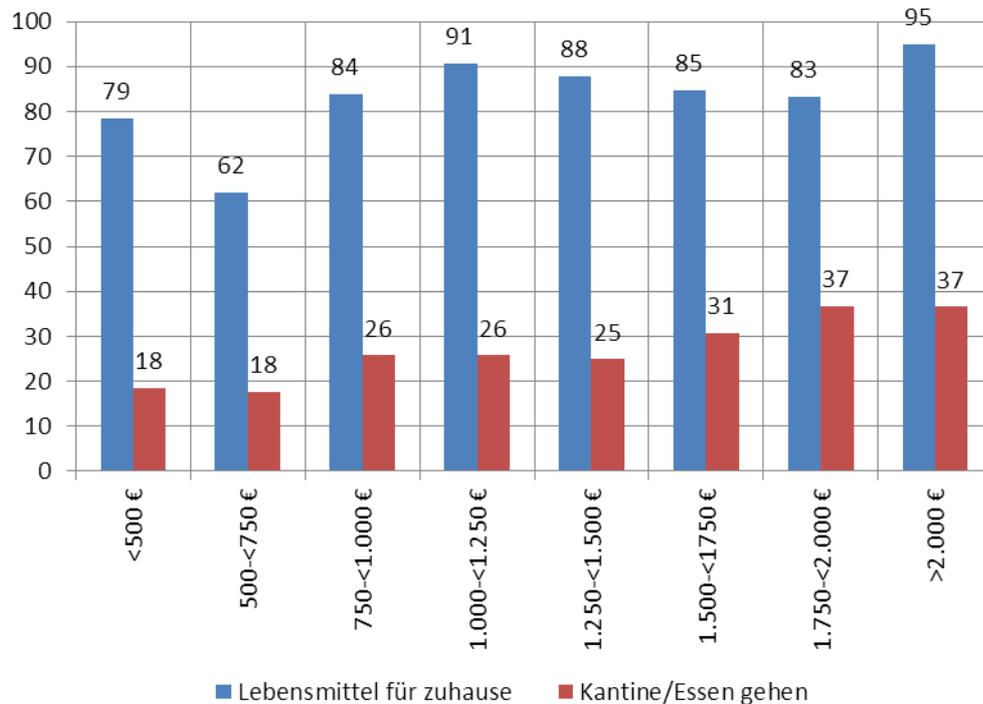
Quelle: Befragung (gewichtet)

Die Höhe des Essensgeldes ist insgesamt erkennbar vom Einkommen abhängig. Wer unter 750 € Äquivalenzeinkommen pro Monat zur Verfügung hat, gibt weniger als 90 € aus und wer mehr als 2.000 € hat, der gibt durchschnittlich 128 € aus. Die Unterschiede resultieren aber hauptsächlich aus höheren Ausgaben für außerhäusliches Essen in den Haushalten mit höherem Einkommen. Die Ausgaben für Lebensmittel bewegen sich hingegen ab einem Einkommen von 750 € auf einen relativ einheitlichen Niveau.

Die geringeren Ausgaben in den unteren Einkommensgruppen resultieren aus der Gruppe der Studenten, die mit 60 € die geringsten Ausgaben haben sowie aus der Gruppe der Arbeitslosen, die 82 € pro Woche zur Verfügung haben. Diese Werte werden allerdings noch dadurch beeinflusst, dass verschiedene Haushaltsgrößen hinter den Summen stehen. So kommen die Alleinstehenden (egal welcher Altersgruppe) mit durchschnittlich 65 € pro Woche aus. Dabei geben die jüngeren Alleinstehenden etwas mehr Geld für das Essengehen aus (24 €), während ältere Alleinstehende dafür nur 17 € ausgeben. Paare wenden etwa 109 € auf (mit Ausnahme der unter 45-jährigen mit 81 €) und Familien 135 €. Obwohl auch Alleinerziehende Mehrpersonenhaushalte bilden, müssen sie i.d.R. mit durchschnittlich 86 € auskommen. Mitglieder

von Wohngemeinschaften haben mit 50 € das geringste Budget, allerdings wurden hier nur Angaben für eine Person gemacht, nicht für die gesamte WG.

**Abb. 135: Ausgaben für Lebensmittel und Getränke nach Einkommen (Mittelwerte in Euro)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Der Wert für die Familie entspricht ungefähr dem Bundesdurchschnitt von 2005 (131 €), der allerdings auf anderer Basis ermittelt und in anderen Kategorien ausgewiesen wurde. Der Vergleich ist daher nur bedingt aussagekräftig, entspricht aber weitgehend den hier ermittelten Größenordnungen. Im Bundesvergleich gaben 2005 Paarhaushalte 112 € aus, Alleinerziehende 72 € und Alleinstehende 54 €. Die Ausgaben für Lebensmittel und Getränke liegen damit in Magdeburg auf einem relativ durchschnittlichen Niveau.

## 12 Einkommen

Das durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen der befragten Magdeburger Haushalte liegt bei 2.212 €. Im Bundesdurchschnitt liegt das Haushaltseinkommen auf der Basis des Mikrozensus bei etwa 2.500 €, für 2003 wurde für Ostdeutschland ein Wert von 2.230 € angegeben<sup>45</sup>, der immer noch weitgehend gelten dürfte, da es in den letzten Jahren kaum Einkommenssteigerungen gegeben hat. Allerdings sagt ein solcher pauschaler Wert wenig aus, denn das Haushaltseinkommen hängt wesentlich von der Haushaltgröße ab. So liegt in der Befragung das durchschnittliche Haushaltseinkommen der Einpersonenhaushalte bei 1.179 €, der Zweipersonenhaushalte bei 2.243 €, der Dreipersonenhaushalte bei 2.814 € und der größeren Haushalte bei 3.456 €.

Um diesen Faktor der Haushaltsgröße auszuschalten, wird i.d.R. ein sog. Äquivalenzeinkommen errechnet, welches die Summe angibt, die fiktiv einer Person des Haushalts zustehen würde (quasi als Prokopfeinkommen). Dabei wird dann aber nicht das Haushaltseinkommen einfach durch die Zahl der Haushaltsmitglieder geteilt, sondern es werden die Haushaltsmitglieder gewichtet, weil man weiß, dass Personen, die gemeinsam wirtschaften i.d.R. dadurch Einsparungen erzielen. Zu zweit muss nur eine Miete gezahlt werden, wird nur ein Telefonanschluss benötigt usw. Also sagt man z.B., dass die erste Person im Haushalt als Single zählt und das Gewicht von „1“ hat. Sind es zwei erwachsene Personen, so geht man davon aus, dass sie 20% Ersparnis haben. Deshalb bekommen beide Personen nur das Gewicht von „0,9“, was zusammen ein Haushaltsgewicht von „1,8“ ergibt. Kommt als dritte Person ein Kind hinzu, so könnte man dafür den Faktor „0,5“ ansetzen. Dann beträgt das Haushaltsgewicht des dreiköpfigen Haushalts „2,3“. Das Einkommen müsste nun durch diesen Faktor geteilt werden. Mit dieser Bedarfsgewichtung werden alle Haushalte auf den gleichen Nenner gebracht und können nun ohne Verzerrung durch die Haushaltsgröße verglichen werden.<sup>46</sup>

<sup>45</sup> Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes, „Haushaltseinkommen im Osten erreicht 77% des Westniveaus“ vom 02.12.2004

<sup>46</sup> Dafür gibt es allerdings verschiedene Modelle, denn festgelegt werden muss die Gewichtung der einzelnen Haushaltsmitglieder. Im gegenwärtigen Sozialrecht nach SGB II wird ein solches Modell auch angewandt. Hier hat eine Einzelperson das Gewicht 1, zwei Erwachsene jeweils das Gewicht 0,9, jeder weitere über 14jährige das Gewicht von 0,8. Jedes Kind bis 6 Jahren hat das Gewicht von 0,6 und Kinder im Alter zwischen 7 und 13 Jahren werden seit 2009 mit 0,7 gewichtet. Auf der Grundlage dieser Gewichtung wird nun die Höhe der Leistung für die Bedarfsgemeinschaft festgelegt. In einer vierköpfigen Familie bekommen die beiden Erwachsenen jeweils 90% vom Regelsatz, das 15-jährige Kind 80% und ein 5-jähriges Kind 60%. Zusammen bekommt die vierköpfige Familie also das 3,2fache des Regelsatzes, wobei der Regelsatz in diesem Beispiel das Äquivalenzeinkommen pro Kopf darstellt. Für die Berechnung des Äquivalenzeinkommens müsste bei dieser vierköpfigen Familie also umgekehrt das Haushaltseinkommen durch 3,2 geteilt werden. Derzeit besteht in der EU allerdings die Übereinkunft, die neue Gewichtungsskala der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für solche Berechnungen zu verwenden (die sog. „neue OECD-Skala“). In dieser Skala werden die Gewichte viel geringer angesetzt. Für die erste Person gilt der Faktor 1, für jede weitere Person über 14 Jahre der Faktor 0,5 und für jedes Kind unter 14 Jahre der Faktor 0,3. Im oben genannten Beispiel der vier-köpfigen Familie läge dadurch das Haushaltsgewicht nicht mehr bei 3,2, sondern nur noch bei 2,3. Bei der Anwendung der im SGB gültigen Skalen hätte die Familie bei einem Haushaltseinkom-

Für die Befragung wird das Muster des SGB II zugrunde gelegt. Das auf dieser Basis berechnete Äquivalenzeinkommen beträgt im arithmetischen Mittel 1.185 € und der Median beträgt 1.111 €. Der Median wird hier zur Illustration als zusätzliche Größe aufgeführt, weil im Rahmen einer europäischen Vereinheitlichung bei der Berechnung von sog. Armutswahrschwellen für das „mittlere Einkommen“ nicht mehr der arithmetische Mittelwert herangezogen wird, sondern der Median.

Dies ist allerdings nicht unumstritten, denn gegenüber der bis vor wenigen Jahren hauptsächlich gehandhabten Berechnung des arithmetischen Mittelwerts, bei der die Ungleichverteilung der Einkommen mit in die Rechnung eingeht (insbesondere der Anteil der höheren Einkommen), gibt der Median lediglich an, ab welchem Einkommen die Zahl aller nach der Höhe ihres Einkommens sortierten Einkommensbezieher in zwei gleichgroße Teile zerfällt. Kritisiert wird diese Methode, weil der Aspekt der Ungleichverteilung der Einkommen der oberhalb des Medians liegenden Hälfte der Einkommensbezieher völlig ausgeblendet wird. Beim Median ist nur wichtig, was in der unteren Hälfte der Einkommensgruppen verdient wird. Die oberen 50% können zusammen 100 Millionen oder 100 Milliarden verdienen, das hätte nicht den geringsten Einfluss auf den Median, auf das arithmetische Mittel aber sehr wohl. Der Median bildet also nicht das tatsächlich vorhandene Gesamteinkommen ab, sondern nur das höchste Einkommen der unteren Hälfte. Tatsächlich ist aber die Einkommensverteilung regelmäßig so, dass bei den sehr hohen Einkommen die Kurve steil ansteigt, d.h. ganz wenige Personen sehr hohe Einkommen haben. Demgegenüber ist bei den unteren und mittleren Einkommen nur ein ganz allmählicher Anstieg zu verzeichnen. Berechnet man hingegen den arithmetischen Mittelwert, dann liegt das Durchschnittseinkommen eher in der oberen Hälfte der Einkommensverteilung, weil wenige Menschen mit hohem Einkommen das mittlere Einkommensniveau anheben.<sup>47</sup>

Weil es in der Darstellung der Ergebnisse der Befragung eher um die Ungleichverteilung und weniger um die Ermittlung einer rein formalen Armutsgrenze geht, werden im Folgenden nach dem Muster des SGB II berechnete arithmetische Mittelwerte verwendet. Direkte Vergleiche zur Armutswahrschwellenberichterstattung des Bundes sind daher nicht möglich. Um dennoch eine Einschätzung treffen zu können, sollen hier kurz die entsprechenden Werte genannt werden: Nach dem Schema der OECD berechnet lag der Median des Äquivalenzeinkommens in Magdeburg bei 1.333 €. Aus dem letzten Armutswahrs- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ergeben sich für die Bundesrepublik 1.302 € für das Jahr 2006, wenn man die Datenbasis der EU-SILC zugrunde

---

men von 2.000 Euro ein Äquivalenzeinkommen von nur 625 Euro, nach der neuen OECD-Skala aber von knapp 870 Euro. Die Gewichtung der OECD führt also dazu, dass insbesondere größere Familien weniger häufig ein niedriges bedarfsgewichtetes Äquivalenzeinkommen haben als bei der Berechnungsweise mit den Sozialhilfegewichten.

<sup>47</sup> Ein fiktives Beispiel: 1.000 Personen verdienen zusammen pro Monat 3,6 Mio. Euro. Das Geld ist sehr ungleich verteilt, 501 Personen verdienen nur 500 Euro pro Monat, die anderen 499 Personen zwischen 1.666 und 1,7 Mio. Euro. Der Median liegt bei 500 Euro, denn bei dieser Summe teilt sich die Gruppe in zwei Hälften, oder anders ausgedrückt: Der Median zeigt das höchste Einkommen der unteren Hälfte an. Die 60%-Armutswahrschwellen läge dann bei 300 Euro, was aber keiner erreicht, weil alle mindestens 500 Euro verdienen. Somit gibt es in diesem Denkmodell keine „relativ Armen“, obwohl die Hälfte der Gruppe sich zusammen nur 8% des gesamten Einkommens teilen muss und die andere Hälfte die restlichen 92% bekommt. Der arithmetische Mittelwert von 3.600 Euro würde die Ungleichverteilung wahrheitsgemäßer darstellen.

legt.<sup>48</sup> Dies bedeutet dann, dass die Hälfte der Magdeburger weniger als 1.333 € Äquivalenzeinkommen hat und die andere Hälfte mehr. Die Werte liegen also relativ nahe beieinander und für Magdeburg ergibt sich somit eine 60% Armutsgrenze von 800 € (auf der Basis der Befragung berechnet nach der neuen OECD Skala). Bezogen auf die Skala nach dem SGB II und errechnet als arithmetischer Mittelwert liegt die 60%-Armutrisikogrenze allerdings bei 711 €. Legt man diesen Wert zugrunde, dann fallen 19,6% der befragten Haushalte unter die Armutrisikogrenze.

Wie aus der weiteren Auswertung der Befragung aber hervorgeht, ist das Einkommen *allein* kein geeigneter Indikator zur Bestimmung von Armutslagen, denn Armut ist als *relative* Armut in entwickelten Industriegesellschaften nur mehrdimensional bestimmbar. Neben der materiellen Seite wird relative Armut auch durch den Grad an sozialer Ausgrenzung, d.h. dem systematischen Mangel an Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe bestimmt, die von einer jeweiligen Lebenslage ausgehen kann. Insofern ist relative Armut im engeren und eher soziologischen Sinne in erster Linie ein soziales und kein rein materielles Phänomen. Es entsteht, wenn Menschen in Hinsicht auf die Versorgung mit materiellen und immateriellen Ressourcen relativ benachteiligt sind und wenn dies gleichzeitig mit einer relativen Ausgrenzung aus zentralen gesellschaftlichen Bezügen verbunden ist. Relative Benachteiligung kann dabei durch Ausgrenzung verursacht sein (z.B. durch Verlust des Arbeitsplatzes). Umgekehrt kann relative Benachteiligung auch zu Ausgrenzung führen, z.B. wenn aus geringem Einkommen Vereinsamung und Isolation erfolgen. In dem Sinne ist geringes Einkommen allein also kein hinreichendes Kriterium für relative Armut. Erst wenn Erscheinungen von Ausgrenzung bzw. mangelnder gesellschaftlicher Teilhabechancen damit verbunden sind, wird relative Armut daraus.

Obwohl sie nach den Arbeitslosen die einkommensschwächste Gruppe innerhalb der Befragung sind und überwiegend an oder unter der Armutrisikoschwelle liegen, befinden sich Studenten nicht in einer typischen Armutslage. Der wesentliche Unterschied zu einer relativen Armutslage besteht zunächst darin, dass die „studentische Lebenslage“ eine freiwillige und nur für eine vorübergehende Zeit in Kauf genommene Lebensphase ist. Im biographischen Sinne wird ein kurzer Abschnitt des Lebens in die Zukunft investiert, indem man eine Ausbildung absolviert, die nach erfolgreichem Abschluss bessere Einkommens- und Lebenschancen erwarten lässt als dies ohne eine solche Investition der Fall wäre. Eine relative Armutslage hingegen ist dadurch charakterisiert, dass sie überwiegend unfreiwillig in Kauf genommen werden muss und dass sich aus der Armutslage keine Perspektive für die Zukunft ergibt.

Auch in Bezug auf die Ausgrenzung gibt es deutliche Unterschiede. Armutslagen sind überwiegend dadurch gekennzeichnet, dass mit Ihnen eine Ausgrenzung vom Erwerbssystem verbunden ist. Weil keiner Erwerbstätigkeit mehr nachgegangen werden kann, ist man nicht nur von den materiellen Chancen der Erwerbstätigkeit ausgeschlossen, sondern auch von den damit verbundenen sozialen Chancen sowie den Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung über Arbeit und Berufstätigkeit. Man bleibt in keines der wesentlichen Systeme der Gesellschaft mehr aktiv eingebunden, hat sowohl objektiv als auch subjektiv empfunden keine Aufgabe mehr, fühlt sich ausge-

---

<sup>48</sup> EU-SILC = European Union-Statistics on Income and Living Conditions. Legt man allerdings eine andere Datenbasis zugrunde, kann der Median auch zwischen 1.227 € (Mikrozensus) und 1.633 € (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe EVS) liegen

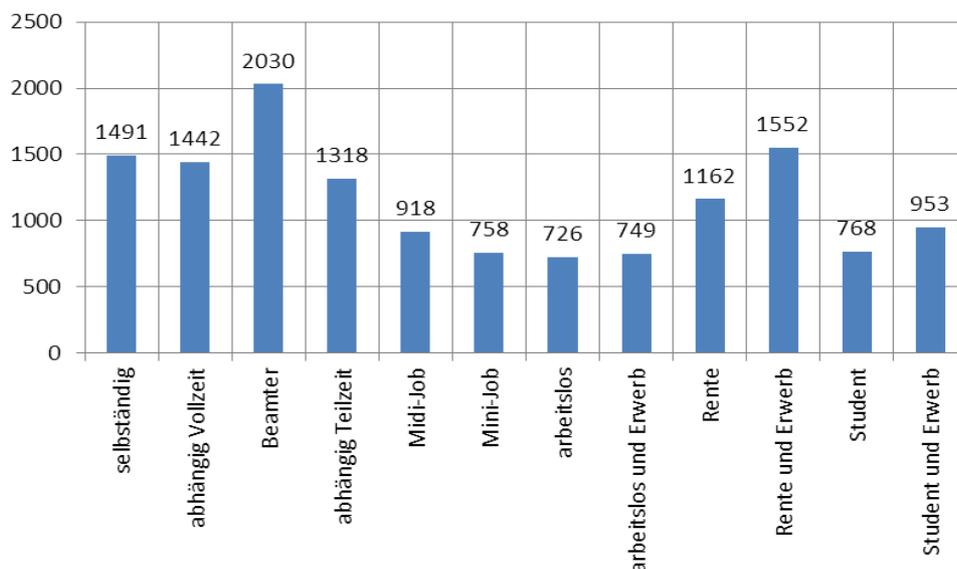
schlossen usw. Der soziale Status ist entsprechend niedrig. Wer in eine relative Armutslage abgerutscht ist, hat keine Basis für einen positiven sozialen Status mehr, welcher sich aus dem zentralen System der Verteilung von Chancen und Risiken innerhalb der Gesellschaft herleitet. In einer Gesellschaft, die den Wert ihrer Mitglieder ausschließlich daran misst, welche Funktion sie für das Erwerbssystem haben, besitzen Menschen, die nicht mehr an dem System partizipieren und die auch sonst keine anerkannte Alternativrolle zur Erwerbsarbeit annehmen können, keinen Wert mehr. Und im Gegensatz zu den Alternativrollen, zu denen auch die studentische Lebenslage gehört, gilt die Armutslage nicht als gesellschaftlich akzeptierte Form der Existenz, sondern als selbstverschuldete Ausgrenzung, für die es eben keine gesellschaftlich anerkannte „Entschuldigung“ gibt. In dem Sinne kann Armut nie eine Alternativrolle sein, sondern sie ist immer das Gegenteil der von der Mehrheit erwünschten gesellschaftlichen Existenz.

Studenten hingegen sind aktiver Teil des (akademischen) Bildungssystems, sie gehen einer lernenden Tätigkeit nach, haben i.d.R. eine Vielzahl von Sozialkontakten und fühlen sich keineswegs gesellschaftlich ausgeschlossen. Im Gegenteil dürften sich viele Studenten eher als ein wichtiger Teil der Gesellschaft begreifen, denn als angehende Akademiker werden sie die Eliten von morgen stellen, was vielen durchaus bewusst ist. Sozial sind die meisten zudem im studentischen Milieu aufgehoben und fühlen sich insofern auch sozial-kulturell dazugehörig, auch wenn ihr aktuelles Einkommen nur sehr gering ist.

Legt man den Wert von 711 € als Armutsrisikogrenze zugrunde und bezieht die Studenten *nicht* mit ein, dann leben 16% der (nichtstudentischen) Bevölkerung in einer relativen Armutslage.

Das höchste Äquivalenzeinkommen haben die Erwerbstätigen mit 1.440 € im Monat. Das geringste Einkommen erzielen die Arbeitslosen mit 733 € und die Studenten mit 820 €.

**Abb. 136: Äquivalenzeinkommen nach Erwerbsstatus (Mittelwerte in Euro)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Innerhalb der Gruppe der Erwerbstätigen können die Beamten mit 2.030 € das höchste Äquivalenzeinkommen verbuchen, mit Abstand gefolgt von den Selbständigen mit 1.491 €. Die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben im Monat 1.311 € zur Verfügung. Die Werte für die Selbständigen und die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind auch deswegen so gering, weil zu dieser Gruppe auch Teilzeitbeschäftigte, Mini- und Midi-Jobber sowie viele Arbeitslose und Studenten gehören, die sich in Mini-Jobs etwas dazu verdienen. In der Gruppe der Vollzeit beschäftigten Arbeiter und Angestellten liegt der Wert bei 1.442 €, bei den Teilzeitbeschäftigten bei 1.318 € (wobei hier eine Verzerrung hin zu einer Überrepräsentanz des Öffentlichen Dienstes besteht). Wer nur einen (oder mehrere) Midi- oder Mini-Jobs ausübt, hat nicht mehr als 758 € zur Verfügung.

Unter den Arbeitslosen stehen den Empfängern von ALG I bzw. von Unterhaltsgeld bei einer Fortbildung 920 € zur Verfügung, ALG II Empfänger müssen hingegen mit 630 € auskommen. Wer wegen zu hoher Einkommen des Partners oder weil er erst sein Vermögen verbrauchen muss keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, dem stehen monatlich 933 € zur Verfügung. Bei den Arbeitslosen kann außerdem unterschieden werden zwischen jenen, die nur arbeitslos sind (726 €) und jenen, die zusätzlich Einkommen aus Erwerbsarbeit haben (749 €). Die Differenz ist nicht so groß, da das meiste Einkommen ab bestimmter Grenzen auf das Arbeitslosengeld angerechnet wird.

Auch unter den Studenten kann man diese Unterscheidung machen, immerhin verdienen sich 28% der Studenten etwas dazu bzw. finanzieren ihr Studium allein aus Erwerbsarbeit. Wer neben dem Studium nicht arbeitet, hat ein Äquivalenzeinkommen von 768 € und wer nebenher erwerbstätig ist hat 953 €.

Nach Untersuchungen des Studentenwerks stehen im Durchschnitt den Studenten in Ostdeutschland 685 € pro Monat zur Verfügung, von denen im Schnitt 221 € für die Miete verwendet werden müssen. Allerdings ist die Spannweite der Einkommen relativ groß. Etwa 11% der Studenten (in ganz Deutschland) haben monatlich weniger als 500 € zur Verfügung und 14% können über mehr als 1.000 € verfügen. Die Mehrzahl (53%) hat zwischen 500 € und 800 € zur Verfügung. In Ostdeutschland haben 50% der Studenten weniger als 650 € monatlich zur Verfügung. Insgesamt leben die meisten Studenten von einer Mischfinanzierung aus Transferleistungen der Eltern, Erwerbsarbeit und Bafög oder ggf. privaten Kredite, Stipendien von Stiftungen o.ä..<sup>49</sup>

Das höchste Äquivalenzeinkommen haben kinderlose Paare im mittleren Alter (1.382€), das geringste Bewohner von Wohngemeinschaften (669 €) sowie Alleinerziehende (863€).

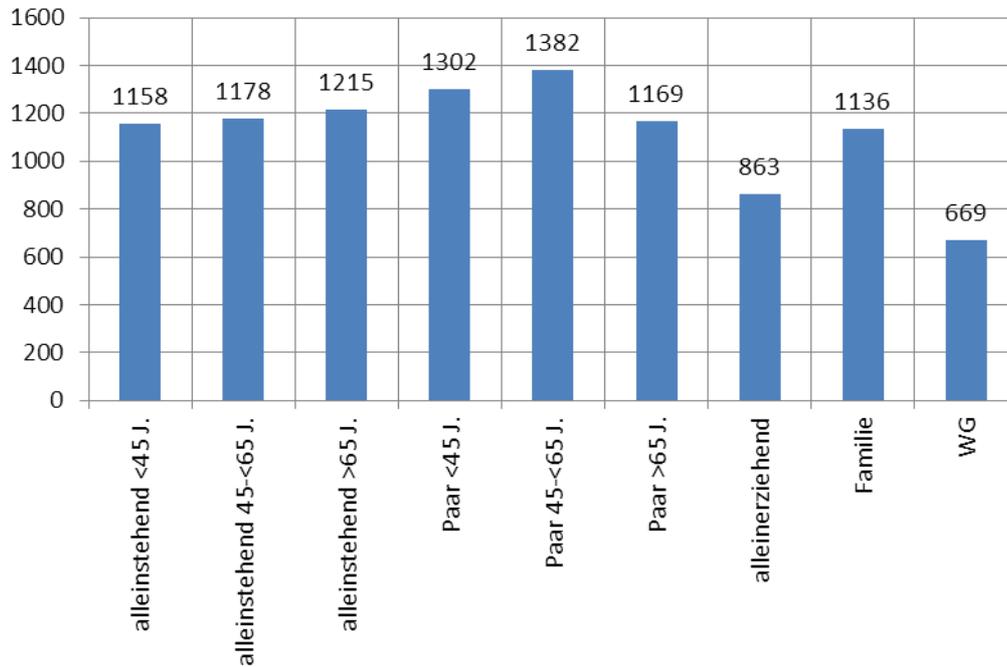
Die Höhe des Einkommens steht in einem klaren Zusammenhang mit der Bildung bzw. der beruflichen Qualifikation. Wer ohne Schul- oder Berufsabschluss ist, muss mit weniger als 865€ auskommen und wer einen Universitätsabschluss hat, hat im Mittel ein Äquivalenzeinkommen von 1.563€.

---

<sup>49</sup> Quelle: Isserstedt, Wolfgang; Middendorff, Elke; Fabian, Gregor; Wolter, Andrä (2007): Die wirtschaftliche und sozialen Situation der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006 - 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Kurzfassung, herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin

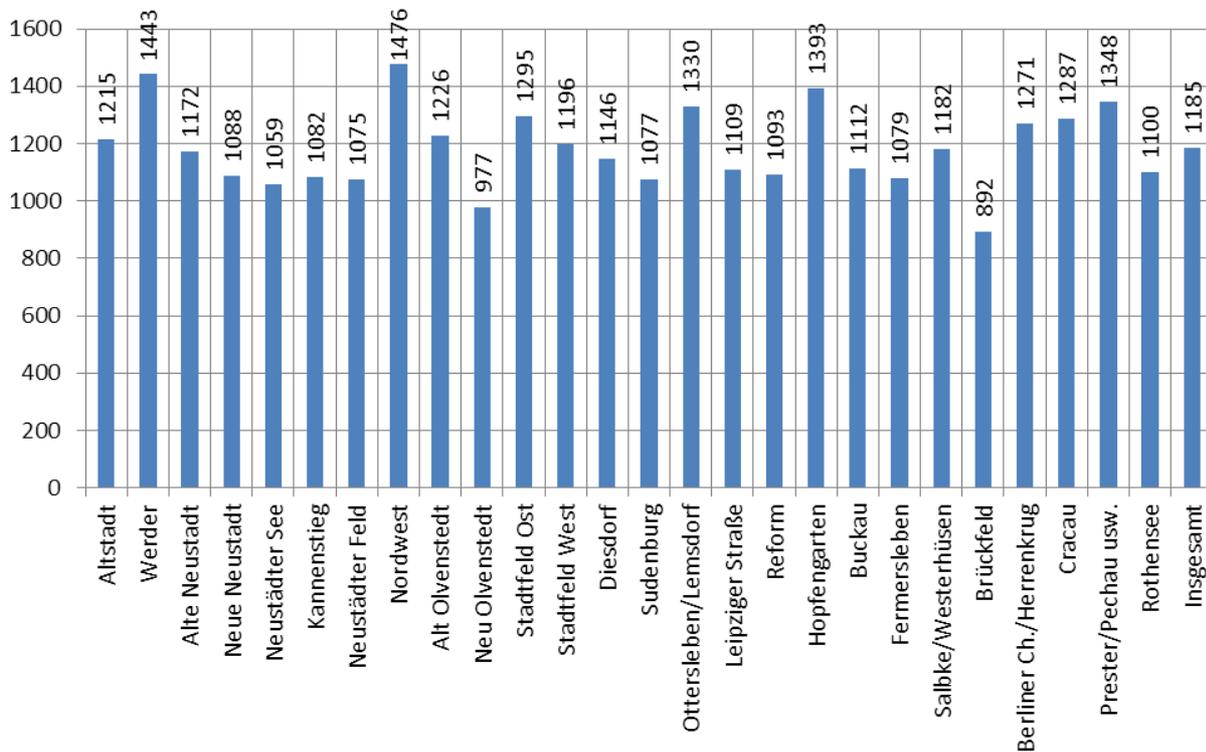
Das Äquivalenzeinkommen differiert zwischen den Stadtteilen, der höchste Durchschnittswert wird in Nordwest (1476 €) erreicht und der niedrigste in Brückfeld (892€).

**Abb. 137: Äquivalenzeinkommen nach Haushaltstyp (Mittelwerte in Euro)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 138: Äquivalenzeinkommen nach Stadtteil (Mittelwerte in Euro)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

## 12.1 Zusammensetzung des Haushaltseinkommens

Das von den Befragten genannte Haushaltseinkommen beziffert das jeweils tatsächlich zur Verfügung stehende *Haushaltsbudget* der Befragten. Dieses setzt sich ggf. zusammen aus eigenem Erwerbseinkommen, aus staatlichen Transferzahlungen und aus privaten (freiwilligen und unfreiwilligen) Zuwendungen. Entsprechend setzt sich das Haushaltseinkommen der Befragten sehr unterschiedlich zusammen, d.h. die Zahl der Kombinationen aus den verschiedenen Einkommensquellen ist sehr groß. Um die Einkommensquellen übersichtlich darstellen zu können, werden einzelne Kategorien zusammengefasst zu den Gruppen „Erwerbseinkommen“, „Renten“, „Grundsicherung“<sup>50</sup> (alle Arten von Transferzahlungen, die in erster Linie den Lebensunterhalt sichern sollen) und „ergänzenden Transferzahlungen“.

Erwerbseinkommen ist in 61% der Haushalte Bestandteil des Haushaltseinkommens. Darunter ist Einkommen zu verstehen, das aus selbständiger Tätigkeit, aus Beamtenbesoldung, aus abhängiger sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, aus Ausbildungsvergütung oder aus einer sozialversicherungspflichtigen ABM/AGH o.Ä. sowie aus geringfügiger Beschäftigung stammt. Hinzugezählt werden auch Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung.

Renten sind in 35,3% der Haushalte Bestandteil des Haushaltseinkommens. Darunter fallen Altersrenten, Beamtenpensionen, Witwenrenten und Erwerbsunfähigkeitsrenten.

Eine „Grundsicherung“ zur Sicherung des Lebensunterhalts gehört in 25,6% der Haushalte zum Bestandteil des Haushaltseinkommens. Dazu gehören das Arbeitslosengeld I und II, die Grundsicherung nach SGB XII, Unterhaltszahlungen bei Fortbildung/Umschulung sowie BAföG bzw. Stipendien (Ausbildungsförderung).

Die Kategorie „ergänzende Transferzahlungen“ liegt quer zu den anderen Gruppen, d.h. sie kann in allen anderen Gruppen vorkommen. Unter diese Kategorie fallen als öffentliche Leistung vor allem das Kindergeld sowie das Erziehungsgeld, das Wohngeld und das Pflegegeld. Darunter fallen private Leistungen wie private Unterhaltszahlungen (wobei in der Befragung nicht differenziert wird nach tatsächlich privat oder vom Jugendamt gezahlten Leistungen) und Unterstützung durch Eltern, Verwandte oder Freunde. Nur 1,4% der Befragten gaben an, allein von diesen Leistungen zu leben (Studenten von der Unterstützung ihrer Eltern oder vereinzelt nicht anspruchsberechtigte Arbeitslose, die ihr Vermögen verbrauchen müssen). Insgesamt erhalten 30% der Haushalte ergänzende Transferleistungen, davon u.a. 26% Kindergeld, 1,8% Wohngeld und 1,6% Pflegegeld.

Wie die Summe der Prozente zeigt, sind die meisten Haushalte keine „reinen“ Erwerbs-, „Renten-“, oder „Grundsicherungshaushalte“, sondern es gibt verschiedene Mischformen.

Zunächst sind 39% der Haushalte „reine“ Erwerbshaushalte, denn sie beziehen ggf. außer ergänzenden Transferleistungen keine anderen Einkommen. Dabei kommen

---

<sup>50</sup> Der Begriff wird hier im umgangssprachlichen Sinne gebraucht und umfasst alle Arten der staatlichen Grundsicherung bzw. von Lohnersatzleistungen nach SGB II, III und XII usw.

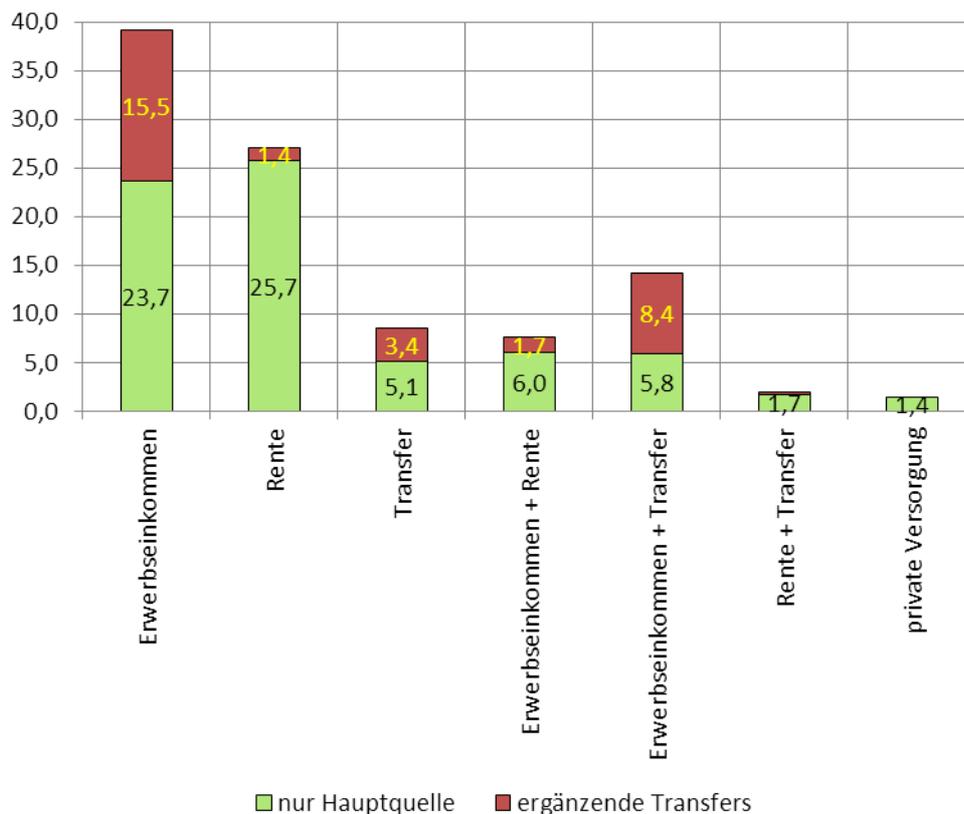
24% ohne ergänzende Leistungen aus, während 15% zusätzlich überwiegend Kindergeld beziehen. Vereinzelt sind auch Unterhaltszahlungen oder andere Transfers darunter.

Für 27% der Haushalte sind Renten die alleinige Basis des Einkommens. Hier spielen ergänzende Transfereinkommen kaum eine Rolle, 25,5% kommen ohne aus und 1,4% der Haushalte erhalten Wohngeld oder Pflegegeld zur Rente hinzu.

Nur über die Grundsicherung finanzieren sich 8,5% der Haushalte, dabei erhalten 5,1% ausschließlich die jeweiligen Regelleistungen ausgezahlt, während in 3,4% der Fälle ergänzende Transferleistungen angerechnet (z.B. Kindergeld) oder zusätzlich (z.B. Elterngeld) eingenommen werden.

Neben diesen „reinen“ Einkommenstypen gibt es dann die entsprechenden Mischformen. So mischen sich in 7,7% der Haushalte Erwerbseinkommen und Renten. Häufig, weil bereits ein Partner eine Altersrente bezieht und der andere noch erwerbstätig ist. In einigen Fällen erhalten aber auch Erwerbsfähige eine Erwerbsunfähigkeitsrente, Witwenrente o.Ä. Hier gibt es in 6% keine ergänzenden Transferleistungen, nur in 1,7% kommen Unterhalt, Wohngeld und in einigen Fällen auch Arbeitslosengeld I oder II für andere Haushaltsmitglieder hinzu.

**Abb. 139: Typisierung der Haushalte nach Einkommensquellen (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

In 14,2% der Haushalte mischen sich Erwerbseinkommen und Grundsicherung. Hier ist häufig der Partner oder sind andere Haushaltsmitglieder erwerbstätig, während

mindestens ein Haushaltsmitglied Arbeitslosengeld oder andere Leistungen bezieht. Oft ist auch der Bezieher von Grundsicherung erwerbstätig und stockt sein geringes Einkommen mit dem ALG II o.Ä. auf. Nur 5,8% dieses Mischtyps kommt ohne weitere ergänzende Transferleistungen aus, 8,4% erhalten zusätzlich Kindergeld, Unterhaltszahlungen o.Ä. bzw. wird es ggf. angerechnet.

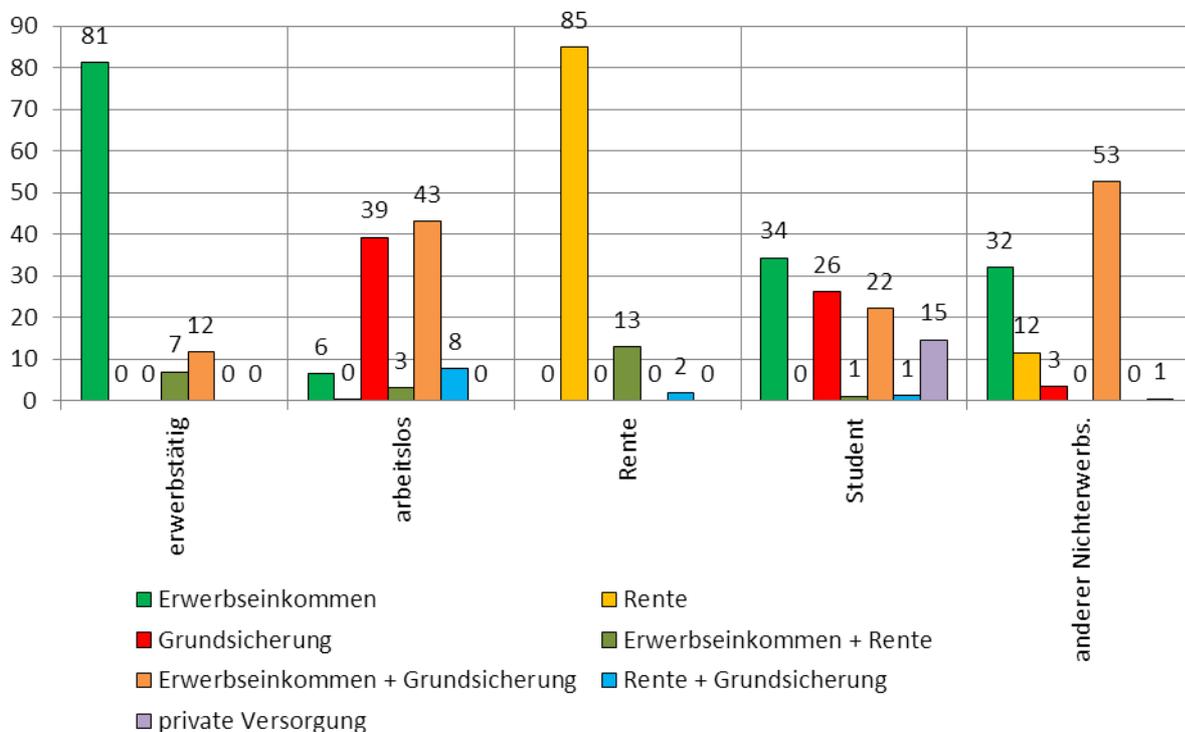
In 2% der Haushalte schließlich mischen sich Rente und Grundsicherung, wobei nur 0,2% der Haushalte ergänzende Transferleistungen erhalten.

Die jeweiligen Einkommensquellen sind typisch für bestimmte Erwerbsstatus der Bezugspersonen der Befragung. Das größte „Patchwork“ verschiedener Einkommensquellen findet sich bei Studenten und bei Arbeitslosen bzw. insgesamt bei den unteren Einkommensgruppen.

Nach Stadtteilen ist der Anteil der Haushalte, in denen Renten Bestandteil des Haushaltseinkommens sind, in Reform und Neustädter See (57%) sowie in Kannestieg (54%) am größten und in Buckau mit 18% am niedrigsten.

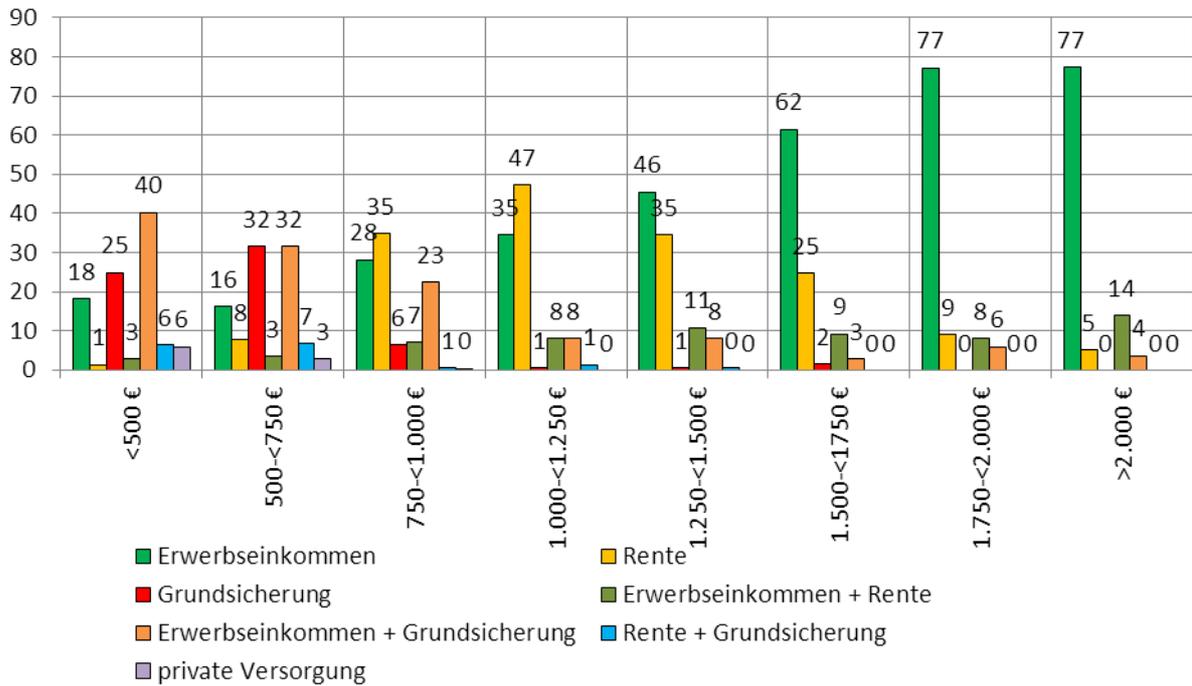
Haushaltseinkommen, die sich aus staatlichen Grundsicherungstransfers speisen, finden sich überdurchschnittlich in Neu Olvenstedt (38%), Alte Neustadt, Buckau (je 35%) und Kannestieg (32%). Dies deckt sich weitgehend (aber nicht in jedem Fall) mit der Verteilung der Arbeitslosen über die Stadtteile auf der Basis der amtlichen Statistik.

**Abb. 140: Typisierung der Haushalte nach Erwerbsstatus der Bezugsperson (in Prozent)**



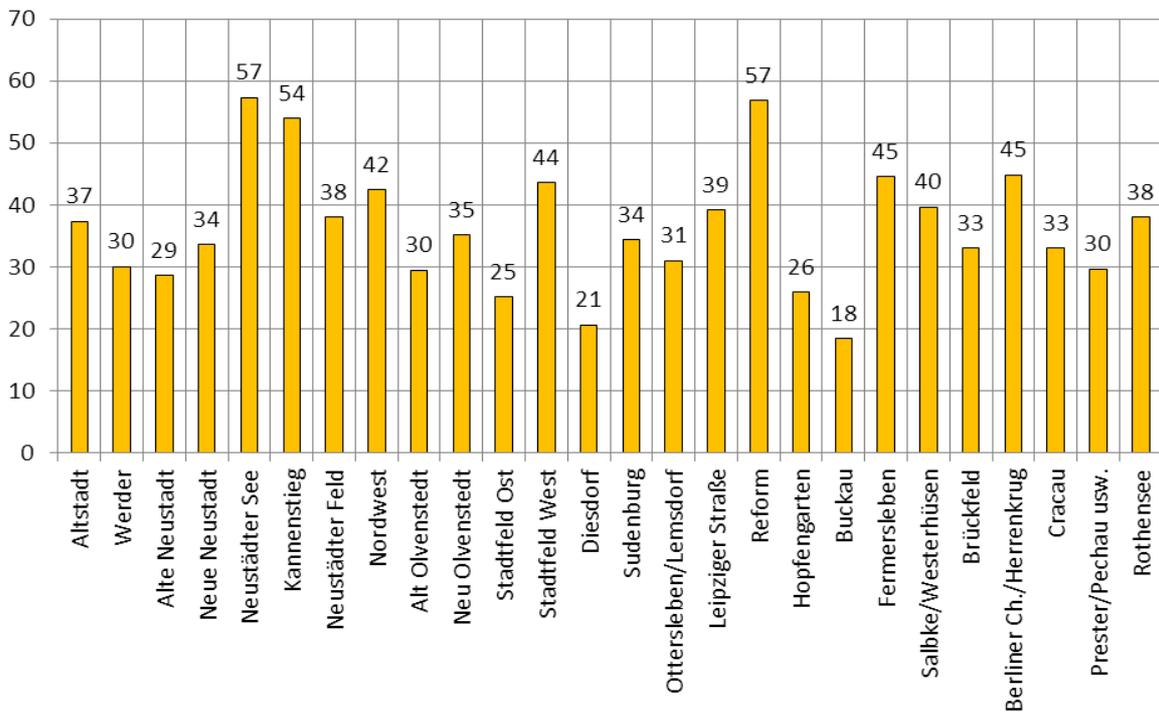
Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 141: Typisierung der Haushalte nach Einkommen (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 142: Rente als Bestandteil der Haushaltseinkommen nach Stadtteil (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

## 12.2 Vermögen und Sachwerte

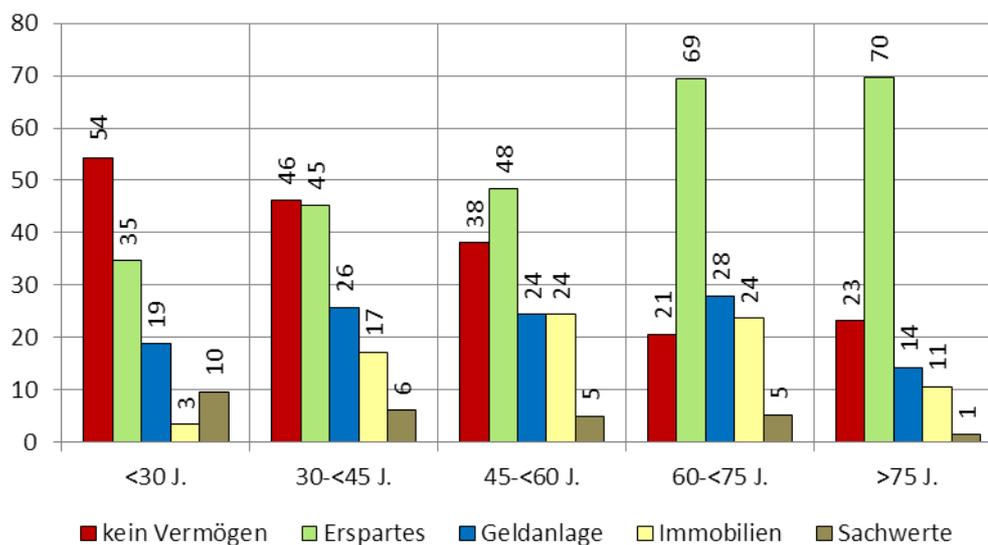
Das laufende monatliche Einkommen ist allerdings nicht die einzige Quelle, aus der die Befragten ihren Lebensunterhalt bestreiten. Immerhin 6% gaben an, dass auch Ersparnis bzw. (Zins-)Einkommen aus Vermögen zum Einkommen beiträgt. Vermögen und Ersparnis ist nicht nur ein Beleg für Erreichtes, sondern auch eine wichtige Ressource, auf die im Krisenfall zurückgegriffen werden kann.

Allerdings können 37% der Befragten die Ressource Ersparnis/Vermögen nicht nutzen, da sie weder Vermögen von mehr als 2.500 € noch andere Sachwerte besitzen. Jeder Zweite (53%) allerdings gibt an, Ersparnis auf dem Konto zu haben und 23% verweisen sogar auf Geldanlagen. Weitere 17% besitzen Immobilien, wobei i.d.R. das selbstgenutzte Wohneigentum damit gemeint ist. Den Besitz von Sachwerten gaben 6% an.

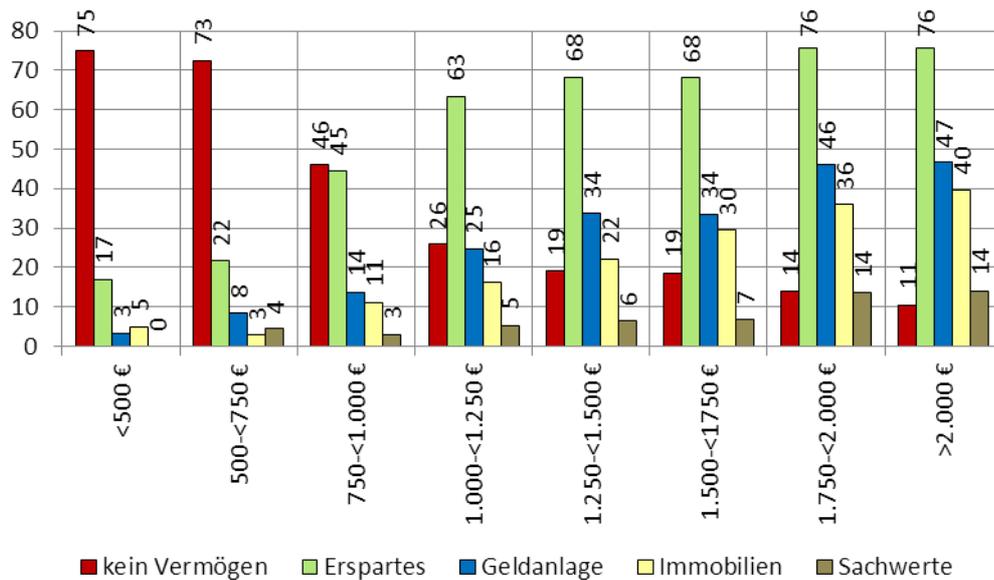
Während 36% angaben, nur eine Vermögensart zu besitzen, verfügen 27% über mehrere Vermögensarten. Die Vermögensbildung ist dabei altersabhängig. Die meisten Jüngeren können noch wenig auf Vermögen zurückgreifen. Mit zunehmendem Alter steigt dann der Anteil vor allem der Sparkonten und des Immobilienbesitzes.

Während nur jeder dritte Erwerbstätige kein Ersparnis hat, gilt das für 80% der Arbeitslosen, von denen auch nur 3% Immobilien besitzen. Von den Rentnern haben fast 70% etwas sparen können, aber jeder Fünfte hat kein oder nur ein sehr kleines Sparguthaben. Ebenso, wie vom Erwerbsstatus ist der Besitz von Vermögen vom laufenden Einkommen abhängig. Mit steigendem Einkommen wächst der Anteil an Ersparnis und steigt vor allem der Anteil der Immobilienbesitzer und Haushalte, die ihr Geld in Wertpapieren o.Ä. angelegt haben.

**Abb. 143: Vermögensarten nach Alter (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 144: Vermögensarten nach Einkommen (in Prozent)**

Quelle: Befragung (gewichtet)

### 12.3 Schulden

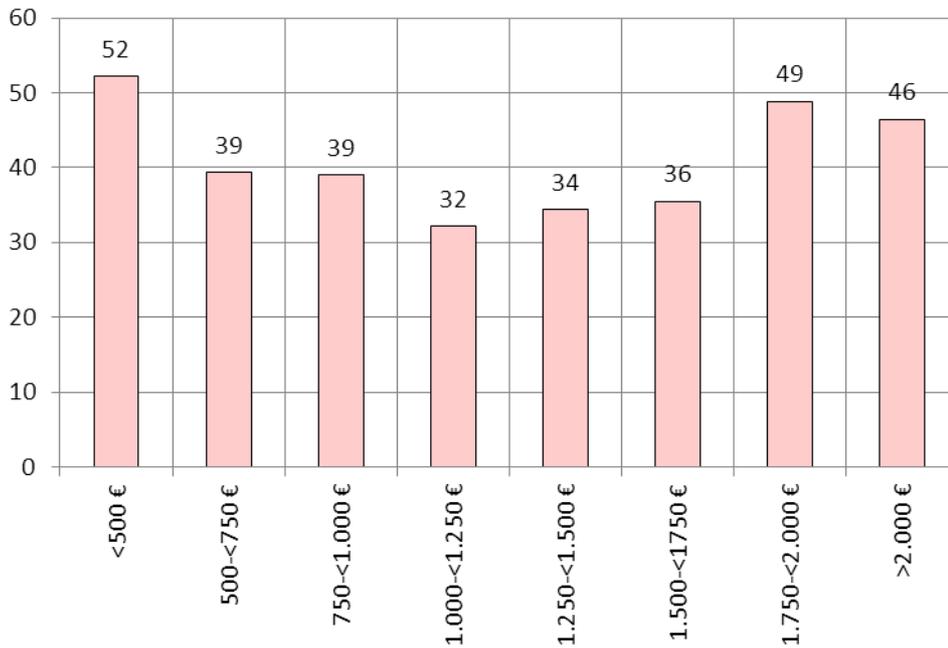
Von den Befragten gaben 63% an, gegenwärtig schuldenfrei zu sein und 37% verschuldet zu sein. Über die Höhe der Schulden wurde dabei nichts in Erfahrung gebracht. Verschuldet sind vor allem die mittleren Altersgruppen (47% der 30- bis unter 45-jährigen). Nach Erwerbsstatus sind mit 57% die Arbeitslosen am stärksten verschuldet. Verschuldet sind eher Singles zwischen 45 bis unter 60 Jahren und Alleinerziehende (jeweils 50%) sowie Familien (58%), wobei letzteres oft mit der Abzahlung eines Eigenheimes in Zusammenhang steht. Der Einfluss des Wohneigentums zeigt sich nicht nur daran, dass Hauseigentümer zu 54% verschuldet sind und Mieter nur zu 32%, sondern auch am Einkommen. Der Anteil der verschuldeten Haushalte ist bei den unteren Einkommen höher als bei den mittleren und steigt dann mit wachsenden Einkommen wieder an.

In der überwiegenden Mehrzahl handelt es sich um Kreditschulden, die abbezahlt werden müssen. Von allen Haushalten haben 31% Kreditschulden, 7% haben private Schulden, 2% Mietschulden und je 1% Unterhalts- oder Energieschulden.

Private Schulden haben vor allem die jüngeren Befragten und Kreditschulden eher die 30- bis unter 60-jährigen. Mietschulden kommen fast nur bei den Arbeitslosen vor (jeder Zehnte) und auch die privaten Schulden machen bei ihnen mit 25% den höchsten Anteil aus. Schließlich kommen auch Unterhaltsschulden und Energieschulden bei den Arbeitslosen am häufigsten vor. Hauptsächlich Alleinstehende unter 45 Jahren haben Miet- und Energieschulden, während Familien eher Kreditschulden haben (52%).

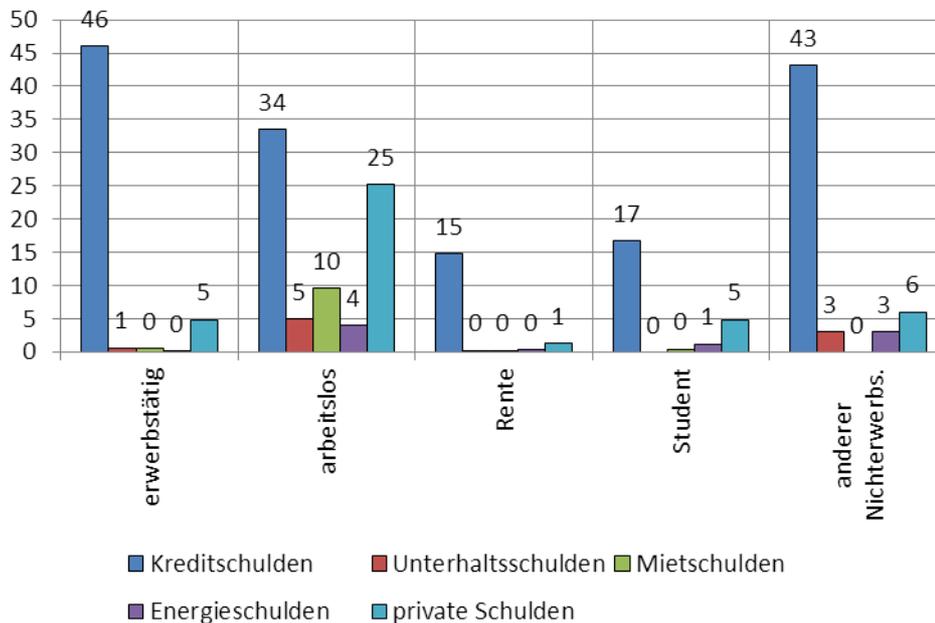
Unterhalts-, Miet- und Energieschulden sind in der niedrigsten Einkommensgruppe am häufigsten und nehmen mit steigendem Einkommen ab. Oberhalb von 1.000 € Äquivalenzeinkommen kommen diese Schuldenarten nicht mehr vor. Auch private Schulden gehen mit steigendem Einkommen zurück.

**Abb. 145: Schulden nach Einkommen („ja“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 146: Schuldenarten nach Erwerbsstatus (in Prozent)**

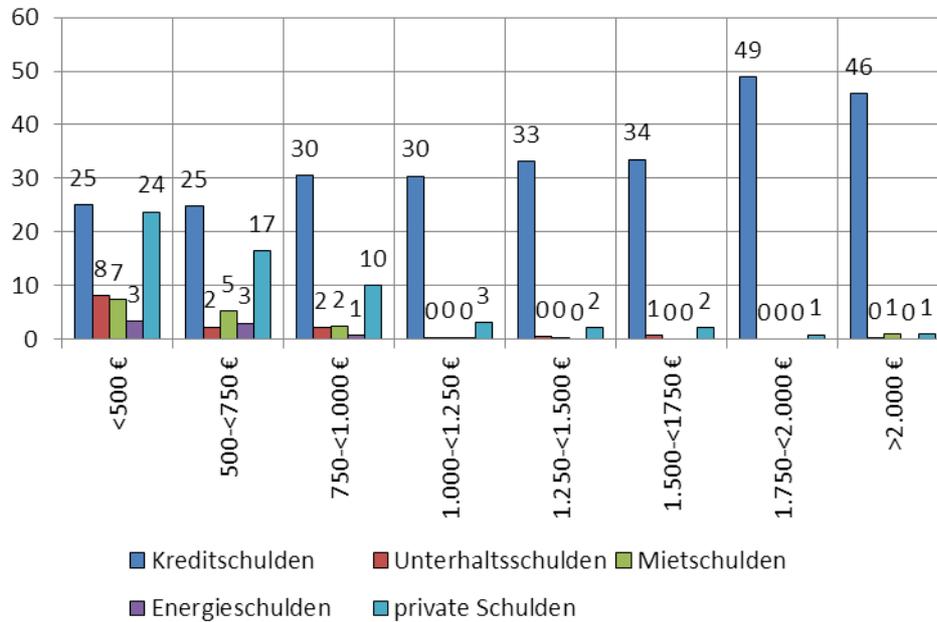


Quelle: Befragung (gewichtet)

Die überwiegende Mehrheit der verschuldeten Haushalte hat nach eigener Einschätzung kein Problem, die Schulden zu tilgen (78%). Gut jeder Fünfte allerdings sieht für sich Probleme (22%). Der Optimismus, die Schulden zurückzahlen zu können, findet sich gleichermaßen in allen Altersgruppen. Probleme mit der Rückzahlung haben hauptsächlich Arbeitslose, von ihnen glauben nur 41%, dass sie dazu in der Lage sind.

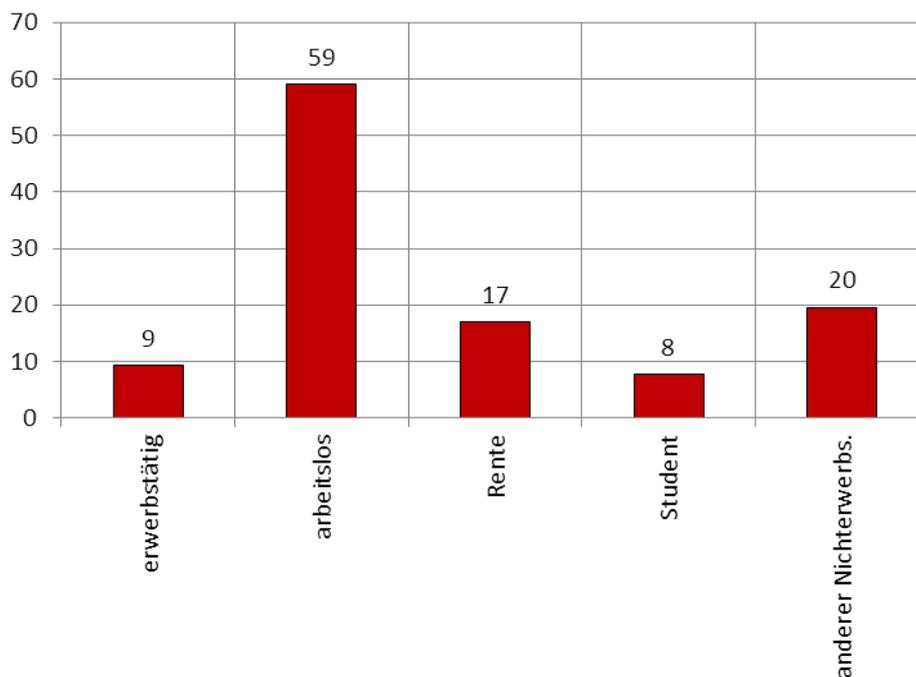
Von jenen, die Probleme bei der Schuldentilgung sehen, hat ein Drittel den Weg zur Schuldnerberatung gefunden, 65% aber noch nicht. Von der am stärksten betroffenen Gruppen, den Arbeitslosen, haben immerhin 44% den Weg zur Schuldnerberatung gefunden, bei den anderen Gruppen sind die Anteile geringer.

**Abb. 147: Schuldenarten nach Einkommen (in Prozent)**



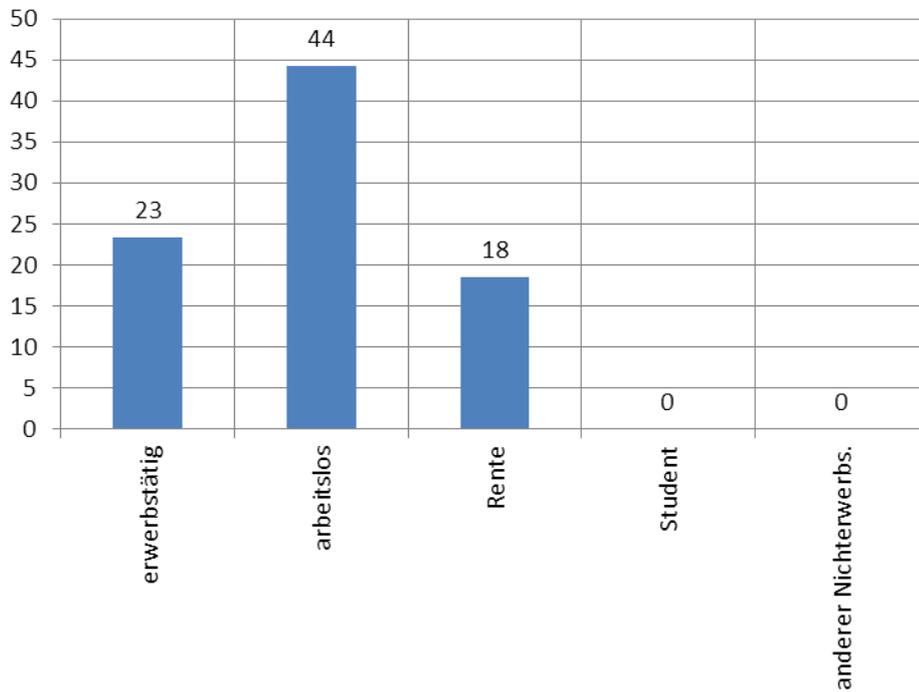
Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 148: Probleme bei der Schuldentilgung („ja“ in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 149: Schuldnerberatung in Anspruch genommen (nur Befragte, die Probleme mit der Schuldentilgung haben „ja“ in Prozent).**



Quelle: Befragung (gewichtet)

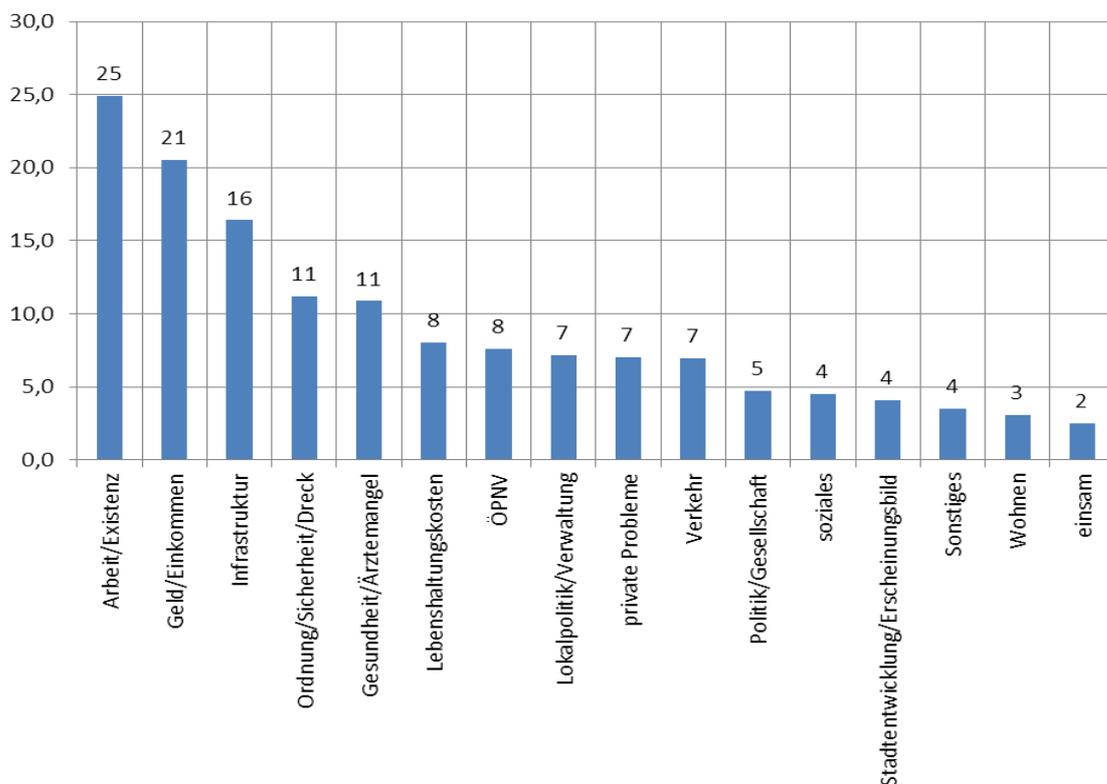
### 13 Alltagsorgen

Am Ende des Fragebogens hatten die Befragten die Gelegenheit, in Stichworten ihre „drängendsten Probleme im Alltag“ aufzuschreiben. Von der Möglichkeit haben 31% der Probanden Gebrauch gemacht, wobei 1% lediglich mitgeteilt hat, keine Sorgen zu haben.

Die von den 30% der Befragten genannten Alltagsorgen sind sehr vielfältig. Die oft nur in kurzen Stichworten, aber mitunter auch in längeren Texten (bis einer Schreibmaschinenseite) gemachten Mitteilungen wurden zur Systematisierung in verschiedene Kategorien eingeteilt.

Im Ergebnis hat jeder Vierte derjenigen, die hier geantwortet haben, Probleme im Bereich der Erwerbstätigkeit. Dabei geht es zum einen darum, keine Arbeit zu haben und dringend welche zu benötigen, entweder für sich selbst oder für Familienmitglieder. Es geht um das „*Problem Arbeitslosigkeit*“<sup>51</sup>, um „*Arbeit finden*“, einen „*Arbeitsplatz für meine Frau*“ usw.

**Abb. 150: Genannte Alltagsorgen (Mehrfachnennungen in Prozent)**



<sup>51</sup> Die kursiv und in Anführungszeichen gesetzten Textteile sind Originalzitate aus den Fragebögen, sie wurden ggf. lediglich hinsichtlich orthographischer Fehler berichtigt.

Dabei geht es nicht immer nur um irgendeinen Arbeitsplatz, sondern oft um „*einen sicheren (möglichst unbefristeten) Arbeitsvertrag*“, eine „*Beschäftigung in meinem Beruf*“, einen „*Volltagsjob*“ oder ggf. auch um eine „*Teilzeitarbeit*“ oder sogar einen „*Mini-job, um das Gehalt aufzubessern*“. Arbeitslose wollen „*Arbeit und nicht mehr länger vom Jobcenter abhängig sein! Mich nervt es echt das mir keiner mal eine Chance gibt bzw. einen Job gibt!*“.

Aber nicht nur Arbeitslose haben hier ihre Probleme mit vergeblichen Bemühungen um einen „*neuen Arbeitsplatz*“ geschildert, sondern auch viele Erwerbstätige haben Angst „*vor dem Verlust des Arbeitsplatzes*“, vor „*Entlassung*“. Sie fürchten „*wegziehen*“ zu müssen, weil sie „*nur befristet Arbeit*“ haben und nicht erwarten, in Magdeburg eine neue, „*vernünftige Arbeit*“ zu finden. Wobei „*vernünftig*“ in erster Linie bedeutet, vom „*Lohn der Arbeit auch existieren*“ zu können, denn „*man geht arbeiten und muss zu seinem Lohn noch Hartz IV bekommen*“, ist für sie keine Perspektive. „*Angst*“, „*befürchte*“ und „*Perspektivlosigkeit*“ sind häufig gebrauchte Begriffe in dieser Kategorie, weil Erwerbsarbeit Existenzsicherung bedeutet und viele für sich nur „*wenig gute Aussichten auf einen neuen Arbeitsplatz in Magdeburg*“ sehen und entsprechend eine sehr „*ungewisse Arbeitsperspektive*“ entwickelt haben.

Arbeitsmarktprobleme bzw. Existenzangst und Perspektivlosigkeit bedrücken vor allem die 30- bis unter 60-jährigen Befragten (ca. 35%) und sie finden sich in der Hauptsache bei Arbeitslosen (51%). Aber auch jeder fünfte Erwerbstätige, der sich dazu geäußert hat, hat die genannten Sorgen.

An zweiter Stelle der Sorgen steht das Finanzielle. Hier geht es darum, nicht ausreichend Geld zur Verfügung zu haben, um den Lebensunterhalt damit bestreiten zu können bzw. durch Arbeit oder Renten nicht genug Einkommen zu erzielen. Die Befragten schreiben, sich vieles „*nicht leisten*“ zu können, „*ständig Geldsorgen*“, „*Geldprobleme*“ bzw. mitunter auch „*Schulden*“ zu haben und „*jeden Euro zweimal umdrehen*“ zu müssen. Sie haben „*zu wenig Geld, am Monatsende bleibt einfach nichts übrig. Man würde gern etwas sparen das ist aber durch die finanzielle Situation nicht möglich*“. Manchen Beschäftigten ist der Lohn zu gering („*Lohn zu wenig (1.100 € für 40 Std. Woche. Nur 24 Tage Urlaub (mit 59 Jahren) Kein Weihnachts- und Urlaubsgeld*“) und viele fordern daher einen „*Mindestlohn*“. Etliche Rentner beklagen zu kleine Renten („*für 48 Arbeitsjahre auf dem Bau nur 850 Euro Rente*“) bzw. fordern eine „*Angleichung der Renten an das Westniveau*“. Aus den kurzen Texten spricht teilweise auf die eine oder andere Weise eine große Enttäuschung, sich insbesondere im Alter mit einem Einkommen an der Armutsgrenze bescheiden zu müssen („*Ich bezeichne mich als arm, obwohl ich 45 Arbeitsjahre habe*“). Trotz der Geldsorgen bleiben einige dennoch optimistisch: Es ist „*finanziell knapp, aber wir schaffen es*“.

Auch wenn Senioren ihrer Enttäuschung über geringes Einkommen mitunter besonders vehement Ausdruck verleihen, so sind sie doch weniger (10%) von den Geldsorgen betroffen als die 45- bis unter 60-jährigen (27%). Die größten Geldsorgen haben Arbeitslose (40%), gefolgt von den Studenten 20% und den Erwerbstätigen (13%).

In Zusammenhang mit den „*Geldsorgen*“ steht auch die von einigen vorgebrachte Kritik an der „*ständigen Steigerung der Lebenshaltungskosten*“. „*Gleich bleibendes Einkommen bei ständig steigenden Mieten und Unterhaltskosten*“ sowie „*Abgaben und Steuern/Gebühren einschl. Betriebskosten*“ führt dazu, dass man „*sich kaum noch was leisten*“ kann. Daraus entsteht „*Angst vorhandenen Wohlstand und Sicherheiten*“.

zu verlieren“. Dies betrifft eher Erwerbstätige, Rentner und Studenten. Arbeitslose äußern diese Angst nicht (mehr).

Ein weiterer wichtiger Punkt der Alltagssorgen sind Mängel der Infrastruktur, wobei verschiedene Dinge darunter fallen. Sehr häufig wird das Fehlen von Kita-Plätzen kritisiert bzw. überhaupt an Möglichkeiten zur Kinderbetreuung. In Einzelfällen wird auch die Qualität der Einrichtungen bemängelt („schlechte Qualität des Essens in Kita, unzureichende kommunale Kontrolle der Kitas“).

Fast ebenso häufig wird der „Winterdienst“ kritisiert (die Befragung fand in der Winterzeit statt), besonders die Reinigung der Nebenstraßen war ein Thema, aber auch die Schneeräumung an den Haltestellen. Es wird eine „mangelnde Detailliebe des Winterdienstes“ attestiert, insbesondere auf Gehwegen und Fahrradwegen.

Kritik gibt es auch an mangelnden oder schlechten DSL-Anschlüssen in einigen Stadtgebieten („Kein DSL. Zustand wie im Mittelalter (Landeshauptstadt!!)“, „kein moderner Internetzugang“). Schließlich werden auch fehlende Einkaufsmöglichkeiten bemängelt und das Nichtvorhandensein von Postkästen und Poststellen. Das Fehlen von Kultur- und Freizeiteinrichtungen wird weniger häufig genannt.

Zur Infrastruktur zählt auch das in der Kategorie Gesundheit/Ärztmangel zugeordnete subjektiv empfundene Fehlen eines ausreichenden Angebots an ärztlicher Versorgung in einigen Stadtgebieten („mangelhafte Facharztversorgung“, „bis 4 Monate Wartezeit auf Termine“, „mangelnde Hausarztversorgung“). Die andere Hälfte der Antworten bezieht sich eher auf den gesundheitlichen Zustand der Befragten, die nicht nur Schwierigkeiten haben, in ihren Wohnviertel einen Arzt zu finden, sondern die auch als Behinderte über „Diskriminierung“ klagen oder oft keine Hilfe finden. Mitunter teilen sie ihre negativen Erfahrungen mit den Behörden mit („Ich fühle mich vom Amt sehr veralbert. Wir haben dort seit 4 Jahren keine Hilfe mehr erfahren. Ganz im Gegenteil, dumme Sprüche sind dort an der Tagesordnung“). Andere berichten, dass sie sich mit „altersbedingten und teilweise gesundheitlichen Probleme arrangieren“ müssen.

Ein ebenfalls noch relativ häufig angesprochener Punkt ist der gesamte Bereich von Ordnung und Sauberkeit im Wohngebiet bzw. in der Stadt, sowie von Vandalismus, Zerstörung, Störung der öffentlichen Sicherheit und mangelnder Strafverfolgung der Täter. Oft wird dies auch so in einem Atemzug genannt und wer die Täter sind, steht dabei gleich fest („Die zunehmende Gewaltbereitschaft, fehlendes Niveau, mangelnde Sauberkeit. Kaum noch Rechtsbewusstsein bei jüngeren Menschen. Die städtischen Maßnahmen sind vorwiegend auf den Autoverkehr ausgerichtet. Fußwege werden vernachlässigt. Das im TV und in Kinofilmen vermittelte Bild der zunehmenden Gewalt und Rücksichtslosigkeit findet man täglich auch in Magdeburg bestätigt. Kein schönes Wohngefühl hier...“. „In Magdeburg ist es dreckig, fast überall Kaugummis auf den Straßen und Plätzen, Hingspucktes. ... auf Störer in der Bahn wird gar nicht reagiert, obwohl die Fahrer alles mitbekommen, störende Randgruppen und Kriminelle, die das Stadtklima vergiften, sollte man massiv in ihre Schranken verweisen“). Zu den unvermeidlichen Ärgernissen gehört schließlich auch der Hundekot, ein Problem, dass bisher keine Großstadt in den Griff bekommen hat. Jedenfalls sind all diese Ärgernisse ein Anlass nach mehr Staat und härterem Durchgreifen zu rufen („Ordnungsamt muss mehr kontrollieren“, „mehr Sicherheitskontrollen durch Polizei“).

Weitere Alltagsprobleme sind der private und öffentliche Verkehr in der Stadt. Da geht es um fehlende „Parkmöglichkeiten“, um den „Zustand der Nebenstraßen im Wohngebiet“, die in manchen Stadtteilen „schlicht eine Katastrophe“ sind, weil u.a. altes „Kopfsteinpflaster“ zu einem „unzumutbaren Lärmpegel“ führt. Für andere sind „Abgase und zu hohes Verkehrsaufkommen“ ein Problem oder es wird der schlechte Zustand bzw. das Nichtvorhandensein von Radwegen beklagt („schlecht ausgebaute Radwege“, dazu „teils starke Schäden, schlecht beleuchtet“). Magdeburg gilt manchen als „gefährliche Stadt für Radfahrer“.

Ein besonderer Kritikpunkt am Verkehr aber ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV). Die MVB wird kritisiert als „unpünktlich“ mit „schlecht abgestimmten Anschlüssen“, als „zu teuer“, wobei besonders das neue Tarifsystem bedauert wird. („Änderung der Verfügbarkeit einer Einzelkarte bei der MVB ist eine Frechheit. Zig Tausende Bürger sind enttäuscht über diese Maßnahme. Alte Variante: 90 Min in allen Richtungen hin und her. Neue Variante: 90 Min nur in einer Richtung mit Umsteigemöglichkeit. Beispiel von Zoo zur Kastanienstr. und zurück. Es müssen zwei Fahr-scheine eingesetzt werden Fahrdauer 6 Min. Es ist somit eine 100%tige Erhöhung des Fahrpreises.“ „die 90 Min Zeitbegrenzung sind eigentlich völlig überflüssig geworden“ Neben der Kritik am Tarif wird auch bemängelt, dass der „MVB-Verkehr nach 22.00 Uhr für Landeshauptstadt unwürdig“ ist, weil „an Wochenenden und in den Abend/Nachstunden zu wenig“ Bahnen und Busse unterwegs sind. Die Bewohner einiger Randgebiete fühlen sich „vom Verkehr abgehängt“, dabei sollte Magdeburg gerade in Punkto ÖPNV „zeigen dass sie es verdient hat, Landeshauptstadt zu sein“. Diese Kritik wird hauptsächlich von den ganz jungen Befragten und den Älteren vorgebracht.

Die meisten anderen Sorgen sind weniger häufig genannt worden, mitunter aber weit-aus ausführlicher dargestellt worden. Was dabei viele beschäftigt, ist neben der konkreten Kritik an der Infrastruktur, dem Verkehr und dem ÖPNV auch der Zustand und das Erscheinungsbild der Stadt Magdeburg. Während einige meinen, „Magdeburg ist eine tolle Stadt“, sind andere eher vom Gegenteil überzeugt. Im besten Fall lautet das Urteil, dass sich „in Magdeburg viel zum Positiven verändert (hat), es gibt aber auch Schattenseiten“. Für andere hat Magdeburg einfach nur „eine depressive Ausstrahlung“, was nicht nur mit der „Architektur der Stadt“, sondern auch mit den Einwohnern zu tun hat, die von manchen enttäuschten Zugezogenen schlicht als „unhöflich und arrogant“ oder als „sehr verschlossene Gesellschaft mit wenig Offenheit Fremden gegenüber“ erlebt worden sind. Beklagt werden „leerstehende baufällige Häuser“, oder sogar das vermeintliche „Verslummen einiger Stadtteile“. Manche wünschen sich, dass die Bürger mehr gehört werden müssen bei städtebaulichen und verkehrstechnischen Entscheidungen, wozu auch „Bürgerbefragungen bei der Stadtentwicklung“ hilfreich sein könnten.

Unter dem Oberbegriff „Soziales“ wurden Äußerungen zusammengefasst, die eher mit dem Zusammenleben der Menschen in der Stadt zu tun haben. Hier geht es vielfach um „Intoleranz“ gegenüber verschiedenen Gruppen, um den „Egoismus vieler Menschen“ sowie besonders um „Ausländerfeindlichkeit“, die mitunter unverblümt vorgebracht wird, in der Mehrzahl aber als Verhaltensweise abgelehnt wird. Bis auf einige wenige, die das für sich pflegen, sprechen sich die meisten „gegen Rassenhass“ aus. Gleichwohl beobachten sie die vorhandene Intoleranz in Form von „wenig Verständnis und Toleranz gerade auch in sog. ‚gebildeten Kreisen‘ Ausländern gegenüber“. Es

gibt ihrer Meinung nach in der Stadt „*viel versteckte Diskriminierung*“ und nicht nur die „*rechtsradikalen Banden*“, die lauthals auf sich aufmerksam machen und ein „*Sicherheitsrisiko*“ sind. Insbesondere Ältere konstatieren resignierend „*zu viel Gleichgültigkeit, Neid, Missgunst*“ unter den Menschen und fordern daher „*mehr Freundlichkeit und Toleranz*“.

In der Kategorie „private Probleme“ geht es oft um „*fehlende Zeit für mich und die Familie*“, „*keine Freizeit*“, um „*Stress*“ auf der Arbeit oder beim Studium, um „*lange Wege*“ zur Arbeit, „*Pendeln nach Westdeutschland*“ sowie allgemein um Probleme bei der „*Organisation des Alltags*“. Daneben geht es um Beziehungsprobleme („*ich werde mich von meinem Mann trennen*“, „*mein Partner ,nervt‘*“) sowie insgesamt um häusliche Alltagsprobleme. In Zusammenhang mit den eher privaten Problemen stehen auch die Anmerkungen, aus denen die Vereinsamung einiger Probanden spricht. Dabei sind manche zunächst nur „*neu zugezogen und suche(n) noch Anschluss*“, d.h. „*Möglichkeiten Leute kennenzulernen*“. Andere leiden am „*Single-Dasein*“, daran, „*als Geringverdiener*“ besonders mit „*Isolation, Zukunftsangst*“ belastet zu sein, wobei sie es „*schön finden (würden), eine Beziehung zu haben*“.

Obwohl die Abschlussfrage eigentlich mehr auf die drängendsten Probleme im Alltag der Befragten, also eher persönliche Probleme gerichtet war, wurde die abschließende offene Frage von vielen auch als sog. „*Meckerfrage*“ benutzt, d.h. hier wurde der ganze persönliche Frust über die gesellschaftlichen Verhältnisse, über die Politik im Allgemeinen und über die Lokalpolitik im Besonderen sowie über die lokale Verwaltung relativ ausführlich und mit teilweise markigen Worten ausgebreitet. Zu finden sind hier alle bekannten Ressentiments gegenüber Politik und Verwaltung. Eine Befragte allerdings hat in recht moderaten Tönen die Stimmungslage der Mittelschicht, die nicht dem Problem Arbeitslosigkeit und Armut ausgesetzt ist, in Worte gefasst. Deshalb hier stellvertretend ein längeres Zitat:

*„Was sind gegenwärtig die drängendsten Probleme? Meinem Mann und mir geht es gut, die Kinder sind groß und versorgt. Etwas mehr Geld wäre besser, ich musste viele Jahre das Studium der Tochter finanzieren, .... Gesundheitlich könnte es mir besser gehen, aber da muss ich nun mit leben. Angst macht mir eher die Zukunft meiner Kinder und Enkelkinder. Was soll das in Deutschland werden? Ich glaube nicht mehr an unsere Politiker, obwohl ich annehme, dass es die Uneigennütigen davon schwer haben. Deutschland braucht eine Reform der Gehälter und der Preise und das zum Vorteil der Wenigerverdienenden. Der Bürokratismus ist auf vielen Ebenen zu hoch. Was mich sehr ärgert ist die Tatsache, dass jedes Bundesland in einigen Sachen macht was es will. Ich wären für total einheitliche Verfahrensweisen in ganz Deutschland, denn so groß sind wir nun auch wieder nicht. Angst macht mir auch unsere Jugend an sich, Schuld gebe ich persönlich der antiautoritären Erziehung in vielen Familien. Von Respekt haben sie noch nicht viel gehört. Die Ausbildung unserer Jugend in den Betrieben müsste strenger geprüft werden, es sollen die Facharbeiter von morgen werden. Die Ausnutzung als billige Arbeitskräfte hilft nur dem Geldbeutel dieser Arbeitgeber. ... Ich hoffe, dass der Dornröschenschlaf in Deutschland bald zu Ende ist, noch geht es immer weiter bergab. Ich wünsche uns allen für die Zukunft viel Glück. Es sollte mehr der Verstand als der Geldbeutel regieren.“*

## 14 Armut und Reichtum

Die vorgestellten Ergebnisse zeigen, dass bestimmte Lebenslagen die gleichberechtigte Teilhabe an den Möglichkeiten, welche die Gesellschaft in materieller, kultureller und sozialer Hinsicht bietet, ganz offensichtlich erschweren. In anderen Lebenslagen hingegen können die wesentlichen Chancen ohne Probleme genutzt werden und in wieder anderen Lebenslagen können ganz selbstverständlich alle Chancen wahrgenommen werden und zwar auch jene, die anderen überwiegend verwehrt bleiben. Umgangssprachlich werden solche Lebenslagen i.d.R. als „arm“, „normal“ oder „reich“ bezeichnet und man kann entsprechend auch die Haushalte aus der Umfrage in ausgesprochene „Armutslagen“, „Normallagen“ und „Reichtumslagen“ differenzieren.

Dazu muss man allerdings die zur Abgrenzung erforderlichen Kriterien festlegen, denn diese ergeben sich keineswegs automatisch. Das heißt, es gibt für die Definition dieser unterschiedlichen Lebenslagen *keine objektiven* Kriterien, sondern nur Festlegungen, weil es ja um „relativen“ Reichtum und um „relative“ Armut geht und nicht um z.B. „absolute“ Armut, bei der es allein ums physische Überleben geht.<sup>52</sup> Im letzten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung werden bestimmte Einkommensgrenzen benutzt, um Aussagen zur Quantität von Armut bzw. Reichtum in Deutschland zu machen.<sup>53</sup> Dabei orientiert man sich an der in Europa inzwischen üblich gewordenen 60%-Grenze, d.h. wer ein Einkommen unterhalb von 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens hat, gilt als arm und wer mehr als das doppelte des mittleren Äquivalenzeinkommens hat, gilt als „reich“ oder zumindest „privilegiert“, wobei der Begriff „Reichtum“ im Bericht genauso problematisiert wird, wie der Begriff „Armut“. Dabei wird dann meistens festgestellt, dass das Einkommen allein kein ausreichendes Kriterium zur Bestimmung von Armut und Reichtum ist, sondern dass die gesamte Lebenslage gewürdigt werden sollte. Tragfähige methodische Ansätze dafür, wie und in welcher Weise und nach welchen Kriterien eine Lebenslage von der anderen abgegrenzt werden kann, sind bisher allerdings auch nicht entwickelt worden.

Soweit sich die Bestimmung von Armut und Reichtum auf Daten der amtlichen Statistik stützt, kann man statt einer Einkommensgrenze auch ganz pragmatisch nur jene zu den Armen der Gesellschaft zählen, die eine gesetzlich garantierte Grundsicherung beziehen, was nach gesetzlicher Definition das „soziokulturelle Existenzminimum“ in Deutschland darstellt. Weil die soziale Mindestsicherung als das gesellschaftliche Minimum definiert ist, kann man also alle Bezieher von ALG II und Sozialgeld nach SGB II sowie von Hilfe zum Lebensunterhalt und von Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII einschließlich der Leistungen zum Asylbewerberleistungsgesetz zusammenzählen und hat damit die *Mindestanzahl* der „relativ Armen“ in der Stadt. Weil auch der

<sup>52</sup> Und selbst dabei kommt man nicht ohne Festlegungen aus, weil die gebräuchlichsten Abgrenzungen leider nicht eindeutig und allgemeinverbindlich sind: Nach einer UN-Definition ist ein Mensch arm und unterernährt, wenn er täglich weniger Essen zur Verfügung hat, als er braucht, um sein Körpergewicht zu erhalten und zugleich leichte Arbeit zu verrichten. Laut FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) variiert die notwendige Menge zwischen Ländern, Altersgruppen, Geschlechtern usw. und wird von der FAO auf durchschnittlich etwa 1.900 Kilokalorien am Tag als „minimum energy requirement“ festgelegt. Die Weltbank hingegen definiert für „absolute Armut“ etwa 2.200 Kilokalorien. Daher leben nach dem Konzept der Weltbank etwa 1,2 Milliarden Menschen in absoluter Armut, laut FAO „nur“ 800 Millionen.

<sup>53</sup> Vgl.: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2008): Lebenslagen in Deutschland - Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin

Bezug von Wohngeld auf untere Einkommensgruppen beschränkt ist, kann man ebenso, zumindest teilweise (etwa zu 60%), Wohngeldempfänger dazu zählen. Zusammen wären das in Magdeburg ungefähr 40.400 Personen (Ende 2008) und mithin ein Bevölkerungsanteil von etwa 17,7%, die auf eine staatliche Unterstützung zur Existenzsicherung angewiesen sind.

Die Kritik an diesem Modell ist, dass ein Dunkelfeld von Haushalten bzw. Personen bleibt, die trotz geringer Erwerbs- oder Renteneinkommen keine staatlichen Hilfen in Anspruch nehmen und insofern von keiner Statistik erfasst werden. In der öffentlichen Diskussion werden in diesem Zusammenhang immer wieder Midi- und Mini-Jobber ins Gespräch gebracht, tatsächlich scheinen nach der vorliegenden Umfrage diese Beschäftigungsformen aber überwiegend nur dem Zuverdienst im Rahmen einer Nebenbeschäftigung bzw. bei bereits bestehender Arbeitslosigkeit zu dienen. Die eigentliche Grauzone der sog. „working poor“, der „erwerbstätigen Armen“, wird durch regulär in Vollzeit (und z.T. in Teilzeit) Beschäftigte gebildet, deren Einkommen trotz 40 Stundenwoche kaum zum Leben reicht und die andererseits auch keinen Anspruch auf das ALG II mehr haben. Hinzu kommen jene Senioren, die nur eine an der Grenze zur Anspruchsberechtigung liegende Rente beziehen. Beide Gruppen werden im „Mindestsicherungskonzept“ nicht zu den Armen gezählt.

Um für die Bürgerumfrage ein praktikables Modell zu finden, bietet sich auf der Grundlage der vorhandenen Daten an, das Mindestsicherungsmodell mit dem Modell der Einkommensgrenze zu kombinieren und zugleich die Studenten als besondere Gruppe bei der Einkommensgrenze nicht zu berücksichtigen (Begründung siehe Kap. 12).

Für die Bestimmung von „relativen Armutslagen“ werden alle Empfängerhaushalte von Leistungen zur Mindestsicherung (ALG II, Grundsicherung im Alter und bei Behinderung) zusammengezählt mit allen Haushalten, die als Selbständige, abhängige Erwerbstätige, Rentner oder Empfänger von ALG I weniger als 60% von mittleren Äquivalenzeinkommen haben (Umfrageinterne Armutrisikoschwelle von 711 €). Studenten werden hier trotz geringer Einkommen nicht dazugezählt.

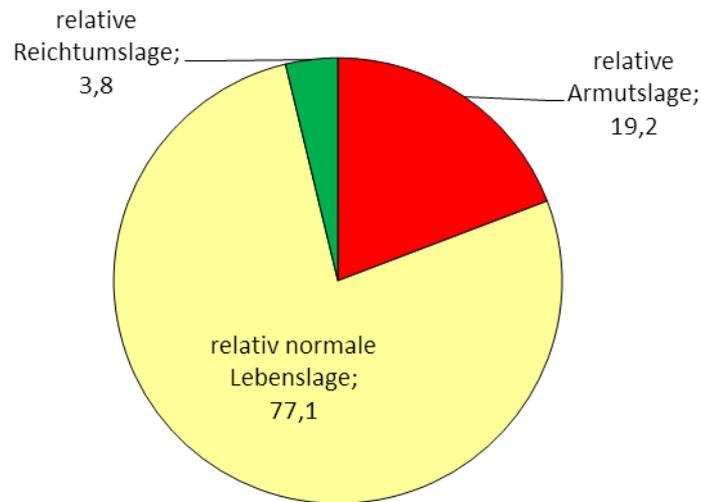
Für die Bestimmung von „Reichtum“ bleibt mangels anderer Kriterien nur die Festlegung, dass ab dem Zweifachen des mittleren Äquivalenzeinkommen innerhalb der Befragung (das sind 2.370 € Äquivalenzeinkommen, bei einem Dreipersonenhaushalt also etwa 7.110 € Haushaltsnettoeinkommen) die Grenze zu den „relativen Reichtumslagen“ oder zumindest zu „privilegierten Lebenslagen“ beginnt.

Alle anderen Haushalte, die zwischen diesen Polen liegen, werden als „relativ normale Lebenslagen“ eingestuft.

Im Ergebnis dieser Definition leben die Menschen in 19,2% der Haushalte in „relativen Armutslagen“, 3,8% in „relativen Reichtumslagen“ und 77,1% in „relativ normalen Lebenslagen“. Bezogen auf alle erfassten Personen leben 19,6% in „relativen Armutslagen“ und 3,4% in „relativen Reichtumslagen“.

Nach Alter der Bezugsperson finden sich relative Armutslagen hauptsächlich bei den unter 60-jährigen (pro Altersgruppe zwischen 20% und 25%). Bei den Älteren zählen weniger als 8% dazu. Relative Reichtumslagen konzentrieren sich auf die Altersgruppen zwischen 30 bis unter 55 Jahren (5% bis 9%).

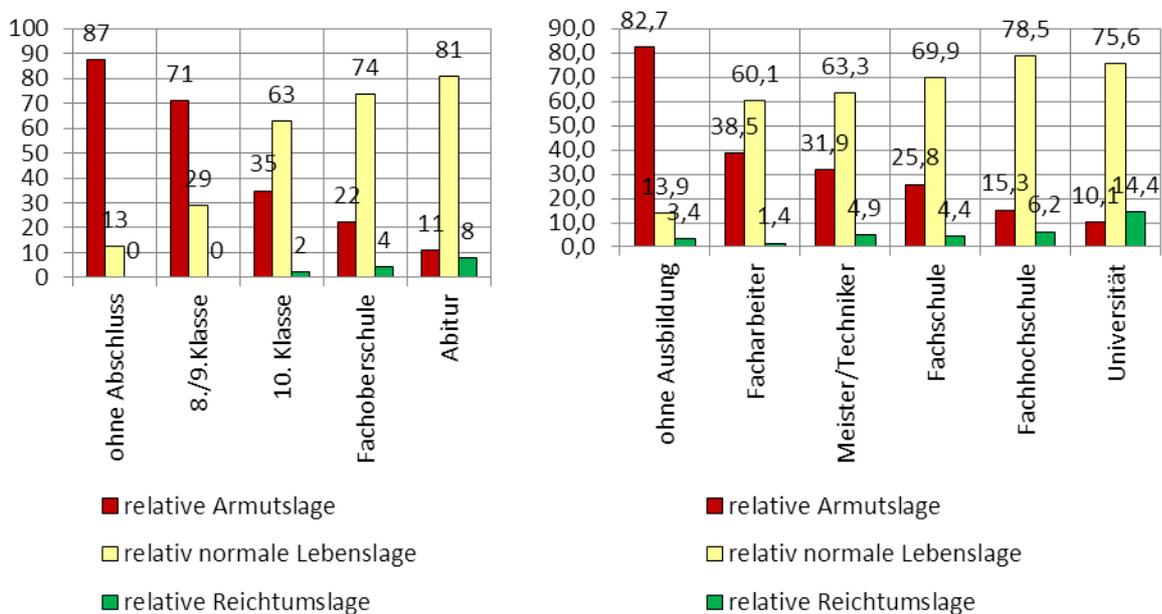
**Abb. 151: Relative Armuts- und Reichtumlagen (in Prozent der Haushalte)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Armuts- und Reichtumlagen stehen in einer klaren Abhängigkeit von der schulischen Bildung bzw. der beruflichen Ausbildung. Mit zunehmender Qualifikation sinkt der Anteil der Armutslagen und wächst der Anteil der Normal- sowie der Reichtumlagen.

**Abb. 152: Lebenslagen nach schulischer und beruflicher Qualifikation (in Prozent)**

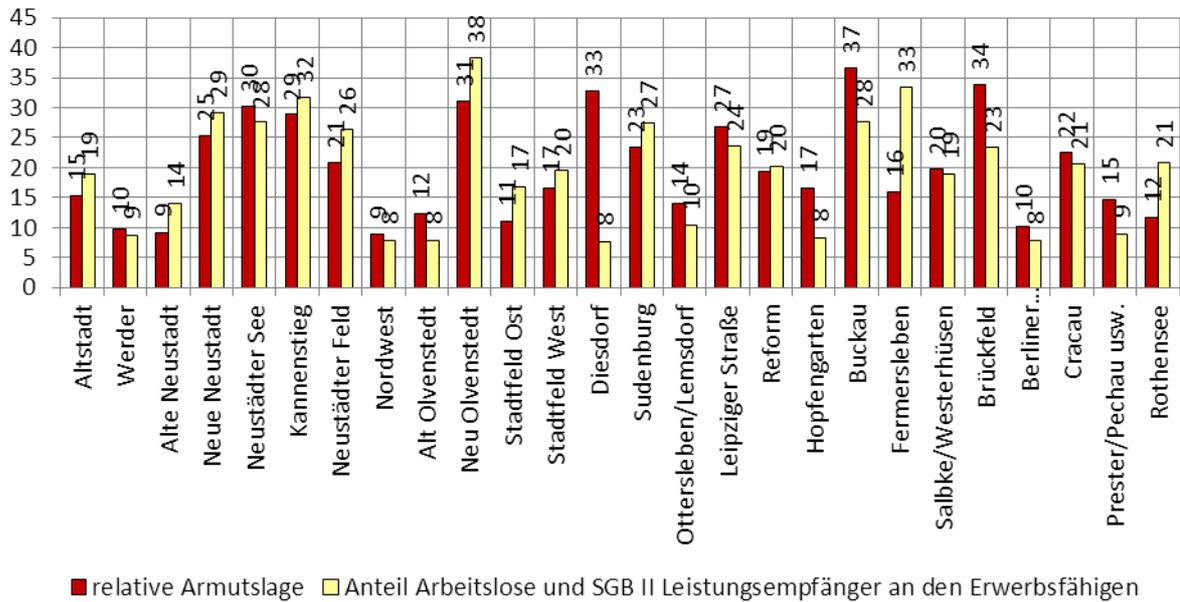


Quelle: Befragung (gewichtet)

Nach differenziertem Erwerbsstatus gehört sowohl jeder zehnte Selbständige zu den relativ Armen als auch zu den relativ Reichen. 80% leben in eher normalen Lebenslagen. Keine Armutslagen finden sich bei den Beamten, dafür aber der höchste Anteil

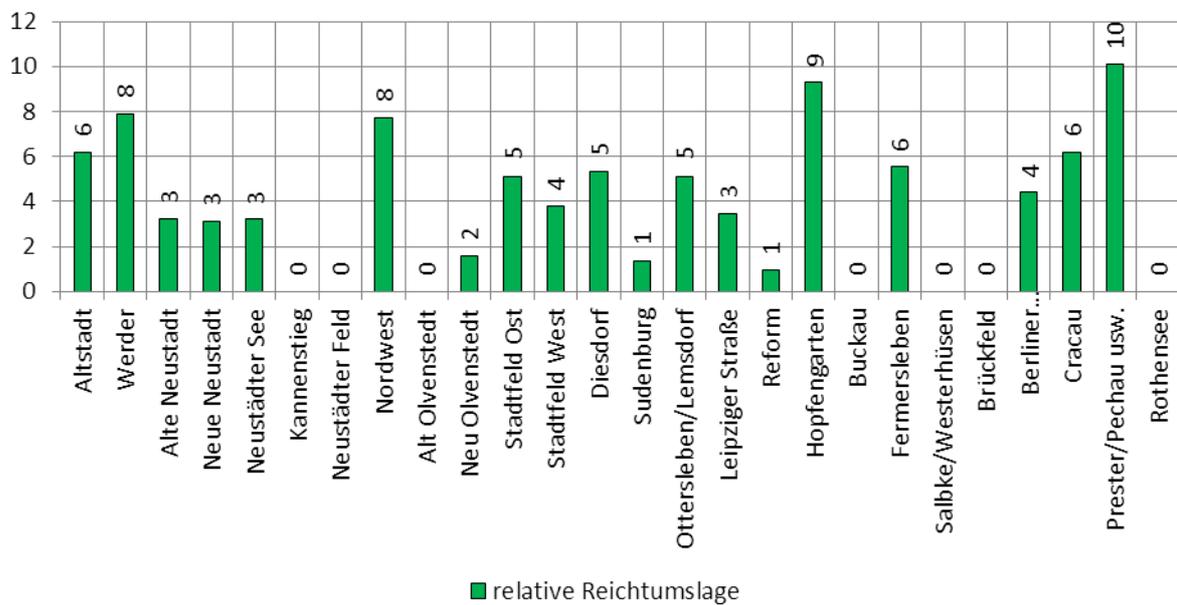
an relativ Reichen. Jeder vierte Beamte gab ein Einkommen an, dass über der Grenze von 200% des mittleren Äquivalenzeinkommens liegt.

**Abb. 153: Verteilung der relativen Armutslagen - Stadtteile (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

**Abb. 154: Verteilung der relativen Reichtumslagen - Stadtteile (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Von den abhängig Vollzeitbeschäftigten unter den Befragten leben immerhin 5,8% in relativen Armutslagen, d.h. sie verdienen trotz Vollzeitarbeit nicht mehr als 60% vom mittleren Äquivalenzeinkommen. Dies gilt auch für 9,4% der abhängigen Teilzeitbe-

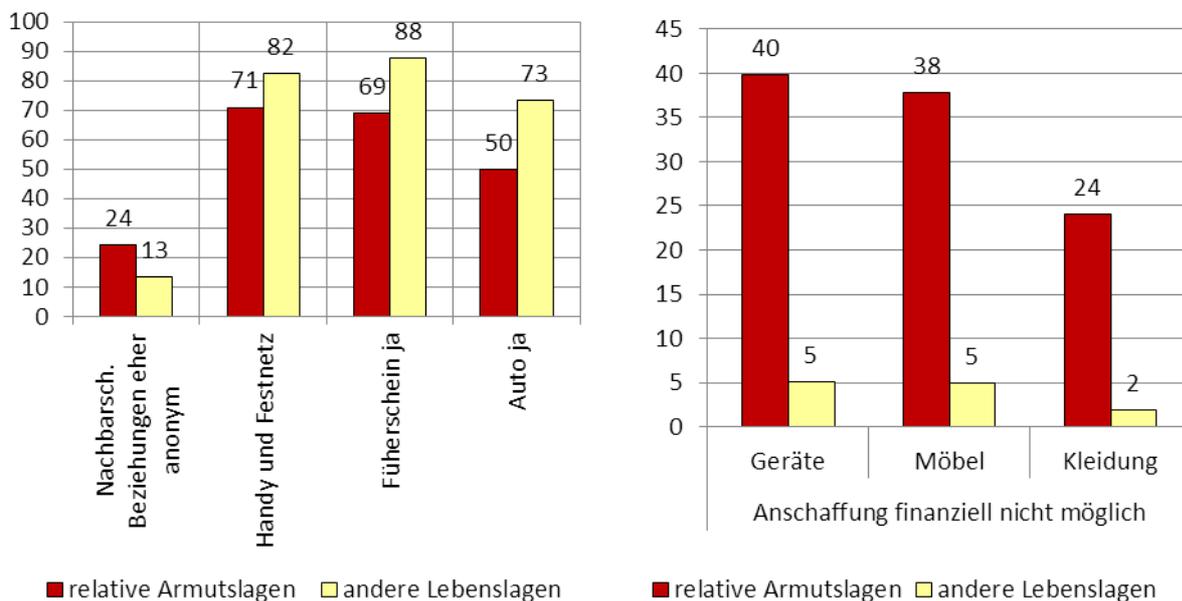
schäftigten, wobei durch die Überrepräsentanz der Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst im Sample wahrscheinlich sogar noch ein zu positives Bild gezeichnet wird.

Die Armutslagen verteilen sich zwischen den Stadtteilen in ähnlicher Weise wie der Anteil der Arbeitslosen nach SGB III plus der Leistungsempfänger nach SGB II an allen Erwerbsfähigen auf der Basis der amtlichen Statistik von Ende 2008. Die größeren Abweichungen zwischen den Befragungsergebnissen und der amtlichen Statistik in einigen Stadtteilen sind hauptsächlich den zu geringen Fallzahlen in der Befragung geschuldet (z.B. Diesdorf, Rothensee, Farmersleben).

Für die Verteilung der relativen Reichtumlagen zwischen den Stadtteilen gibt es keine amtlichen Vergleichsdaten, welche die Plausibilität der Ergebnisse stützen könnten. Gleichwohl hat die vorliegende Verteilung trotz letztlich geringer Fallzahlen für diese Lebenslage ausreichende Plausibilität, denn die Reichtumlagen konzentrieren sich in den attraktiven Randgebieten, in Vierteln mit Villenbestand bzw. in einigen attraktiven zentrumsnahen Vierteln.

Wer in relativen Armutslagen leben muss, hat nicht in jeder Beziehung ungünstigere Lebensbedingungen als andere Befragte. Allerdings sind die Risiken größer, denn es zeigt sich, dass vorhandene ungünstige Lebenslagen überdurchschnittlich mit relativen Armutslagen in Beziehung stehen.

**Abb. 155: Nachbarschaftliche Beziehungen, Ausstattungsmerkmale und Neuan-schaffungen nach Lebenslage (in Prozent)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Beispielsweise ist angesichts geschrumpfter Haushaltsgrößen die Überbelegung von Wohnungen nur noch ein Randphänomen. Wenn es aber auftaucht, dann betrifft es sehr viel häufiger Menschen in relativen Armutslagen. Jede zweite überbelegte Wohnung in der Befragung betrifft einen relativ armen Haushalt.

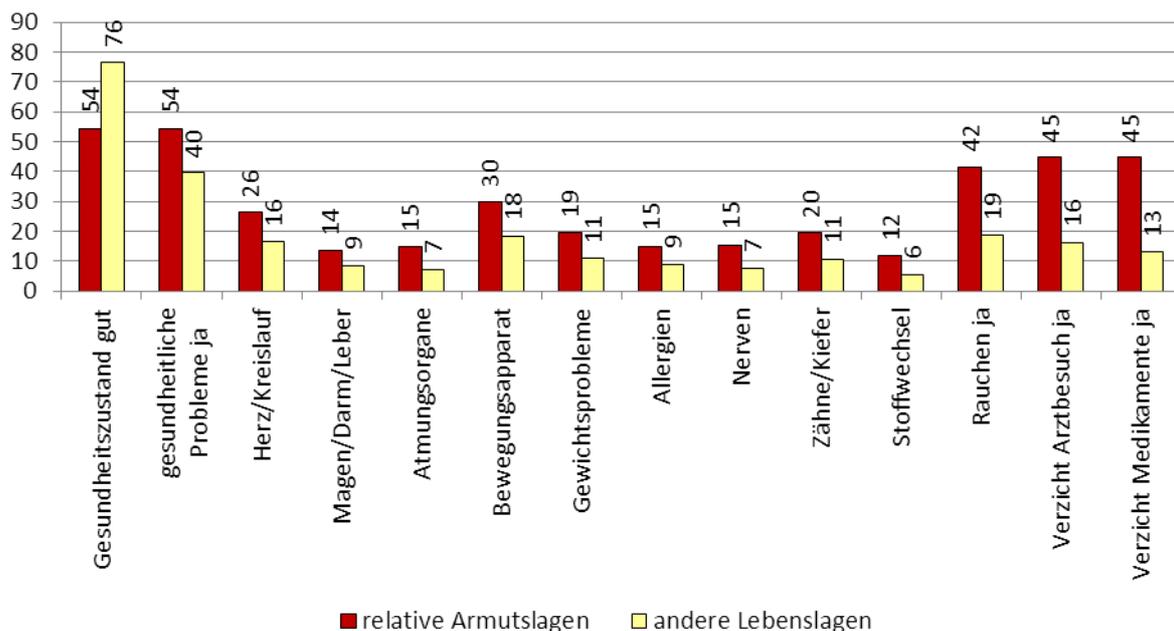
Die meisten Einwohner Magdeburgs wohnen in sanierten oder nach 1990 neu errichteten Häusern. Wer dennoch in einem unsanierten Haus leben muss, lebt zu gut 45% in einer relativen Armutslage. Allerdings soll das nicht heißen, dass Armut heute wieder eine Frage schlechter Wohnverhältnisse ist, denn die Mehrzahl der relativ Armen wohnt durchaus in Wohnungen mit relativ normaler Ausstattung.

Relativ Arme haben überwiegend kein Wohneigentum, die Armutsquote der Wohneigentümer liegt bei unter 9%, die der Mieter bei 22%.

Zwei Drittel derjenigen, die mehr als 40% ihres Einkommens für die Miete aufbringen müssen, leben in relativen Armutslagen (das andere Drittel sind überwiegend Studenten).

Hinsichtlich der nachbarschaftlichen Beziehungen leben relativ arme Personen etwas isolierter als andere und bezüglich der abgefragten Ausstattungsmerkmale sind relativ arme Haushalte vielfach weniger gut ausgestattet und haben größere Schwierigkeiten, notwendige Neuanschaffungen zu tätigen.

**Abb. 156: Gesundheitsrelevante Faktoren und relative Armutslagen (in Prozent)**



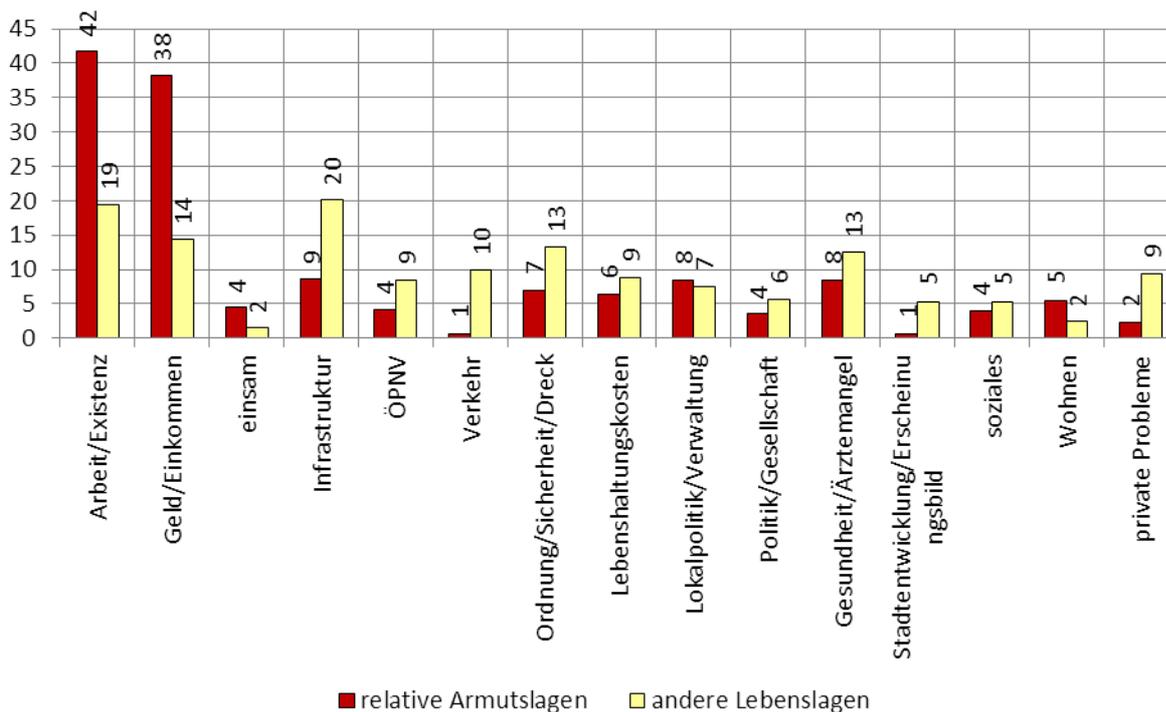
Quelle: Befragung (gewichtet)

Hinsichtlich gesundheitsrelevanter Faktoren geben Befragte unter 60 Jahren aus Armutslagen ihren Gesundheitszustand seltener als „gut“ oder „sehr gut“ an und sie haben häufiger gesundheitliche Probleme als andere Befragte. Sie geben alle abgefragten Krankheiten häufiger an als andere Gruppen, insbesondere der Bewegungsapparat, Herz/Kreislauf und Zähne sind überdurchschnittlich betroffen. Im Verhältnis zu allen Befragten rauchen die Befragten aus Armutslagen sehr viel häufiger und vor allem verzichten sie deutlich häufiger auf einen Arztbesuch oder auf Medikamente, weil sie die Zuzahlungen sparen möchten.

Hinsichtlich der Ernährung gibt es weniger Unterschiede, auch in den ärmeren Haushalten versucht man, auf eine ausgewogene Ernährung zu achten (63% gegenüber 72%) und die Anzahl der Mahlzeiten pro Tag unterscheidet sich nicht wesentlich von anderen Befragten. Allenfalls steht den relativ Armen weniger Geld für Lebensmittel zur Verfügung, sie geben durchschnittlich 80 € pro Woche aus, andere hingegen über 100 €. Allerdings hängen diese Summen von der Haushaltsgröße ab. Um diesen Faktor auszuschließen wird bei den Ausgaben für die Ernährung der gleiche Gewichtungsfaktor für die einzelnen Haushaltsmitglieder angewandt, wie beim Haushaltseinkommen. Auf diese Weise wird ein Essensgeld pro Kopf errechnet. Das liegt bei Haushalten in relativen Armutslagen bei 45 €, bei Haushalten in relativen Normallagen bei 56 € und in relativen Reichtumlagen bei 82 € pro Haushaltsmitglied.

Verschuldet sind 53% der Haushalte in relativen Armutslagen gegenüber 34% in anderen Lebenslagen. Dabei haben diese Haushalte zu einem Drittel Kreditschulden, aber im Gegensatz zu den anderen Lebenslagen haben Haushalte in relativen Armutslagen auch Miet-, Energie- und Unterhaltungsschulden sowie vor allem private Schulden bei Freunden und Verwandten. Der Rückgriff auf informelle Ressourcen ist für arme Haushalte oft die einzige Möglichkeit, sich noch kurzfristig einen Kredit zu verschaffen.

**Abb. 157: Alltagssorgen nach Lebenslage (Mehrfachnennungen in Prozent derjenigen, die Angaben dazu gemacht haben)**



Quelle: Befragung (gewichtet)

Während in den anderen Lebenslagen fast niemand Probleme bei der Rückzahlung von Schulden hat, sind es bei den relativ Armen 55%. Entsprechend sind 43% schon bei der Schuldnerberatung gewesen, was in anderen Lebenslagen nur für knapp 1% der Befragten gilt.

Bei den Alltagssorgen schließlich stehen mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten, Existenzangst sowie Geldsorgen mit Abstand an erster Stelle. Während man sich in anderen Lebenslagen viel häufiger über Mängel der Infrastruktur, den Verkehr oder private Probleme Sorgen macht, konzentrieren sich die Sorgen der in relativer Armut lebenden Einwohner stärker auf unmittelbar existenzielle Probleme.

Die gesamte Analyse bestätigt mithin weitgehend die aus der Armutsforschung hinlänglich bekannten Phänomene und Probleme wie z.B. Unterversorgung, schlechter Gesundheitszustand, hohe Verschuldung usw., die in relativen Armutslagen regelmäßig häufiger auftreten als in anderen Lebenslagen.



# Anhang



## 15 Anhang

### 15.1 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1:	Vergleich der Altersstruktur der Bezugspersonen der einzelnen Befragung mit dem Magdeburger Durchschnitt (2008) in Prozent.....	9
Abb. 2:	Vergleich des Erwerbsstatus der Bezugspersonen der einzelnen Befragung mit dem (ungefähren) Magdeburger Durchschnitt (2008) in Prozent.....	9
Abb. 3:	Vergleich der Altersstruktur aller erfassten Personen der gesamten Befragung mit dem Magdeburger Durchschnitt (2008) in Prozent.....	10
Abb. 4:	Vergleich des Erwerbsstatus aller erfassten Personen der Befragung mit dem (ungefähren) Magdeburger Durchschnitt (2008) in Prozent.....	11
Abb. 5:	Vergleich der Verteilung nach Stadtteilen (in Prozent) .....	12
Abb.: 5b:	Einteilung der Magdeburger Erwerbsfähigen in verschiedene Erwerbs- bzw. Sozialstatus.....	14
Abb. 6:	Familienstand aller erfassten Personen im Vergleich (in Prozent).....	19
Abb. 7:	Haushaltszusammenhang der ledigen Personen (in Prozent) .....	20
Abb. 8:	Familienstand aller erfassten Personen nach Haushaltstyp (in Prozent).....	21
Abb. 9:	Schulabschlüsse der erfassten Personen nach Haushaltstyp (in Prozent).....	24
Abb. 10:	Berufliche Qualifikation der erfassten Personen nach Einkommen (in Prozent) .....	24
Abb. 11:	Dauer der Arbeitslosigkeit der Bezugsperson nach Art der Leistung (in Prozent) .....	30
Abb. 12:	Dauer der Arbeitslosigkeit der Bezugsperson nach Alter (in Prozent).....	31
Abb. 13:	Berufe der Erwerbspersonen im Vergleich (in Prozent) .....	32
Abb. 14:	Art des Betriebes der Erwerbstätigen nach Alter (in Prozent) .....	33
Abb. 15:	Zufriedenheit mit den Verdienstmöglichkeiten nach Erwerbstatus und Art der Beschäftigung (in Prozent) .....	33
Abb. 16:	Zufriedenheit mit den Verdienstmöglichkeiten nach Einkommen (in Prozent).....	34

Abb. 17:	Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen nach Erwerbstatus und Art der Beschäftigung (in Prozent) .....	35
Abb. 18:	Zufriedenheit mit den Möglichkeiten zur selbständigen Gestaltung und Einteilung der Arbeit nach Betriebsart (in Prozent).....	36
Abb. 19:	Zufriedenheit mit der Arbeitszeitregelung nach Erwerbsstatus und Art der Beschäftigung (in Prozent) .....	36
Abb. 20:	Zufriedenheit mit den Aufstiegschancen nach Alter (in Prozent) .....	37
Abb. 21:	Zufriedenheit mit dem Ansehen der Tätigkeit in der Öffentlichkeit nach Erwerbsstatus und Art der Beschäftigung (in Prozent) .....	38
Abb. 22:	Zufriedenheit mit der Sicherheit vor Entlassung nach Erwerbsstatus und Art der Beschäftigung (in Prozent) .....	39
Abb. 23:	Zufriedenheit mit verschiedenen Faktoren der Beschäftigung (Mittelwerte der Noten von 1 bis 5) .....	40
Abb. 24:	Befürchtung des Arbeitsplatzverlustes und Zeitverträge nach Beschäftigungsart (in Prozent) .....	40
Abb. 25:	Altersstruktur der Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich (in Prozent) .....	41
Abb. 26:	Anteil der Befragten in Ein-/Zweifamilienhäusern nach Stadtteilen (in Prozent) .....	43
Abb. 27:	Anteil der Befragten, die in einem Ein- oder Zweifamilienhaus wohnen nach Haushaltseinkommen (in Prozent) .....	44
Abb. 28:	Bautyp der Mehrfamilienhäuser nach Altersgruppe (in Prozent) .....	45
Abb. 29:	Bautyp der Mehrfamilienhäuser nach Erwerbsstatus (in Prozent) .....	45
Abb. 30:	Bautyp der Mehrfamilienhäuser nach Erwerbsstatus (in Prozent) .....	46
Abb. 31:	Anteil unsanierter vor 1990 errichteter Mehrfamilienhäuser nach Stadtteilen (in Prozent) .....	47
Abb. 32:	Wohnungsgröße im Vergleich.....	49
Abb. 33:	Verteilung der Wohnungsgrößen in den Stadtteilen (in Prozent).....	50
Abb. 34:	Durchschnittliche Wohnungsgrößen pro Stadtteil im Vergleich (in qm) .....	51
Abb. 35:	Durchschnittliche Haushaltsgröße nach Stadtteilen (in Personen pro Haushalt).....	53
Abb. 36:	Zahl der Zimmer pro Person nach Stadtteilen.....	54
Abb. 37:	Durchschnittliche Mieten nach Stadtteilen.....	59
Abb. 38:	Kalt- und Warmmiete pro Quadratmeter nach Stadtteilen (in Euro).....	60

Abb. 39:	Monatliche Kosten für Wohneigentum nach Stadtteilen (in Euro) .....	63
Abb. 40:	Durchschnittlicher Anteil der Kalt- und Warmmiete am Haushaltseinkommen nach Stadtteilen (in Prozent).....	67
Abb. 41	Bezug von Wohngeld nach Stadtteilen (in Prozent der Haushalte).....	68
Abb. 42:	„Wohnen Sie gern in Magdeburg, in Ihrem Stadtteil und in Ihrer Wohnung?“ (in Prozent von Note 1 = „sehr gern“ bis Note 5 = „sehr ungern“).....	70
Abb. 43:	Wohnzufriedenheit im Vergleich (eher „gern“ und eher „ungern“ in Prozent).....	70
Abb. 44:	„Wohnen Sie gern in Magdeburg in Ihrem Stadtteil und in Ihrer Wohnung?“ nach Stadtteilen (Mittelwerte von 1 = „sehr gern“ bis 5 = „sehr ungern“).....	71
Abb. 45:	Durchschnittliche Wohndauer im Stadtteil (Mittelwerte in Jahren).....	74
Abb. 46:	Wohndauer in der Wohnung (Mittelwerte in Jahren).....	75
Abb. 47:	Umzugsneigung nach Alter (in Prozent) .....	77
Abb. 48:	Konkrete Umzugsneigung (= Umzug „demnächst“ und Umzug in den nächsten zwei Jahren“) nach Stadtteilen (in Prozent) .....	79
Abb. 49:	Umzugsgründe (in Prozent derjenigen, die an einen Umzug denken, Mehrfachnennungen).....	80
Abb. 50:	Antwort „kein Bedarf“ nach Versorgungseinrichtungen und Altersgruppen (in Prozent).....	84
Abb. 51:	Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Versorgungseinrich- tungen (in Prozent) .....	85
Abb. 52:	Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Einrichtungen zur Versorgung mit Lebensmitteln nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent) .....	86
Abb. 53:	Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Einrichtungen zur Versorgung mit sonstigen Gütern des täglichen Bedarfs nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent).....	86
Abb. 54:	Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Sparkassen/Banken nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent) .....	87
Abb. 55:	Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Postdienstleistungen nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent).....	87
Abb. 56:	Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Apotheken nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent) .....	88

Abb. 57:	Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von ärztlicher Versorgung nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent).....	88
Abb. 58:	Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von zahnärztlicher Versorgung nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent).....	89
Abb. 59:	Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Physiotherapeutischer Versorgung nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent).....	89
Abb. 60:	Zufriedenheit mit der Erreichbarkeit von Sonstigen Dienstleistungen nach Stadtteilen (nur Summe von „zufrieden“ und „sehr zufrieden“ in Prozent) .....	90
Abb. 61:	Durchschnittliche Zufriedenheit mit allen Angeboten/Einrichtungen (Index in Prozent) .....	90
Abb. 62:	Interesse an der Nutzung von sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen (in Prozent) <sup>1</sup> .....	92
Abb. 63:	Potentielle Nutzung von Angeboten und Vorhandensein der Angebote (in Prozent) .....	97
Abb. 64:	Qualität der nachbarschaftlichen Beziehungen nach Stadtteil (nur „lose, man geht sich aus dem Weg“ und „schlecht“ in Prozent) .....	102
Abb. 65:	Nachbarschaftskonflikte nach Stadtteilen („ja“ in Prozent) .....	104
Abb. 66:	Art der genannten Nachbarschaftskonflikte (in Prozent derjenigen, die Konflikte angegeben haben) .....	104
Abb. 67:	Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit nach Alter („sehr zufrieden“ und „zufrieden“ in Prozent).....	107
Abb. 68:	Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit nach Stadtteilen (Mittelwerte)	109
Abb. 68b:	Sicherheitsgefühl nachts im Wohngebiet nach Alter (eher „sicher“ in Prozent) .....	109
Abb. 69:	Sicherheitsgefühl nachts im Wohngebiet nach Stadtteilen (eher „sicher“ in Prozent) .....	110
Abb. 70:	Zufriedenheit mit der Bekämpfung der Kriminalität in Magdeburg nach Stadtteilen (Mittelwerte von „1“ bis „5“).....	110
Abb. 71:	Telefone im Haushalt im Vergleich (in Prozent) .....	111
Abb. 72:	Computer und Internetzugang im Haushalt im Vergleich (in Prozent) .....	113
Abb. 73:	Führerscheine und PKWs im Vergleich (in Prozent) .....	116
Abb. 74:	Erneuerungsbedarf von Geräten nach Erwerbsstatus (in Prozent) .....	118

Abb. 75:	Finanzielle Probleme bei der Neuanschaffung von Geräten nach Einkommen (in Prozent – nur jene, die einen Neuanschaffungsbedarf haben)).....	119
Abb. 76:	Erneuerungsbedarf von Möbeln nach Alter (in Prozent) .....	120
Abb. 77:	Finanzielle Probleme bei der Neuanschaffung von Möbeln nach Erwerbsstatus (in Prozent – nur jene, die einen Neuanschaffungsbedarf haben).....	120
Abb. 78:	Erneuerungsbedarf von Kleidung nach Einkommen (in Prozent).....	121
Abb. 79:	Finanzielle Probleme bei der Neuanschaffung von Kleidung nach Einkommen (in Prozent – nur jene, die einen Neuanschaffungsbedarf haben) .....	122
Abb. 80:	Finanzielle Probleme bei der Neuanschaffung von Kleidung nach Erwerbsstatus (in Prozent – nur jene, die einen Neuanschaffungsbedarf haben).....	122
Abb. 81:	Person mit hauptsächlichem Bedarf an zu erneuernder Kleidung (in Prozent).....	123
Abb. 82:	Art der Krankenversicherung nach Einkommen (Mehrfachnennungen in Prozent).....	124
Abb. 83:	Private Zusatzversicherungen nach Einkommen (Mehrfachnennungen in Prozent).....	125
Abb. 84:	Formen der Altersvorsorge bei den Selbständigen nach Einkommen (Mehrfachantworten in Prozent) .....	126
Abb. 85:	Haftpflicht-, Hausrat- und Rechtsschutzversicherungen (Mehrfachnennungen in Prozent) .....	127
Abb. 85b:	Privatversicherung gegen Invalidität nach Einkommen (in Prozent) .....	127
Abb. 86:	Freizeitaktivitäten im Bereich der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien („täglich“ und „mindestens 1x die Woche“ in Prozent).....	128
Abb. 87:	Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien nach Alter („täglich“ und „mindestens 1x die Woche“ in Prozent) .....	129
Abb. 88:	Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien der unter 60-jährigen nach Schulbildung („täglich“ und „mindestens 1x die Woche“ in Prozent).....	130
Abb. 89:	Aktiv Sport treiben nach Schulabschluss („täglich“ und „mindestens 1x die Woche“ in Prozent) .....	131
Abb. 90:	Ausflüge und (Kurz-)Reisen nach Einkommen (in Prozent) .....	131
Abb. 91:	Gesellige Aktivitäten nach Alter („täglich“, „mind. 1x die Woche“ und „mind. 1x pro Monat“ in Prozent) .....	132

Abb. 92:	Gesellige Aktivitäten nach Schulabschluss („täglich“, „mind. 1x die Woche“ und „mind. 1x pro Monat“ in Prozent).....	133
Abb. 93:	Gesellige Aktivitäten nach Erwerbsstatus („täglich“, „mind. 1x die Woche“ und „mind. 1x pro Monat“ in Prozent).....	133
Abb. 94:	Café/Restaurant- und Kneipenbesuche nach Einkommen („täglich“, „mind. 1x die Woche“ und „mind. 1x pro Monat“ in Prozent) .....	134
Abb. 95:	Besuch von Sportveranstaltungen nach Schulabschluss und Alter (in Prozent) .....	135
Abb. 96:	Kinobesuch nach Einkommen, Alter und Erwerbsstatus (in Prozent) .....	136
Abb. 97:	Theaterbesuche nach Einkommen (in Prozent) .....	137
Abb. 98:	Freizeitaktivitäten im Überblick (mindestens gelegentlich in Prozent) .....	137
Abb. 99:	Desinteresse an Freizeitaktivitäten („nie“ in Prozent) .....	138
Abb. 100:	Gewünschte Freizeitaktivitäten („ich würde gern“ in Prozent).....	139
Abb. 101:	Die häufigsten gewünschte Freizeitaktivitäten nach Einkommen („ich würde gern“ in Prozent).....	140
Abb. 102:	Hauptsächliche Hinderungsgründe für die Wahrnehmung von Freizeitangeboten nach Einkommen (in Prozent).....	141
Abb. 103:	Vergleich der Freizeitaktivitäten zwischen Arbeitslosen und anderen Befragten (mindestens „selten“ in Prozent).....	142
Abb. 104:	Vergleich ausgewählter Freizeitaktivitäten zwischen Arbeitslosen und anderen Befragten (mindestens „selten“ und „ich würde gern“ in Prozent).....	142
Abb. 105:	Mitgliedschaft in einem Verein bzw. einer Partei nach Geschlecht (in Prozent) .....	144
Abb. 106:	Mitgliedschaft in einem Verein bzw. einer Partei nach Schulabschluss (in Prozent) .....	145
Abb. 107:	Ehrenamtlich Tätige nach Einkommen und Schulabschluss (in Prozent) ..	145
Abb. 108:	Interesse an ehrenamtlicher Arbeit (in Prozent) .....	146
Abb. 109:	Gegenwärtiges ehrenamtliches Engagement nach Bereichen und Geschlecht (in Prozent aller Befragten) .....	146
Abb. 110:	Gegenwärtiges und gewünschtes Engagement nach Bereichen (in Prozent) .....	147
Abb. 111:	Gewünschtes Engagement nach Altersgruppen (in Prozent) .....	148
Abb. 112:	Hinderungsgründe für ehrenamtliches Engagement (in Prozent derjenigen, die Interesse bekundet haben) .....	148

Abb. 113:	Hinderungsgründe für ehrenamtliches Engagement nach Erwerbsstatus (in Prozent derjenigen, die Interesse bekundet haben).....	149
Abb. 114:	Subjektive Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes nach Alter und Erwerbsstatus („sehr gut“ und „gut“ in Prozent) .....	150
Abb. 115:	Konkrete gesundheitliche Probleme nach Alter und Erwerbsstatus (in Prozent).....	151
Abb. 116:	Gesundheitliche Probleme nach Dauer der Arbeitslosigkeit („ja“ in Prozent).....	152
Abb. 117:	Art der gesundheitlichen Probleme (Mehrfachnennungen in Prozent) .....	153
Abb. 118:	Art der gesundheitlichen Probleme nach Erwerbsstatus (Mehrfachnennungen in Prozent) .....	154
Abb. 118b:	Regelmäßige Medikamenteneinnahme nach Alter (in Prozent) .....	155
Abb. 119:	Inanspruchnahme medizinischer Leistungen nach Alter und Erwerbsstatus („ja“ in Prozent aller Befragten) .....	155
Abb. 120:	Art der in Anspruch genommenen medizinischen Leistungen nach Alter (in Prozent).....	156
Abb. 121:	Verzicht auf den Arztbesuch und auf Medikamente wegen der geforderten Zuzahlungen nach Einkommen („ja, verzichtet“ in Prozent) ....	157
Abb. 122:	Anteil der Raucher und Nichtraucher nach Geschlecht (in Prozent) .....	158
Abb. 123:	Zusammenfassende Verteilung <sup>1</sup> des Interesses an Angeboten zur Gesundheitsförderung (in Prozent) .....	159
Abb. 124:	Interesse an den einzelnen Angeboten zur Gesundheitsförderung nach Geschlecht („besuche bereits“, „werde“ und „würde besuchen“ in Prozent).....	160
Abb. 125:	Interesse an den einzelnen Angeboten zur Gesundheitsförderung („besuche bereits“, „werde“ und „würde besuchen“ in Prozent) .....	161
Abb. 126:	Auf ausgewogene Ernährung achten nach Alter („immer“ und „häufig“ in Prozent).....	162
Abb. 127:	Bestimmte Ernährungsweisen nach Alter („ja“ in Prozent).....	163
Abb. 128:	Frühstück nach Alter (in Prozent) .....	163
Abb. 129:	Mittagessen nach Erwerbsstatus (in Prozent).....	164
Abb. 130:	Abendessen nach Erwerbsstatus (in Prozent) .....	165
Abb. 131:	Tägliche Zwischenmahlzeiten nach Erwerbsstatus (in Prozent).....	165
Abb. 132:	Anzahl der Hauptmahlzeiten pro Tag nach Erwerbsstatus (in Prozent) .....	166

Abb. 133: Ort der Hauptmahlzeit wochentags nach Erwerbsstatus (Mehrfachnennungen in Prozent).....	167
Abb. 134: Ort der Hauptmahlzeit der Kinder wochentags nach Erwerbsstatus der Bezugsperson (Mehrfachnennungen in Prozent).....	168
Abb. 135: Ausgaben für Lebensmittel und Getränke nach Einkommen (Mittelwerte in Euro).....	169
Abb. 136: Äquivalenzeinkommen nach Erwerbsstatus (Mittelwerte in Euro) .....	173
Abb. 137: Äquivalenzeinkommen nach Haushaltstyp (Mittelwerte in Euro) .....	175
Abb. 138: Äquivalenzeinkommen nach Stadtteil (Mittelwerte in Euro).....	175
Abb. 139: Typisierung der Haushalte nach Einkommensquellen (in Prozent) .....	177
Abb. 140: Typisierung der Haushalte nach Erwerbsstatus der Bezugsperson (in Prozent) .....	178
Abb. 141: Typisierung der Haushalte nach Einkommen (in Prozent).....	179
Abb. 142: Rente als Bestandteil der Haushaltseinkommen nach Stadtteil (in Prozent) .....	179
Abb. 143: Vermögensarten nach Alter (in Prozent) .....	180
Abb. 144: Vermögensarten nach Einkommen (in Prozent).....	181
Abb. 145: Schulden nach Einkommen („ja“ in Prozent).....	182
Abb. 146: Schuldenarten nach Erwerbsstatus (in Prozent) .....	182
Abb. 147: Schuldenarten nach Einkommen (in Prozent).....	183
Abb. 148: Probleme bei der Schuldentilgung („ja“ in Prozent) .....	183
Abb. 149: Schuldnerberatung in Anspruch genommen (nur Befragte, die Probleme mit der Schuldentilgung haben „ja“ in Prozent). .....	184
Abb. 150: Genannte Alltagsorgen (Mehrfachnennungen in Prozent).....	185
Abb. 151: Relative Armuts- und Reichtumlagen (in Prozent der Haushalte) .....	192
Abb. 152: Lebenslagen nach schulischer und beruflicher Qualifikation (in Prozent)..	192
Abb. 153: Verteilung der relativen Armutslagen zwischen den Stadtteilen (in Prozent) .....	193
Abb. 154: Verteilung der relativen Reichtumlagen zwischen den Stadtteilen (in Prozent) .....	193
Abb. 155: Nachbarschaftliche Beziehungen, Ausstattungsmerkmale und Neuanschaffungen nach Lebenslage (in Prozent).....	194
Abb. 156: Gesundheitsrelevante Faktoren und relative Armutslagen (in Prozent).....	195

Abb. 157: Alltagsorgen nach Lebenslage (Mehrfachnennungen in Prozent derjenigen, die Angaben dazu gemacht haben) ..... 196

## 15.2 Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Geschlechterverhältnis im Vergleich (in Prozent) ..... 11

Tab. 2: Migrationshintergrund im Vergleich zum Ausländeranteil in der Stadt (in Prozent) ..... 12

Tab. 3: Haushaltstypen nach Stadtteilen (in Prozent)..... 22

Tab. 4: Schulabschluss der erfassten Personen nach Stadtteil (in Prozent)..... 25

Tab. 5: Berufliche Qualifikation der erfassten Personen nach Stadtteil (in Prozent der Personen mit Schulabschluss)..... 26

Tab. 6: Erwerbsstatus aller mit der Befragung erfassten Personen im Vergleich (in Prozent) ..... 28

Tab. 7: Verteilung der Erwerbsstatus aller erfassten Personen auf die Stadtteile (in Prozent) ..... 29

Tab. 8: Anteil unsanierter vor 1990 errichteter Mehrfamilienhäuser nach Alter, Familientyp und Erwerbsstatus (in Prozent) ..... 48

Tab. 9: Wohnungsgrößen nach Altersgruppen, Erwerbsstatus, Familientyp und Einkommen (in Prozent) und durchschnittliche Wohnungsgröße in Quadratmetern..... 52

Tab. 10: Wohnungsgrößen nach Haushaltsgrößen (Wohnraumversorgung) (in Prozent) ..... 55

Tab. 11: Unter- und Überbelegung der Wohnungen (in Prozent) ..... 55

Tab. 12: Wohnfläche pro Person in qm (Mittelwert)..... 57

Tab. 13: Durchschnittliche Kalt- und Warmmiete nach Wohnungsgröße (in Euro) ..... 60

Tab. 14: Durchschnittliche Kalt- und Warmmiete nach Haustyp (in Euro) ..... 60

Tab. 15: Kalt- und Warmmiete, Heizkosten und Strom pro Quadratmeter nach Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Euro)..... 61

Tab. 16: Kosten für Wohneigentum (insgesamt und pro Quadratmeter) nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp, Einkommen und Haushaltsgröße (in Euro) ..... 64

Tab. 17: Durchschnittlicher Anteil der Kalt- und Warmmiete bzw. der Kosten für Wohneigentum am Haushaltseinkommen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp, Einkommen und Haushaltsgröße (Mietbelastung in Prozent) ..... 66

Tab. 18: Wohngeldbezug nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent).....	69
Tab. 19: Wanderungsstatus nach Wohndauer und Alter der Bezugspersonen (in Prozent) .....	73
Tab. 20: Wohndauer im Stadtteil nach Alter und Familientyp (Mittelwert in Jahren) .....	75
Tab. 21: Wohnungswechsel innerhalb der Stadtteile (in Prozent).....	76
Tab. 22: Umzugsneigung nach Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent) .....	78
Tab. 23: Umzugsgründe nach Stadtteil (in Prozent) .....	81
Tab. 24: Umzugsgründe nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (Mehrfachnennungen in Prozent).....	82
Tab. 25: Interesse an der Nutzung von sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent) .....	93
Tab. 26: Aktuelle Nutzung von sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen („nutze ich bereits“ in Prozent).....	95
Tab. 27: Potentielle Nutzung von sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen („werde ich nutzen“ und „würde ich nutzen, kein Angebot“ in Prozent) .....	96
Tab. 28: Fehlendes Angebot an sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen („würde ich nutzen, kein Angebot“ in Prozent) .....	98
Tab. 29: Fehlendes Angebot an sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen nach Stadtteilen („würde ich nutzen, kein Angebot“ in Prozent).....	99
Tab. 30: Stellenwert nachbarschaftlicher Beziehungen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent) .....	101
Tab. 31: Qualität der nachbarschaftlichen Beziehungen nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent).....	103
Tab. 32: Nachbarschaftskonflikte nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent).....	105
Tab. 33: Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit nach Erwerbsstatus, Haushaltstyp, Einkommen und schulischem Abschluss (in Prozent) .....	108
Tab. 34: Telefone im Haushalt nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent).....	112
Tab. 35: Computer und Internetzugang im Haushalt nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent).....	114

Tab. 36: Führerscheine und PKWs nach Alter, Erwerbsstatus, Haushaltstyp und Einkommen (in Prozent)..... 117

### 15.3 Literaturhinweise und Quellenangaben

- Agentur für Arbeit (Hrsg.) (2010): Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und nach regionaler Gliederung – Magdeburg April 2010, Reihe: Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsmarktstatistik, Nürnberg
- Böhm, Andreas (2009): Magdeburg und Umgebung im ImmobilienScout24-Mietpreisvergleich, Quelle: <http://news.immobilienscout24.de/aktuelle-marktdaten/10898.html>
- Bormann, C.(2006): Gesundheitliche Konsequenzen von Arbeitslosigkeit in den alten und neuen Ländern in der Gender-Perspektive. In: Holleder, A.; Brand, H. a.a.O., S. 85-93
- Bundesamt für Bauwesen und Bauordnung (Hrsg.) (2003): Lebensbedingungen aus Bürgersicht, Bonn
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.) (2008): Bevölkerungsumfrage des BBSR 2008, [http://www.bbsr.bund.de/nn\\_23744/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Glossar/Indikatoren](http://www.bbsr.bund.de/nn_23744/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Glossar/Indikatoren)
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2008): Lebenslagen in Deutschland - Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) (2008): Datenreport 2008 - Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn. (Gemeinsam herausgegeben vom Statistisches Bundesamt, Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS-ZUMA), Mannheim (Zentrum für Sozialindikatorenforschung, Heinz-Herbert Noll) und dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) (Roland Habich))
- Cromm, Jürgen; Schürholz, Peter (2007): Bürgerumfrage Augsburg 2007, Augsburg (Ms.);
- Dittrich, S. (2001): Fragen zur Gesundheit: Ergebnisse des Mikrozensus 1999. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik 9/2001, S. 771-780.
- Elkeles, T. (1999): Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit und Gesundheit. In: Sozialer Fortschritt 6/1999, S. 150-155
- Elkeles, T.(1996): Seifert, W.: Immigrants and health: unemployment and health-risks of labour migrants in the Federal Republic of Germany, 1984-1992. In: Soc Sci Med 43 (7) 1996, S. 1035-1047.
- Elkeles, T.(1998): Seifert, W.: Unemployment and your health: long-term analysis for the German Federal Republic. In: Soz Preventivmed 1998, 38 (3), S. 148-55.
- Ewers, M.(2000): Schaeffer, D.: Case Management in Theorie und Praxis. Bern.
- Funk, Walter (1999): Sicherheitsempfinden in Nürnberg. Ergebnisse einer Bürgerbefragung im Einzugsgebiet der Polizeiinspektion Nürnberg-West, herausgegeben von der Polizeidirektion Nürnberg und der Stadt Nürnberg. Nürnberg 1999

- Gerdes, Johann, Hennig, Anita, Rieger-Genning, Kathrin (2009), Leipziger Lebenslagenreport 2009, Leipzig, (Herausgegeben von der Stadt Leipzig, Dezernat V Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule) - [http://www.leipzig.de/imperia/md/content/50\\_sozialamt/lebenslagenreport\\_leipzig\\_2009.pdf](http://www.leipzig.de/imperia/md/content/50_sozialamt/lebenslagenreport_leipzig_2009.pdf)
- Gerdes, Johann (2007): „Wohngebiete - Image und Wirklichkeit“ - Rostocker Wohnbefindlichkeitsstudie 2007, Ms, Rostock (Quelle: [http://www.sowi-forschung.de/mieter\\_2007.pdf](http://www.sowi-forschung.de/mieter_2007.pdf))
- Gesundheitsberichterstattung des Bundes, <http://www.gbe-bund.de>
- Gordo Romeu, L.(2006): Beeinflusst die Dauer der Arbeitslosigkeit die Gesundheitszufriedenheit? In: Holleder, A.; Brand, H. (Hrsg.): Arbeitslosigkeit, Gesundheit und Krankheit. Bern, S. 53-73
- Grobe, T.G.; Dörning, H. ; Schwartz, F.W. (2009): GEK-Report ambulant-ärztliche Versorgung 2008. In: Gmünder Ersatzkasse (GEK) (Hrsg.): Schriftenreihe zur Gesundheitsanalyse, Bd. 67, Schwäbisch-Gmünd
- Holleder, A. (2007): Arbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen und Fallmanagement (im SGB II-Bereich). In: Gesundheit Berlin (Hrsg.): Dokumentation 12. bundesweiter Kongress Armut und Gesundheit, Berlin 2007.
- Infas; DIW (Hrsg.) (2004): Mobilität in Deutschland – Ergebnisbericht, Berlin
- Isserstedt, Wolfgang; Middendorff, Elke; Fabian, Gregor; Wolter, André (2007): Die wirtschaftliche und sozialen Situation der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006 - 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Kurzfassung, herausgegeben vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Berlin
- Jahoda, M. (1981): Work, employment and unemployment – values, theories, and approaches in social re-search. American Psychologist 36 (2) 1981, S. 184-191.
- Jahoda, M.; Lazarsfeld P.; Zeisel, H. (1933/1975): Die Arbeitslosen von Marienthal (1933). Frankfurt 1975
- Landeshauptstadt Magdeburg, Amt für Statistik (Hrsg.) (2009): Statistisches Jahrbuch - Das Jahr 2008 in Zahlen, Magdeburg
- Landeshauptstadt Magdeburg, Stadtplanungsamt (Hrsg.) (2008): Leerstandsentwicklung im Geschosswohnungsbau Stand: 31.12.2008, Quelle: [http://www.magdeburg.de/media/custom/37\\_3836\\_1.PDF?Load Document&ObjSvrID=37&ObjID=3836&ObjLa=1&Ext=PDF&\\_ts=1259570274](http://www.magdeburg.de/media/custom/37_3836_1.PDF?Load Document&ObjSvrID=37&ObjID=3836&ObjLa=1&Ext=PDF&_ts=1259570274)
- McKee-Ryan, F.M.; Song, Z.; Wanberg, C.R.; Kinicki, A.J.(2009): Psychological and physical well-being during unemployment: A meta-analytic study. Journal of Applied Psychology, 2006/90, 53-76
- Murphy, G.; Athanasou, J. (1999): The effect of unemployment on mental health. Journal of Occupational and Organizational Psychology, 72 1999, S. 83-99
- Paul, K.; Hassel, A.; Moser, K. (2006): Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die psychische Gesundheit: Befunde einer quantitativen Forschungsintegration. In: Holleder A, Brand H a.a.O., S. 35–51

Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes, „Haushaltseinkommen im Osten erreicht 77% des Westniveaus“ vom 02.12.2004

Robert-Koch Institut (RKI), Telefonische Gesundheitssurveys 2003 – 2006 unter:  
<http://www.rki.de>

Rückert, Ina-Maria; Böcken, Jan; Mielck, Andreas (2008): Are German patients burdened by the practice charge for physician visits ('Praxisgebuehr')? A cross sectional analysis of socio-economic and health related factors in: BMC Health Services Research 2008, 8:232 doi:10.1186/1472-6963-8-232, available from:  
<http://www.biomedcentral.com/1472-6963/8/232>

Stadt Herne, Fachbereich Stadtentwicklung – Statistikstelle (2009): Leben in Herne - , Bürgerumfrage 2008, Herne;

Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.) (2008): Umfrage zur Sicherheit in Leipzig 2007 – Ergebnisbericht, Leipzig 2008

Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hrsg.) (2009): Kommunale Bürgerumfrage 2008 - Ergebnisbericht, Leipzig

Stadt Pforzheim, Kommunale Statistikstelle (2007): Pforzheim im Urteil seiner Bürgerschaft: Bürgerinnen- und Bürgerumfrage 2007, Pforzheim

Stadt Stuttgart, Statistisches Amt (Hrsg.) (2008): Bürgerumfrage in Stuttgart 2007, Quelle:  
<http://91.208.45.16/buergerumfrage>;

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2006): Datenreport 2006, Wiesbaden 2006

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2009): Zuhause in Deutschland - Ausstattung und Wohnsituation privater Haushalte, Ausgabe 2009, Wiesbaden 2009

Toumi, I. (2006). Die Rolle der Sozialmedizin bei der Umsetzung des SGB II. In: Holleder, A.; Brand, H. a.a.O., S. 199-214.

Ulrike Timm (2008): Wohnsituation in Deutschland 2006, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik, Heft 2/2008, S. 121